

Library
of the
University of Wisconsin

Ausführliches Verzeichniß der
Büttentag'schen Sammlung
Deutscher Reichs-
und Preussischer Gesetze,

Text-Ausgaben mit Anmerkungen — Taschenformat,
welches alle wichtigeren Gesetze in absolut
zuverlässigen Gesetzestexten und in muster-
giltiger Weise erläutert enthält, befindet sich
hinter dem Sachregister.

German & Lemmonary Room.

Germany

Guttentag'sche Sammlung
Nr. 1. Deutscher Reichsgesetze. Nr. 1.
Text-Ausgaben mit Anmerkungen.

V e r f a s s u n g
des
Deutschen Reichs.

(Gegeben Berlin, den 16. April 1871.)

**Text-Ausgabe mit Ergänzungen, Anmerkungen,
und Sachregister**

von

Dr. L. v. Rönne.

Neunte neubearbeitete Auflage

von

Paul v. Rönne,
Santrat.



Berlin 1904.

**J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung,
G. m. b. H.**

80189

AUG 6 1904

JT47

Abkürzungen.

371
P

Abf. = Absatz.

ad. v. = ad vocem.

Art. = Artikel.

BG. = Bundesgesetz.

BGB. = Bundes-Gesetzblatt.

D. R. = Deutsches Reich.

G. = Gesetz.

GB. f. El.-Lothr. = Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen.

Guttentag's Gesetzgebung = Die Gesetzgebung des Deutschen Reiches von der Gründung des Nordb. Bundes bis auf die Gegenwart. Berlin, J. Guttentag, Verlagshandlung.

Guttentag'sche Samml. D. Reichsgesetze = Guttentag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze. Berlin, J. Guttentag, Verlagshandlung.

Pr. GS. = Preussische Gesetz-Sammlung.

Prot. = Protokoll.

RGB. = Centralblatt für das Deutsche Reich.

RG. = Reichsgesetz.

RGB. = Reichs-Gesetzblatt.

Reichsverf. = Reichsverfassung.

B. = Verordnung.

Vertr. = Vertrag.

Zuf. = Zusatz.

Vorbemerkung.

Die von dem Enkel des Verfassers der ersten sechs Auflagen bearbeitete neunte Auflage der „Verfassung des Deutschen Reichs“ enthält in ihrer Einleitung die gedrängte Darstellung der Entstehungsgeschichte des Reichsgrundgesetzes. Hieran schließen sich unter I. das Gesetz v. 16. April 1871, betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs (das sogenannte Einführungsgesetz) und unter II. die Verfassung selbst. Zu dem Einführungsgesetze sind, in den Anlagen I. bis VIII., die in demselben in Bezug genommenen Vertragsbestimmungen und das Gesetz v. 22. April 1871, betreffend die Einführung Norddeutscher Bundesgesetze in Bayern, vollständig mitgeteilt. Zum Texte der Verfassung sind die dieselbe ergänzenden, beziehungsweise erläuternden Reichsgesetze bei den betreffenden Artikeln gleichfalls ihrem vollständigen Wortlaute nach, und die in der Schlußbestimmung zum Abschn. XI. der Reichsverfassung in Bezug genommenen Bestimmungen des Bündnisvertrages mit Bayern v. 23. November 1870 unter III. § 5 und der Militärkonvention mit Württemberg v. 21./25. November 1870 in den Anlagen IX. und X. gegeben. Außerdem sind zu jedem Artikel die darauf gegründeten,

bis jetzt ergangenen Bundes-, beziehungsweise Reichsgesetze, und die auf dieselben bezüglichen durch das Centralblatt für das Deutsche Reich veröffentlichten Ausführungserlasse in systematischer Anreihung an die Bestimmungen der Verfassung angegeben. Die auf Grund des Art. 4 Nr. 13 der Reichsverfassung bis jetzt erlassenen Bundes-, beziehungsweise Reichsgesetze sind in einer besonderen Übersicht (Anlage XI.) zusammengestellt. Insbesondere hat auch die das Reichsland Elsaß-Lothringen betreffende Reichsgesetzgebung vollständige Berücksichtigung gefunden. Übrigens möge hier noch darauf hingewiesen werden, daß das im Verlage von J. Guttentag erschienene Werk: „Die Gesetzgebung des Deutschen Reiches von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis auf die Gegenwart“ den vollständigen Abdruck sämtlicher bis einschließlich 1885 ergangenen Reichsgesetze mit allen zu denselben erlassenen Ausführungsbestimmungen und amtlichen Erläuterungen enthält.¹⁾

¹⁾ Vgl. die im Verlage von J. Guttentag erschienene „Systematische Zusammenstellung des gesamten geltenden Reichsrechtes“ von Dr. A. Glöck.

Zur Geschichte

der

Verfassung des Deutschen Reichs.

(Vgl. die Einleitung zu v. Rönne's Staatsrecht des Deutschen Reiches. Zweite Auflage. Leipzig, 1876.)

In dem Friedenstraktate von Preßburg v. 26. Dez. 1805 hatte Oesterreich die neu geschaffenen Königskronen von Bayern und Württemberg und die volle Souverainetät dieser Staaten, sowie Badens anerkannt. Am 17. Juli 1806 unterzeichneten in Paris die Gesandten von sechszehn deutschen Fürsten die Rheinbundsakte v. 12. Juli 1806 und sagten sich förmlich vom Deutschen Reiche los. Am 6. August 1806 legte Kaiser Franz II. die Römisch-Deutsche Kaiserkrone nieder und erklärte das reichsoberhauptliche Amt und die Würde für erloschen. In dem Posener Friedenstraktate v. 11. Dez. 1806 trat Sachsen dem Rheinbunde bei; die übrigen kleineren Norddeutschen Staaten wurden gleichfalls Mitglieder desselben. Durch Dekret Napoleons v. 7. Dez. 1807 wurde auch das neu geschaffene Königreich Westfalen für einen Bestandteil des Rheinbundes erklärt, welcher nun alle Deutschen Staaten, mit Ausnahme von Oesterreich, Preußen, Schwedisch-Pommern und Holstein, umfaßte. Derselbe löste sich indes infolge des zwischen

Preußen und Rußland am 28. Febr. 1813 zu Ralisck geschlossenen Bündnisses stillschweigend wieder auf.

In dem Art. 6 des Pariser Friedensvertrages v. 30. Mai 1814 wurde festgesetzt, „daß die Staaten Deutschlands unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt sein sollten“. Obgleich in dem Aufrufe von Ralisck v. 13. (25.) März 1813 im Namen der Herrscher von Rußland und Preußen den Deutschen die „Wiedergeburt ihres ehrwürdigen Reiches“ feierlich verheißen war, so erfolgte diese doch keineswegs. Auf dem am 1. Nov. 1814 zu Wien eröffneten Kongresse kam vielmehr nur die Deutsche Bundesakte v. 8. Juni 1815 zustande, und infolge der weiteren zu Wien gehaltenen Ministerialkonferenzen die sogen. Wiener Schlußakte v. 15. Mai 1820, welche durch Beschluß der Bundesversammlung v. 8. Juni 1820 als ein „der Bundesakte an Kraft und Gültigkeit gleiches Grundgesetz“ anerkannt wurde.

Der infolge der Märzereignisse des Jahres 1848 unternommene Versuch, den Deutschen Staatenbund in einen Bundesstaat umzuwandeln, blieb erfolglos. Die Bundesversammlung ordnete durch den Beschluß v. 7. April 1848 die Wahlen zur „Deutschen Nationalversammlung“ an. Die von dieser unterm 28. März 1849 beschlossene „Verfassung des Deutschen Reiches“ (RdM. v. 28. April 1849) konnte indes nicht in's Leben treten, da der von der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. zum erblichen Kaiser erwählte König von Preußen die ihm angebotene Deutsche Kaiserwürde ablehnte.

Die nunmehr von den Regierungen der Deutschen Staaten unternommenen Versuche, auf dem Wege der Vereinbarung der Einzelstaaten einen Deutschen Bundesstaat zu begründen, blieben gleichfalls ohne Resultat und endeten mit der „Reaktivierung der Bundesversammlung“ und der vollständigen Restauration der Bundesverfassung von 1815.

Auch der im Jahre 1863 von Österreich gemachte Versuch, eine Reform des Deutschen Bundes herbeizuführen, hatte keinen Erfolg.

Die Entwicklung des Schleswig-Holsteinischen Konfliktes führte nunmehr zum offenen Bruche zwischen Österreich und Preußen. Nachdem die Majorität der Bundesversammlung in der Sitzung v. 14. Juni 1866 gegen den Protest Preußens den Antrag Österreichs auf „Mobilmachung sämtlicher nicht Preussischer Bundesarmee-korps“ angenommen hatte, erklärte der Preussische Bundestagsgesandte im Namen und auf Befehl des Königs, „daß Preußen durch den gedachten Beschluß den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich ansehe, denselben vielmehr als erloschen betrachten und behandeln werde.“ Gleichzeitig erklärte jedoch der Preussische Gesandte, „daß der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes keineswegs die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund aufgebaut gewesen, als zerstört betrachten wolle, sondern daß Preußen an diesen Grundlagen und an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der Deutschen Nation festhalte und es als eine unabweisliche Pflicht

der Deutschen Staaten ansehe, für die letzteren den entsprechenden Ausdruck zu finden.“ Mit dieser Erklärung legte die Preussische Regierung ihrerseits die „Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung“ vom 10. Juni 1866 vor, indem sie sich bereit erklärte, „auf den alten durch eine solche Reform modifizierten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen Deutschen Regierungen zu schließen, welche hierzu die Hand reichen wollten.“

Der Sieg Preußens über Österreich und die mit diesem verbündeten Deutschen Staaten führte dahin, daß der Kaiser von Österreich im Art. 2 der Friedenspräliminarien von Nikolsburg v. 26. Juli 1866 und demnächst im Art. 4 des Friedensvertrages von Prag v. 23. August 1866 die „Auflösung des Deutschen Bundes“ anerkannte und seine Zustimmung zu einer Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des Österreichischen Kaiserstaates erteilte, indem er zugleich versprach, „daß engere Bundesverhältnis anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Mainlinie begründen werde“, und sich damit einverstanden erklärte, „daß die südlich von dieser Linie gelegenen Deutschen Staaten in einen Verein treten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung vorbehalten bleibe und der eine internationale und unabhängige Existenz haben werde“.

An Stelle des bisherigen „Deutschen Bundes“ trat nunmehr zunächst der neu errichtete „Norddeutsche Bund“. Preußen, welches das Königreich Hannover, das Kur-

fürstentum Hessen, das Herzogtum Nassau, die Herzogtümer Schleswig und Holstein, die Freie Stadt Frankfurt und die ihm von Bayern und dem Großherzogtume Hessen abgetretenen Gebietsteile der Preussischen Monarchie einverleibte, hatte mit Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Roburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg unterm 18. August 1866 einen Bündnisvertrag (Pr. G. S. S. 626) errichtet, welchem Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz mittels Vertrages v. 21. August 1866 (a. a. O. S. 631) beigetreten waren, und in welchem vereinbart war, daß auf der Basis der Grundzüge v. 10. Juni 1866, unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenden Parlamentes, eine Bundesverfassung festgestellt werden solle. Diesem Bündnisvertrage traten in den mit ihnen abgeschlossenen Friedensverträgen die Regierung des Großherzogtums Hessen für ihre nördlich des Maines gelegenen Gebietsteile, die Regierungen von Sachsen-Meiningen und Reuß ältere Linie und schließlich der König von Sachsen bei. Zufolge der von den verbündeten Regierungen getroffenen Vereinbarung ergingen in den sämtlichen beteiligten Staaten im wesentlichen übereinstimmende Wahlgesetze auf der Grundlage des von der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt beschlossenen Reichswahlgesetzes v. 12. April 1849, und nachdem hiernach am 12. Februar 1867 die allgemeinen Wahlen stattgefunden hatten, wurde von dem Könige von

Preußen mittelst Patents v. 13. Febr. 1867 (Pr. GS. S. 205) das gewählte Parlament zum 24. Febr. 1867 nach Berlin einberufen. In der Sitzung v. 4. März 1867 wurde demselben der von den verbündeten Regierungen vereinbarte „Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes“ zur Beschlußnahme vorgelegt. Von dem Reichstage wurde dieser Entwurf in einundvierzig Punkten abgeändert und in dieser veränderten Gestalt mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen (Sten. Ber. des konstituierenden Reichstages Bd. 1 S. 729). Die verbündeten Regierungen traten den vom Reichstage beschlossenen Abänderungen bei und der Präsident der Bundeskommissarien erklärte hierauf in der Sitzung des Reichstages v. 17. April 1867 (Sten. Ber. a. a. O. S. 731) im Auftrage des Königs von Preußen und auf Grund der demselben von den verbündeten Regierungen übertragenen Machtvollkommenheit die Verfassung durch die zum Norddeutschen Bunde verbündeten Regierungen für angenommen.

Nachdem auch die Landesvertretungen der Einzelstaaten des Bundes, beziehungsweise die Bürgerschaften der freien Städte, ihre verfassungsmäßige Zustimmung erteilt hatten, erfolgte die obrigkeitliche Publikation der Bundesverfassung in sämtlichen Staaten des Bundes. Durch das Publikandum des Bundespräsidiums v. 26. Juli 1867 (BBB. S. 1) wurde demnächst (unter Abdruck der Bundesverfassung) bekannt gemacht, daß dieselbe, nachdem sie von dem Könige von Preußen und den sämtlichen übrigen Fürsten der verbündeten

14 Zur Geschichte der Verfassung des Deutschen Reichs.

Staaten, beziehungsweise von den Senaten der freien Städte, mit dem zu diesem Zwecke berufenen Reichstage vereinbart worden, unterm 25. Juni 1867 verkündet worden sei und am 1. Juli 1867 die Gesetzeskraft erlangt habe. Zugleich erklärte der König von Preußen am Schlusse des Publikandums v. 26. Juli 1867, daß er die ihm durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes übertragenen Rechte, Befugnisse und Pflichten für sich und seine Nachfolger an der Krone Preußens übernehme.

Der Art. 79 der Verfassung des Norddeutschen Bundes hatte in Betreff der vier Süddeutschen Staaten nicht allein die Bestimmung getroffen, daß die Beziehungen des Bundes zu denselben durch besondere Verträge zu regeln, sondern auch vorgeschrieben, daß ihr Eintritt in den Nordbund auf den Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung erfolgen könne.

Der von Frankreich im Juli 1870 auf Deutschland unternommene Angriff und die in diesem Kriege von den Deutschen Fürsten und Stämmen gemeinsam erlängten Siege hatten das Deutsche Volk und seine Fürsten mit der Überzeugung erfüllt, daß es zwischen dem Norden und Süden Deutschlands eines festeren Bandes bedürfe, als der völkerrechtlichen Verträge, und daß die Zeit gekommen sei für die volle staatliche Vereinigung aller Teile Deutschlands. Dies bestimmte die sämtlichen Süddeutschen Regierungen, mit dem Norddeutschen Bunde zur Begründung eines „Deutschen Bundes“ in Verhand-

lungen zu treten. Das Resultat waren: a) die Vereinbarung v. 15. Nov. 1870 zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes und Annahme der Bundesverfassung (BGB. 1870 S. 650), b) der Vertrag v. 25. Nov. 1870 zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen einerseits und Württemberg andererseits, betr. den Beitritt Württembergs zur Verfassung des Deutschen Bundes (BGB. 1870 S. 654), und c) der Vertrag vom 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes (BGB. 1871 S. 9).

Dem zum 24. Nov. 1870 einberufenen Reichstage des Norddeutschen Bundes wurden nunmehr die gedachten Verträge nebst den dazu gehörigen Protokollen und Anlagen im Namen des Präsidiums des Norddeutschen Bundes und mit dem Bemerken, daß der Bundesrat denselben mit der nach Art. 78 der Bundesverfassung erforderlichen Mehrheit seine Zustimmung erteilt habe, zu verfassungsmäßiger Genehmigung vorgelegt, welche derselbe erteilte. (Sten. Ber. des Reichstages des Nordb. Bundes v. 5. bis 9. Dez. 1870.)

Der Bundesrat des Norddeutschen Bundes brachte nunmehr, im Einverständnisse mit den Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, bei dem Reichstage des Norddeutschen Bundes die „Herstellung der Deutschen Kaiserwürde“ in Vorschlag. Mittelft Vorlage des Kanzlers des Norddeutschen Bundes v. 9. Dez. 1870 (Sten. Ber. des Reichstages, Aktenst. Nr. 31 S. 114) wurde beantragt, daß der Deutsche Bund den Namen

Deutsches Reich, und der König von Preußen als Bundespräsident den Namen Deutscher Kaiser führen solle. Der Reichstag des Norddeutschen Bundes trat dieser Abänderung der Verfassung am 10. Dez. 1870 (mit 188 gegen 6 Stimmen) bei (Sten. Ber. des Reichstages Bd. 1 S. 167 ff. u. S. 181 ff.). Die Proklamierung der Herstellung der Kaisermürde erfolgte durch den König von Preußen zu Versailles am 18. Jan. 1871 und ward an demselben Tage dem Deutschen Volke durch Proclamation v. 18. Jan. 1871 (Königl. Preuß. Staats-Anzeiger v. 18. Jan. Nr. 19) verkündet.

Nachdem solchergestalt die „Verfassung des Deutschen Reiches“ zwischen den gesetzgebenden Faktoren des bisherigen Norddeutschen Bundes und den Regierungen der vier Süddeutschen Staaten auf dem im Art. 79 der Verfassung des bisherigen Norddeutschen Bundes vorgesehenen Wege vereinbart und festgestellt worden war, erteilten auch die Landesvertretungen der vier Süddeutschen Staaten ihre dazu verfassungsmäßig erforderliche Genehmigung. (Vgl. v. Könners Staatsrecht des D. Reiches 2. Aufl. Bd. I S. 21—25.)

Auf Grund der Verordnung des Deutschen Kaisers v. 3. Jan. 1871 (BGB. S. 7) fanden am 3. März 1871 im ganzen Reiche die Wahlen zum ersten Deutschen Reichstage nach dem Reichswahlgesetze v. 31. Mai 1869 statt und auf Grund der Kaiserl. B. v. 26. Febr. 1871 (a. a. O. S. 47) trat am 21. März 1871 der erste Deutsche Reichstag in Berlin zum ersten Male zusammen und wurde von dem Kaiser in Person feierlich eröffnet. (Vgl.

die Thronrede in den Sten. Ber. des D. Reichstages 1871 S. 2—3.)

Der Gang der Verhandlungen, welche zur Gründung des Deutschen Reiches geführt haben, hatte zur Folge gehabt, daß das Verfassungsrecht des letzteren in drei verschiedenen Urkunden, nämlich in der zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen am 15. Nov. 1870 vereinbarten Verfassung, in dem Vertrage zwischen dem Norddeutschen Bunde und Bayern v. 23. Nov. 1870 und in dem Vertrage zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen einerseits und Württemberg andererseits v. 25. Nov. 1870, enthalten war. Diese Zerstreuung der Grundlagen, auf welchen der politische Zustand Deutschlands beruhte, erschien als ein Übelstand und die Zusammenfassung der in den verschiedenen Urkunden enthaltenen Verfassungsbestimmungen in einem einzigen Dokumente als ein Bedürfnis. Außerdem fehlte dem Texte der Verfassung die Konsequenz der Terminologie weil in demselben die erst nach der Unterzeichnung der drei Urkunden beschlossene Annahme des Namens des „Deutschen Reiches“ und der Wiederherstellung der „Deutschen Kaiserwürde“ nicht vollständig durchgeführt worden war. Um diesen formellen Mißständen abzu-
helfen, wurde dem ersten Deutschen Reichstage unterm 21. März 1871 von dem Bundeskanzler im Namen des Kaisers der „Entwurf eines Gesetzes, betr. die Verfassung des Deutschen Reiches“ (Sten. Ber. des D. Reichstages Aktenst. Nr. 4) zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt, welchem eine anderweitige Redaktion

der „Verfassungsurkunde für das Deutsche Reich“ beigefügt wurde. Der Reichstag hat sowohl den neu redigierten Entwurf der Verfassungsurkunde, als auch den Entwurf des Einführungsgesetzes, — unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge, — unverändert angenommen. (Vgl. die Sten. Ber. v. 27. März und v. 1., 3. und 14. April 1871.) Materielle Änderungen des Verfassungsrechtes enthält die neue Redaktion nicht, außer einer Bestimmung, welche in den früheren Dokumenten nicht vorkommt, nämlich die Bestimmung im Art. 8, nach welcher der durch den Vertrag v. 23. Nov. 1870 Nr. II. § 6 geschaffene Ausschuß des Bundesrates für die auswärtigen Angelegenheiten, außer den Bevollmächtigten von Bayern, Sachsen und Württemberg, aus zwei vom Bundesrate alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten bestehen soll. Nicht aufgenommen sind die auf die Einführung Norddeutscher Gesetze als Bundesgesetze bezüglichen transitorischen Bestimmungen, welche der Art. 80, der mit Baden und Hessen vereinbarten Verfassung, der Vertrag mit Bayern v. 23. Nov. 1870 unter III. § 8, und der Art. 2 Nr. 6 des Vertrages v. 25. Nov. 1870 zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen einerseits und Württemberg andererseits enthält, indem diese Bestimmungen nicht zum Verfassungsrechte des Reiches gehören, sondern ihre richtige Stelle in dem die Verfassung verkündenden Gesetze finden. Auch die in den Verträgen und Schlußprotokollen enthaltenen Verabredungen, teils vorübergehenden, teils erläuternden, teils administrativen Charakters, haben keine Aufnahme in die neu redigierte Ver-

fassung gefunden; ihre fortbauernde Geltung ist jedoch durch den § 3 des Einführungsgesetzes außer Zweifel gestellt.

Der von dem Bundesrate und dem Reichstage genehmigte Entwurf des Einführungsgesetzes, nebst der demselben beigefügten Verfassungsurkunde für das Deutsche Reich, haben ihre Sanktion durch das Gesetz v. 16. April 1871, betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs (RGB. S. 63 Nr. 628) erhalten. Die dieses Gesetz publizierende Nr. 16 des Bundes-Gesetzblattes ist zu Berlin am 20. April 1871 ausgegeben worden.

Durch das Reichsgesetz v. 9. Juni 1871 (RGB. S. 212) sind die von Frankreich an Deutschland abgetretenen Gebiete Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reiche vereinigt, und zufolge des Reichsgesetzes v. 25. Juni 1873 (RGB. S. 161) ist in diesem Reichslande die Verfassung des Deutschen Reichs (vom 1. Jan. 1874 an) in Wirksamkeit getreten.

Endlich hat das Bundesgebiet eine Vergrößerung durch den Erwerb von Helgoland erfahren. Durch das Reichsgesetz vom 15. Dezember 1890 (RGB. S. 207) ist die Insel Helgoland nebst Zubehörungen mit dem Deutschen Reiche vereinigt worden. Mit dem Tage der Einverleibung der Insel in den preussischen Staat ¹⁾ (§ 1 Abs. 2 a. a. O.) trat die Verfassung des Deutschen Reichs, mit Ausnahme des Abschnitts VI über das Zoll- und Handelswesen, auf der Insel in Geltung.

¹⁾ Gesetz v. 18. Febr. 1891, betr. die Vereinigung der Insel Helgoland mit der Preussischen Monarchie (Pr. GS. S. 11).

I.
G e s e z ,
betreffend
die Verfassung des Deutschen Reichs.

Vom 16. April 1871.

(BGB. Nr. 16 S. 63.)

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. verordnen hiermit im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§. 1. An die Stelle der zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Großherzogthümern Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des Deutschen Bundes (Bundesgesetzbl. vom Jahre 1870. S. 627. ff.), sowie der mit den Königreichen Bayern und Württemberg über den Beitritt zu dieser Verfassung geschlossenen Verträge vom 23. und 25. November 1870. (Bundesgesetzbl. vom Jahre 1871. S. 9. ff. und vom Jahre 1870. S. 654. ff.) tritt die beigefügte

Verfassungs-Urkunde für das Deutsche Reich.

§. 2. Die Bestimmungen in Artikel 80 der in §. 1. gedachten Verfassung des Deutschen Bundes (Bundesgesetzbl. vom Jahre 1870. S. 647.),¹⁾ unter III. §. 8. des Vertrages mit Bayern vom 23. November 1870. (Bundesgesetzbl. vom Jahre 1871. S. 21. ff.),²⁾ in Artikel 2 Nr. 6. des Vertrages mit Württemberg vom 25. November 1870.

¹⁾ Vgl. unten Anlage I.

²⁾ Vgl. unten Anlage II.

(Bundesgesetzbl. vom Jahre 1870. S. 656.),¹⁾ über die Einführung der im Norddeutschen Bunde ergangenen Gesetze in diesen Staaten bleiben in Kraft.

Die dort bezeichneten Gesetze sind Reichsgesetze. Wo in denselben von dem Norddeutschen Bunde, dessen Verfassung, Gebiet, Mitgliedern oder Staaten, Indigenat, verfassungsmäßigen Organen, Angehörigen, Beamten, Flagge u. s. w. die Rede ist, sind das Deutsche Reich und dessen entsprechende Beziehungen zu verstehen.

Dasselbe gilt von denjenigen im Norddeutschen Bunde ergangenen Gesetzen, welche in der Folge in einem der genannten Staaten eingeführt werden.²⁾

§. 3. Die Vereinbarungen in dem zu Versailles am 15. November 1870. aufgenommenen Protokolle (Bundesgesetzbl. vom Jahre 1870. S. 650. ff.),³⁾ in der Verhandlung zu Berlin vom 25. November 1870. (Bundesgesetzbl. vom Jahre 1870. S. 657.),⁴⁾ dem Schlußprotokolle vom 23. November 1870. (Bundesgesetzbl. vom Jahre 1871. S. 23. ff.),⁵⁾ sowie unter IV. des Vertrages mit Bayern vom 23. November 1870. (a. a. O. S. 21. ff.)⁶⁾ werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigniel.

Gegeben Berlin, den 16. April 1871.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

-
- 1) Vgl. unten Anlage III. 4) Vgl. unten Anlage VI.
 2) Vgl. unten Anlage IV. 5) Vgl. unten Anlage VII.
 3) Vgl. unten Anlage V. 6) Vgl. unten Anlage VIII.

II.

Verfassung

des

Deutschen Reichs.

Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein für die südlich vom Main belegenen Theile des Großherzogthums Hessen, schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nach-

stehende

Verfassung

haben.

I. Bundesgebiet.

1. Das Bundesgebiet besteht aus den Staaten Preußen mit Posen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-

Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß älterer Linie, Reuß jüngerer Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lüneburg, Bremen und Hamburg.

II. Reichsgesetzgebung.

2. Innerhalb dieses Bundesgebietes übt das Reich das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Die Reichsgesetze erhalten ihre verbindliche Kraft durch ihre Verkündung von Reichswegen, welche vermittelt eines Reichsgesetzblattes geschieht. Sofern nicht in dem publizirten Gesetze ein anderer Anfangstermin seiner verbindlichen Kraft bestimmt ist, beginnt die letztere mit dem vierzehnten Tage nach dem Ablauf desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes in Berlin ausgegeben worden ist.

3. Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige (Unterthan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Aemtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes und zum Genuße aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zu-

zulassen, auch in Betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsschutzes demselben gleich zu behandeln ist.

Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugniß durch die Obrigkeit seiner Heimath, oder durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden.

Diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Gemeindeverband betreffen, werden durch den im ersten Absatz ausgesprochenen Grundsatz nicht berührt.

Ebenso bleiben bis auf Weiteres die Verträge in Kraft, welche zwischen den einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf die Uebernahme von Auszumeisenden, die Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Staatsangehörigen bestehen.

Hinsichtlich der Erfüllung der Militärpflicht im Verhältniß zu dem Heimatslande wird im Wege der Reichsgesetzgebung das Nöthige geordnet werden.

Dem Auslande gegenüber haben alle Deutschen gleichmäßig Anspruch auf den Schutz des Reichs.

4. Der Beaufsichtigung Seitens des Reichs und der Gesetzgebung desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

1) die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungs-Verhältnisse, Staatsbürgerrecht, Paßwesen und Fremdenpolizei und über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens, soweit diese Gegenstände nicht schon durch den Artikel 3. dieser Verfassung erledigt sind, in Bayern jedoch mit Ausfluß

der Heimath's- und Niederlassungs-Verhältnisse, desgleichen über die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern;

2) die Zoll- und Handelsgesetzgebung und die für die Zwecke des Reichs zu verwendenden Steuern;

3) die Ordnung des Maaß-, Münz- und Gewichtssystems, nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde;

4) die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen;

5) die Erfindungspatente;

6) der Schutz des geistigen Eigenthums;

7) Organisation eines gemeinsamen Schutzes des Deutschen Handels im Auslande, der Deutschen Schifffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Reiche aus gestattet wird;

8) das Eisenbahnwesen, in Bayern vorbehaltlich der Bestimmung im Artikel 46., und die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehrs;

9) der Flößerei- und Schifffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle; desgleichen die Seeschifffahrtszeichen (Leuchter, Leuchttürme, Baken und sonstige Tagesmarken);

10) das Post- und Telegraphenwesen, jedoch in Bayern und Württemberg nur nach Maßgabe der Bestimmung im Artikel 52.;

11) Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen in Civilsachen und Erledigung von Requisitionen überhaupt;

12) sowie über die Beglaubigung von öffentlichen Urkunden;

13) die gemeinsame Gesetzgebung über das gesammte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren;

14) das Militairwesen des Reichs und die Kriegsmarine;

15) Maßregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei;

16) die Bestimmungen über die Presse und das Vereinswesen.

5. Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrath und den Reichstag. Die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetze erforderlich und ausreichend.

Bei Gesetzesvorschlägen über das Militairwesen, die Kriegsmarine und die im Artikel 35. bezeichneten Abgaben giebt, wenn im Bundesrathe eine Meinungsverschiedenheit stattfindet, die Stimme des Präsidiums den Ausschlag, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht.

III. Bundesrath.

6. Der Bundesrath besteht aus den Vertretern der Mitglieder des Bundes, unter welchen die Stimm-

führung sich in der Weise vertheilt, daß Preußen mit den ehemaligen Stimmen von

Hannover, Kurhessen, Holstein, Nassau

und Frankfurt 17 Stimmen

führt, Bayern 6 "

Sachsen 4 "

Württemberg 4 "

Baden 3 "

Hessen 3 "

Mecklenburg-Schwerin . . . 2 "

Sachsen-Weimar 1 "

Mecklenburg-Strelitz . . . 1 "

Oldenburg 1 "

Braunschweig 2 "

Sachsen-Meiningen 1 "

Sachsen-Altenburg 1 "

Sachsen-Koburg-Gotha . . . 1 "

Anhalt 1 "

Schwarzburg-Rudolstadt . . 1 "

Schwarzburg-Sondershausen . 1 "

Waldeck 1 "

Reuß älterer Linie 1 "

Reuß jüngerer Linie 1 "

Schaumburg-Lippe 1 "

Lippe 1 "

Lübeck 1 "

Bremen 1 "

Hamburg 1 "

zusammen 58 Stimmen.

Jedes Mitglied des Bundes kann soviel Bevollmächtigte zum Bundesrathe ernennen, wie es Stimmen hat, doch kann die Gesammtheit der zuständigen Stimmen nur einheitlich abgegeben werden.

7. Der Bundesrath beschließt:

- 1) über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse;
- 2) über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas Anderes bestimmt ist;
- 3) über Mängel, welche bei der Ausführung der Reichsgesetze oder der vorstehend erwähnten Vorschriften oder Einrichtungen hervortreten.

Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und das Präsidium ist verpflichtet, dieselben der Berathung zu übergeben.

Die Beschlußfassung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen in den Artikeln 5. 37. und 78., mit einfacher Mehrheit. Nicht vertretene oder nicht instruirte Stimmen werden nicht gezählt. Bei Stimmengleichheit giebt die Präsidialstimme den Ausschlag.

Bei der Beschlußfassung über eine Angelegenheit, welche nach den Bestimmungen dieser Verfassung nicht dem ganzen Reiche gemeinschaftlich ist, werden die Stimmen nur derjenigen Bundesstaaten gezählt, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist.

8. Der Bundesrath bildet aus seiner Mitte dauernde Ausschüsse.

- 1) für das Landheer und die Festungen;
- 2) für das Seewesen;
- 3) für Zoll- und Steuerwesen;
- 4) für Handel und Verkehr;
- 5) für Eisenbahnen, Post und Telegraphen;
- 6) für Justizwesen;
- 7) für Rechnungswesen.

In jedem dieser Ausschüsse werden außer dem Präsidium mindestens vier Bundesstaaten vertreten sein, und führt innerhalb derselben jeder Staat nur Eine Stimme. In dem Ausschuss für das Landheer und die Festungen hat Bayern einen ständigen Sitz, die übrigen Mitglieder desselben, sowie die Mitglieder des Ausschusses für das Seewesen werden vom Kaiser ernannt; die Mitglieder der anderen Ausschüsse werden von dem Bundesrathe gewählt. Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse ist für jede Session des Bundesrathes resp. mit jedem Jahre zu erneuern, wobei die ausscheidenden Mitglieder wieder wählbar sind.

Außerdem wird im Bundesrathe aus den Bevollmächtigten der Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg und zwei, vom Bundesrathe alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten ein Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet, in welchem Bayern den Vorsitz führt.

Den Ausschüssen werden die zu ihren Arbeiten nöthigen Beamten zur Verfügung gestellt.

9. Jedes Mitglied des Bundesrathes hat das Recht, im Reichstage zu erscheinen und muß daselbst auf Ver-

langen jederzeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrathes nicht adoptirt worden sind. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrathes und des Reichstages sein.

10. Dem Kaiser liegt es ob, den Mitgliedern des Bundesrathes den üblichen diplomatischen Schutz zu gewähren.

IV. Präsidium.

11. Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrathes erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.

Insofern die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4. in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrathes und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erforderlich.

12. Dem Kaiser steht es zu, den Bundesrath und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen.

13. Die Berufung des Bundesrathes und des Reichstages findet alljährlich statt und kann der Bundesrath zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrath berufen werden.

14. Die Berufung des Bundesrathes muß erfolgen, sobald sie von einem Drittel der Stimmenzahl verlangt wird.

15. Der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist.

Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrathes vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.

16. Die erforderlichen Vorlagen werden nach Maßgabe der Beschlüsse des Bundesrathes im Namen des Kaisers an den Reichstag gebracht, wo sie durch Mitglieder des Bundesrathes oder durch besondere von letzterem zu ernennende Kommissarien vertreten werden.

17. Dem Kaiser steht die Ausfertigung und Verkündigung der Reichsgesetze und die Ueberwachung der Ausführung derselben zu. Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reichs erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

18. Der Kaiser ernennt die Reichsbeamten, läßt dieselben für das Reich vereidigen und verfügt erforderlichen Falles deren Entlassung.

Den zu einem Reichsamte berufenen Beamten eines Bundesstaates stehen, sofern nicht vor ihrem Eintritt in den Reichsdienst im Wege der Reichsgesetzgebung etwas Anderes bestimmt ist, dem Reiche gegenüber diejenigen Rechte zu, welche ihnen in ihrem Heimathlande aus ihrer dienstlichen Stellung zustanden hatten.

19. Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, können sie dazu im Wege der Exekution angehalten werden. Diese Exekution ist vom Bundesrathe zu beschließen und vom Kaiser zu vollstrecken.

V. Reichstag.

20. Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor.

Bis zu der gesetzlichen Regelung, welche im §. 5. des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869. (Bundesgesetzbl. 1869. S. 145.) vorbehalten ist, werden in Bayern 48, in Württemberg 17, in Baden 14, in Hessen südlich des Main 6, im Elsaß-Lothringen 15 Abgeordnete gewählt, und beträgt demnach die Gesamtzahl der Abgeordneten 397.

21. Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag.

Wenn ein Mitglied des Reichstages ein besoldetes Reichsamte oder in einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamte annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienste in ein Amte eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme in dem Reichstag und kann seine

Stelle in demselben nur durch neue Wahl wieder erlangen.

22. Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich.

Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

23. Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reichs Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrate resp. Reichskanzler zu überweisen.

24. Die Legislaturperiode des Reichstages dauert fünf Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesrathes unter Zustimmung des Kaisers erforderlich.

25. Im Falle der Auflösung des Reichstages müssen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach derselben die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden.

26. Ohne Zustimmung des Reichstages darf die Vertagung desselben die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

27. Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer.

28. Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlußfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder erforderlich.

29. Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesammten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

30. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

31. Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich.

Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Civilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

32. Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen.

VI. Zoll- und Handelswesen.

33. Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Ausgeschlossen bleiben die wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgrenze nicht geeigneten einzelnen Gebietstheile.

Alle Gegenstände, welche im freien Verkehr eines Bundesstaates befindlich sind, können in jeden anderen Bundesstaat eingeführt und dürfen in letzterem einer Abgabe nur insoweit unterworfen werden, als daselbst gleichartige inländische Erzeugnisse einer inneren Steuer unterliegen.

34. Die Hansestädte Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einfluß in dieselbe beantragen.

35. Das Reich ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des im Bundesgebiete gewonnenen Salzes und Tabacks, bereiteten Branntweins und Bieres und aus Rüben oder anderen inländischen Erzeugnissen dargestellten Zuckers und Syrups, über den gegenseitigen Schutz der in den einzelnen Bundesstaaten erhobenen Verbrauchsabgaben gegen Hinterziehungen, sowie über die Maßregeln, welche in den Zollausschlüssen zur Sicherung der gemeinsamen Zollgrenze erforderlich sind.

In Bayern, Württemberg und Baden bleibt die Besteuerung des inländischen Branntweins und Bieres der

Landesgesetzgebung vorbehalten. Die Bundesstaaten werden jedoch ihr Bestreben darauf richten, eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung auch dieser Gegenstände herbeizuführen.

36. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern (Art. 35.) bleibt jedem Bundesstaate, soweit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebietes überlassen.

Der Kaiser überwacht die Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens durch Reichsbeamte, welche er den Zoll- oder Steuerämtern und den Direktivbehörden der einzelnen Staaten, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen, beordnet.

Die von diesen Beamten über Mängel bei der Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 35.) gemachten Anzeigen werden dem Bundesrathe zur Beschlußnahme vorgelegt.

37. Bei der Beschlußnahme über die zur Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 35.) dienenden Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen giebt die Stimme des Präsidiums alsdann den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechterhaltung der bestehenden Vorschrift oder Einrichtung ausspricht.

38. Der Ertrag der Zölle und der anderen in Artikel 35. bezeichneten Abgaben, letzterer soweit sie der Reichsgesetzgebung unterliegen, fließt in die Reichskasse.

Dieser Ertrag besteht aus der gesammten von den Zöllen und den übrigen Abgaben aufkommenen Einnahme nach Abzug:

- 1) der auf Gesetzen oder allgemeinen Verwaltungsvorschriften beruhenden Steuervergütungen und Ermäßigungen,
- 2) der Rückerstattungen für unrichtige Erhebungen,
- 3) der Erhebungs- und Verwaltungskosten, und zwar:
 - a) bei den Zöllen der Kosten, welche an den gegen das Ausland gelegenen Grenzen und in dem Grenzbezirke für den Schutz und die Erhebung der Zölle erforderlich sind,
 - b) bei der Salzsteuer der Kosten, welche zur Besoldung der mit Erhebung und Kontrolirung dieser Steuer auf den Salzwerken beauftragten Beamten aufgewendet werden,
 - c) bei der Rübenzuckersteuer und Tabacksteuer der Vergütung, welche nach den jeweiligen Beschlüssen des Bundesrathes den einzelnen Bundesregierungen für die Kosten der Verwaltung dieser Steuern zu gewähren ist,
 - d) bei den übrigen Steuern mit funfzehn Prozent der Gesamteinnahme.

Die außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze liegenden Gebiete tragen zu den Ausgaben des Reichs durch Zahlung eines Uebersums bei.

Bayern, Württemberg und Baden haben an dem in die Reichskasse fließenden Ertrage der Steuern von Branntwein und Bier und an dem diesem Ertrage entsprechenden Theile des vorstehend erwähnten Uebersums keinen Theil.

39. Die von den Erhebungsbehörden der Bundesstaaten nach Ablauf eines jeden Vierteljahres aufzustellenden Quartal-Extrakte und die nach dem Jahres- und Bücherschlusse aufzustellenden Finalabschlüsse über die im Laufe des Vierteljahres beziehungsweise während des Rechnungsjahres fällig gewordenen Einnahmen an Zöllen und nach Artikel 38. zur Reichskasse fließenden Verbrauchsabgaben werden von den Direktivbehörden der Bundesstaaten, nach vorangegangener Prüfung, in Hauptübersichten zusammengestellt, in welchen jede Abgabe gesondert nachzuweisen ist, und es werden diese Uebersichten an den Ausschuß des Bundesrathes für das Rechnungswesen eingesandt.

Der letztere stellt auf Grund dieser Uebersichten von drei zu drei Monaten den von der Kasse jedes Bundesstaates der Reichskasse schuldigen Betrag vorläufig fest und setzt von dieser Feststellung den Bundesrath und die Bundesstaaten in Kenntniß, legt auch alljährlich die schließliche Feststellung jener Beträge mit seinen Bemerkungen dem Bundesrathe vor. Der Bundesrath beschließt über diese Feststellung.

40. Die Bestimmungen in dem Zollvereinungsvertrage vom 8. Juli 1867. bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Vorschriften dieser Verfassung abgeändert sind und so lange sie nicht auf dem im Artikel 7., beziehungsweise 78. bezeichneten Wege abgeändert werden.

VII. Eisenbahnwesen.

41. Eisenbahnen, welche im Interesse der Vertheidigung Deutschlands oder im Interesse des gemein-

samen Verkehrs für nothwendig erachtet werden, können kraft eines Reichsgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, unbeschadet der Landeshoheitsrechte, für Rechnung des Reichs angelegt oder an Privatunternehmer zur Ausführung konzessionirt und mit dem Expropriationsrechte ausgestattet werden.

Jede bestehende Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, sich den Anschluß neu angelegter Eisenbahnen auf Kosten der letzteren gefallen zu lassen.

Die gesetzlichen Bestimmungen, welche bestehenden Eisenbahn-Unternehmungen ein Widerspruchsrecht gegen die Anlegung von Parallel- oder Konkurrenzbahnen einräumen, werden, unbeschadet bereits erworbener Rechte, für das ganze Reich hierdurch aufgehoben. Ein solches Widerspruchsrecht kann auch in den künftig zu ertheilenden Konzessionen nicht weiter verliehen werden.

42. Die Bundesregierungen verpflichten sich, die Deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten und zu diesem Behuf auch die neu herzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten zu lassen.

43. Es sollen demgemäß in thunlichster Beschleunigung übereinstimmende Betriebseinrichtungen getroffen, insbesondere gleiche Bahnpolizei-Reglements eingeführt werden. Das Reich hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bahnen jederzeit in einem die nöthige Sicherheit gewährenden baulichen Zu-

stande erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsbedürfnis es erheischt.

44. Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, die für den durchgehenden Verkehr und zur Herstellung ineinandergreifender Fahrpläne nöthigen Personenzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit, desgleichen die zur Bewältigung des Güterverkehrs nöthigen Güterzüge einzuführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr, unter Gestattung des Ueberganges der Transportmittel von einer Bahn auf die andere, gegen die übliche Vergütung einzurichten.

45. Dem Reiche steht die Kontrolle über das Tarifwesen zu. Dasselbe wird namentlich dahin wirken:

- 1) daß baldigst auf allen Deutschen Eisenbahnen übereinstimmende Betriebsreglements eingeführt werden;
- 2) daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt, insbesondere, daß bei größeren Entfernungen für den Transport von Kohlen, Roark, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen ein dem Bedürfnis der Landwirthschaft und Industrie entsprechender ermäßigter Tarif, und zwar zunächst thunlichst der Einpfennig-Tarif eingeführt werde.

46. Bei eintretenden Nothständen, insbesondere bei ungewöhnlicher Theuerung der Lebensmittel, sind die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet, für den Transport, namentlich von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, zeitweise einen dem Bedürfnis entsprechenden,

von dem Kaiser auf Vorschlag des betreffenden Bundesraths-Ausschusses festzustellenden, niedrigen Spezialtarif einzuführen, welcher jedoch nicht unter den niedrigsten auf der betreffenden Bahn für Rohprodukte geltenden Satz herabgehen darf.

Die vorstehend, sowie die in den Artikeln 42. bis 45. getroffenen Bestimmungen sind auf Bayern nicht anwendbar.

Dem Reiche steht jedoch auch Bayern gegenüber das Recht zu, im Wege der Gesetzgebung einheitliche Normen für die Konstruktion und Ausrüstung der für die Landesvertheidigung wichtigen Eisenbahnen aufzustellen.

47. Den Anforderungen der Behörden des Reichs in Betreff der Benützung der Eisenbahnen zum Zweck der Vertheidigung Deutschlands haben sämtliche Eisenbahnverwaltungen unweigerlich Folge zu leisten. Insbesondere ist das Militair und alles Kriegsmaterial zu gleichen ermäßigten Sätzen zu befördern.

VIII. Post- und Telegraphenwesen.

48. Das Postwesen und das Telegraphenwesen werden für das gesammte Gebiet des Deutschen Reichs als einheitliche Staatsverkehrs-Anstalten eingerichtet und verwaltet.

Die im Artikel 4. vorgesehene Gesetzgebung des Reichs in Post- und Telegraphen-Angelegenheiten erstreckt sich nicht auf diejenigen Gegenstände, deren Regelung nach den in der Norddeutschen Post- und Telegraphen-Verwaltung maßgebend gewesenen Grundsätzen

der reglementarischen Festsetzung oder administrativen Anordnung überlassen ist.

49. Die Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens sind für das ganze Reich gemeinschaftlich. Die Ausgaben werden aus den gemeinschaftlichen Einnahmen bestritten. Die Ueberschüsse fließen in die Reichskasse (Abschnitt XII.).

50. Dem Kaiser gehört die obere Leitung der Post- und Telegraphenverwaltung an. Die von ihm bestellten Behörden haben die Pflicht und das Recht, dafür zu sorgen, daß Einheit in der Organisation der Verwaltung und im Betriebe des Dienstes, sowie in der Qualifikation der Beamten hergestellt und erhalten wird.

Dem Kaiser steht der Erlaß der reglementarischen Festsetzungen und allgemeinen administrativen Anordnungen, sowie die ausschließliche Wahrnehmung der Beziehungen zu anderen Post- und Telegraphenverwaltungen zu.

Sämmtliche Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung sind verpflichtet, den Kaiserlichen Anordnungen Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Diensteid aufzunehmen.

Die Anstellung der bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie in den verschiedenen Bezirken erforderlichen oberen Beamten (z. B. der Direktoren, Räte, Ober-Inspektoren), ferner die Anstellung der zur Wahrnehmung des Aufsichts- u. s. w. Dienstes in den einzelnen Bezirken als Organe der erwähnten Behörden fungirenden Post- und Telegraphenbeamten (z. B. In-

spektoren, Kontrolleure) geht für das ganze Gebiet des Deutschen Reichs vom Kaiser aus, welchem diese Beamten den Diensteid leisten. Den einzelnen Landesregierungen wird von den in Rede stehenden Ernennungen, soweit dieselben ihre Gebiete betreffen, Behufs der landesherrlichen Bestätigung und Publikation rechtzeitig Mittheilung gemacht werden.

Die anderen bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie erforderlichen Beamten, sowie alle für den lokalen und technischen Betrieb bestimmten, mithin bei den eigentlichen Betriebsstellen fungirenden Beamten u. s. w. werden von den betreffenden Landesregierungen angestellt.

Wo eine selbstständige Landespost- resp. Telegraphenverwaltung nicht besteht, entscheiden die Bestimmungen der besonderen Verträge.

51. Bei Ueberweisung des Ueberschusses der Postverwaltung für allgemeine Reichszwecke (Art. 49.) soll, in Betracht der bisherigen Verschiedenheit der von den Landes-Postverwaltungen der einzelnen Gebiete erzielten Reineinnahmen, zum Zwecke einer entsprechenden Ausgleichung während der unten festgesetzten Uebergangszeit folgendes Verfahren beobachtet werden.

Aus den Postüberschüssen, welche in den einzelnen Postbezirken während der fünf Jahre 1861. bis 1865. aufgetreten sind, wird ein durchschnittlicher Jahresüberschuß berechnet, und der Antheil, welchen jeder einzelne Postbezirk an dem für das gesammte Gebiet des

Reichs sich darnach herausstellenden Postüberschüsse gehabt hat, nach Prozenten festgestellt.

Nach Maßgabe des auf diese Weise festgestellten Verhältnisses werden den einzelnen Staaten während der auf ihren Eintritt in die Reichs-Postverwaltung folgenden acht Jahre die sich für sie aus den im Reiche aufkommenden Postüberschüssen ergebenden Quoten auf ihre sonstigen Beiträge zu Reichszwecken zu Gute gerechnet.

Nach Ablauf der acht Jahre hört jene Unterscheidung auf, und fließen die Postüberschüsse in ungetheilter Aufrechnung nach dem im Artikel 49. enthaltenen Grundsatz der Reichsstaffe zu.

Von der während der vorgedachten acht Jahre für die Hansestädte sich herausstellenden Quote des Postüberschusses wird alljährlich vorweg die Hälfte dem Kaiser zur Disposition gestellt zu dem Zwecke, daraus zunächst die Kosten für die Herstellung normaler Posteinrichtungen in den Hansestädten zu bestreiten.

52. Die Bestimmungen in den vorstehenden Artikeln 48. bis 51. finden auf Bayern und Württemberg keine Anwendung. An ihrer Stelle gelten für beide Bundesstaaten folgende Bestimmungen.

Dem Reiche ausschließlich steht die Gesetzgebung über die Vorrechte der Post und Telegraphie, über die rechtlichen Verhältnisse beider Anstalten zum Publikum, über die Portofreiheiten und das Posttarwesen, jedoch ausschließlich der reglementarischen und Tarif-Bestimmungen für den internen Verkehr innerhalb Bayerns, beziehungs-

weise Württembergs, sowie, unter gleicher Beschränkung, die Feststellung der Gebühren für die telegraphische Korrespondenz zu.

Ebenso steht dem Reiche die Regelung des Post- und Telegraphenverkehrs mit dem Auslande zu, ausgenommen den eigenen unmittelbaren Verkehr Bayerns, beziehungsweise Württembergs mit seinen dem Reiche nicht angehörenden Nachbarstaaten, wegen dessen Regelung es bei der Bestimmung im Artikel 49. des Postvertrages vom 23. November 1867. bewendet.

An den zur Reichskasse fließenden Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens haben Bayern und Württemberg keinen Theil.

IX. Marine und Schifffahrt.

53. Die Kriegsmarine des Reichs ist eine einheitliche unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt dem Kaiser ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernennt, und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eiblich in Pflicht zu nehmen sind.

Der Kieler Hafen und der Jadehafen sind Reichskriegshäfen.

Der zur Gründung und Erhaltung der Kriegsflotte und der damit zusammenhängenden Anstalten erforderliche Aufwand wird aus der Reichskasse bestritten.

Die gesammte seemannische Bevölkerung des Reichs, einschließlich des Maschinenpersonals und der Schiffshandwerker, ist vom Dienste im Landheere befreit, da-

gegen zum Dienste in der Kaiserlichen Marine verpflichtet.

54. Die Rauffahrteischiffe aller Bundesstaaten bilden eine einheitliche Handelsmarine.

Das Reich hat das Verfahren zur Ermittlung der Ladungsfähigkeit der Seeschiffe zu bestimmen, die Ausstellung der Meßbrüthe, sowie der Schiffscertifikate zu regeln und die Bedingungen festzustellen, von welchen die Erlaubniß zur Führung eines Seeschiffes abhängig ist.

In den Seehäfen und auf allen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen der einzelnen Bundesstaaten werden die Rauffahrteischiffe sämtlicher Bundesstaaten gleichmäßig zugelassen und behandelt. Die Abgaben, welche in den Seehäfen von den Seeschiffen oder deren Ladungen für die Benutzung der Schifffahrtsanstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung dieser Anstalten erforderlichen Kosten nicht übersteigen.

Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben, sowie die Abgaben für die Befahrung solcher künstlichen Wasserstraßen, welche Staatsseigenthum sind, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Auf die Flößerei finden diese Bestimmungen insoweit Anwendung, als dieselbe auf schiffbaren Wasserstraßen betrieben wird.

Auf fremde Schiffe oder deren Ladungen andere oder höhere Abgaben zu legen, als von den Schiffen der Bundesstaaten oder deren Ladungen zu entrichten sind, steht keinem Einzelstaate, sondern nur dem Reiche zu.

55. Die Flagge der Kriegs- und Handelsmarine ist schwarz-weiß-roth.

X. Konsulatwesen.

56. Das gesammte Konsulatwesen des Deutschen Reichs steht unter der Aufsicht des Kaisers, welcher die Konsuln, nach Bernehmung des Ausschusses des Bundesrathes für Handel und Verkehr, anstellt.

In dem Amtsbezirk der Deutschen Konsuln dürfen neue Landeskonsulate nicht errichtet werden. Die Deutschen Konsuln üben für die in ihrem Bezirk nicht vertretenen Bundesstaaten die Funktionen eines Landeskonsuls aus. Die sämmtlichen bestehenden Landeskonsulate werden aufgehoben, sobald die Organisation der Deutschen Konsulate dergestalt vollendet ist, daß die Vertretung der Einzelinteressen aller Bundesstaaten als durch die Deutschen Konsulate gesichert von dem Bundesrathe anerkannt wird.

XI. Reichskriegswesen.

57. Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen.

58. Die Kosten und Lasten des gesammten Kriegswesens des Reichs sind von allen Bundesstaaten und

ihren Angehörigen gleichmäßig zu tragen, so daß weder Bevorzugungen, noch Prägravationen einzelner Staaten oder Klassen grundsätzlich zulässig sind. Wo die gleiche Vertheilung der Lasten sich in natura nicht herstellen läßt, ohne die öffentliche Wohlfahrt zu schädigen, ist die Ausgleichung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit im Wege der Gesetzgebung festzustellen.

59. Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten zwanzigsten bis zum beginnenden achtundzwanzigsten Lebensjahre, dem stehenden Heere — und zwar die ersten drei Jahre bei den Fahnen, die letzten vier Jahre in der Reserve —, die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das neununddreißigste Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an. In denjenigen Bundesstaaten, in denen bisher eine längere als zwölfjährige Gesamtdienstzeit gesetzlich war, findet die allmähliche Herabsetzung der Verpflichtung nur in dem Maaße statt, als dies die Rücksicht auf die Kriegsbereitschaft des Reichsheeres zuläßt.

In Bezug auf die Auswanderung der Reservisten sollen lediglich diejenigen Bestimmungen maßgebend sein, welche für die Auswanderung der Landwehrmänner gelten.

60. Die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres wird bis zum 31. Dezember 1871. auf Ein Prozent der Bevölkerung von 1867. normirt, und wird

pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt.

61. Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Reiche die gesammte Preussische Militairgesetzgebung ungeändert einzuführen, sowohl die Gesetze selbst, als die zu ihrer Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung erlassenen Reglements, Instruktionen und Reskripte, namentlich also das Militair-Strafgesetzbuch vom 3. April 1845., die Militair-Strafgerichtsordnung vom 3. April 1845., die Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843., die Bestimmungen über Aushebung, Dienstzeit, Servis- und Verpflegungswesen, Einquartierung, Ersatz von Flurbeschädigungen, Mobilmachung u. s. w. für Krieg und Frieden. Die Militair-Kirchenordnung ist jedoch ausgeschlossen.

Nach gleichmäßiger Durchführung der Kriegsorganisation des Deutschen Heeres wird ein umfassendes Reichs-Militairgesetz dem Reichstage und dem Bundesrathe zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

62. Zur Bestreitung des Aufwandes für das gesammte Deutsche Heer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind bis zum 31. Dezember 1871. dem Kaiser jährlich sovielmals 225 Thaler, in Worten zweihundert fünf und zwanzig Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Artikel 60. beträgt, zur Verfügung zu stellen. Vergl. Abschnitt XII.

Nach dem 31. Dezember 1871. müssen diese Beiträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Reichskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Artikel 60. interimistisch festgestellte Friedens-Präsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Reichsgesetz abgeändert ist.

Die Verausgabung dieser Summe für das gesammte Reichsheer und dessen Einrichtungen wird durch das Etatsgesetz festgestellt.

Bei der Feststellung des Militair-Ausgabe-Etats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zu Grunde gelegt.

63. Die gesammte Landmacht des Reichs wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht.

Die Regimenter 2c. führen fortlaufende Nummern durch das ganze Deutsche Heer. Für die Bekleidung sind die Grundfarben und der Schnitt der Königlich Preussischen Armee maßgebend. Dem betreffenden Contingentsherrn bleibt es überlassen, die äußeren Abzeichen (Kofarden 2c.) zu bestimmen.

Der Kaiser hat die Pflicht und das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des Deutschen Heeres alle Truppentheile vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind und daß Einheit in der Organisation und Formation, in Bewaffnung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften, sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt und erhalten wird. Zu diesem Behufe ist der Kaiser berechtigt, sich jederzeit durch Inspektionen

von der Verfassung der einzelnen Kontingente zu überzeugen und die Abstellung der dabei vorgefundenen Mängel anzuordnen.

Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand, die Gliederung und Eintheilung der Kontingente des Reichsheeres, sowie die Organisation der Landwehr, und hat das Recht, innerhalb des Bundesgebietes die Garnisonen zu bestimmen, sowie die kriegsbereite Aufstellung eines jeden Theils des Reichsheeres anzuordnen.

Behufs Erhaltung der unentbehrlichen Einheit in der Administration, Verpflegung, Bewaffnung und Ausrüstung aller Truppentheile des Deutschen Heeres sind die bezüglich künftighin ergehenden Anordnungen für die Preussische Armee den Kommandeuren der übrigen Kontingente, durch den Artikel 8. Nr. 1. bezeichneten Ausschuss für das Landheer und die Festungen, zur Nachachtung in geeigneter Weise mitzutheilen.

64. Alle Deutsche Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingte Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahnen eid aufzunehmen.

Der Höchstkommandirende eines Kontingents, sowie alle Offiziere, welche Truppen mehr als eines Kontingents befehligen, und alle Festungskommandanten werden von dem Kaiser ernannt. Die von Denselben ernannten Offiziere leisten Ihm den Fahnen eid. Bei Generalen und den Generalstellungen versehenen Offizieren innerhalb des Kontingents ist die Ernennung von der jedesmaligen Zustimmung des Kaisers abhängig zu machen.

Der Kaiser ist berechtigt, Behufs Versetzung mit oder ohne Beförderung für die von Ihm im Reichsdienste, sei es im Preussischen Heere, oder in anderen Kontingenten zu besetzenden Stellen aus den Offizieren aller Kontingente des Reichsheeres zu wählen.

65. Das Recht, Festungen innerhalb des Bundesgebietes anzulegen, steht dem Kaiser zu, welcher die Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel, soweit das Ordinarium sie nicht gewährt, nach Abschnitt XII. beantragt.

66. Wo nicht besondere Konventionen ein Anderes bestimmen, ernennen die Bundesfürsten, beziehentlich die Senate die Offiziere ihrer Kontingente, mit der Einschränkung des Artikels 64. Sie sind Chefß aller ihren Gebieten angehörenden Truppentheile und genießen die damit verbundenen Ehren. Sie haben namentlich das Recht der Inspizirung zu jeder Zeit und erhalten, außer den regelmäßigen Rapporten und Meldungen über vorkommende Veränderungen, Behufs der nöthigen landesherrlichen Publikation, rechtzeitige Mittheilung von den die betreffenden Truppentheile berührenden Avancements und Ernennungen.

Auch steht ihnen das Recht zu, zu polizeilichen Zwecken nicht bloß ihre eigenen Truppen zu verwenden, sondern auch alle anderen Truppentheile des Reichsheeres, welche in ihren Ländergebieten dislocirt sind, zu requiriren.

67. Ersparnisse an dem Militair-Stat fallen unter keinen Umständen einer einzelnen Regierung, sondern jederzeit der Reichskasse zu.

68. Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Theil desselben in Kriegszustand erklären. Bis zum Erlaß eines der Voraussetzungen, die Form der Verkündung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regelnden Reichsgesetzes gelten dafür die Vorschriften des Preussischen Gesetzes vom 4. Juni 1851. (Gesetz-Samml. für 1851. S. 451 ff.).

Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt.

Die in diesem Abschnitt enthaltenen Vorschriften kommen in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnißvertrages vom 23. November 1870. (Bundesgesetzbl. 1871. S. 9) unter III. §. 5., in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militairkonvention vom 21./25. November 1870. (Bundesgesetzbl. 1870. S. 658.) zur Anwendung.

XII. Reichsfinanzen.

69. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird vor Beginn des Etatsjahres nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt.

70. Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. In-

soweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden.

71. Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden.

Während der im Artikel 60. normirten Uebergangszeit ist der nach Titeln geordnete Etat über die Ausgaben für das Heer dem Bundesrathe und dem Reichstage nur zur Kenntnißnahme und zur Erinnerung vorzulegen.

72. Ueber die Verwendung aller Einnahmen des Reichs ist durch den Reichskanzler dem Bundesrathe und dem Reichstage zur Entlastung jährlich Rechnung zu legen.

73. In Fällen eines außerordentlichen Bedürfnisses kann im Wege der Reichsgesetzgebung die Aufnahme einer Anleihe, sowie die Uebernahme einer Garantie zu Lasten des Reichs erfolgen.

Schlußbestimmung zum XII. Abschnitt.

Auf die Ausgaben für das Bayerische Heer finden die Artikel 69. und 71. nur nach Maßgabe der in der Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt erwähnten Bestimmungen des Vertrages vom 23. November 1870. und

der Artikel 72. nur insoweit Anwendung, als dem Bundesrathe und dem Reichstage die Ueberweisung der für das Bayerische Heer erforderlichen Summe an Bayern nachzuweisen ist.

XIII. Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen.

74. Jedes Unternehmen gegen die Existenz, die Integrität, die Sicherheit oder die Verfassung des Deutschen Reichs, endlich die Beleidigung des Bundesrathes, des Reichstages, eines Mitgliedes des Bundesrathes oder des Reichstages, einer Behörde oder eines öffentlichen Beamten des Reichs, während dieselben in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind oder in Beziehung auf ihren Beruf, durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung, werden in den einzelnen Bundesstaaten beurtheilt und bestraft nach Maßgabe der in den letzteren bestehenden oder künftig in Wirksamkeit tretenden Gesetze, nach welchen eine gleiche gegen den einzelnen Bundesstaat, seine Verfassung, seine Kammern oder Stände, seine Kammer- oder Ständemitglieder, seine Behörden und Beamten begangene Handlung zu richten wäre.

75. Für diejenigen in Artikel 74. bezeichneten Unternehmungen gegen das Deutsche Reich, welche, wenn gegen einen der einzelnen Bundesstaaten gerichtet, als Hochverrath oder Landesverrath zu qualifiziren wären, ist das gemeinschaftliche Ober-Appellationsgericht der drei

freien und Hansestädte in Lübeck die zuständige Spruchbehörde in erster und letzter Instanz.

Die näheren Bestimmungen über die Zuständigkeit und das Verfahren des Ober-Appellationsgerichts erfolgen im Wege der Reichsgesetzgebung. Bis zum Erlasse eines Reichsgesetzes bewendet es bei der seitherigen Zuständigkeit der Gerichte in den einzelnen Bundesstaaten und den auf das Verfahren dieser Gerichte sich beziehenden Bestimmungen.

76. Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Theils von dem Bundesrathe erledigt.

Verfassungsstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, hat auf Anrufen eines Theiles der Bundesrath gütlich auszugleichen, oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen.

77. Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt, und auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hülfe nicht erlangt werden kann, so liegt dem Bundesrathe ob, erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des betreffenden Bundesstaates zu beurtheilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen, und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.

XIV. Allgemeine Bestimmungen.

78. Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrathe 14 Stimmen gegen sich haben.

Diejenigen Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältniß zur Gesamtheit festgestellt sind, können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden.

III.

Verfassung

des

Deutschen Reichs.

Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein für die südlich vom Main belegenen Theile des Großherzogthums Hessen, schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes.¹⁾ Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende

Verfassung
haben.

¹⁾ Aus dieser Bestimmung hat man auf die Zuständigkeit des Reichs zum Erlasse der unter dem Namen der „sozialpolitischen Gesetze“ begriffenen Reichsgesetze geschlossen. Vgl. indes Art. 4 Nr. 1 der Reichsverf. ad v. Versicherungswesen.

I. Bundesgebiet.¹⁾

Artikel 1.

Das Bundesgebiet besteht aus den Staaten Preußen²⁾ mit Lauenburg,³⁾ Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden,⁴⁾ Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Roburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß älterer Linie, Reuß jüngerer Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg.

1) Vgl. v. Rönnes Staatsrecht des D. Reiches, 2. Aufl., Bd. I. § 7 S. 48 ff.

2) Vgl. bezüglich der Veränderung der preussischen Landesgrenze und damit der Reichsgrenze: RG. v. 22. Jan. 1902 über die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze längs des Przemseflusses (RGBl. S. 31). Dazu Bef. d. Reichst. v. 7. Juni 1902 (RGBl. S. 228), RG. v. 22. Jan. 1902 über die Verlegung der deutsch-dänischen Grenze an der Norderau und der Rjärmühlenau (RGBl. S. 32). Dazu Bef. d. Reichst. v. 13. Febr. 1902 (RGBl. S. 49).

3) Das Herzogtum Lauenburg, welches seit dem 13. Sept. 1865 mit der Krone Preußens in Personalunion vereinigt worden war (vgl. v. Rönnes Staatsrecht der Preuß. Monarchie, 4. Aufl., Bd. I. § 10 S. 49), ist jetzt in Gemäßheit des Ges. v. 23. Juni 1876 (Pr. GS. S. 169) für immer mit der Preuß. Monarchie vereinigt worden.

4) Vgl. die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz wegen Regulierung der Grenze

I. RG. v. 9. Juni 1871, betr. die Vereinigung von Elsaß und Lothringen¹⁾ mit dem Deutschen Reiche.

(RGBl. 1871 S. 212, GB. f. El.-Lothr. 1871 S. 1.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. verordnen hiermit im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Die von Frankreich durch den Artikel I. des Präliminar-Friedens vom 26. Februar 1871 abgetretenen Gebiete Elsaß und Lothringen werden in der durch den Artikel I. des Friedens-Vertrages vom 10. Mai 1871 und den dritten Zusatzartikel zu diesem Vertrage festgestellten Begrenzung mit dem Deutschen Reiche für immer vereinigt.

§ 2. Die Verfassung des Deutschen Reichs tritt in Elsaß und Lothringen am 1. Januar 1873 in Wirksamkeit. Durch Verordnung des Kaisers mit Zustimmung des Bundesrathes können einzelne Theile der Verfassung schon früher eingeführt werden.

Die erforderlichen Aenderungen und Ergänzungen der Verfassung bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Artikel 3 der Reichsverf. tritt sofort in Wirksamkeit.

§ 3. Die Staatsgewalt in Elsaß und Lothringen übt der Kaiser aus.

Bis zum Eintritt der Wirksamkeit der Reichsverfassung ist der Kaiser bei Ausübung der Gesetzgebung an die Zustimmung des Bundesrathes und bei der Aufnahme

bei Konstanz v. 24. Juni 1879 (RGBl. S. 307), wodurch eine Veränderung der Badischen Landesgrenze und damit der Reichsgrenze genehmigt ist.

¹⁾ Vgl. Auerh. Erl. v. 22. Dezbr. 1891, betr. die Bestimmung eines Wappenzeichens für das Reichsland Elsaß-Lothringen (GB. f. El.-Lothr. 1892 S. 7).

von Anleihen oder Uebernahme von Garantien für Elsaß und Lothringen, durch welche irgend eine Belastung des Reichs herbeigeführt wird, auch an die Zustimmung des Reichstages gebunden.

Dem Reichstage wird für diese Zeit über die erlassenen Gesetze und allgemeinen Anordnungen und über den Fortgang der Verwaltung jährlich Mittheilung gemacht.

Nach Einführung der Reichsverfassung steht bis zu anderweitiger Regelung durch Reichsgesetz das Recht der Gesetzgebung auch in den der Reichsgesetzgebung in den Bundesstaaten nicht unterliegenden Angelegenheiten dem Reiche zu.

§ 4. Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, der dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.¹⁾

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 9. Juni 1871.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

II. RG. v. 20. Juni 1872, betr. den Termin für die Wirksamkeit der Verfassung des Deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen.

(RGBl. 1872 S. 208, GB. f. El.-Lothr. 1872 S. 441.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen zc. verordnen im Namen des Deutschen

¹⁾ Über die Verkündung der für Elsaß-Lothringen erlassenen Gesetze und Kaiserl. Verordnungen durch das (seit dem Juli 1871 erscheinende) „Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen“ vgl. das G. v. 3. Juli 1871 (GB. f. El.-Lothr. S. 2) und §. 22 des Gef. v. 4. Juli 1879, betr.

Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

Der im § 2 des Gesetzes vom 9. Juni 1871, betreffend die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche (RGBl. 1871 S. 212) auf den 1. Januar 1873 bestimmte Termin, an welchem die Verfassung des Deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen in Wirksamkeit treten soll, wird auf den 1. Januar 1874 verlegt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Schloß Babelsberg, den 20. Juni 1872.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

III. RG. v. 25. Juni 1873, betr. die Einführung der Verfassung des Deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen.

(RGBl. 1873 S. 161, GB. f. El.-Lothr. 1873 S. 131.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen hiermit im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Die durch Gesetz vom 16. April 1871 verkündete Verfassung des Deutschen Reichs tritt in der durch die Gesetze vom 24. Februar 1873¹⁾ und 3. März 1873²⁾ (RGBl. 1873 S. 45, S. 47) abgeänderten, aus der Anlage I. sich ergebenden Fassung in Elsaß-Lothringen vom 1. Januar 1874 ab, unbeschadet der Geltung der bereits eingeführten Bestimmungen, mit den in den nachfolgenden §§ 2—5 enthaltenen Maßgaben in Wirksamkeit.

die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens (RGBl. S. 169 [f. unten Zus. VI.]).

¹⁾ Vgl. zum Art. 28 der Reichsverfassung.

²⁾ Vgl. zum Art. 4 Nr. 9 der Reichsverfassung.

§ 2. Dem in Artikel 1 der Verfassung bezeichneten Bundesgebiete tritt das Gebiet des Reichslandes Elsaß-Lothringen hinzu.

§ 3. Bis zu der in Artikel 20 der Verfassung vorbehaltenen gesetzlichen Regelung werden in Elsaß-Lothringen 15 Abgeordnete zum Deutschen Reichstage gewählt.

§ 4. Die in Artikel 35 der Verfassung erwähnte Besteuerung des inländischen Bieres bleibt der inneren Gesetzgebung bis auf Weiteres vorbehalten.

An dem in die Reichskasse fließenden Ertrage der Steuer vom Bier und an dem diesem Ertrage entsprechenden Theile des in Artikel 38 Absatz 3 erwähnten Aversums hat Elsaß-Lothringen keinen Theil.

§ 5. Die Beschränkungen, welchen die Erhebung von Abgaben für Rechnung von Kommunen nach Artikel 5 des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867 (Artikel 40 der Verfassung) unterliegt, finden auf die in Elsaß-Lothringen bestehenden Bestimmungen über das Octroi bis auf Weiteres keine Anwendung.

§ 6. Das Wahlgesetz für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 tritt in der anliegenden, dem Gesetze vom 16. April 1871 ¹⁾ entsprechenden Fassung (Anlage II.) in Elsaß-Lothringen am 1. Januar 1874 in Kraft.

Die in § 6 des Wahlgesetzes vorgesehene Abgrenzung der Wahlkreise erfolgt bis zu der vorbehaltenen reichsgesetzlichen Bestimmung durch Beschluß des Bundesrathes.

§ 7. Wo in den in Elsaß-Lothringen bereits eingeführten Gesetzen des Norddeutschen Bundes, welche durch § 2 des Gesetzes vom 16. April 1871 zu Reichsgesetzen erklärt sind, von dem Norddeutschen Bunde, dessen Verfassung, Gebiet, Mitgliedern oder Staaten, Indigenat, verfassungsmäßigen Organen, Angehörigen,

¹⁾ Nämlich dem G. v. 16. April 1871 betr. die Verf. des D. Reichs (s. oben S. 20 ff.).

Beamten, Flagge u. s. w. die Rede ist, sind das Deutsche Reich und dessen entsprechende Beziehungen zu verstehen.

Dasselbe gilt von denjenigen im Norddeutschen Bunde ergangenen Gesetzen, welche in der Folge in Elsaß-Lothringen eingeführt werden.

§ 8. Auch nach Einführung der Verfassung und bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung kann der Kaiser unter Zustimmung des Bundesrathes, während der Reichstag nicht versammelt ist, Verordnungen mit gesetzlicher Kraft erlassen. Dieselben dürfen nichts bestimmen, was der Verfassung oder den in Elsaß-Lothringen geltenden Reichsgesetzen zuwider ist, und sich nicht auf solche Angelegenheiten beziehen, in welchen nach § 3 Absatz 2 des die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche betreffenden Gesetzes vom 9. Juni 1871 die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist.

Auf Grund dieser Ermächtigung erlassene Verordnungen sind dem Reichstage bei dessen nächstem Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen. Sie treten außer Kraft, sobald die Genehmigung versagt wird.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Schloß Babelsberg, den 25. Juni 1873.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Anlage I.

Wortlaut der Reichsverfassung (RVB. v. 1871 Nr. 16 S. 64 ff.) mit der Maßgabe, daß

Artikel 4 Nr. 9 lautet:

- 9) der Flößerei- und Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle, dergleichen die Seeschiffahrtsszeichen (Leuchtfeuer, Tonnen, Balen und sonstige Tagesmarken);

Artikel 28 lautet:

Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlussfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder erforderlich.

Anlage II.

Wortlaut des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 (RGBl. Nr. 17 S. 145 ff.¹⁾) mit der Maßgabe, daß die Ueberschrift lautet:

Wahlgesetz für den Deutschen Reichstag. Vom 31. Mai 1869.

Der § 1 lautet:

Wähler für den Deutschen Reichstag ist jeder Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.

Der Eingang zum § 4 lautet:

Wählbar zum Abgeordneten ist im ganzen Bundesgebiete jeder Deutsche, welcher u. s. w.

IV. RG. v. 2. Mai 1877, betr. die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen.

(RGBl. 1877 S. 491.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, wie folgt:

§ 1. Landesgesetze für Elsaß-Lothringen, einschließlich des jährlichen Landeshaushalts-Etats, werden mit Zustimmung des Bundesraths vom Kaiser erlassen, wenn der durch den Kaiserlichen Erlaß vom 29. Oktober 1874 — Anlage A —²⁾ eingesetzte Landesauschuß denselben zugestimmt hat.

¹⁾ Vgl. zum Art. 20 der Reichsverfassung.

²⁾ Vgl. den Erl. v. 29. Okt. 1874 im RGBl. S. 492

§ 2. Die Erlassung von Landesgesetzen (§ 1) im Wege der Reichsgesetzgebung bleibt vorbehalten.

Die auf Grund dieses Vorbehaltes erlassenen Landesgesetze können nur im Wege der Reichsgesetzgebung aufgehoben oder geändert werden.

§ 3. Die Rechnungen über den Landeshaushalt werden dem Bundesrath und dem Landesausschuß zur Entlastung vorgelegt. Versagt der Landesausschuß die Entlastung, so kann dieselbe durch den Reichstag erfolgen.

§ 4. Bis zur anderweitigen Regelung durch Reichsgesetz bleiben im übrigen die Bestimmungen der Kaiserlichen Erlasse vom 29. Oktober 1874 und 13. Februar 1877 in Geltung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben Straßburg i. E., den 2. Mai 1877.

(L. S.)

Wilhelm.

Kaiser v. Bismarck.

V. RG. v. 7. Juli 1887, betr. die Anwendung abgeänderter Reichsgesetze auf landesgesetzliche Angelegenheiten Elsaß-Lothringens.

(RG. 1887 S. 377.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Reichs,

u. im GB. f. Els.-Lothr. S. 37. -- Vgl. dazu: a) B. v. 23. März 1875 zur Ausführung des Allerh. Erl. v. 29. Okt. 1874 (GB. f. Els.-Lothr. 1875 S. 63); b) Allerh. Erl. v. 13. Febr. 1877, betr. die Wahl eines zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen (GB. f. Els.-Lothr. S. 9); c) §§ 12—21 des Gef. v. 4. Juli 1879, betr. die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens (RG. S. 167) [vgl. unten Zuf. VI].

für Elsaß-Lothringen, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Durch Kaiserliche Verordnung kann mit Zustimmung des Bundesraths angeordnet werden, daß eine durch Reichsgesetz erfolgte Abänderung reichsgesetzlicher Vorschriften, welche in Elsaß-Lothringen als Landesrecht gelten, für Elsaß-Lothringen landesrechtliche Anwendung finden soll.

In der Verordnung ist zugleich der Zeitpunkt festzusetzen, von dem ab die Abänderung in Wirksamkeit tritt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Bad Ems, den 7. Juli 1887.

(L. S.)

Wilhelm.
von Boetticher.

VI. RG. v. 4. Juli 1879, betr. die Verfassung und die Verwaltung ¹⁾ Elsaß-Lothringens.

(RGBl. 1879 S. 165 ff.)

Wir **W i l h e l m**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Der Kaiser kann landesherrliche Befugnisse, welche ihm kraft Ausübung der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen zustehen, einem Statthalter übertragen. Der Statthalter wird vom Kaiser ernannt und abberufen.²⁾ Er residirt in Straßburg.

¹⁾ Vgl. RG. v. 30. Mai 1892, betr. die Vorbereitung des Kriegszustandes in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 667).

²⁾ Über den Anspruch des Statthalters auf Gewährung von Pension und Bartegeld vgl. das RG. v. 28. April 1886 (RGBl. S. 129).

Der Umfang der dem Statthalter zu übertragenden landesherrlichen Befugnisse wird durch Kaiserliche Verordnung ¹⁾ bestimmt.

§ 2. Auf den Statthalter gehen zugleich die durch Gesetze und Verordnungen dem Reichskanzler in elsass-lothringischen Landesangelegenheiten überwiesenen Befugnisse und Obliegenheiten, sowie die durch § 10 des Gesetzes, betr. die Einrichtung der Verwaltung, vom 30. Dezember 1871 (G.B. f. Els.-Lothr. 1872 S. 49) dem

¹⁾ Vgl. die Kaiserl. B. v. 23. Juli 1879, betr. die Übertragung Kaiserl. Befugnisse auf den Statthalter in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 282), welche durch den Tod des Statthalters Freiherrn v. Manteuffel ihre Geltung verloren hat. Durch den Allerh. Erl. v. 29. Juni 1885 (G.B. f. Els.-Lothr. S. 63) sind die Befugnisse und Obliegenheiten des Vertreters des Statthalters bestimmt. Die landesherrlichen Befugnisse des Statthalters Fürsten v. Hohenlohe-Schillingsfürst sind durch die Kaiserl. B. v. 28. Sept. 1885 (RGBl. S. 273) festgesetzt. Vgl. B. des Kaisers Friedrich v. 15. März 1888, betr. die Übertragung landesherrlicher Befugnisse auf den Statthalter in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 130), B. des Kaisers Wilhelm v. 20. Juni 1888, betr. die Übertragung landesherrlicher Befugnisse auf den Statthalter in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 189), Kaiserl. B. v. 11. Dez. 1889, betr. die Übertragung landesherrlicher Befugnisse auf den Statthalter in Elsaß-Lothringen in Betreff der Verordnungen über die Festsetzung allgemeiner Baufluchtpläne (RGBl. 1890 S. 2) und Kaiserl. B. v. 14. März 1893, betr. die Übertragung landesherrlicher Befugnisse auf den Statthalter in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 137). Die landesherrlichen Befugnisse des jetzigen Statthalters, Fürsten Hermann zu Hohenlohe-Langenburg, sind durch Kaiserl. B. v. 5. Nov. 1894 (RGBl. S. 529) festgesetzt.

Oberpräsidenten übertragenen außerordentlichen Gewalten über.¹⁾

§ 3. Das Reichskanzler-Amt für Elsaß-Lothringen und das Oberpräsidium in Elsaß-Lothringen werden aufgelöst. Zur Wahrnehmung der von dem ersteren und dem Reichs-Justizamte in der Verwaltung des Reichslandes, sowie der von dem Oberpräsidenten bisher geübten Obliegenheiten wird ein Ministerium für Elsaß-Lothringen errichtet, welches in Straßburg seinen Sitz hat und an dessen Spitze ein Staatssekretär steht.

§ 4. Die Anordnungen und Verfügungen, welche der Statthalter kraft des ihm nach § 1 erteilten Auftrags trifft, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Staatssekretärs, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

In den im § 2 bezeichneten Angelegenheiten hat der Staatssekretär die Rechte und die Verantwortlichkeit eines Stellvertreters des Statthalters in dem Umfange, wie ein dem Reichskanzler nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. März 1878 (RGBl. S. 7) substituierter Stellvertreter sie hat. Dem Statthalter ist vorbehalten, jede in diesen Bereich fallende Amtshandlung selbst vorzunehmen.

§ 5. Das Ministerium für Elsaß-Lothringen zerfällt in Abtheilungen. An der Spitze der Abtheilungen stehen Unterstaatssekretäre. Dem Staatssekretär kann die Leitung einer Abtheilung übertragen werden. Das Nähere über die Organisation des Ministeriums wird durch Kaiserliche Verordnung²⁾ bestimmt.

¹⁾ RG. v. 18. Juni 1902, betr. die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 281).

²⁾ a. Vgl. die Kaiserl. B. v. 23. Juli 1879, betr. die Einrichtung des Ministeriums für Elsaß-Lothringen (GB. f. Els.-Lothr. S. 81), die Kaiserl. B. v. 29. Juli 1881, v. 5. Juni 1882 und v. 25. April 1887, betr. Abänderung

§ 6. Der Staatssekretär, die Unterstaatssekretäre und die Rätthe des Ministeriums werden vom Kaiser unter Gegenzeichnung des Statthalters, die übrigen höheren Beamten des Ministeriums werden vom Statthalter, die Subaltern- und Unterbeamten vom Staatssekretär ernannt.

Auf den Staatssekretär und die Unterstaatssekretäre finden die Bestimmungen der §§ 25, 35 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 (GB. f. Elß.-Lothr. S. 479) Anwendung.

Sämmtliche Beamte des Ministeriums sind Landesbeamte im Sinne des die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer betreffenden Gesetzes vom 23. Dezember 1873 (GB. f. Elß.-Lothr. S. 479).

§ 7. Zur Vertretung der Vorlagen aus dem Bereiche der Landesgesetzgebung, sowie der Interessen Elß.-Lothringens bei Gegenständen der Reichsgesetzgebung

der B. v. 23. Juli 1879 über die Einrichtung des Ministeriums für Elß.-Lothringen (GB. f. Elß.-Lothr. 1881 S. 95, 1882 S. 81 und 1887 S. 43) die B. v. 16. Jan. 1895, betr. die Abänderung der B. v. 25. April 1887 über die Einrichtung des Ministeriums f. Elß.-Lothringen (GB. f. Elß.-Lothr. S. 3), B. v. 2. April 1902, betr. die Abänderung der Verordnung vom 16. Januar 1895 über die Einrichtung des Ministeriums für Elß.-Lothringen (GB. f. Elß.-Lothr. S. 29), sowie die Kaiserl. B. v. 21. April 1882, betr. die Einrichtung eines Oberschulraths für Elß.-Lothringen (GB. f. Elß.-Lothr. S. 67).

b. Über die Einrichtung der Verwaltung in Elß.-Lothringen vgl. das G. v. 30. Dez. 1871 (GB. f. Elß.-Lothr. 1872 S. 49). Dazu: B. v. 23. März 1889, betr. das Verfahren vor den Bezirksräten und dem Kaiserl. Räte (a. a. O. S. 35).

c) Allerh. Erl. v. 22. März 1893, betr. die von den Elß.-Lothringischen Landesbehörden zu führende Dienstflagge (GB. f. Elß.-Lothr. S. 68).

können durch den Statthalter Kommissare in den Bundesrath abgeordnet werden, welche an dessen Berathungen über diese Angelegenheiten Theil nehmen.

§ 8. Die in den §§ 5, 39, 52 und 68 des vorerwähnten Gesetzes vom 31. März 1873 bezeichneten Befugnisse des Bundesraths gehen bezüglich der Landesbeamten auf das Ministerium über. Auch bedarf es der Zustimmung des Bundesraths, welche in § 18 desselben Gesetzes, sowie in § 2 des die Kautionen der Beamten des Staates, der Gemeinden und der öffentlichen Anstalten betreffenden Gesetzes vom 15. Oktober 1873 (G. f. El.-Lothr. S. 273) vorgesehen ist, fortan nicht mehr.

§ 9. Es wird ein Staatsrath eingesetzt, welcher berufen ist zur Begutachtung:

1. der Entwürfe zu Gesetzen,
2. der zur Ausführung von Gesetzen zu erlassenden allgemeinen Verordnungen,
3. anderer Angelegenheiten, welche ihm vom Statthalter überwiesen werden.

Durch die Landesgesetzgebung können dem Staatsrath auch andere, insbesondere beschließende Funktionen übertragen werden.

§ 10. Der Staatsrath besteht unter dem Voritze des Statthalters aus folgenden Mitgliedern:

1. dem Staatssekretär,
2. den Unterstaatssekretären,
3. dem Präsidenten des Oberlandesgerichts und dem ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei diesem Gerichte,
4. acht bis zwölf Mitgliedern, welche der Kaiser ernannt.

Von den unter 4 bezeichneten Mitgliedern werden drei auf den Vorschlag des Landesausschusses ernannt, die übrigen beruft der Kaiser aus Allerhöchstem Vertrauen. Die Ernennung erfolgt jedesmal auf drei Jahre.

Im Vorſitze des Staatsraths wird der Statthalter im Behinderungsfalle durch den Staatsſekretär vertreten.

Die Geſchäftsordnung des Staatsraths wird vom Kaiſer feſtgeſtellt.

§ 11. Die Mitglieder des Kaiſerlichen Raths ¹⁾ in Elſaß-Lothringen (§ 8 des Geſetzes vom 30. Dezember 1871) werden biß auf weiteres in der Zahl von zehn durch Kaiſerliche Verordnung ernannt.

§ 12. Die Zahl der Mitglieder des Landesausschusses wird auf achtundfünzig erhöht.

Von den Mitgliedern werden vierunddreißig nach Maßgabe der in dem Kaiſerlichen Erlaß vom 29. Oktober 1874 getroffenen Beſtimmungen durch die Bezirkstage, und zwar zehn durch den Bezirkstag des Ober-Elſaß, elf durch den Bezirkstag von Lothringen, dreizehn durch den Bezirkstag des Unter-Elſaß gewählt. Die Wahl von Stellvertretern findet ferner nicht ſtatt.

§ 13. Von den übrigen vierundzwanzig Mitgliedern werden je eines in den Gemeinden Straßburg, Mül-
hausen, Meß und Colmar, zwanzig von den zwanzig Landkreisen, in den Kreiſen Mülhausen und Colmar unter Ausſcheidung der gleichnamigen Stadtgemeinde, gewählt.

§ 14. Die Abgeordneten von Straßburg, Mülhausen, Meß und Colmar werden von den Gemeinderäthen aus deren Mitte gewählt.

Die Wahl in den Kreiſen wird derart vorgenommen, daß die Gemeinderäthe aus ihren Mitgliedern, in Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern einen Wahlmann, in Gemeinden mit über 1000 Einwohnern für je volle 1000 Einwohner mehr einen Wahlmann mehr wählen.

¹⁾ Bgl. G. v. 13. Juni 1898, betr. den Kaiſerlichen Rat in Elſaß-Lothringen. (GBl. f. Elſ.-Lothr. S. 55.)

Die Wahlmänner jedes Kreises wählen den Abgeordneten desselben.

Die Wahlen der Abgeordneten werden innerhalb vier Wochen nach der Wahl der Wahlmänner vorgenommen. Wählbar zum Abgeordneten ist, wer das aktive Gemeindegewahlrecht besitzt und im Bezirke seinen Wohnsitz hat.

§ 15. Die Wahlen der Wahlmänner und der Abgeordneten geschehen in geheimer Abstimmung auf drei Jahre.

Das Recht des Wahlmannes sowie der von den Gemeinderäthen unmittelbar gewählten Abgeordneten erlischt mit der Mitgliedschaft im Gemeinderath.

§ 16. In Gemeinden, deren Gemeinderath suspendirt oder aufgelöst ist, ruht das Wahlrecht.

§ 17. Die näheren Bestimmungen über die Ausführung der Wahlen werden durch Kaiserliche Verordnung¹⁾ getroffen.

§ 18.²⁾ Die nach §§ 13 bis 17 gewählten Abgeordneten haben, insofern sie noch nicht vereidigt sind, bei ihrem Eintritt in den Landesausschuß den gleichen Eid zu leisten, wie die Mitglieder der Bezirkstage. Die Ausübung des Mandats wird durch die Leistung des Eides bedingt.

§ 19. Der Kaiser kann den Landesausschuß vertagen oder auflösen.

Die Auflösung des Landesausschusses zieht die Auflösung der Bezirkstage nach sich.

Die Neuwahlen zu den Bezirkstagen haben in einem solchen Falle innerhalb dreier Monate, die Neuwahlen

¹⁾ Vgl. die Kaiserl. B. v. 1. Okt. 1879, betr. die Wahlen zum Landesausschuß (WB. f. Elsaß-Lothr. S. 89).

²⁾ Vgl. RG. v. 23. Mai 1881, betr. die Öffentlichkeit der Verhandlungen und die Geschäftssprache des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 98).

zu dem Landesausschuß innerhalb sechs Monaten nach dem Tage der Auflösungsverordnung stattzufinden.

§ 20. Die Mitglieder des Ministeriums und die zu deren Vertretung abgeordneten Beamten haben das Recht, bei den Verhandlungen des Landesausschusses sowie in dessen Abtheilungen und Kommissionen gegenwärtig zu sein. Sie müssen auf ihr Verlangen jederzeit gehört werden.

§ 21. Der Landesausschuß erhält das Recht, innerhalb des Bereiches der Landesgesetzgebung Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Ministerium zu überweisen.

Im Uebrigen bleiben die in dem Gesetze, betreffend die Landesgesetzgebung in Elsaß-Lothringen, vom 2. Mai 1877 (RGBl. S. 491), sowie die im § 8 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen, vom 25. Juni 1873 (ebendasselbst S. 161) getroffenen Bestimmungen in Geltung.

§ 22. Das Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen — Gesetz vom 3. Juli 1871 (GBl. f. El.-Lothr. S. 2) — wird vom Ministerium in Straßburg herausgegeben. Die im § 2 des erwähnten Gesetzes bezeichnete vierzehntägige Frist beginnt mit dem Ablaufe des Tages, an welchem das betreffende Stück des Gesetzblattes in Straßburg ausgegeben worden ist.

§ 23. Der Zeitpunkt, an welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, wird durch Kaiserliche Verordnung¹⁾ bestimmt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigne.

Gegeben Bad Ems, den 4. Juli 1879.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

¹⁾ Infolge der Kaiserl. B. v. 23. Juli 1879 (RGBl. S. 281) ist das G. v. 4. Juli 1879 mit dem 1. Okt. 1879 in Kraft getreten.

**VII. RG. vom 15. Dezember 1890, betreffend die
Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reich.**
(RGBl. S. 207 ff.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Die Insel Helgoland nebst Zubehörungen tritt dem Bundesgebiete hinzu.

Das Reich erteilt seine Zustimmung dazu, daß die Insel dem preussischen Staate einverleibt wird.

§ 2. Mit dem Tage der Einverleibung in den preussischen Staat tritt die Verfassung des Deutschen Reichs, mit Ausnahme des Abschnitts VI über das Zoll- und Handelswesen, auf der Insel in Geltung. Zu den Ausgaben des Reichs trägt Preußen für das Gebiet der Insel durch Zahlung eines Ubersums nach Maßgabe des Artikels 38 Abs. 3 der Reichsverfassung bei.¹⁾

§ 3. Die von der Insel herstammenden Personen und ihre vor dem 11. August 1890 geborenen Kinder sind von der Wehrpflicht befreit.

§ 4. Das Wahlgesetz für den deutschen Reichstag tritt mit dem im §. 2 bezeichneten Tage gleichfalls auf der Insel in Kraft. Durch Beschluß des Bundesraths wird die Insel einem Wahlkreise zugetheilt.²⁾

§ 5. Durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths wird festgestellt, inwieweit die

¹⁾ Vgl. Ges. v. 18. Febr. 1891, betr. die Vereinigung der Insel Helgoland mit der Preussischen Monarchie (Pr. Ges. S. 11).

²⁾ Bekanntmachung des Reichsanzlers vom 16. Mai 1891 (RGBl. S. 111), betr. die Zuteilung der Insel Helgoland zu dem 5. Wahlkreise der Preussischen Provinz Schleswig-Holstein.

Vorschriften in den §§. 2, 3, 4, 7, 8 des Gesetzes, betreffend die Reichsstriegshäfen, vom 19. Juni 1883 (RGBl. S. 105) für die Insel und ihre Gewässer zur Anwendung gelangen.

§ 6. Für die übrigen, vor dem im §. 2 bezeichneten Tage erlassenen Reichsgesetze wird der Zeitpunkt,¹⁾ mit welchem dieselben ganz oder theilweise in Kraft treten, durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths festgesetzt.

Insoweit die Schonung der auf der Insel bestehenden Gesetze und Gewohnheiten es erheischt, können auf dem im Absatz 1 bezeichneten Wege an Stelle einzelner Vorschriften der einzuführenden Reichsgesetze Uebergangsbestimmungen erlassen werden. Die Geltung solcher Bestimmungen erstreckt sich nicht über den 31. Dezember 1893.¹⁾

§ 7. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

¹⁾ Auf Grund der Bestimmung im § 6 des RG. v. 15. Dez. 1890, betr. die Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reich (RGBl. S. 207 ff.) sind nachstehende Kaiserliche Verordnungen, betr. die Einführung von Reichsgesetzen in Helgoland erlassen worden:

Kaiserl. B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21), v. 14. Dez. 1892 (RGBl. S. 1052) und v. 24. Juli 1893 (RGBl. S. 236).

Die auf Grund des § 6 Absf. 2 des RG. v. 15. Dez. 1890 (RGBl. S. 207 ff.) durch Artikel II der Kaiserl. B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21) modifizierten §§ 25, 26, 40, 43, 44, 86, 87 des Gerichtsverfassungsgesetzes v. 27. Jan. 1877, welche als Uebergangsbestimmungen nur bis 31. Dez. 1893 Geltung haben sollten, sind dauernd durch RG. v. 4. Juni 1893, betr. die Geltung des Gerichtsverfassungsgesetzes in Helgoland (RGBl. S. 193) eingeführt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin Schloß, den 15. Dezember 1890.

(L. S.)

Wilhelm.
von Boetticher.

II. Reichsgesetzgebung.¹⁾

Artikel 2.

Innerhalb dieses Bundesgebietes übt das Reich das Recht der Gesetzgebung²⁾ nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Die Reichsgesetze erhalten ihre verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Reichswegen,³⁾ welche vermittelt eines Reichsgesetzblattes geschieht. Sofern nicht in dem publizirten Gesetze ein anderer Anfangstermin seiner verbindlichen Kraft bestimmt ist, beginnt die letztere mit dem vierzehnten Tage nach dem Ablauf desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes in Berlin ausgegeben worden ist.

1. Auch bezüglich der Reichslegislative zugewiesenen Gegenstände bleiben die in den einzelnen Staaten geltenden Gesetze und Verordnungen so lange in Kraft und

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. Reiches, 2. Aufl., Bd. II Abt. 1 §§ 63 ff. S. 2 ff.

²⁾ Vgl. über die Organe der Reichsgesetzgebung Art. 5 der Reichsverfassung.

³⁾ Vgl. über das Recht der Verkündigung Art. 17 der Reichsverfassung.

können auf dem bisherigen Wege der Einzelgesetzgebung abgeändert werden, bis eine bindende Norm vom Reiche ergangen ist. / (Schlußprotokolle mit Bayern v. 23. Nov. 1870 unter VI¹⁾), RGBl. 1871 S. 24).

2. B. v. 26. Juli 1867, betr. die Einführung des Bundesgesetzblattes für den Norddeutschen Bund (RGBl. S. 24). Das Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes führt von Nr. 4 bis einschl. 18 des Jahrg. 1871 ab den Titel „Bundesgesetzblatt des Deutschen Bundes“ und von Nr. 19 des Jahrg. 1871 ab den Titel: „Reichsgesetzblatt“. Die Herausgabe erfolgt (zuf. § 3 der B. v. 26. Juli 1867) im Bureau des Reichskanzleramtes.

In Ausführung eines Beschlusses des Bundesrathes (D. Reichsanzeiger 1872 Nr. 304) wird seit dem Jahre 1873 durch das Reichskanzleramt (jetzt Reichsamt des Innern) das „Centralblatt für das Deutsche Reich“ herausgegeben, welches zur Aufnahme solcher für das Publikum bestimmter Veröffentlichungen der Organe des Reichs dient, die der Verkündung durch das Reichsgesetzblatt nicht bedürfen. (Vgl. Bekanntm. des Preuß. Staatsmin. v. 27. Mai 1876, MBl. d. i. B. S. 123.)

3a) Neue Gesetze erlangen, soweit nicht reichsgesetzlich etwas anderes bestimmt wird, in den Konsulargerichtsbezirken nach Ablauf von vier Monaten von dem Tage gerechnet, an welchem das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes oder der Preussischen Gesetzesammlung in Berlin ausgegeben worden ist, verbindliche Kraft. (RG. v. 10. Juli 1879 über die Konsulargerichtsbarkheit. RGBl. S. 205, vgl. auch § 30 des RG. v. 7. April 1900 über die Konsulargerichtsbarkheit. RGBl. S. 213.)

Vgl. die frühere Bestimmung hierüber in dem RG. v. 8. Nov. 1867, betr. die Organisation der Bundeskonsulate 2c. § 24 Abs. 2. (RGBl. S. 142.)

¹⁾ Vgl. unten Anlage VII.

b) Der Zeitpunkt, von welchem ab die Gesetze des Norddeutschen Bundes als Reichsgesetze in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen südlich des Main's in Kraft getreten sind, ergibt sich aus den in § 2 des Einführungsges. v. 16. April 1871 in Bezug genommenen Vertragsbestimmungen, beziehungsweise dem darin bezogenen G. v. 22. April 1871, betr. die Einführung Norddeutscher Bundesgesetze in Bayern. Vgl. auch die Anmerk. hierüber zu den bei den einzelnen Artikeln der Reichsverfassung angeführten Gesetzen. Bei allen vor der Emanation der Reichsverfassung angeführten Bundesgesetzen ist der 1. Jan. 1872 der späteste Termin ihrer Geltung.

Artikel 3.

Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige (Unterthan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Aemtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes und zum Genuße aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen, auch in Betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsschutzes demselben gleich zu behandeln ist.

Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugniß durch die Obrigkeit seiner Heimath, oder durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden.

Diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Ge-

meindeverband betreffen, werden durch den im ersten Absatz ausgesprochenen Grundsatz nicht berührt.

Ebenso bleiben bis auf Weiteres die Verträge in Kraft, welche zwischen den einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf die Uebernahme von Auszuweisenden, die Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Staatsangehörigen bestehen.¹⁾

Hinsichtlich der Erfüllung der Militärpflicht im Verhältniß zu dem Heimathlande wird im Wege der Reichsgesetzgebung das Nöthige geordnet werden.²⁾

Dem Auslande gegenüber haben alle Deutschen gleichmäßig Anspruch auf den Schutz des Reichs.³⁾

1. Der Art. 3 ist für Elsaß-Lothringen bereits am 28. Juni 1871 auf. des § 2 des RG. v. 9. Juni 1871 (RGBl. S. 212, GBl. f. Els.-Lothr. S. 1) in Wirksamkeit getreten.

Vgl. Zus. I. zum Art. 1 der Reichsverf.

¹⁾ Vgl. Schlußprot. zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. des D. R. unter III. (BGBl. 1871 S. 23), f. unten Anl. VII.

²⁾ a) Dies ist durch das Reichs-Militärgef. v. 2. Mai 1874 (RGBl. S. 45) und die Novelle dazu v. 6. Mai 1880 (RGBl. S. 103) geschehen. b) Vgl. § 17 des Gef. v. 9. Nov. 1867, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste (BGBl. S. 131); Vertr. zwischen dem Nordd. Bunde und dem Großherzogtum Baden, betr. die Einführung der gegenseitigen militärischen Freizügigkeit, v. 25. Mai 1869 (BGBl. S. 675), und Art. 57 der Reichsverf. nebst Zus. dazu.

³⁾ Vgl. Art. 4 Nr. 7 der Reichsverf. nebst Zus. dazu.

2. Über die uneingeschränkte Geltung des Art. 3 in Bayern vgl. Art. 4 Nr. 1 der Reichsverfassung und Schlußprotokoll zu dem Vertrage v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verfassung des D. R. unter III. (BGB. 1871 S. 23.)¹⁾

3. Über das Recht des Reichs zur Beaufsichtigung und zur Gesetzgebung hinsichtlich der Gegenstände des Art. 3 vgl. Art. 4 Nr. 1 der Reichsverf.

4. Zur Ausführung des Grundgesetzes des Art. 3 und auf Grund des Art. 4 Nr. 1 ergangene Bundes-, beziehungsweise Reichsgesetze:

a) BG. über die Freizügigkeit v. 1. Nov. 1867 (BGB. S. 55).²⁾

Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 I. 3 der mit Baden und Hessen vereinharten Verj. (BGB. 1870 S. 647), für Württemberg zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGB. S. 656), für Bayern zuf. RG. v. 22. April 1871 § 2 I. 3 (BGB. S. 87) und für Elsaß-Lothringen zuf. RG. v. 8. Jan. 1873 (RGB. S. 51, GB. f. El.-Lothr. S. 1).

Die Freizügigkeit ist eingeschränkt:

α) Durch RG. v. 4. Juli 1872, betr. den Orden der Gesellschaft Jesu (RGB. S. 253). Auch gültig für Elsaß-Lothringen zuf. G. v. 8. Juli 1872 (GB. f. El.-Lothr. S. 506).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Juli 1872, 20. Mai 1873 und 18. Juli 1894, betr. die Ausführung des Ges. über den Orden Jesu. (RGB. 1872 S. 254, 1873 S. 109 und 1894 S. 503, GB. f. El.-Lothr. 1872 S. 507 und 1873 S. 89.)

¹⁾ Vgl. unten Anl. VII.

²⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. I. § 4 S. 110 ff.

β) Durch RG. v. 4. Mai 1874, betr. die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern. (RGBl. S. 43, welches indes durch das RG. v. 6. Mai 1890, RGBl. S. 65, aufgehoben worden ist.)

γ) Durch RG. v. 21. Okt. 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (RGBl. S. 351), dessen Geltung durch RG. v. 31. Mai 1880 (RGBl. S. 117) bis zum 30. Sept. 1884, durch RG. v. 28. Mai 1884 (RGBl. S. 53) bis zum 30. Sept. 1886, durch RG. v. 20. April 1886 (RGBl. S. 77) bis zum 30. Sept. 1888 und durch RG. v. 18. März 1888 (RGBl. S. 109) bis zum 30. Sept. 1890 verlängert ist.

h) BG. über die Aufhebung der polizeilichen Beschränkung der Eheschließung v. 4. Mai 1868 (BGBl. S. 149). Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 I. 7 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGBl. 1870 S. 647), und für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGBl. S. 656). Nicht gültig in Bayern, zuf. Schlußprot. v. 23. Nov. 1870 unter 1. (BGBl. 1871 S. 23.) Nicht eingeführt in Elsaß-Lothringen.

c) BG., betr. die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, v. 3. Juli 1869 (BGBl. S. 292). Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 I. 20 der mit diesen Staaten vereinbarten Verf. (BGBl. 1870 S. 647), für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGBl. S. 656) und für Bayern, zuf. RG. v. 22. April 1871 § 2 I. 10 (BGBl. S. 87.) Nicht eingeführt in Elsaß-Lothringen.

d) BG. wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung v. 13. Mai 1870 (BGBl. S. 119).¹⁾ Auch gültig für Baden

¹⁾ Zwischen Preußen und Sachsen war dieser Gegenstand schon durch die Übereinkunft v. 16. April 1869 (Pr. Ges. 1870 S. 142) geregelt worden.

und Südhessen, zuf. Art. 80 I. 22 der mit diesen Staaten vereinbarten Verf. (BGB. 1870 S. 647), für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGB. S. 656), für Bayern, zuf. RG. v. 22. April 1871 § 2 II. (BGB. S. 88) und für Elsaß-Lothringen zuf. G. v. 14. Jan. 1872 (GB. f. Els.-Lothr. S. 61.)

o) BG. über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit v. 1. Juni 1870 (BGB. S. 355).¹⁾ Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 I. 24 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGB. 1870 S. 647), und für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGB. S. 656), auch für Bayern, jedoch mit Ausnahme der Bestimmungen in § 1 Abs. 2, § 8 Abs. 3 und § 16, welche für das ganze Reichsgebiet weggefallen sind, zuf. RG. v. 22. April 1871 § 9 (BGB. S. 89), für Elsaß-Lothringen, zuf. RG. v. 8. Jan. 1873 (RGBl. S. 51, GB. f. Els.-Lothr. S. 1) und für Helgoland zuf. B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21) vorbehaltlich des Rechts der von der Insel her stammenden Personen, vermöge einer vor dem 1. Januar 1892 von ihnen selbst oder bei minderjährigen Kindern von deren Eltern oder Vormündern abzugebenden Erklärung die britische Staatsangehörigkeit zu wählen.

Dazu: RG. v. 20. Dez. 1875, betr. die Naturalisation von Ausländern, welche im Reichsdienste angestellt sind. (RGBl. S. 324.)

Vgl. Schlußprotokoll zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. des D. R. unter II. (BGB. S. 23), f. unten Anlage VII.

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. I. § 11 S. 95 ff. — Über die Wirksamkeit der §§ 17 und 20 dieses Gesetzes vom 21. Juli 1870 ab vgl. BG. v. 21. Juli 1870 (BGB. S. 498).

1) BG. über den Unterstützungswohnsitz v. 6. Juni 1870 (BGBl. S. 360).¹⁾ Abgeändert durch RG. v. 12. März 1894, RGBl. S. 259.²⁾ Auch gültig für Südhessen, zuf. Art. 80 II. der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGBl. 1870 S. 649), und für Württemberg und Baden, zuf. RG. v. 8. Nov. 1871 (RGBl. S. 391).

Nicht gültig für Bayern zuf. des Vertr. mit Bayern z. 23. Nov. 1870 unter III. § 1 (BGBl. 1871 S. 18) und für Elsaß-Lothringen.

Artikel 4.

Der Beaufsichtigung Seitens des Reichs³⁾ und der Gesetzgebung⁴⁾ desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:⁵⁾

1) die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungs-Verhältnisse, Staats-

1) Vgl. dazu das Pr. G. v. 8. März 1871, betr. die Ausführung des BG. über den Unterstützungswohnsitz (Pr. GG. S. 130). — Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl. Bd. I § 14 S. 125 ff. und das Verzeichnis der betreff. Ausführungsgesetze der übrigen Deutschen Bundesstaaten in Guttentag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 8: J. Krech, Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz etc., 4. Aufl. S. 6 ff.

2) Das demgemäß abgeänderte neu redigierte Gesetz ist mit der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. März 1894 (RGBl. S. 262) im RGBl. S. 262 ff. bekannt gemacht.

3) Vgl. auch Art. 17 der Reichsverf.

4) Vgl. Art. 5 und 23 der Reichsverf.

5) Vgl. außerdem die Art. 11, 18, 20, 69, 75, 76, 78 der Reichsverf.

bürgerrecht,¹⁾ Paßwesen und Fremdenpolizei und über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens, soweit diese Gegenstände nicht schon durch den Artikel 3. dieser Verfassung erledigt sind, in Bayern jedoch mit Ausschluß der Heimaths- und Niederlassungs-Verhältnisse, desgleichen über die Kolonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern;

I. Ad. v.: Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungs-Verhältnisse, Staatsbürgerrecht.

Vgl. Zusp. 4 zum Art. 3 der Reichsverf. und in Betreff Bayerns das Schluß-Prot. zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. des D. Bundes (BGBl. 1871 S. 23 ff.) unter I. bis III.²⁾

II. Ad. v.: Paßwesen und Fremdenpolizei.³⁾ BG. über das Paßwesen v. 12. Okt. 1867 (BGBl. S. 33).

¹⁾ Vgl. den Vertr. zwischen dem Nordb. Bunde und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, betr. die Staatsangehörigkeit derjenigen Personen, welche aus dem Gebiete des einen Theils in dasjenige des anderen Theils einwandern, v. 22. Febr. 1868 (BGBl. S. 228). Vgl. über diesen Vertr.: v. Könnes Staatsrecht des D. R., 2. Aufl. Bd. I. § 11 S. 105 Note 2 und Bd. II. Abt. 2 § 114 S. 197 Note 1 c und S. 313, desgl. v. Könnes Staatsrecht der Pr. Monarchie, 4. Aufl. Bd. II. § 131 sub VI. S. 23, desgl. Erf. d. D. Verw. Ger. v. 13. Okt. 1886 in den Entsch. d. D. Verw. Ger. Bd. 14 S. 388 u. Min.Bl. d. i. B. 1887 S. 56.

²⁾ Vgl. unten Anlage VII.

³⁾ Vgl. v. Könnes Staatsrecht des D. R., 2. Aufl. Bd. I. § 14 S. 117 ff. — Auf Grund des § 9 des G.

Auch gültig für Baden, Südhessen, Württemberg und Bayern, zuf. Art. 80 I. der mit Baden und Hessen vereinb. Verf. (BGB. 1870 S. 647), des Vertr. mit Württemberg v. 25. Nov. 1870 Art. 2 Nr. 6 (BGB. S. 656) und des RG. v. 22. April 1871 § 2 I. 1 (BGB. S. 87).

III. Ad. v.: Gewerbebetrieb.

A. Die Gewerbegesetzgebung des Reiches beginnt im Nordd. Bunde mit dem G. v. 8. Juli 1868, betr. den Betrieb der stehenden Gewerbe (BGB. S. 406), welchem alsbald die Gewerbe-D. für den Nordd. Bund v. 21. Juni 1869 (BGB. S. 245) folgte, durch welche das G. v. 8. Juli 1868 für die Zeit vom 1. Okt. 1869 außer Anwendung gesetzt wurde. Die Gewerbe-D. ist demnächst nach Errichtung des D. Bundes durch Art. 80 Nr. II der Verf. des D. Bundes (BGB. 1870 S. 627) vom 1. Jan. 1871 ab als Bundesgesetz in Hessen südlich des Mains und, nachdem sie nach Errichtung des D. Reichs durch § 2 des G. v. 16. April 1871 (BGB. S. 63) zum Reichsgesetz erklärt worden, in Baden und Württemberg durch G. v. 10. Nov. 1871 (RG. S. 392) vom 1. Jan. 1872 ab (vgl. auch die Vereinbarung mit Baden und Hessen über Gründung des D. Bundes v. 15. Nov. 1870 (BGB. S. 250), sowie den Vertrag mit Württemberg über dessen Beitritt zur Verf. des D. Bundes v. 25. Nov. 1870 und die Verhandlung von demselben Tage (BGB.

über das Paßwesen v. 12. Okt. 1867 ist die Paßpflichtigkeit vorübergehend angeordnet worden: a) durch Kaiserl. B. v. 26. Juni 1878 (RG. S. 131) für in Berlin ankommende Fremde und Neuanziehende; b) durch Kaiserl. B. v. 14. Juni 1879 (RG. S. 155) für aus Rußland kommende Reisende, welche B. teilweise wieder aufgehoben worden ist durch Kaiserl. B. v. 29. Dez. 1880 (RG. 1881 S. 1).

Letztere B. aufgehoben durch Kaiserl. B. v. 30. Juni 1894 (RG. S. 501).

§. 654) und in Bayern (mit einigen Abänderungen) durch G. v. 12. Juni 1872 (RGBl. S. 170); vgl. auch den Vertr. über den Beitritt Bayerns zur Verf. des D. Bundes v. 23. Nov. 1870 Nr. III. § 8 (BGBl. 1871 S. 9) als Reichsgesetz in Kraft gesetzt. Seit dem 1. Jan. 1873 galt demnach die Gewerbe-D. im ganzen Reich mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen, in welchem zunächst nur einzelne Bestimmungen derselben in Geltung traten. Durch das RG. v. 27. Februar 1888 (RGBl. S. 57)¹⁾ ist dann aber eine Gewerbe-D. auch in Elsaß-Lothringen vom 1. Jan. 1889 als Reichsgesetz eingeführt worden, vorbehaltlich jedoch der Bestimmungen der §§ 2 bis 6 dieses Gesetzes, bezüglich der Preßgewerbe und des Dampfkesselbetriebes, in gewisser Beziehung auch hinsichtlich der Theater- und Wirtschaftsgewerbe. Über die Ausführung des RG. v. 27. Febr. 1888 hat der Bundesrat Bestimmungen erlassen, welche durch die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Dez. 1888 (RGBl. S. 301) veröffentlicht sind und laut Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. März 1889 (RGBl. S. 46) die Genehmigung des Reichstages erhalten haben.

Die Gewerbe-D. für den Nordd. Bund hat im Laufe der Zeit durch Reichsgesetze so wesentliche Änderungen erlitten, daß sowohl bei ihrer Revision durch G. v. 1. Juli 1883 (RGBl. S. 159)²⁾ eine Neuredaktion unter

¹⁾ Vgl. auch B. v. 8. Okt. 1900 betr. die Ausführung der Gewerbe-D. (GB. f. El.-Lothr. S. 147).

²⁾ Der auf Grund des Art. 16 des G. v. 1. Juli 1883 durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Juli 1883 (RGBl. S. 177) veröffentlichte Text der „Gewerbe-D. des D. Reichs“ findet sich auch mitgeteilt in Guttentags Gesetzgebung Bd. V S. 493 ff. Die Anmerkungen hierzu enthalten den Hinweis auf die die betreffenden Paragraphen der Gewerbe-D. abändernden Gesetze, weshalb hier darauf hingewiesen wird. Vgl. ferner: Guttent-

Berücksichtigung der bis dahin eingetretenen Änderungen angeordnet wurde, als auch durch RG. v. 30. Juni 1900 betr. die Abänderung der Gewerbe-D. (RGBl. S. 321) für erforderlich erachtet wurde, den Text durch das RG. bekannt zu machen, wie er sich aus den Änderungen ergibt, welche in diesem Gesetz und den Gesetzen vom 15. Juni 1883 (RGBl. S. 73), 1. Juni 1891 (RGBl. S. 261), 19. Juni 1893 (RGBl. S. 197), 6. Aug. 1896 (RGBl. S. 685), 18. Aug. 1896 (RGBl. S. 604), 10. Mai 1897 (RGBl. S. 437) und am 26. Juli 1897 (RGBl. S. 663), sowie durch die am 12. Juli 1884, 31. Januar 1885, 15. Februar 1886, 16. Juni 1886, 16. Juli 1888, 9. Febr. 1898 und 31. Oktober 1899 bekannt gemachten, vom Reichstage genehmigten Beschlüsse des Bundesrats, (RGBl. v. 1884 S. 118, v. 1885 S. 8, v. 1886 S. 28 u. 204, v. 1888 S. 218, v. 1898 S. 27 und v. 1899 S. 664) festgestellt sind. Vgl. Art. 17 des RG. v. 30. Juni 1900 (RGBl. S. 321) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. Juli 1900 betr. die Redaktion der Gewerbe-D. für das D. Reich (RGBl. S. 871).

B. Zur Gewerbe-D.

1. Zum § 6. Auf Grund der Bestimmung im Abs. 2 des § 6 ist die B. v. 25. März 1872, betr. den Verkehr mit Apothekerwaren (RGBl. S. 85) ergangen, an deren Stelle jedoch die B. v. 4. Jan. 1875, betr. den Verkehr mit Arzneimitteln (RGBl. S. 5) getreten, welche durch die B. v. 9. Febr. 1880, betr. den Verkehr mit künstlichen Mineralwässern (RGBl. S. 13) und durch die B. v. 3. Jan. 1883, betr. den Verkehr mit Honigpräparaten (RGBl. S. 1) ergänzt worden ist. Vgl. R.-Strafgesetzb. § 367 Nr. 3. Durch die B. v. 27. Jan. 1890 (RGBl.

tagische Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 6: Gewerbeordnung für das D. Reich nebst allen Ausführungsbestimmungen, Textausgabe mit Anmerkungen. 16. Aufl. von Spangenberg. 1902.

§. 9) find die B. v. 4. Jan. 1875, v. 9. Febr. 1880 und v. 3. Jan. 1883 außer Kraft gesetzt und es ist durch dieselbe der gesamte Verkehr mit Arzneimitteln anderweitig geordnet worden. Dazu: B. v. 31. Dez. 1894, betr. den Verkehr mit Diphtherieserum (RGB. 1895 S. 1); B. v. 25. Nov. 1895, betr. den Verkehr mit Arzneimitteln (RGB. S. 455) und B. v. 19. Aug. 1897, betr. den Verkehr mit Schilddrüsenpräparaten (RGB. S. 707). Vgl. § 5 der B. v. 22. Okt. 1901, betr. den Verkehr mit Arzneimitteln (RGB. S. 380), durch welchen die B. v. 27. Jan. 1890, 31. Dez. 1894, 25. Nov. 1895 und 19. Aug. 1897 außer Kraft gesetzt werden. Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Okt. 1903, betr. den Verkehr mit Arzneimitteln (RGB. S. 281).

2. Zum § 16. Vgl. folgende Bekanntm. des Reichskanzlers: v. 20. Juli 1873 (RGB. S. 299, RGB. S. 234) und RG. v. 2. März 1874 (RGB. S. 19); v. 26. Juli 1881 (RGB. S. 251) und v. 31. Jan. 1882 (RGB. S. 10); v. 12. Juli 1882 (RGB. S. 123) u. 23. Dez. 1882 (RGB. S. 141) u. v. 21. April 1883 (RGB. S. 33); v. 12. Juli 1884 (RGB. S. 118) u. 4. Jan. 1885 (RGB. S. 2); v. 31. Jan. 1885 (RGB. S. 8) und 24. April 1885 (RGB. S. 92); v. 15. Febr. 1886 (RGB. S. 28) und 1. April 1886 (RGB. S. 68); v. 16. Juni 1886 (RGB. S. 204) und v. 5. Jan. 1887 (RGB. S. 4), ferner v. 16. Juli 1888 (RGB. S. 218), v. 2. Jan. 1889 (RGB. S. 1), v. 9. Febr. u. 5. April 1898 (RGB. S. 27 u. 161), v. 31. Okt. u. 28. Dez. 1899 (RGB. S. 664 u. 727) v. 29. Nov. 1900 (RGB. S. 1036).

3. Zum § 24 vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 19. Mai 1871, betr. allgemeine polizeiliche Bestimmungen über die Anlegung von Dampffesseln (RGB. S. 122) und die diese Bekanntm. abändernden Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Juli 1883 (RGB. S. 245) und v. 27. Juli 1889 (RGB. S. 173). — Unter Aufhebung dieser Bestimmungen hat der Reichskanzler durch die Bekanntm. v. 5. Aug. 1890 (RGB. S. 163) anderweite

allgemeine Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln erlassen.

Vgl. für Elsaß-Lothringen § 6 des RG. v. 27. Febr. 1888, betr. die Einführung der Gewerbe-D. in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 57) und die durch die B. v. 25. Sept. 1889 (GB. f. El.-Lothr. S. 87) abgeänderte B. v. 3. Nov. 1884, betr. die Anlage und den Betrieb von Dampfkesseln (GB. f. El.-Lothr. S. 113).

4. Zum § 29.¹⁾ a) Der § 29 der Gewerbe-D. für das D. R. v. 21. Juni 1869 ist auch in Elsaß-Lothringen (v. 1. Okt. 1872 ab) bereits vor Erlass des RG. v. 27. Febr. 1888, betr. die Einführung der Gewerbe-D. in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 57) eingeführt worden durch RG. v. 15. Juli 1872 (RGBl. S. 350, GB. f. El.-Lothr. S. 534). Vgl. dazu: G. v. 17. März 1884, betr. die Approbation für Apotheker und Ärzte (GB. f. El.-Lothr. S. 14) und G. v. 14. Juni 1903, betr. die Errichtung und den Betrieb von Apotheken (GB. f. El.-Lothr. S. 45).

b) Zur Ausführung des Abs. 2 des § 29 der Gewerbe-D. ergangenen Bestimmungen:

a) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Juni 1883, betr. die ärztliche Prüfung (RGBl. S. 191) nebst Bekanntm. vom gleichen Datum, betr. die ärztliche Vorprüfung (a. a. D. S. 198).

¹⁾ Über die gegenseitige Zulassung der in den Grenzgemeinden wohnhaften Medizinalpersonen zur Ausübung der Praxis vgl. die Konvention zwischen dem D. R. und Belgien v. 7. Febr. 1873 (RGBl. S. 55), die Übereinkunft zwischen dem D. R. und den Niederlanden v. 11. Dez. 1873 (RGBl. 1874 S. 99) und 23. Febr. 1898 (RGBl. 1899 S. 221), die Übereinkunft zwischen dem D. R. und Österreich-Ungarn v. 30. Sept. 1882 (RGBl. S. 39), die Übereinkunft zwischen Deutschland und Luxemburg v. 4. Juni 1883 (RGBl. S. 19) und die Übereinkunft zwischen Deutschland und der Schweiz v. 29. Febr. 1884 (RGBl. S. 45).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Jan. 1888, betr. die Abänderung der Vorschriften für die ärztliche Vorprüfung v. 2. Juni 1883 (RGBl. 1888 S. 9), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. April 1899, betr. die Auslegung der Prüfungsordnungen für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker (RGBl. S. 124) und Bekanntm. v. 26. Juli 1900 (RGBl. S. 477).

Die im Abs. 2 des § 29 der Gewerbe-O. dem Bundesrate vorbehaltenen Bestimmungen enthielt zunächst die Bekanntm. v. 25. Sept. 1869, betr. die Prüfung der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker (BGBl. S. 635). Dieselbe ist in Ansehung der Ärzte beseitigt durch die Bekanntm. v. 2. Juni 1883 und ihre Ergänzungen.

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. April 1887, betr. die Ausdehnung der ärztlichen Prüfung auf die Schutzpocken-Impfung (RGBl. S. 110), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Mai 1901, betr. die Prüfungsordnung für Ärzte (RGBl. S. 136).

β) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Juli 1889, betr. die Prüfung der Zahnärzte (RGBl. S. 417) nebst ergänzender Nachricht im RGBl. 1890 S. 81.

Durch diese Bekanntm. sind die Bestimmungen der Bekanntm. v. 25. Sept. 1869 in Ansehung der Zahnärzte beseitigt. Vgl. Bekanntm. v. 24. April 1899 (RGBl. S. 124).

γ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. Juli 1889, betr. die Prüfung der Tierärzte (RGBl. S. 421). Die Bestimmungen der Bekanntm. v. 25. Sept. 1869 wurden in Ansehung der Tierärzte bestätigt durch die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. März 1878, betr. die Prüfung der Tierärzte (RGBl. S. 10, RGBl. S. 160). Durch die Bekanntm. v. 13. Juli 1889 sind alle früheren über die Prüfung der Tierärzte ergangenen Vorschriften aufgehoben. Vgl. aber Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. Juli 1902, betr. Abänderung der Vorschriften über die Prüfung der Tierärzte (RGBl. S. 248).

b) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. März 1875, betr. die Prüfung der Apotheker (RCh. S. 174, RCh. S. 167), wodurch alle früheren über die Prüfung der Apotheker ergangenen Bekanntmachungen aufgehoben sind.

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Dez. 1879, betr. die Abänderung der Bestimmungen über die Prüfung der Apotheker (RCh. S. 850) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Mai 1884, betr. die Prüfung der Apotheker (RCh. S. 155).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Juli 1889, betr. einen Zusatz zu der Bekanntm. v. 5. März 1875 (RCh. S. 421) und Bekanntm. v. 24. April 1899 (RCh. S. 124).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. Nov. 1875, betr. die Bestimmungen über die Prüfung der Apothekergehilfen (RCh. S. 761), nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. Febr. 1879, betr. die Abänderung der Bestimmungen über die Prüfung der Apothekergehilfen (RCh. S. 91) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Dez. 1879, betr. die Abänderung der Bestimmungen über die Prüfungen der Apothekergehilfen (RCh. S. 850).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Dez. 1882 (RCh. S. 458), 13. Jan. 1883 (RCh. S. 12) und 12. Febr. 1902 (RCh. S. 23).

c) Zum Abs. 4 des § 29 der Gewerbe-O.:

Bekanntm. des Bundeskanzlers v. 9. Dez. 1869, betr. die Entbindung von den ärztlichen Prüfungen (BCh. S. 687) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. April 1884, betr. die Dispensationen von den ärztlichen Prüfungsvorschriften (RCh. S. 123).

d) Über die statistische Aufnahme des Heilpersonals, des pharmazeutischen Personals und der pharmazeutischen Anstalten vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. März 1887 (RCh. S. 58).

5. Zu §§ 30 u. 30a. a) Über das Hebammenwesen in Elsaß-Lothringen vgl. das G. v. 25. März 1889 (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 33).

b) Für Elsaß-Lothringen vgl. G. v. 5. Mai 1890, betr. die Ausbildung des Fußbeschlaggewerbes (GVB. f. Elsaß-Lothr. S. 35).

6. Zum § 31.¹⁾ Auf Grund der Bestimmung des § 31 in Verbindung mit Art. 54 der Reichsverf. sind die Bekanntmachungen des Bundes-(Reichs-)kanzlers, betr. die Prüfung der Seeschiffer und Seesteuerleute auf D. Rauffahrtsschiffen, v. 25. Sept. 1869 (RGV. S. 660), v. 30. Mai 1870 (RGV. S. 314), v. 19. Juni 1875 (RGV. S. 371), v. 25. Juni 1875 (RGV. S. 376), v. 12. März 1885 (RGV. S. 82) und v. 2. Dez. 1885 (RGV. S. 319) erlassen; an die Stelle dieser Vorschriften sind diejenigen getreten, welche der Bundesrat zufolge der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Aug. 1887 (RGV. S. 395) und v. 4. März 1895 (RGV. S. 179) erlassen hat. Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. Juni 1888, betr. die Befähigungszeugnisse für Schiffer auf kleiner Fahrt mit Hochseefischereifahrzeugen und die Berechnung der Steuermannsfahrzeit (RGV. S. 185), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Juni 1891, betr. den Nachweis der Befähigung als Seeschiffer und Seesteuermann auf D. Rauffahrtsschiffen (RGV. S. 348) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Juni 1891, betr. die Grundsätze für die Untersuchung der Seeschiffer und Seesteuerleute auf Farbenblindheit (RGV. S. 156), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Febr. 1899, betr. die Zulassung zur Führung von Hochseefischereifahrzeugen in kleiner und in der Islandfahrt (RGV. S. 129) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. März 1902 und 21. Juni 1903, betr. die Zulassung zur Führung von Hochseefischereifahrzeugen in der Islandfahrt (RGV. 1902 S. 127 u. 1903 S. 253) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. März 1899, betr. Abänderung der Vorschriften über den Nachweis der

¹⁾ Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Juni 1891, betr. die Führung von Segel-Luftfahrzeugen (RGV. S. 144).

Befähigung als Seeschiffer und Seesteuermann auf deutschen Rauffahrtsschiffen (RGBl. S. 134). Vgl. hierzu: Bes. v. 6. März 1899 (RGBl. S. 86.) Über die Zulassung ehemaliger Offiziere u. der Kaiserlichen Marine als Seeschiffer und Seesteuerleute auf D. Rauffahrtsschiffen vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 21. Dez. 1874 (RGBl. 1875 S. 51). Das RG. v. 11. Juni 1878 (RGBl. S. 109) verordnet, daß die Bestimmungen, welche in der Gewerbe-D. in Bezug auf Seesteuerleute getroffen sind, auf Maschinisten der Seedampfschiffe gleichfalls Anwendung finden. — In Ausführung dieses Ges. sind die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Juni 1879, betr. die Prüfung der Maschinisten auf Seedampfschiffen der D. Handelsflotte (RGBl. S. 427) und die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Dez. 1879 (RGBl. S. 851), v. 16. April 1885 (RGBl. S. 164) und v. 15. Nov. 1886 (RGBl. S. 389), v. 12. Nov. 1887 (RGBl. S. 550), v. 18. Juli 1889 (RGBl. S. 429) und v. 18. Juli 1890 (RGBl. S. 281) erlassen. An Stelle der in den Bekanntm. v. 30. Juni 1879, 16. April 1885, 15. Nov. 1886, 12. Nov. 1887 und 18. Juli 1889 enthaltenen Vorschriften sind diejenigen getreten, welche der Bundesrat zufolge der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. Juli 1891 (RGBl. S. 359) erlassen hat.

Vgl. dazu Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Aug. 1891 (RGBl. S. 266) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Oktober 1902, betr. den Befähigungsnachweis und die Prüfung der Maschinisten auf Seedampfschiffen der D. Handelsflotte (RGBl. S. 265).

7. Zum § 36 Ad v.: Feingehalt edler Metalle. RG. v. 16. Juli 1884 über den Feingehalt der Gold- und Silberwaren (RGBl. S. 120).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. Jan. 1886, betr. die Bestimmung über die Form des Stempelzeichens zur Angabe des Feingehalts auf goldenen und silbernen Geräten (RGBl. S. 1).

8. Zum § 56 b. Über die auf Grund des § 56 b erlassenen Bestimmungen vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Nov. 1896 (RWB. S. 745), über die Gestattung des Feilhaltens von Bier im Umherziehen die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juli 1899 (RWB. S. 374) und über die Gestattung des Feilbietens von Obstbäumen im Umherziehen die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. Febr. und 12. Juli 1897 (RWB. S. 18 und 596).

9. Zum Titel VII. Zur Mitwirkung bei den erforderlichen statistischen Erhebungen ist eine Kommission für Arbeiterstatistik errichtet. Vgl. Regulativ v. 1. April 1892, betr. die Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik (RWB. S. 166) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 29. Jan. 1894, betr. Abänderung des Regulativs für die Errichtung einer Kommission einer Arbeiterstatistik (RWB. S. 19) sowie Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. April 1902, betr. den Beirat für Arbeiterstatistik (RWB. S. 100).

10. Zum § 105 e. Auf Grund des § 105 e Abs. 2 ist erlassen: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 3. April 1901, betr. Ausnahmen von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe gemäß § 105 e Abs. 1 der WD. (RWB. S. 117).

11. Zum § 105 d. Die auf Grund des § 105 d von dem Bundesrat erlassenen Bestimmungen sind durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Febr. 1895 (RWB. S. 12) veröffentlicht worden. Vgl. hierzu die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Okt. 1895, v. 20. April, 26. Juni, 14. Juli, 27. Nov. 1896, v. 16. Okt. 1897, v. 3. Nov. 1898, 26. April und 15. Juli 1899 (RWB. 1895 S. 448, 1896 S. 104, 177, 191, 744, 1897 S. 773, 1898 S. 1185, 1899 S. 271 u. 373).

12. Zum § 114 a. Auf Grund des § 114 a ist erlassen die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Dez. 1902,

betr. die Einführung von Lohnbüchern für die Kleider- und Wäschekonfektion (RStB. S. 295).

13. Zum § 120e und § 139a.

a) Auf Grund des § 120e sind erlassen:

α) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. März 1896 (RStB. S. 55), betr. den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien.

β) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 31. Juli 1897, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien (RStB. S. 614).

γ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. April 1899 und 15. Nov. 1903, betr. den Betrieb von Getreidemöhlen (RStB. 1899 S. 273 und 1903 S. 287).

δ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. März 1902, betr. die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen zur Vulkanisierung von Gummiwaren (RStB. S. 59).

ε) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. März 1902, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien (Steinmetzbetrieben) (RStB. S. 78).

ζ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Okt. 1902, betr. die Einrichtung und den Betrieb der Korbhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien, sowie der Bürsten- und Pinselmachereien (RStB. S. 269).

η) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Jan. und 1. April 1903, betr. den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Präservativs, Sicherheitspfeffaren, Suspensorien u. dergl. (RStB. S. 3 u. 123).

θ) Vgl. RSt. v. 13. Mai 1884, betr. die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern (RStB. S. 49) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Juli 1893, betr. Einrichtung und Betrieb von Anlagen zur Anfertigung von Zündhölzern unter Verwendung von weißem Phosphor (RStB. S. 209) zur Ausf. des Ges. v. 13. Mai 1884. Diese Bekanntm. ist an Stelle der früheren durch

die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Juli 1884 (RGBl. S. 195) verkündeten Vorschriften getreten.

b) Auf Grund des § 120 e Abs. 3 ist erlassen: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Jan. 1902, betr. die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften (RGBl. S. 33).

c) Auf Grund der §§ 120 e und 139 a sind erlassen:

a) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Juli 1893, betr. die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen (RGBl. S. 218), vgl. Bekanntm. v. 24. April 1903 (RGBl. S. 201).

ß) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. Mai 1903, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten (RGBl. S. 225).

γ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Mai 1898, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen (RGBl. S. 176).

δ) Bekanntm. v. 2. Febr. 1897, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Metall-Chronometern (RGBl. S. 11).

ε) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. April 1899 und 15. Nov. 1903, betr. die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomasschlacke gemahlen oder Thomasschlackenmehl gelagert wird (RGBl. 1899 S. 267 und 1903 S. 288).

ζ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Febr. 1900, betr. die Einrichtung und den Betrieb der Zinkhütten (RGBl. S. 32), abgeändert durch B. v. 5. Juli 1901 (RGBl. S. 261).

η) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. März 1902, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasschleifereien und Glasbeizereien sowie Sandbläsereien (RGBl. S. 65).

d) Auf Grund der Ermächtigung in § 139 a sind von dem Bundesrat folgende Bestimmungen erlassen und durch Bekanntm. des Reichskanzlers veröffentlicht worden:

a) Bekanntm. v. 31. Juli 1888, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Gummivarenfabriken (RGBl. S. 219).

β) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. März 1892, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb (RGBl. S. 324).

γ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 31. Jan. 1902, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Eichorienfabriken und den zur Herstellung von Eichorien dienenden Werkstätten mit Motorbetrieb (RGBl. S. 42).

δ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. März 1892, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlenbergwerken, Zink- und Bleierzwerken und auf Rolereien im Regierungsbezirk Oppeln (RGBl. S. 331), berichtigt im RGBl. für 1893 S. 3, hierzu Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. März 1897 (RGBl. S. 25) und v. 20. März 1902 (RGBl. S. 77).

e) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. März 1902, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Rohrzuckerfabriken, Zuckerraffinerien und Melasseentzuckerungsanstalten (RGBl. S. 72).

ζ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Mai 1902, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken (RGBl. S. 170).

η) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 29. April 1892 und 24. Juni 1902, betr. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Hefekräumen u. dergl. (RGBl. 1892 S. 604 und 1902 S. 238).

θ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. April 1893 und 16. Dez. 1897, betr. die Beschäftigung von Arbeiter-

innen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien (RGBl. 1893 S. 148 und 1897 S. 789).

c) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Dez. 1893, betr. die Nachmittagspausen der in Spinnereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter (RGBl. S. 264).

x) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. März 1903, betr. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinsolhlenbergwerken in Preußen, Baden und Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 61).

λ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juli 1895 (RGBl. S. 420), betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Meiereien (Molkereien) und Betrieben zur Sterilisierung von Milch.

μ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. März 1898, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Konservenfabriken (RGBl. S. 35).

ν) (auf Grund v. §§ 139 a u. 154 Abs. 2 der G.D.) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. Nov. 1903, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien (RGBl. S. 286).

ο) Auf Grund des § 139 a, § 154 Abs. 3 ist erlassen: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Febr. 1903, betr. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bei der Bearbeitung von Faserstoffen, Tierhaaren, Abfällen oder Lumpen (RGBl. S. 39).

14. a) Zum § 139 b. Auf Grund des § 139 b Abs. 5 sind vom Bundesrat die durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. März 1892 (RGBl. S. 337), betr. die Ermittlung der Zahl der in Fabriken und diesen gleichstehenden Anlagen beschäftigten Arbeiterinnen veröffentlichten Bestimmungen erlassen worden.

b) Zum § 139 f Abs. 3. Auf Grund des § 139 f Abs. 3 ist erlassen: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Jan. 1902, betr. das Verfahren bei Anträgen auf Verlängerung der Ladenschlußzeit (RGBl. S. 38).

c) Zum § 139h Absf. 1. Auf Grund des § 139h Absf. 1 ist erlassen: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Nov. 1900, betr. die Einrichtung von Sitzgelegenheit für Angestellte in offenen Verkaufsstellen (RGBl. S. 1033).

15. Zum § 140. Über die eingeschriebenen Hilfszassen vgl. das RG. v. 7. April 1876 (RGBl. S. 125) und das RG. v. 1. Juni 1884, betr. die Abänderung des letztgedachten Gesetzes (RGBl. S. 54), sowie Art. 32 des RG. v. 10. April 1892 über die Abänderung des Gesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 15. Juni 1883 (RGBl. 1892 S. 379). Dazu Bekanntm. des Reichskanzlers v. 14. Febr. 1877 (RGBl. S. 99) und v. 16. Okt. 1884 (RGBl. S. 266).

16. a) Zum § 154a. B. v. 9. Juli 1900, betr. die Inkraftsetzung der in § 154 Absf. 3 der Gewerbe-D. getroffenen Bestimmung (RGBl. S. 565). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. Juli 1900, betr. die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb (RGBl. S. 566).

b) B. v. 31. Mai 1897, betr. die Ausdehnung der §§ 135—139 und des § 139b der Gewerbe-D. auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion (RGBl. S. 459).

c) § 120a der Gewerbe-D. in der Fassung des Gesetzes v. 17. Juli 1878 (RGBl. S. 199) war schon durch § 78 des RG. v. 29. Juli 1890 (RGBl. S. 160) aufgehoben und es sind die Vorschriften des RG. v. 29. Juli 1890, betr. die Gewerbegerichte (RGBl. S. 141 ff.) an die Stelle der bis dahin ergangenen Bestimmungen über die Gewerbegerichte getreten. Auch dieses Gesetz hat wiederum Änderungen erfahren durch RG. v. 30. Juni 1901 zur Abänderung des Gesetzes betr. die Gewerbegerichte v. 29. Juli 1890 (RGBl. S. 249). Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 29. Sept. 1901, betr.

den Text des Gewerbeberichtigungs-Gesetzes in der vom 1. Jan. 1902 ab geltenden Fassung (RGBl. S. 353).

d) RG. v. 30. März 1903, betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben (RGBl. S. 113). Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Dez. 1903, betr. Abänderung des dem Gesetz über Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben v. 30. März 1903 (RGBl. S. 113) beigegebenen Verzeichnisses (RGBl. S. 312) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Dez. 1903, betr. Ausnahmen von den Vorschriften des § 12, § 13 Abs. 1 des Gesetzes über Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben v. 30. März 1903 (RGBl. S. 312).

IV. Ad. v.: Versicherungswesen.¹⁾

a) In dem Schlußprotokoll zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. d. D. Bundes ist unter IV. vorbehalten worden, daß, wenn sich die Reichsgesetzgebung mit dem Immobilien-Versicherungswesen befassen sollte, die vom Reiche zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen in Bayern nur mit Zustimmung der Bayerischen Regierung Geltung erlangen können (BGB. 1871 S. 25).²⁾

b) a) RG. v. 15. Juni 1883, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter (RGBl. S. 73), RG. v. 28. Jan. 1885, betr. die Abänderung des Ges. v. 15. Juni 1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter (RGBl. 1885 S. 5) und RG. v. 10. April 1892 über die Abänderung des Gesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 15. Juni 1883 (RGBl. 1892 S. 379).

Der Text, wie er sich aus den eingetretenen Änderungen ergibt, ist mit der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. April 1892, betr. die Redaktion des Krankenver-

¹⁾ Wegen Einführung der Arbeiterversicherungs-Gesetze in Helgoland siehe B. v. 14. Dez. 1892 (RGBl. S. 1052).

²⁾ Vgl. unten Anlage VII.

sicherungsgesetzes durch das Reichs-Gesetzblatt (RGBl. S. 417) mit der Überschrift „Krankenversicherungsgesetz“ bekannt gemacht. Dieses Gesetz hat wiederum Änderungen erfahren durch RG. v. 30. Juni 1900, betr. die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes (RGBl. S. 333) und RG. v. 25. Mai 1903, betr. weitere Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes (RGBl. S. 233). Dazu: B. v. 2. Nov. 1903 über das spätere Inkrafttreten von Vorschriften des Gesetzes, betr. weitere Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes v. 25. Mai 1903 für die preussischen Knappschaftskassen (RGBl. S. 284).

Dazu: RG. v. 14. Dez. 1892, betr. die Einführung des § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes (RGBl. S. 1049). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. Okt. 1892, betr. Krankenversicherung im Arbeiterverhältnis zur Post- und Telegraphenverwaltung stehender Personen (RGBl. S. 628), Zusammenstellung ortsüblicher Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter, veröffentlicht durch Bekanntm. des Kaiserl. Statistischen Amtes v. 24. Dez. 1892 (RGBl. S. 716) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 3. Juli 1892, betr. Entwürfe zu Statuten für eine Orts-Krankenkasse und für eine Betriebs- (Fabrik-) Krankenkasse nebst Erläuterungen (RGBl. S. 515).

β) Unfallversicherungsgesetz v. 6. Juli 1884 (RGBl. S. 69). § 87 abgeändert durch RG. v. 16. Mai 1892, betr. die Abänderung des § 87 des Unfallversicherungsgesetzes v. 6. Juli 1884 zc. (RGBl. 1892 S. 665).¹⁾

¹⁾ Durch RG. v. 30. Juni 1900, betr. die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze (RGBl. S. 335) haben das Unfallversicherungsgesetz v. 6. Juli 1884 (RGBl. S. 69), der Abschnitt A des Gesetzes, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, v. 5. Mai 1886 (RGBl. S. 132), das Gesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, v. 11. Juli 1887

Dazu:

aa) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Jan. 1885, betr. die Unfallversicherungspflicht von Arbeitern und Betriebsbeamten in Betrieben, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken (RGBl. S. 13).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Mai 1886, betr. die Unfallversicherungspflicht von Arbeitern und

(RGBl. S. 287) und das Gesetz, betr. die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligter Personen, v. 13. Juli 1887 (RGBl. S. 329) die aus den diesem Gesetz beigelegten Anlagen ersichtliche Fassung erhalten. Das Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung v. 28. Mai 1885 (RGBl. S. 159) ist aufgehoben. Vgl. § 1 des RG. v. 30. Juni 1900 (RGBl. S. 335). Durch § 28 a. a. O. ist der Reichskanzler ermächtigt worden, den Text der Unfallversicherungsgesetze, wie er sich aus den Änderungen ergibt, unter fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen jedes einzelnen dieser Gesetze durch das Reichs-Gesetzblatt bekannt zu machen. Demgemäß sind die Unfallversicherungsgesetze durch Bekanntmachung (Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Juli 1900, betr. Bekanntmachung des Textes der Unfallversicherungsgesetze, RGBl. S. 573) bekannt gemacht. Vgl. I. Gesetz, betr. die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze (RGBl. 1900 S. 573 ff.). II. Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz (RGBl. 1900 S. 585 ff.). III. Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft (RGBl. 1900 S. 641 ff.). IV. Bau-Unfallversicherungsgesetz (RGBl. 1900 S. 698 ff.). V. See-Unfallversicherungsgesetz (RGBl. 1900 S. 716 ff.).

Dazu: B. v. 2. Dez. 1901, betr. das Inkrafttreten der Unfallversicherung (RGBl. S. 493) und B. v. 22. Dez. 1901, betr. die Gebühren der Rechtsanwälte im Verfahren vor den Schiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamte (RGBl. S. 497).

Betriebsbeamten in Betrieben, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken (RGV. S. 190).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 14. Jan. 1888, betr. die Unfallversicherung von Arbeitern und Betriebsbeamten in Betrieben, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken (RGV. S. 1).

β) B. v. 2. Nov. 1885 über das Verfahren vor den auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten (RGV. S. 279), aufgehoben durch § 37 der B. v. 22. Nov. 1900, betr. das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung (RGV. S. 1017). Vgl. auch B. v. 22. Nov. 1900, betr. die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung (RGV. S. 1031).

γγ) B. v. 5. Aug. 1885, betr. die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichsversicherungsamtes (RGV. S. 255)¹⁾ und (abändernde) B. v. 13. Nov. 1887, betr. die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichsversicherungsamtes, sowie das Verfahren vor dem auf Grund der Gesetze v. 5. Mai 1886 und v. 13. Juli 1887 errichteten Schiedsgerichte (RGV. 1887 S. 523).^{1) 2)}

γ) RG. v. 28. Mai 1885 über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung (RGV. S. 159), abgeändert durch Art. 32 des RG. v. 10. April 1892 über die Abänderung des Gesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 15. Juni 1883 (RGV. 1892 S. 279).

1) Seit 1. Nov. 1900 außer Geltung: vgl. § 53 der B. v. 19. Okt. 1900, betr. den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichs-Versicherungsamtes (RGV. S. 983).

2) Vgl. § 37 der B. v. 22. Nov. 1900, betr. das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung (RGV. S. 1017).

B. v. 25. Sept. 1885, betr. die Inkraftsetzung des Unfallgesetzes v. 6. Juli 1884 und die teilweise Inkraftsetzung des Ges. über die Ausdehnung der Krankenversicherung v. 28. Mai 1885 (RGBl. 1885 S. 271).

B. v. 24. Juni 1886, betr. die Inkraftsetzung des Ges. über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung v. 28. Mai 1885 (RGBl. 1886 S. 205).

Vgl. aber § 1 Abs. 2 des RG. v. 30. Juni 1900, betr. die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, wodurch das Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung v. 28. Mai 1885 (RGBl. S. 159) aufgehoben wird: siehe Anm. 1 auf S. 102.

d) RG. v. 5. Mai 1886, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen (RGBl. S. 132), abändert durch Art. 32 des RG. v. 10. April 1892 über die Abänderung des Ges., betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 15. Juni 1883 (RGBl. 1892 S. 379), durch RG. v. 16. Mai 1892, betr. die Abänderung des § 95 des RG. v. 5. Mai 1886 (RGBl. 1892 S. 665) und durch Art. II des RG. v. 25. Mai 1903, betr. weitere Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes (RGBl. S. 233). Vgl. bezüglich des jetzt gültigen „Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft“ Anm. 1 auf S. 102.

e) RG. v. 15. März 1886, betr. die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen (RGBl. S. 53).

Unfallfürsorgegesetz für Beamte und für Personen des Soldatenstandes v. 18. Juni 1901 (RGBl. S. 211).

Kais. B. v. 20. Mai 1902 (für Elsaß-Lothringen), betr. die landesrechtliche Anwendung des Reichsgesetzes über Unfallfürsorge für Beamten und Personen des Soldatenstandes v. 18. Juni 1901 (WB, f. Els.-Lothr. S. 47).

Dazu: Bekanntm. des Statthalters v. 20. Mai 1902, betr. die Redaktion des Gesetzes über die Unfallfürsorge für die Landesbeamten in Elsaß-Lothringen (G.B. f. El.-Lothr. S. 48).

ζ) G. v. 8. Mai 1888 (für Elsaß-Lothringen), betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen (G.B. f. El.-Lothr. S. 41).

η) RG. v. 11. Juli 1887, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen (RG.B. S. 287). Vgl. bezüglich des jetzt gültigen „Bau-Unfallversicherungsgesetzes“ Anm. 1 auf S. 102.

θ) RG. v. 13. Juli 1887, betr. die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligter Personen (RG.B. S. 329), nebst Berichtigung (RG.B. 1888 S. 182). Dazu die Bekanntm. des Reichszanglers v. 14. Juni 1895 (RG.B. S. 351), betr. die Unfallversicherungspflicht der Besatzung von Hochseefischereidampfern und v. 6. Febr. 1896 (RG.B. S. 53), betr. die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die große Heringsfischerei. Vgl. bezüglich des jetzt gültigen „See-Unfallversicherungsgesetzes“ Anm. 1 auf S. 102.

ι) B. v. 26. Dez. 1887 über die Inkraftsetzung des Ges., betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen v. 11. Juli 1887, und des Ges. v. 11. Juli 1887, betr. die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligter Personen (RG.B. S. 537).

κ) B. v. 28. März 1888 über die Inkraftsetzung des Ges., betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, v. 5. Mai 1886 für das Gebiet mehrerer Bundesstaaten [für das Gebiet des Königreichs Preußen, des Großherzogtums Sachsen, der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont, sowie der freien und Hansestadt Lübeck, des Königreichs Württemberg, des Fürstentums Schaumburg-Lippe] (RG.B. 1888 S. 125).

B. v. 23. Mai 1888 über die Inkraftsetzung des Ges., betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen v. 5. Mai 1886 [für das Gebiet des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin] (RGBl. 1888 S. 175).

B. v. 26. Juni 1888 über die Inkraftsetzung des Ges., betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, v. 5. Mai 1886 [für das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen] (RGBl. 1888 S. 207).

B. v. 21. Juli 1888 über die Inkraftsetzung des Ges., betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, v. 5. Mai 1886 [für das Gebiet des Großherzogtums Baden, des Königreichs Bayern und des Königreichs Sachsen] (RGBl. 1888 S. 217).

B. v. 2. Okt. 1888 über die Inkraftsetzung des G., betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, v. 5. Mai 1886 [für das Herzogtum Anhalt] (RGBl. 1888 S. 235).

B. v. 27. Okt. 1888 über die Inkraftsetzung des G., betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, v. 5. Mai 1886 [für das Gebiet des Großherzogtums Hessen, des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz, des Herzogtums Sachsen-Koburg und Gotha, des Fürstentums Reuß älterer Linie und der freien Hansestadt Bremen] (RGBl. 1888 S. 237).

B. v. 19. Nov. 1888 über die Inkraftsetzung des G. v. 5. Mai 1886, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen [für das Herzogtum Braunschweig] (RGBl. 1888 S. 289).

B. v. 17. Dez. 1888 über die Inkraftsetzung des G. v. 5. Mai 1886, betr. die Unfall- und Krankenversiche-

rung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen [für das Großherzogtum Oldenburg, das Herzogtum Sachsen-Altenburg, das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt, das Fürstentum Reuß jüngerer Linie und das Fürstentum Lippe] (RGBl. 1888 S. 297).

B. v. 16. April 1889 über die Inkraftsetzung des G. v. 5. Mai 1886, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen [für das Gebiet der freien und Hansestadt Hamburg, sowie für Elsaß-Lothringen] (RGBl. 1889 S. 51).

B. v. 30. Sept. 1889 über die Inkraftsetzung des G. v. 5. Mai 1886, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen [für das Herzogtum Sachsen-Meiningen] (RGBl. 1889 S. 195).

λ) RG. v. 30. Juni 1900, betr. die Unfallfürsorge für Gefangene (RGBl. S. 536). Dazu: B. v. 24. Nov. 1902 über die Inkraftsetzung des G., betr. die Unfallfürsorge für Gefangene v. 30. Juni 1900 (RGBl. S. 280).

μ) Das Krankenversicherungsgesetz v. 15. Juni 1883 und das Unfallversicherungsgesetz v. 6. Juli 1884 sind mit den zu denselben erlassenen Ausführungsbestimmungen mitgeteilt in Guttentag's Gesetzgebung des Deutschen Reichs Bd. V. S. 426—459 und S. 772—863. — Vgl. ferner: Guttentag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 20: E. v. Boedtte, Krankenversicherungsgesetz, Text-Ausgabe mit Anmerkungen. 10. Aufl. 1903. — Guttentag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 23: E. v. Boedtte, Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz v. 30. Juli 1901. Text-Ausgabe mit Anmerkungen. 7. Aufl. 1901. — Guttentag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 28: R. Ehrzeßcinski, Bau-Unfallversicherungsgesetz.

gesetz v. 30. Juni 1900. Text-Ausgabe mit Anmerkungen. 3. Aufl. 1900.

c) RG. v. 22. Juni 1889, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung (RGBl. S. 97), abgeändert durch RG. v. 8. Juni 1891, betr. die Abänderung des § 157 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes (RGBl. S. 337). An Stelle dieser Gesetze sind die Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes v. 13. Juli 1899 (RGBl. S. 393) getreten. Der Text dieses Gesetzes ist durch Bekanntmachung des Reichskanzlers v. 19. Juli 1899 (RGBl. S. 463) veröffentlicht. — Vgl. Gutten- tag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 30: E. v. Woedike, Invalidenversicherungsgesetz v. 13. Juli 1899. Text-Ausgabe mit Anmerkungen. 9. Aufl. 1902.

Dazu:

a) B. v. 30. Dez. 1889, betr. die Inkrastsetzung der §§ 18 und 140 des G., betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung v. 22. Juni 1889 (RGBl. 1890 S. 1) und B. v. 25. Nov. 1890 über die Inkrastsetzung des G., betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung v. 22. Juni 1889 (RGBl. 1890 S. 191).

ß) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Dez. 1891, betr. die Erstreckung der Versicherungspflicht nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze auf die Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation (RGBl. S. 395).

γ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. März 1894 u. 9. Nov. 1895, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie (RGBl. 1894 S. 324 u. 1895 S. 452).

δ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. ^{27. Nov. 1890,}
24. Dez. 1891,
betr. die Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung (RGBl. S. 399) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. Jan. 1893 u. 31. Dez. 1894, betr. die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der In-

validitäts- und Altersversicherung (RGV. 1893 S. 5 u. 1894 S. 543).

e) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Nov. 1899, betr. die Entwertung und Vernichtung der Marken bei der Invalidenversicherung. (RGV. S. 665).

f) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Nov. 1899, betr. die Einrichtung der Quittungskarten für die Invalidenversicherung (RGV. S. 667). Vgl. Bekanntm. v. 4. Jan. 1900 (RGV. S. 12).

g) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. Dez. 1899, betr. die Befreiung von der Versicherungspflicht auf Grund des § 6 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes (RGV. S. 721).

h) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Dez. 1899, betr. die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Versicherungspflicht gemäß § 4 Abs. 1 des Invalidenversicherungsgesetzes (RGV. S. 725).

i) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 21. Juli 1901, betr. die Einrichtung von Sammelkarten und die Vernichtung von Quittungskarten (RGV. S. 273).

k) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. März 1890, mit der Zusammenstellung der auf Grund der §§ 41 und 42 des G. v. 22. Juni 1889 zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Versicherungsanstalten (RGV. 1890 S. 53). Ergänzt durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 21. Dez. 1893, betr. anderweite Festsetzung der Bezirke der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt in Schleswig-Holstein (RGV. S. 360).

l) B. v. 1. Dez. 1890, betr. das Verfahren vor den auf Grund des Gesetzes errichteten Schiedsgerichten (RGV. S. 193), aufgehoben durch B. v. 6. Dez. 1899, betr. das Verfahren vor den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten (RGV. S. 677); durch § 37 d. B. v. 22. Nov. 1900 (RGV. S. 1017) außer Wirksamkeit.

μ) B. v. 20. Dez. 1890, betr. die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichsversicherungsamts in Angelegenheiten der Invaliditäts- und Altersversicherung (RGBl. S. 209), aufgehoben durch B. v. 6. Dez. 1899, betr. die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichsversicherungsamts in den Angelegenheiten der Invalidenversicherung (RGBl. S. 687). Vgl. jedoch Anm. 1 auf S. 104, welche auch für diese Verordnung gilt.

ι) RG. v. 12. Mai 1901 über die privaten Versicherungsunternehmungen (RGBl. S. 139).

Dazu: B. v. 24. Nov. 1901, betr. die Inkraftsetzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen v. 12. Mai 1901 (RGBl. S. 489).

B. v. 23. Dez. 1901, betr. das Verfahren und den Geschäftsgang des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung (RGBl. S. 498).

B. v. 3. Febr. 1902, betr. die Beaufsichtigung hessischer und bremischer privater Versicherungsunternehmungen (RGBl. S. 43).

B. v. 16. Nov. 1902, betr. die Beaufsichtigung schaum- burg- lippe'scher privater Versicherungsunternehmungen (RGBl. S. 279).

Bekanntm. des Reichsanzlers v. 6. Febr. 1902, betr. die Beaufsichtigung privater Versicherungsunternehmungen durch Landesbehörden (RGBl. S. 26). Bekanntm. v. 10. Nov. 1902 (RGBl. S. 397) und v. 16. Juli 1903 (RGBl. S. 477).

V. Ad. v.: Kolonisation und Auswanderung nach außerdeutschen Ländern.

1. RG. v. 6. April 1885, betr. Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern (RGBl. S. 85).

2. RG. v. 27. Juni 1887 zur Ergänzung des G., betr. Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern, v. 6. April 1885 (RGBl. 1887 S. 275).

3. RG. v. 20. März 1893 zur Ergänzung der Gesetze, betr. Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern, v. 6. April 1885 und v. 27. Juni 1887 (RGBl. 1893 S. 95).

4. RG. v. 13. April 1898 zur Ergänzung der Gesetze, betr. Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern (RGBl. S. 163).

5. RG. v. 1. Febr. 1890, betr. eine Postdampfschiffsverbindung mit Ostafrika (RGBl. S. 19).

Dazu: Vertr. v. 5./9. Mai 1890 über die Einrichtung und den Betrieb einer regelmäßigen Deutschen Postdampferverbindung mit Ostafrika (RGBl. S. 122) und RG. v. 25. Mai 1900, betr. Postdampfschiffsverbindungen mit Afrika (RGBl. S. 239).

6. RG. v. 2. Febr. 1889, betr. Bekämpfung des Sklavenhandels und Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika (RGBl. S. 3 und Berichtigung S. 10).

7. RG. v. 28. Juli 1895 (RGBl. S. 425), betr. die Bestrafung des Sklavenraubes und des Sklavenhandels.

8. RG. über das Auswanderungswesen v. 9. Juni 1897 (RGBl. S. 463).

Dazu: a) Bekanntm. des Reichsanzlers v. 14. März 1898, betr. Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswanderungsunternehmer und Agenten (RGBl. S. 39), abgeändert durch Bekanntm. v. 23. Aug. 1903 (RGBl. S. 274).

b) Bekanntm. des Reichsanzlers v. 14. März 1898, betr. Vorschriften über Auswandererschiffe (RGBl. S. 57), ergänzt durch Bekanntm. des Reichsanzlers v. 18. Febr. 1903, betr. Vorschriften über Auswandererschiffe (RGBl. S. 37).

2) die Zoll- und Handelsgesetzgebung und die für die Zwecke des Reichs zu verwendenden Steuern;

Vgl. hinsichtlich der hierauf bezüglichen Gesetzgebung die Zus. zu den Art. 35 und 70 der Reichsverfassung.

3) die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems,¹⁾ nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde;²⁾

1. Ad v.: Maß-, Münz- und Gewichtssystem.^{3) 4)}

a) Maß- und Gewichtsd. für den Nordd. Bund, v. 17. Aug. 1868 (BGB. S. 473). Auch gültig für Baden und Südhessen zusf. Art. 80 I. 11 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGB. 1870 S. 647) und für Württemberg, zusf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGB. S. 656). In Bayern mit Modifikationen eingeführt durch RG. v. 26. Nov. 1871 (RGBl. S. 397). Seit dem 1. Jan. 1872 im ganzen Reichsgebiete, mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen, in Kraft getreten. In Elsaß-Lothringen mit Modifikationen eingeführt durch RG. v. 19. Dez. 1874 (RGBl. 1875 S. 1, GBl. f. Els.-Lothr. 1875 S. 1).

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II Abt. 1 §§ 95 und 96 S. 241 ff.

²⁾ Vgl. Guttentag'sche Samml. D. RG. Nr. 26: Dr. R. Koch, die Reichsgesetzgebung über Münz- und Bankwesen, Papiergeld, Prämienpapiere und Reichsanleihen. Text-Ausgabe mit Anmerk. 4. Aufl. 1900.

³⁾ Vgl. die internationale Meterkonvention v. 20. Mai 1875 (RGBl. 1876 S. 191 ff.). Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Dez. 1884 (RGBl. 1885 S. 1), v. 9. Nov. 1885 (RGBl. S. 287) und v. 23. Febr. 1891, betr. den Beitritt Mexikos zu der am 20. Mai 1875 abgeschlossenen internationalen Meterkonvention (RGBl. 1891 S. 19).

⁴⁾ Die G. über das Maß- und Gewichtswesen und über das Münzwesen sind in Helgoland eingeführt durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

Dazu: α) G. des Nordb. Bundes v. 10. März 1870 wegen Ergänzung der Maß- und Gewichts-D. für den Nordb. Bund v. 17. Aug. 1868 (RGB. 1870 S. 46.)¹⁾

β) RG. v. 7. Dez. 1873, betr. die Abänderung der Maß- und Gewichts-D. für den Nordb. Bund v. 17. Aug. 1868 (RGB. 1873 S. 377).

γ) RG. v. 11. Juli 1884, betr. die Abänderung der Maß- und Gewichts-D. v. 17. Aug. 1868 (RGB. 1884 S. 115).

δ) RG. v. 26. April 1893, betr. die Abänderung der Maß- und Gewichts-D. (RGB. S. 151).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Okt. 1884, betr. die Ausführung der Bestimmungen im § 2 des G. v. 11. Juli 1884 (RGB. S. 215), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. Jan. 1897, betr. die Zulassung älterer Maße, Meßwerkzeuge und Gewichte zur Wiederholung der Eichung und Stempelung (RGB. S. 2) und die auf Grund des § 3 des G. v. 11. Juli 1884 erlassene Bekanntm. der Normal-Eichungskommission v. 30. Dez. 1884, betr. die Zulassungsfristen für ältere Maße, Meßwerkzeuge, Gewichte und Waagen (abgedruckt als besondere Beilage zu Nr. 5 des RGB. 1885 hinter S. 14); Bekanntm. der Normal-Eichungskommission v. 29. April 1886, betr. die Zulassungsfristen für ältere Wagen (abgedruckt in der besonderen Beilage zu Nr. 15 des RGB. 1886 hinter S. 180) und Bekanntm. der Normal-Eichungskommission v. 8. Jan. 1897, betr. die Zulassungsfristen für ältere Maße, Meßwerkzeuge, Gewichte und Wagen (abgedruckt in der besonderen Beilage zu Nr. 1 des RGB. 1897 hinter S. 2).

¹⁾ Dieses G. des Norddeutschen Bundes hat seine praktische Bedeutung dadurch verloren, daß jetzt die Maß- und Gewichts-D. v. 17. Aug. 1868 auch in den Südb. Staaten in Geltung getreten ist.

a) Bekanntm. des Bundeskanzlers v. 16. Febr. 1869, betr. die Errichtung einer Normal-Michungskommission in Berlin (BGB. S. 46).¹⁾

γ) In Folge der Abänderung der Maß- und Gewichtsz.D. v. 17. Aug. 1868 hat die Kaiserl. Normal-Michungskommission erlassen:²⁾

αα) Michz.D. für das D. M. v. 27. Dez. 1884 (abgedruckt als besondere Beilage zu Nr. 5 des BGB. von 1885 hinter S. 14) — unter Aufhebung der Michz.D. v. 16. Juli 1869 (BGB. Beilage zu Nr. 32) und der Bekanntm. v. 23. Febr. 1870 (BGB. Beilage zu Nr. 20), sowie der sämtlichen Ergänzungen und Nachträge zu jener Michz.D., jedoch mit Ausschluß der auf Medizinalwagen und Medizinalgewichte bezüglichen Bekanntm. v. 17. Juni 1875 und v. 24. Okt. 1882 (MGB. 1875 S. 374 und MGB. 1882 S. 418).

ββ) Michgebührentaxe v. 28. Dez. 1884 (abgedruckt als besondere Beilage zu Nr. 5 des BGB. von 1885 hinter S. 14) — unter Aufhebung der Michgebührentaxe v. 12. Dez. 1869 (BGB. Beilage zu Nr. 40 und MGB. 1873 S. 135) und aller Nachträge zu derselben.

Außerdem hat die Normal-Michungskommission unterm 10. Nov. 1885 Bestimmungen betr. die Prüfung von Thermometern (MGB. S. 536) erlassen, an deren Stelle die Bestimmungen der physikalisch-technischen Reichsanstalt für die Prüfung und Beglaubigung von Thermometern v. 25. Jan. 1898 (MGB. S. 76) getreten sind.

¹⁾ Vgl. das Preuß. G. v. 26. Nov. 1869, betr. die Michungsbehörden (Pr. GC. S. 1165).

²⁾ Laut Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. März 1877 (MGB. S. 408) werden die von der Normal-Michungskommission zur Abänderung der Michz.D. getroffenen Bestimmungen durch das GB. des D. M. veröffentlicht.

Endlich hat der Reichskanzler die Bekanntm. v. 27. Juli 1885, betr. die äußersten Grenzen der im öffentlichen Verkehr noch zu duldbenden Abweichungen der Maße und Meßwerkzeuge, Gewichte und Wagen von der absoluten Richtigkeit (RGBl. S. 263) erlassen, wodurch die Bekanntm. v. 6. Dez. 1869, v. 16. Aug. 1871, v. 14. Dez. 1872, v. 11. u. 26. Juli 1875 u. v. 12. März 1881 (RGBl. 1869 S. 698, RGBl. 1871 S. 328, 1873 S. 3, RGBl. 1875 S. 436 u. RGBl. 1875 S. 257 u. RGBl. 1881 S. 98) aufgehoben sind.

Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. März 1876, betr. die amtliche Behandlung vorschriftsmäßiger Maße, Gewichte und sonstiger Meßwerkzeuge (RGBl. S. 123, RGBl. S. 185).

γγ) Bekanntm. der Normal-Michungskomm. v. 4. Mai 1888, betr. die Abänderung der Mich-D. und der Michgebührentaxe (RGBl. S. 176).

δδ) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 15. Mai 1891, betr. Abänderung der Mich-D. und der Michgebührentaxe (RGBl. S. 115).

εε) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 6. Mai 1892, betr. die Abänderung der Mich-D. und der Michgebührentaxe (RGBl. S. 686).

ζζ) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 14. Juni 1893, betr. Abänderung und Ergänzung der Mich-D. (RGBl. S. 6).

ηη) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 8. Mai 1894, betr. Abänderung und Ergänzung der Mich-D. und der Michgebührentaxe (RGBl. S. 461).

θθ) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 18. Aug. 1900, betr. Ergänzung der Mich-D. und der Michgebührentaxe (besondere Beilage zu Nr. 38 des RGBl.).

ιι) Bekanntm. der Normal-Michungskomm. v. 21. Jan. 1887, betr. die Michung von Gasmessern (RGBl. S. 8).

κκ) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 14. Mai 1891, betr. die Michung des Getreideprobers

(RWB. S. 115), abgeändert durch Bekanntm. v. 6. Mai 1895 u. 14. Mai 1898 (RWB. 1895 S. 235 ff. u. RWB. 1898 S. 347 ff.).

λλ) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 23. Dez. 1891, betr. die Michung von Meßwerkzeugen zur Bestimmung der Dichte von Mineralölen (RWB. S. 402).

μμ) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 26. Juli 1893, 8. April 1896 u. 9. Juli 1903, betr. die Michung von chemischen Meßgeräten (RWB. 1893 S. 237, 1896 hinter S. 104 u. 1903 hinter S. 268).

νν) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 6. Mai 1895 (besondere Beilage zu Nr. 16 des RWB.), betr. Abänderung der Mich-D. und der Michgebührentage sowie der Bekanntm. betr. die Michung des Getreideprobers.

ξξ) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 2. Juli 1897, betr. die Michung von selbsttätigen Registrierwagen, von chemischen Meßgeräten und von Meßwerkzeugen zur Bestimmung des Prozentgehaltes von Zuckerslösungen (Beilage zu Nr. 31 des RWB. S. 596 ff.).

οο) Bekanntm. der Kaiserl. Normal-Michungskomm. v. 10. Dez. 1898, betr. die Michung der Brückenwagen und selbsttätigen Registrierwagen (besondere Beilage zu Nr. 57 des RWB.).

η) RWB. v. 20. Juli 1881, betr. die Bezeichnung des Rauminhaltes der Schankgefäße (RWB. S. 249).

θ) RWB. v. 1. Juni 1898, betr. die elektrischen Maßeinheiten (RWB. S. 905). Dazu: Bekanntm. des Reichs-Lanzlers v. 6. Mai 1901, betr. die Ausführung des Gesetzes über die elektrischen Maßeinheiten (RWB. S. 127) und Bekanntm. der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt v. 28. Dez. 1901, betr. Prüf-D. für elektrische Meßgeräte (RWB. 1902 S. 46).

ε) α) RWB. v. 4. Dez. 1871, betr. die Ausprägung von Reichsgoldmünzen (RWB. S. 404).

β) R.Münzgesetz v. 9. Juli 1873 (RGB. S. 233).

Durch RG. v. 15. Nov. 1874 sind die beiden Gesetze v. 4. Dez. 1871. u. v. 9. Juli 1873 auch (mit einzelnen Maßgaben) auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt worden (RGB. 1874 S. 131, GB. f. El.-Lothr. 1874 S. 39).

Dazu:

αα) RG. v. 20. April 1874 (RGB. S. 35) und RG. v. 6. Jan. 1876 (RGB. S. 3), betr. die Abänderung des Art. 15 des Münzgesetzes v. 9. Juli 1873.

ββ) RG. vom 1. Juni 1900, betr. Änderungen im Münzwesen (RGB. S. 250).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. Juni 1900, betr. die Außerkurssetzung der Reichs-Goldmünzen zu fünf Mark (RGB. S. 253). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 31. Okt. 1901, betr. die Außerkurssetzung der Zwanzigpfennigstücke aus Silber (RGB. S. 486). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Okt. 1902, betr. die Außerkurssetzung der Zwanzigpfennigstücke aus Nickel (RGB. S. 267).

γγ) RG. v. 1. April 1886, betr. die Ausprägung einer Nickelmünze zu zwanzig Pfennig (RGB. S. 67). Vgl. Art. III d. RG. v. 1. Juni 1900 (RGB. S. 250).

δδ) B. v. 22. Sept. 1875, betr. die Einführung der Reichswährung (RGB. S. 303).¹⁾

εε) Allerb. Erl. v. 17. Febr. 1875, betr. die einheitliche Benennung der Reichsgoldmünzen (RGB. S. 72).

ζζ) Vgl. die Übersicht der auf Grund der Art. 13 und 16 des Münzgesetzes v. 9. Juli 1873 erlassenen Bestimmungen des Bundesrates über das Verbot des

¹⁾ Über die in einzelnen Bundesstaaten schon vor Erlass dieser B. im Verordnungswege erfolgte Einführung der Reichswährung vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 96 S. 253 Note 5.

Umlaufes fremder Münzen, beziehungsweise über die Außerkurssetzung von Landesmünzen in v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 96 S. 261 Note 2 u. 3 u. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Febr. 1878 (RÖB. S. 3).

77) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. April 1888, betr. das Verbot des Umlaufs fremder Scheidemünzen (RÖB. S. 149) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. April 1888 bezw. 24. Jan. 1893, betr. die Gestattung des Umlaufs der Scheidemünzen der Frankenwährung innerhalb Badischer Grenzbezirke (RÖB. 1888 S. 149 und RÖB. 1893 S. 6); desgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. April 1888, betr. die Gestattung des Umlaufs der Scheidemünzen der Österreichischen Währung innerhalb Sächsischer Grenzbezirke (RÖB. S. 171) und v. 7. Juli 1888, betr. die Gestattung des Umlaufs der Scheidemünzen der Österreichischen und der Frankenwährung innerhalb Bayerischer Grenzbezirke (RÖB. S. 218), desgl. v. 26. Febr. 1889, betr. die Gestattung des Umlaufs der Scheidemünzen der Österreichischen Währung innerhalb Preussischer Grenzbezirke (RÖB. S. 37), desgl. v. 26. Febr. 1889 u. 19. Dez. 1895, betr. die Gestattung des Umlaufs der Scheidemünzen der Frankenwährung innerhalb des Württembergischen Grenzbezirktes (RÖB. 1889 S. 38 u. 1895 S. 463), desgl. v. 23. Jan. 1902, betr. den Umlauf von Scheidemünzen Luxemburgischen Gepräges innerhalb Deutscher Grenzbezirke (RÖB. S. 37), desgl. v. 19. März 1903, betr. den Umlauf von Scheidemünzen Niederländischen Gepräges innerhalb Preussischer Grenzbezirke (RÖB. S. 58).

88) RÖ. v. 28. Febr. 1892, betr. die Vereinstaler Österreichischen Gepräges (RÖB. S. 315).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Nov. 1900, betr. die Außerkurssetzung der Vereinstaler Österreichischen Gepräges (RÖB. S. 1013) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. März 1903, betr. die Behandlung der

noch im Umlaufe befindlichen Taler Österreichischen Gepräges (RÖB. S. 101).

2. Ad. v.: Papiergeld.^{1) 2)}

a) BG. v. 16. Juni 1870 über die Ausgabe von Papiergeld. (BGB. S. 507). Auch gültig für Baden und Südb Hessen, zuf. Art. 80 I Nr. 27 der mit denselben vereinbarten Verf. (BGB. S. 647), für Württemberg v. 1. Jan. 1872 an, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGB. S. 656) und für Bayern v. 1. Jan. 1872 an, zuf. § 2 unter III. 2 des RG. v. 22. April 1871 (BGB. S. 88).

b) R.Münzgesetz v. 9. Juli 1873 Art. 18 (RÖB. S. 233).

c) RG. v. 30. April 1874, betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen (RÖB. S. 40).

Dazu:

a) RG. v. 21. Juli 1884, betr. die Einziehung der mit dem Datum v. 11. Juli 1874 ausgefertigten Reichskassenscheine (RÖB. 1884 S. 172).

ß) RG. v. 26. Mai 1885, betr. den Schutz des zur Anfertigung von Reichskassenscheinen verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung (RÖB. S. 165).

d) BG. v. 21. Juli 1870, betr. die Gründung öffentlicher Darlehnskassen und die Ausgabe von Darlehnskassenscheinen (BGB. S. 499) und RG. v. 6. März 1878, betr. die Einlösung und Präklusion der von dem vor maligen Nordb. Bunde ausgegebenen Darlehnskassenscheine (RÖB. S. 5).

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 97 S. 285 ff.

²⁾ Die Gesetze über die Reichskassenscheine sind in Helgoland eingeführt durch B. v. 22. März 1891 (RÖB. S. 21).

4) die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen; ¹⁾

a) RG. v. 27. März 1870 über die Ausgabe von Banknoten (RGBl. S. 51). Auch gültig für Baden und Südhessen, v. 1. Jan. 1872 an, zuf. Art. 80 unter II. 1 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (RGBl. 1870 S. 647), für Württemberg zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (RGBl. S. 656), und für Bayern, zuf. § 2 unter III. 1 des RG. v. 22. April 1871 (RGBl. S. 87).

Dazu:

α) RG. v. 16. Juni 1872, betr. die Verlängerung und Wirksamkeit des Ges. über die Ausgabe von Banknoten, v. 27. März 1870 (RGBl. 1872 S. 169) und RG. v. 30. Juni 1873, betr. die Verlängerung der Wirksamkeit des Ges. über die Ausgabe von Banknoten v. 27. März 1870 (RGBl. 1873 S. 159) bis zum 31. Dez. 1874.

β) RMünzgef. v. 9. Juli 1873 Art. 18 (RGBl. S. 239).

γ) RG. v. 21. Dez. 1874, betr. die Ausgabe von Banknoten (RGBl. S. 193).

b) G. v. 4. Juli 1871, betr. den Betrieb von Bankgeschäften in Elsaß-Lothringen durch die Pr. Bank (GBl. f. Els.-Lothr. S. 3).²⁾

c) Bankgesetz v. 14. März 1875 (RGBl. S. 177), RG. v. 18. Dez. 1889 u. 7. Juni 1899, betr. die Abänderung des Bankgesetzes v. 14. März 1875 (RGBl. 1889 S. 201 u. 1899 S. 311).

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 98 S. 268 ff.

²⁾ Vgl. Pr. B. v. 10. Juni 1871, betr. die Errichtung von Bankkomptoiren, Kommanditen und Agenturen in Elsaß und in Lothringen durch die Pr. Bank (Pr. GBl.

Dazu:

a) Statut der Reichsbank v. 21. Mai 1875 (RGZ. S. 203), abgeändert durch B. v. 3. Sept. 1900, betr. Abänderung des Statuts der Reichsbank v. 21. Mai 1875 (RGZ. S. 793).

β) Vertr. zwischen Preußen und dem D. R. über die Abtretung der Pr. Bank an das D. R., v. 17./18. Mai 1875 (RGZ. S. 215).

γ) Bekanntm. des Reichskanzlers, betr. die Anwendung der §§ 42 und 43 des Bankgesetzes v. 29. Dez. 1875 (RGZ. S. 390), v. 7. Jan. 1876 (RGZ. S. 2) und 3. Sept. 1879 (RGZ. S. 286).

δ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. April 1876 (RGZ. S. 124), 23. Juli 1876 (RGZ. S. 170), v. 13. Okt. 1877 (RGZ. S. 567), v. 25. Juli 1886 (RGZ. S. 236), v. 15. März 1887 (RGZ. S. 123), v. 16. Juli 1889 (RGZ. S. 170), v. 25. Okt. 1889 (RGZ. S. 200), v. 9. Mai 1890 (RGZ. S. 68), v. 14. Jan. 1891 (RGZ. S. 9), v. 27. Febr. 1894 (RGZ. S. 152), v. 6. Juli 1901 (RGZ. S. 263) und v. 5. Juni 1902 (RGZ. S. 226), betr. den Anteil der Reichsbank an dem Gesamtbetrage des steuerfreien ungedeckten Notenumlaufs.

ε) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. Juni 1877, betr. den Aufruf und die Einziehung der Einhundertmarknoten der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank (RGZ. S. 527), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 19. Dez. 1877, v. 9. April 1878 und v. 19. Okt. 1878, betr. den Aufruf und die Einziehung der Einhundertmarknoten der Rostocker Bank (RGZ. 1877 S. 575 und 1878 S. 11

S. 229), welche aufgehoben ist durch die B. v. 26. Febr. 1872 (Pr. GS. S. 182) und das (an Stelle dieser B. getretene) Pr. G. v. 26. Febr. 1872, betr. die B. v. 10. Juni 1871 und die Ausdehnung der Geschäfte der Pr. Bank auf das Deutsche Reichsland Elßaß und Lothringen (Pr. GS. 1872 S. 181).

und 350), Bekanntm. v. 15. März und 10. April 1878, betr. den Aufruf und die Einziehung der von der vor- maligen Königl. Bank ausgegebenen Einhundertmark- noten (RGBl. S. 6 und 12), Bekanntm. v. 8. Aug. 1886, betr. den Aufruf und die Einziehung der Einhundert- marknoten der Kommerzbank in Lübeck (RGBl. S. 259 und RGBl. S. 319), Bekanntm. v. 7. Juli 1887, betr. den Aufruf und die Einziehung der Einhundertmark- noten der Kölner Privatbank in Köln (RGBl. S. 286), Bekanntm. v. 16. Juli 1889, betr. den Aufruf und die Einziehung der Einhundertmarknoten der Hannoverschen Bank in Hannover (RGBl. S. 169), Bekanntm. v. 25. Okt. 1889, betr. den Aufruf und die Einziehung der Ein- hundertmarknoten der Bremer Bank in Bremen (RGBl. S. 199), Bekanntm. v. 4. Juli 1890, betr. den Aufruf und die Einziehung der Fünfhundertmarknoten des Leipziger Kassenvereins in Leipzig (RGBl. S. 76), Be- kanntm. v. 9. Dez. 1890 und v. 29. April 1893, betr. den Aufruf und die Einziehung der Noten der Magde- burger Privatbank in Magdeburg (RGBl. 1890 S. 205 und 1893 S. 153), Bekanntm. v. 9. Dez. 1890, betr. den Aufruf und die Einziehung der Einhundert-, Zwei- hundert- und Fünfhundertmarknoten der Provinzial- Aktienbank des Großherzogtums Posen in Posen (RGBl. S. 206), Bekanntm. v. 25. Dez. 1890, betr. den Aufruf und die Einziehung der Einhundertmarknoten der Dan- ziger Privat-Aktienbank in Danzig (RGBl. S. 213 ff.), Bekanntm. v. 3. Febr. 1891, betr. den Aufruf und die Einziehung der Einhundertmarknoten der Chemnitzer Stadtbank (RGBl. S. 12), Bekanntm. v. 19. Nov. 1893, betr. den Aufruf und die Einziehung der Noten der Städtischen Bank zu Breslau (RGBl. S. 263) Bekanntm. v. 6. Juli 1901, betr. den Aufruf und die Einziehung der Noten der Frankfurter Bank in Frankfurt am Main (RGBl. S. 262), Bekanntm. v. 5. Juni 1902, betr. den Aufruf und die Einziehung der Noten der Bank für

Süddeutschland in Darmstadt (RGV. S. 225), Bekanntm. v. 17. Aug. 1903, betr. den Aufruf und die Einziehung der Noten der Landständischen Bank des Königlich Sächsischen Markgraftums Oberlausitz in Bautzen (RGV. S. 270).

c) B. v. 26. Juli 1897, betr. die anderweite Bemessung der Witwen- und Waisengelder für die Hinterbliebenen der Reichsbankbeamten (RGV. S. 613) und B. v. 24. Nov. 1902, betr. die anderweite Berechnung des Wohnungsgeldzuschusses bei Bemessung der Pension für die Reichsbankbeamten (RGV. S. 281).

5) die Erfindungspatente; ¹⁾

a) Vgl. Übereinkunft der zum Zoll- und Handelsverein verbundenen Regierungen v. 28. Sept. 1842 wegen Erteilung von Erfindungspatenten und Privilegien (Pr. Ges. 1843 S. 265) und Zollvereinsvertrag v. 8. Juli 1867 Art. 21 (RGV. S. 103), desgl. Preuß. B. v. 24. Juni 1867, betr. die Einführung der Preuß. Gesetzgebung über die Erteilung von Erfindungs- und Einführungspatenten in den Herzogtümern Schleswig und Holstein (Pr. Ges. S. 1113).

b) Für Elsaß-Lothringen vgl. G. v. 13. Nov. 1872 (GV. f. Els.-Lothr. S. 774) und B. v. 13. Nov. 1872 (a. a. O. S. 775).

c) Patentgesetz v. 25. Mai 1877 (RGV. S. 501). An Stelle der §§ 1—40 des Pat.-Ges. v. 25. Mai 1877 treten die Bestimmungen des Patentgesetzes v. 7. April 1891 (RGV. S. 79).

Dazu: B. v. 11. Juli 1891 zur Ausführung des Patentgesetzes v. 7. April 1891 und des RG. v. 1. Juni

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. I. § 16 S. 162 ff. und Bd. II. Abt. 2 S. 319 ff. und 331 ff. — Vgl. Guttentag'sche Samml. D. RG. Nr. 22a: Stephan, Patentgesetz. 6. Aufl. 1904.

1891, betr. den Schutz von Gebrauchsmustern (RGBl. S. 349) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juli 1891, betr. Übergangsbestimmungen zur Ausführung des Patentgesetzes v. 7. April 1891 (RGBl. S. 217), B. v. 6. Dez. 1891, betr. das Berufungsverfahren beim Reichsgericht in Patentsachen (RGBl. S. 389). B. v. 6. Mai 1899 zur Ausführung des Patentgesetzes v. 7. April 1891 (RGBl. S. 283). B. v. 25. Okt. 1899 zur Ausführung des Patentgesetzes v. 7. April 1891 und des Gesetzes, betr. den Schutz von Gebrauchsmustern v. 1. Juni 1891 (RGBl. S. 661). B. v. 2. Mai 1900 zur Ausführung des Patentgesetzes v. 7. April 1891 (RGBl. S. 232). B. v. 26. Mai 1902 zur Ausführung des Patentgesetzes v. 7. April 1891 (RGBl. S. 169) und RGBl. v. 21. Mai 1900, betr. die Patentanwälte¹⁾ (RGBl. S. 233). Vgl. hierzu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Juli 1900, betr. die Prüfungsordnung für Patentanwälte (RGBl. S. 475).

6) der Schutz des geistigen Eigenthums;²⁾ 3)

a) BG. v. 11. Juni 1870, betr. das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken (BGBl. S. 339). Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 unter I. Nr. 25 der mit diesen Staaten vereinbarten Verf. (BGBl. S. 647), für Württemberg, zuf. des Vertr. v. 25. Nov. 1870 Art. 2

¹⁾ Vgl. Anm. 2 zu Art. 18 I. B. 11.

²⁾ Die Gesetze über den Schutz von Werken der Literatur und Kunst, von Photographien, von Erfindungen, von Mustern und Modellen und von Marken sind in Helgoland eingeführt durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

³⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. I. § 16 S. 160 ff. Bd. II Abt. 1 § 105 S. 97 u. Bd. II. Abt. 2 S. 319.

Nr. 6 (BGB. S. 656), für Bayern, auf. § 11 des RG. v. 22. April 1871 (BGB. S. 90) und für Elsaß-Lothringen, auf. RG. v. 27. Jan. 1873 (RG. S. 42, GB. f. Els.-Lothr. S. 19). Vgl. § 64 des RG. v. 19. Juni 1901 (RG. S. 227).

Dazu: Instr. über die Sachverständigen-Vereine v. 12. Dez. 1870 (BGB. S. 621, GB. f. Els.-Lothr. 1873 S. 34), nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juli 1879, betr. die Abänderung des § 6 der Instr. v. 12. Dez. 1870 (RG. 1879 S. 226, RG. 1879 S. 490).

b) RG. v. 19. Juni 1901, betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst (RG. S. 207).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. April 1903, betr. die von dem Stadtrate zu Leipzig geführte Eintragsrolle (RG. S. 211).

c) Gesetz über das Verlagsrecht v. 19. Juni 1901 (RG. S. 217).

d) RG. v. 9. Jan. 1876, betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste (RG. S. 4). Dazu: Bekanntm. v. 28. April 1903 (RG. S. 211).

e) RG. v. 10. Jan. 1876, betr. den Schutz von Photographien gegen unbefugte Nachbildung (RG. S. 8).

f) RG. v. 11. Jan. 1876, betr. das Urheberrecht an Mustern und Modellen (RG. S. 11).

Dazu (zu d—f) Bestimmungen des Reichskanzleramtes v. 29. Febr. 1876 über die Zusammensetzung und den Geschäftsbetrieb der künstlerischen, photographischen und gewerblichen Sachverständigenvereine, über die Inventarisierung und Stempelung der nach der bisherigen Gesetzgebung rechtmäßig angefertigten Vorrichtungen zur Herstellung von Werken der bildenden Künste, über die Führung der Eintragsrolle für Werke der bildenden Künste und über die Führung des Musterregisters (RG. 1876 S. 117—126), nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juli 1879, betr. die Abänderung des § 4 der

Bestimmungen v. 29. Febr. 1876 über die Zusammensetzung und den Geschäftsbetrieb der künstlerischen, photographischen und gewerblichen Sachverständigenvereine (RGBl. 1879 S. 490), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. März 1892, betr. die Abänderung der Instruktion über die Führung der Eintragsrolle (RGBl. S. 155) und Nachtrag v. 23. Juli 1876 zu den Bestimmungen über die Führung des Musterregisters (RGBl. S. 404). Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. und 23. Dez. 1886 (RGBl. S. 418) sowie v. 13. Sept. 1901 (RGBl. S. 335, 337).

Übereinkunft zwischen Deutschland und Belgien v. 12. Dez. 1883, betr. den Schutz der gewerblichen Muster und Modelle (RGBl. 1884 S. 188).

g) RG. v. 30. Nov. 1874 über Markenschutz (RGBl. S. 143) und RG. v. 12. Mai 1894 zum Schutz der Warenbezeichnungen (RGBl. S. 441) nebst B. v. 30. Juni 1894 zur Ausführung des RG. zum Schutz der Warenbezeichnungen v. 12. Mai 1894 und des RG. betr. den Schutz von Gebrauchsmustern v. 1. Juni 1891 (RGBl. 1894 S. 495), endlich B. v. 10. Mai 1903 zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen v. 12. Mai 1894 (RGBl. S. 218).

a) Übereinkunft zwischen dem Nordb. Bunde und Italien wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst v. 12. Mai 1869 (RGBl. S. 293), an deren Stelle die Übereinkunft zwischen Deutschland und Italien, betr. den Schutz von Werken der Literatur und Kunst v. 20. Juni 1884 (RGBl. S. 193) getreten ist.

Übereinkunft zwischen dem Nordb. Bunde und der Schweiz wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst v. 13. Mai 1869 (RGBl. S. 624).¹⁾

¹⁾ Außer Kraft getreten. Vgl. Bekanntm. des Reichs-

Belanntm. v. 19. Sept. 1873, betr. die Ausdehnung der Wirksamkeit der am 13. Mai 1869 zwischen dem Nordb. Bunde und der Schweiz abgeschlossenen Übereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst auf das Verhältniß zwischen Elsaß-Lothringen und der Schweiz (RG. f. El.-Lothr. 1873 S. 252).

Verabredung zwischen Deutschland und der Schweiz v. 23. Mai 1881, betr. den gegenseitigen Schutz der Rechte von literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst (RG. S. 171), vgl. Anm. 1 S. 127.

Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich, betr. den Schutz von Werken der Literatur und Kunst v. 19. April 1883 (RG. S. 269).

Übereinkunft zwischen Deutschland und Belgien, betr. den Schutz von Werken der Literatur und Kunst v. 12. Dez. 1883 (RG. 1884 S. 173).

Übereinkunft zwischen Deutschland und Großbritannien, betr. den gegenseitigen Schutz der Rechte von Werken der Literatur und Kunst v. 2. Juni 1886 (RG. S. 237)¹⁾, Übereinkunft, betr. die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst v. 9. Sept. 1886 (RG. 1887 S. 493), nebst RG. v. 4. April 1888, betr. die Ausführung der gedachten Übereinkunft (RG. S. 139) und

kanzlers v. 18. Nov. 1899, betr. das Außerkrafttreten der zwischen dem Nordb. Bunde und der Schweiz getroffenen Übereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst v. 13. Mai 1869 (RG. S. 673).

¹⁾ Aufgehoben. Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Jan. 1898, betr. die Aufhebung der Übereinkunft zwischen dem Reiche und Großbritannien über den Schutz der Rechte an Werken der Literatur und Kunst (RG. S. 4).

B. v. 11. Juli 1888 und 29. Nov. 1897, betr. die Ausführung der gedachten Übereinkunft (RGBl. 1888 S. 225 und 1897 S. 787); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Juli 1888, betr. den Beitritt Luxemburgs (RGBl. S. 227), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. März 1893, betr. den Beitritt Montenegro (RGBl. S. 136)¹⁾ und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Mai 1896, betr. den Beitritt Norwegens (RGBl. S. 107) zu der gedachten Übereinkunft. Zusatzacte v. 4. Mai 1896, durch welche die Art. 2, 3, 5, 7, 12 u. 20 der Übereinkunft v. 9. Sept. 1886 und die Nummern 1 u. 4 des zugehörigen Schlußprotokolls abgeändert werden (RGBl. 1897 S. 759 und Deff. dazu S. 769) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Mai 1899, betr. den Beitritt Japans zur Berner internationalen Urheberrechtsübereinkunft v. 9. Sept. 1886 sowie zu den am 4. Mai 1896 dazu getroffenen Zusatzübereinkommen (RGBl. S. 310).

Übereinkommen v. 30. Dez. 1899, betr. den Schutz der Urheberrechte an Werken der Literatur, Kunst und Photographie zwischen dem D. R. und Österreich-Ungarn (RGBl. S. 131) nebst Bekanntm. v. 17. Mai 1901 (RGBl. S. 130).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Juli 1903, betr. den Beitritt des Königreichs Dänemark mit Einschluß der Fürster zu der Berner internationalen Urheberrechtsübereinkunft v. 9. Sept. 1886 sowie zu den am 4. Mai 1896 dazu getroffenen Zusatzübereinkommen (RGBl. S. 255).

¹⁾ Aufgehoben. Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. April 1900, betr. den Rücktritt des Fürstentums Montenegro von der Berner internationalen Urheberrechtsübereinkunft v. 9. Sept. 1886 sowie von den am 4. Mai 1896 dazu getroffenen Zusatzübereinkommen (RGBl. S. 211).

Übereinkommen v. 15. Jan. 1892 zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte (RGBl. S. 473).

β) Über den gegenseitigen Schutz der Warenbezeichnungen und den gegenseitigen Markenschutz vgl. die Übersicht der betr. Verträge Deutschlands mit fremden Staaten in dem Hauptsachregister zum B.- und RGBl. von 1867—1876 S. 139 s. v.: Markenschutz, u. S. 247 s. v.: Warenzeichen und die Anm. 8 zum § 16 des RG. v. 11. Jan. 1876 in Guttentag's Gesetzgebung des D. R., Bd. III S. 741 und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Febr. 1877, betr. die Übereinkunft mit Brasilien wegen gegenseitigen Markenschutzes (RGBl. S. 406), v. 4. April 1879, betr. die Übereinkunft mit Dänemark wegen gegenseitigen Markenschutzes (RGBl. S. 123), v. 19. Jan. 1882, betr. die Übereinkunft mit den Niederlanden wegen gegenseitigen Schutzes der Warenzeichen (RGBl. S. 5), v. 27. Jan. 1882, betr. die Übereinkunft mit Rumänien wegen gegenseitigen Markenschutzes (RGBl. S. 7), v. 2. Aug. 1883, betr. die Übereinkunft mit Luxemburg wegen gegenseitigen Markenschutzes (RGBl. S. 268), v. 8. Dez. 1883, betr. die Übereinkunft mit den Vereinigten Staaten von Venezuela wegen gegenseitigen Markenschutzes (RGBl. S. 339). Ferner: Übereinkunft v. 6. Dez. 1891 zwischen dem D. R. und Österreich-Ungarn über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz (RGBl. 1892 S. 289), Übereinkunft zwischen dem D. R. und Italien über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz v. 18. Jan. 1892 (RGBl. S. 293), abgeändert durch Abkommen v. 4. Juni 1902 (RGBl. S. 178), Übereinkunft zwischen dem D. R. und Serbien, betr. den gegenseitigen Muster- und Markenschutz v. 21. August 1892 (RGBl. 1893 S. 317), Übereinkunft 9. August zwischen dem D. Reich und der Schweiz, betr. den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz v.

13. April 1892 (RGBl. 1894 S. 511), abgeändert durch Abkommen v. 26. Mai 1902 (RGBl. S. 181), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Jan. 1894, betr. den Markenschutz in Bulgarien (RGBl. S. 112), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 14. Sept. 1894, betr. die Beziehungen zu Griechenland wegen gegenseitigen Markenschutzes (RGBl. S. 520), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Sept. 1894, betr. den Schutz deutscher Warenbezeichnungen in auswärtigen Staaten (RGBl. S. 521), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Mai 1899, betr. den Schutz deutscher Warenbezeichnungen in Mexiko (RGBl. S. 284), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Aug. 1899, betr. den Schutz deutscher Warenbezeichnungen in Guatemala (RGBl. S. 543), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Okt. 1901, betr. den Schutz deutscher Warenbezeichnungen in Costa Rica (RGBl. S. 375) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. März 1903, betr. den Schutz deutscher Warenbezeichnungen in Ecuador (RGBl. S. 122).

h) RG. v. 1. Juni 1891, betr. den Schutz von Gebrauchsmustern (RGBl. S. 290) nebst B. v. 11. Juli 1891 zur Ausführung des Patentgesetzes vom 7. April 1891 und des RG. v. 1. Juni 1891, betr. den Schutz von Gebrauchsmustern (RGBl. S. 349).

i) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. April 1903, betr. den Beitritt des D. Reichs zu dem internationalen Verbands zum Schutze des gewerblichen Eigentums (RGBl. S. 147) nebst Bekanntm. v. 27. April u. 17. Sept. 1903 (RGBl. S. 202 u. 279).

7) Organisation eines gemeinsamen Schutzes des Deutschen Handels im Auslande, der Deutschen Schifffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Reiche ausgestattet wird;

a) Vgl. Art. 54 u. 55 und Art. 56 der Reichsverf. und die Zus. dazu.

b) RG. v. 17. April 1886, betr. die Rechtsverhältnisse der Deutschen Schutzgebiete (RGBl. S. 75).

RG. v. 7. Juli 1887, betr. die Abänderung des G., betr. die Rechtsverhältnisse der Deutschen Schutzgebiete v. 17. April 1886 (RGBl. S. 307).

RG. v. 15. März 1888, betr. Abänderung des G., betr. die Rechtsverhältnisse der Deutschen Schutzgebiete v. 17. April 1886 (RGBl. 1888 S. 71 ff.)

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 19. März 1888, wegen Redaktion des G., betr. die Rechtsverhältnisse der Deutschen Schutzgebiete (RGBl. S. 75 ff.)

RG. v. 2. Juli 1899, betr. Abänderung und Ergänzung des Ges. über die Rechtsverhältnisse der Deutschen Schutzgebiete (RGBl. 1888 S. 75, RGBl. S. 365).

RG. v. 25. Juli 1900, betr. Änderungen des Ges. über die Rechtsverhältnisse der Deutschen Schutzgebiete (RGBl. 1888 S. 75 u. 1899 S. 365, RGBl. S. 809). Durch Art. 2 dieses Ges. ist der Reichskanzler ermächtigt, den Text des Schutzgebietsgesetzes, wie er sich aus den Änderungen ergibt, die im Artikel 1 sowie in dem Gesetze, betr. Abänderung und Ergänzung des Ges. über die Rechtsverhältnisse der Deutschen Schutzgebiete, v. 2. Juli 1899 (RGBl. S. 365) vorgesehen sind, unter fortlaufender Reihenfolge der Paragraphenzahlen und Nummern durch das RGBl. bekannt zu geben. Demgemäß ist das „Schutzgebietsgesetz“ mittels Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Sept. 1900, wegen Redaktion des Schutzgebietsgesetzes (RGBl. S. 812) im RGBl. für 1900 S. 813 ff. veröffentlicht worden.

Dazu: B. v. 9. Nov. 1900, betr. die Rechtsverhältnisse in den Deutschen Schutzgebieten (RGBl. S. 1005, vgl. Anm. 1 S. 133). B. v. 21. Nov. 1902, betr. die Rechte an Grundstücken in den Deutschen Schutzgebieten (RGBl.

§. 283)¹⁾ und B. v. 14. Febr. 1903 über die Enteignung von Grundeigentum in den Schutzgebieten Afrika's und der Südsee (RGBl. S. 27).

¹⁾ Diese B. ist am 1. April 1903 in Kraft getreten. Gleichzeitig traten, soweit sich nicht aus den §§ 5, 6, 8, 14 dieser B. ein anderes ergibt, außer Kraft:

1. die B., betr. den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke im Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie, v. 20. Juli 1887 (RGBl. S. 379),

2. die B., betr. den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke im Schutzgebiete der Marschallinseln, v. 22. Juni 1889 (RGBl. S. 145),

3. die B., betr. die Begründung von Pfandrechten an Grundstücken in Deutsch-Ostafrika, v. 18. März 1892,

4. die B., betr. die Registrierung von Landtiteln auf Samoa, v. 19. Jan. 1894,

5. die B., betr. die Rechtsverhältnisse an unbeweglichen Sachen in Deutsch-Ostafrika v. 24. Juli 1894,

6. die B., betr. Regelung des Grunderwerbs in Kiautschou, v. 2. Sept. 1898,

7. die B., betr. die Rechtsverhältnisse an unbeweglichen Sachen in Deutsch-Südwestafrika, v. 5. Okt. 1898 (RGBl. S. 1063).

8. Die Vorschrift des § 3 Satz 1 der B., betr. die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten, v. 9. Nov. 1900 (RGBl. S. 1005),

9. die B., betr. die Rechtsverhältnisse an Grundstücken in Kamerun, v. 24. Juni 1901,

10. die B., betr. die Rechtsverhältnisse an Grundstücken in Togo, v. 5. Nov. 1901,

11. die zu den unter Ziff. 1 bis 7, 9, 10 aufgeführten B. ergangenen Ausführungsvorschriften.

B. v. 13. Dez. 1897, betr. die Einrichtung einer Staatsanwaltschaft bei den Gerichten der Schutzgebiete (RGBl. 1898 S. 1).¹⁾

B. v. 26. Juli 1896, betr. die Einführung der deutschen Militärstrafgesetze in den afrikanischen Schutzgebieten (RGBl. S. 669).

RG. v. 30. März 1892 über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete (RGBl. S. 369).

B. v. 2. Mai 1894, betr. die Regelung der Verwaltung und Rechtspflege in den zu den Schutzgebieten nicht gehörigen Teilen der deutschen Interessensphären in Afrika (RGBl. S. 461).

B. v. 26. Juli 1896, betr. das strafgerichtliche Verfahren gegen Militärpersonen der Kaiserlichen Schutztruppen (RGBl. S. 670).

B. v. 9. Aug. 1896, betr. die Rechtsverhältnisse der Landesbeamten in den Schutzgebieten (RGBl. S. 691), abgeändert und ergänzt durch B. v. 23. Mai 1901 (RGBl. S. 189).

B. v. 3. Juli 1899, betr. die Vereinigung von Wohnplätzen in den Schutzgebieten zu kommunalen Verbänden (RGBl. S. 366).

c) B. v. 5. Juni 1886, betr. die Rechtsverhältnisse in den Schutzgebieten der Neu-Guinea-Kompagnie (RGBl. S. 187).^{2) 1)}

B. v. 13. Juli 1888 (zur Ergänzung der B. v. 5. Juni 1886), betr. die Rechtsverhältnisse im Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie (RGBl. S. 221).¹⁾

¹⁾ Durch § 13 der B. v. 9. Nov. 1900, betr. die Rechtsverhältnisse in den Deutschen Schutzgebieten (RGBl. S. 1005) außer Kraft getreten.

²⁾ Vgl. den Auszug aus der Dienstanweisung v. 1. Nov. 1886, betr. die Ausübung der Gerichtbarkeit im Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie (RGBl. S. 371).

B. v. 6. Mai 1890 behufs Übertragung der Befugnisse des ehemaligen Landeshauptmannes auf den kaiserlichen Kommissar für das Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie (RGBl. S. 67).

Verf. des Reichskanzlers v. 23. Mai 1890 behufs Übertragung konsularischer Befugnisse auf den Kommissar für das Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie (RGBl. S. 144).

B. v. 15. Juni 1892, betr. die dem Landeshauptmann der Neu-Guinea-Kompagnie zustehenden richterlichen und Verwaltungsbefugnisse (RGBl. S. 673).

Verf. des Reichskanzlers v. 21. Febr. 1894, betr. Übertragung konsularischer Befugnisse auf den Landeshauptmann für das Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie (RGBl. S. 61).

B. v. 11. Jan. 1887, betr. die Regelung der Rechtsverhältnisse auf den zum Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie gehörigen Salomonseinseln (RGBl. S. 4).¹⁾ Dazu: Erl. des Reichskanzlers v. 24. Jan. 1887 (RGBl. S. 28).

B. v. 1. März 1888, betr. die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes auf den zum Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie gehörigen Salomonseinseln (RGBl. S. 63).

B. v. 20. Juli 1887, betr. den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke im Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie (RGBl. S. 379), vgl. Anm. 1 S. 133.

d) B. v. 13. Sept. 1886, betr. die Rechtsverhältnisse in dem Schutzgebiete der Marshall-, Brown- und Providence-Inseln (RGBl. S. 291).^{2) 1)}

¹⁾ Außer Kraft getreten: vgl. Anm. 1 auf S. 134.

²⁾ Vgl. den Auszug aus der Dienstsanweisung v. 2. Dez. 1886, betr. die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Schutzgebiete der Marshall-, Brown- und Providence-

B. v. 7. Febr. 1890, betr. die Rechtsverhältnisse im Schutzgebiete der Marshall-Inseln [Ergänz. der B. v. 13. Sept. 1886] (RWB. 1890 S. 55).¹⁾

B. v. 22. Juni 1889, betr. den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke im Schutzgebiete der Marshall-Inseln (RWB. S. 145); vgl. Anm. 1 S. 133.

Verf. des Reichskanzlers v. 29. März 1889, behufs Übertragung konsularischer Befugnisse auf den Kommissar für das Schutzgebiet der Marshall-Inseln (RWB. S. 252).

e) B. v. 21. April 1886, betr. die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes für die Schutzgebiete von Kamerun und Togo (RWB. S. 128).¹⁾

B. v. 2. Juli 1888, betr. die Rechtsverhältnisse in den Schutzgebieten von Kamerun und Togo (RWB. S. 211).¹⁾

B. v. 17. Aug. 1898, betr. das Bergwesen in Togo (RWB. S. 1031).

B. des Reichskanzlers v. 29. März 1889, behufs Übertragung konsularischer Befugnisse, sowie des Rechtes zum Erlasse polizeilicher und sonstiger, die Verwaltung betreffender Strafvorschriften auf Beamte der Schutzgebiete von Kamerun und Togo (RWB. S. 251).

Dienstanweisung des Reichskanzlers v. 7. Juli 1888, betr. die Ausübung der Gerichtsbarkheit in den Schutzgebieten von Kamerun und Togo (RWB. S. 404).

B. v. 28. Nov. 1892, betr. das Schürfen im Schutzgebiet von Kamerun (RWB. S. 1045).

B. v. 4. April 1900, betr. Ermächtigung des Gouverneurs von Kamerun zum Erlasse von Anordnungen zum Schutze des Waldbestandes (RWB. S. 231).

f) B. v. 18. Nov. 1887, betr. die Rechtsverhältnisse in dem Schutzgebiete der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (RWB. S. 527).

Inseln (RWB. S. 397) und Dienstanweisung des Reichskanzlers v. 10. März 1890 zur Ausübung der Gerichtsbarkheit im Schutzgebiete der Marshall-Inseln (RWB. S. 55).

¹⁾ Außer Kraft getreten: vgl. Anm. 1 auf S. 134.

B. v. 1. Jan. 1891, betr. die Rechtsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika (RGBl. S. 1).¹⁾

Dienstanzweisung des Reichskanzlers v. 12. Jan. 1891, betr. die Ausübung der Gerichtsbarkeit in Deutsch-Ostafrika (RGBl. S. 14).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Okt. 1891, Nachtrag zur Dienstanzweisung, betr. die Ausübung der Gerichtsbarkeit in Deutsch-Ostafrika (RGBl. S. 299).

Verf. des Reichskanzlers v. 1. Jan. 1891, betr. die Ausübung konsularischer Befugnisse und den Erlass polizeilicher und sonstiger die Verwaltung betreffender Vorschriften in Deutsch-Ostafrika (RGBl. S. 7).

RG. v. 22. März 1891, betr. die Kaiserliche Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika (RGBl. S. 53); abgeändert durch RG. v. 7. Juli 1896 (RGBl. S. 187).²⁾

B. v. 3. Juni 1891, betr. das strafgerichtliche Verfahren gegen die Militärpersonen der Kaiserlichen Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika (RGBl. S. 341).

B. v. 18. Juli 1900, betr. das strafgerichtliche Verfahren gegen Militärpersonen der Kaiserlichen Schutztruppen (RGBl. S. 831) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Juli 1900, enthaltend die Ausführungsbestimmungen zu der B., betr. das strafgerichtliche Verfahren gegen Militärpersonen der Kaiserlichen Schutztruppen (RGBl. S. 839).

B. v. 9. Okt. 1898, betr. das Bergwesen in Deutsch

1) Außer Kraft getreten: vgl. Anm. 1 auf S. 134.

2) Der demnach gültige Text des „Gesetzes betreffend die Kaiserlichen Schutztruppen in den Afrikanischen Schutzgebieten und die Wehrpflicht daselbst“ veröffentlicht durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Juli 1896 (RGBl. S. 653). Vgl. aber RG. v. 25. Juni 1902 wegen Abänderung des Ges., betr. die Kaiserlichen Schutztruppen in den Afrikanischen Schutzgebieten und die Wehrpflicht daselbst (RGBl. S. 237).

Ostafrika (RGV. S. 1045). Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 3. Okt. 1900 wegen Inkrafttretens der Allerh. B., betr. das Bergwesen in Deutsch-Ostafrika v. 9. Okt. 1898 (RGV. S. 847).

g) B. v. 21. Dez. 1887, betr. die Rechtsverhältnisse in dem südwestafrikanischen Schutzgebiete (RGV. S. 535).

B. v. 10. Aug. 1890, betr. die Rechtsverhältnisse in den südwestafrikanischen Schutzgebieten (RGV. S. 171).¹⁾ Dazu: Dienstanweisung des Reichskanzlers v. 27. Aug. 1890 zur Ausführung der Vorschriften der B. v. 10. Aug. 1890 (RGV. S. 304).

B. v. 5. Okt. 1898, betr. die Rechtsverhältnisse an unbeweglichen Sachen in Deutsch-Südwestafrika (RGV. S. 1063), vgl. Anm. 1 S. 133.

B. v. 2. April 1893, betr. das Aufgebot von Landansprüchen im südwestafrikanischen Schutzgebiet (RGV. S. 143).

B. v. 8. Nov. 1892, betr. die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes für das südwestafrikanische Schutzgebiet (RGV. S. 1037).¹⁾

B. v. 15. Aug. 1889, betr. das Bergwesen im südwestafrikanischen Schutzgebiet (RGV. S. 179), [welche die B. v. 25. März 1888, betr. das Bergwesen und die Gewinnung von Gold und Edelsteinen im südwestafrikanischen Schutzgebiet (RGV. S. 115) aufgehoben hat], ergänzt durch B. v. 6. Sept. 1892, betr. das Bergwesen im südwestafrikanischen Schutzgebiet (RGV. S. 789). Dazu: Verf. des Reichskanzlers v. 9. Juni 1898 zur Ausführung der Allerhöchsten B. v. 6. Sept. 1892, betr. das Bergwesen im südwestafrikanischen Schutzgebiet (RGV. S. 309).

RG. v. 9. Juni 1895 (RGV. S. 258), betr. die Kaiserlichen Schutztruppen für Südwestafrika und für Kamerun; abgeändert durch RG. v. 7. Juli 1896 (RGV. S. 187).²⁾

¹⁾ Außer Kraft getreten: vgl. Anm. 1 auf S. 134.

²⁾ Vgl. Anm. 2 S. 137.

B. v. 18. Juli 1900, betr. das strafgerichtliche Verfahren gegen Militärpersonen der Kaiserlichen Schutztruppen (RGBl. S. 831) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Juli 1900 (RGBl. S. 839).

B. v. 30. März 1897, betr. die Erfüllung der Dienstpflicht bei der Kaiserlichen Schutztruppe für Südwestafrika (RGBl. S. 167), aufgehoben durch B. v. 5. Dez. 1902 (RGBl. S. 297).

h) B. v. 27. April 1898, betr. die Rechtsverhältnisse in Kiautschou (RGBl. S. 173).¹⁾

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. April 1898, betr. die Regelung der Rechtsverhältnisse und die Ausübung der Gerichtsbarkeit in Kiautschou (RGBl. S. 285) und Bekanntm. v. 1. Juni 1901 (RGBl. S. 215).

RG. v. 25. Juni 1900, betr. die militärische Strafrechtspflege im Kiautschou-Gebiete (RGBl. S. 304).

B. v. 23. Aug. 1901 über die Anwendung des Ges., betr. Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen v. 31. Mai 1901 auf die Landesbeamten des Schutzgebietes Kiautschou (RGBl. S. 377).

B. v. 16. Okt. 1901 über das Telegraphenwesen im Kiautschou-Gebiet (RGBl. S. 379).

i) B. v. 18. Juli 1899, betr. die Rechtsverhältnisse im Inselgebiete der Carolinen, Palau und Marianen (RGBl. S. 542).¹⁾

k) B. v. 17. Febr. 1900, betr. die Rechtsverhältnisse in Samoa (RGBl. S. 136).¹⁾

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. März 1900 (RGBl. S. 138).

8) das Eisenbahnwesen, in Bayern vorbehaltlich der Bestimmung im Artikel 46., und die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs;

¹⁾ Außer Kraft getreten: vgl. Anm. 1 auf S. 134.

Vgl. Art. 41—46 und Art. 54 der Reichsverf. und die Zus. dazu.

9) der Flößerei- und Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle; desgleichen die Seeschiffahrtszeichen (Leuchtfeuer, Tonnen, Baken und sonstige Tagesmarken;¹⁾

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 31. Juli 1887, betr. die einheitliche Bezeichnung der Fahrwasser und der Untiefen in den Deutschen Küstengewässern (RGW. S. 387).

Vgl. Art. 54 der Reichsverf. und die Anm. dazu.

10) das Post- und Telegraphenwesen,²⁾ jedoch in Bayern und Württemberg nur nach Maßgabe der Bestimmung im Artikel 52;

Vgl. Art. 48—52 der Reichsverf. und die Anm. dazu.

11) Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen in Civilsachen und Erledigung von Requisitionen überhaupt;³⁾

¹⁾ Der Zusatz beruht auf dem RG. v. 3. März 1873 (RGW. S. 47).

²⁾ Die Gesetze über das Post- und Telegraphenwesen sind in Helgoland eingeführt durch B. v. 22. März 1891 (RGW. S. 21).

³⁾ Vgl. hierzu und über die Regelung des Gegenstandes durch das Gerichtsverfassungsgesetz v. 27. Jan. 1877 v. Rönnes Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II Abt. 2 § 102 S. 58 ff.

RG. v. 21. Juni 1869, betr. die Gewährung der Rechtshilfe (RGZ. S. 305).¹⁾ Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 unter I. 19 der mit diesen Staaten vereinbarten Verf. (RGZ. 1870 S. 647),²⁾ für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (RGZ. S. 656), für Bayern (mit einem Zusatz), zuf. § 6 des RG. v. 22. April 1871 (RGZ. S. 87), und für Elsaß-Lothringen, zuf. Ges. v. 11. Dez. 1871 (RGZ. S. 445), GB. f. Els.-Lothr. S. 376).

RG. v. 9. Juni 1895, über den Beistand bei Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen (RGZ. S. 256).

12) sowie über die Beglaubigung von öffentlichen Urkunden;

1. RG. v. 1. Mai 1878, betr. die Beglaubigung öffentlicher Urkunden (RGZ. S. 89).³⁾

2. Vertr. v. 25. Febr. 1880 zwischen dem D. R. und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie wegen Beglaubigung der von öffentlichen Behörden und Beamten ausgestellten oder beglaubigten Urkunden (RGZ. 1881 S. 4), und Vertr. v. 13. Juni 1881 wegen Ausdehnung dieses Vertrages auf Bosnien und die Herzegowina (RGZ. S. 253).

¹⁾ In Helgoland eingeführt durch B. v. 22. März 1891 (RGZ. S. 21).

²⁾ Vgl. die bereits früher zwischen dem Nordd. Bunde und dem Großherzogtum Baden, sowie zwischen dem Nordd. Bunde und dem Großherzogtum Hessen abgeschlossenen Verträge wegen wechselseitiger Gewährung der Rechtshilfe v. 14. Juni 1870 und v. 18. März 1870 (RGZ. S. 67 und S. 607).

³⁾ In Helgoland eingeführt durch B. v. 22. März 1891 (RGZ. S. 21).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Febr. 1881 mit dem Verzeichniß derjenigen obersten Verwaltungsbehörden und höheren Verwaltungsbehörden im D. R. und in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, deren Urkunden einer Beglaubigung nicht bedürfen (RGBl. S. 8), nebst Nachtragsverzeichnis v. 3. Aug. 1881 (RGBl. S. 256), und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 3. Aug. 1881 mit dem Verzeichniß derjenigen in Bosnien und der Herzegowina bestehenden obersten und höheren Verwaltungsbehörden und Gerichte, deren Urkunden einer Beglaubigung nicht bedürfen (RGBl. S. 255).

13) die gemeinsame Gesetzgebung über das gesammte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren; ¹⁾ 2)

Vgl. die Übersicht der auf Grund des Art. 4 Nr. 13 der Bundes- bezw. Reichsverf. ergangenen Bundes- und Reichsgesetze, unten Anlage XI.

14) das Militärwesen des Reichs und die Kriegsmarine; ³⁾

¹⁾ Der ursprüngliche Text lautete: Die gemeinsame Gesetzgebung über das Obligationenrecht, Strafrecht, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren; — die Abänderung beruht auf RG. v. 20. Dez. 1873 (RGBl. S. 379), eingeführt in Elsaß-Lothringen durch das RG. v. 8. Febr. 1875 Ziffer 6 (RGBl. S. 69, GS. f. Elsaß-Lothr. S. 9).

²⁾ Vgl. v. Rönnes Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abth. 2 §§ 101—105 S. 1 ff.

³⁾ Die Gesetze über das Militärwesen und die Kriegsmarine sind unbeschadet der Bestimmung im § 3 des G. v. 15. Dez. 1890 (RGBl. S. 207) in Helgoland eingeführt durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

Vgl. Art. 53 und Art. 57—68 der Reichsverf. und die Zuf. dazu.

15) Maßregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei; ¹⁾

1. a) RG. v. 7. April 1869, betr. Maßregeln gegen die Rinderpest (RGBl. S. 105). Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 unter I. 12 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (RGBl. 1870 S. 647), für Württemberg und Bayern, zuf. RG. v. 2. Nov. 1871 (RGBl. S. 372) und für Elsaß-Lothringen, zuf. Ges. v. 11. Dez. 1871 (RGBl. S. 471, GB. f. Els.-Lothr. S. 403).

Dazu: Instr. v. 26. Mai 1869 (RGBl. S. 149) und revidierte Instr. v. 9. Juni 1873 (RGBl. S. 147), sowie Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juni 1891, betr. die Gebühren für die zur Durchführung von Abperrungsmaßregeln gegen die Rinderpest verwendeten Militärkommandos und die Erstattung der entstandenen Mehrkosten aus Reichs-Civilfonds (RGBl. S. 149).

Vgl. GB. f. Els.-Lothr. 1871 S. 407 und 1873 S. 170.

b) RG. v. 21. Mai 1878, betr. Zuwiderhandlungen gegen die zur Abwehr der Rinderpest erlassenen Vieheinfuhrverbote (RGBl. S. 95).

c) RG. v. 25. Febr. 1876, betr. die Beseitigung von Ansteckungstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen (RGBl. S. 163).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. Juni 1886, betr. die Ausführung des G. v. 25. Febr. 1876 über die Beseitigung von Ansteckungstoffen bei Viehbeförderungen

¹⁾ Vgl. v. Könnes Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 2 § 106 S. 100 ff., und Guttentagsche Samml. D. RG. Nr. 27: C. Goesch und J. Karsten, Die Gesetzgebung, betr. das Gesundheitswesen im Deutschen Reich. Berlin 1888.

auf Eisenbahnen (RGBl. 1886 S. 200), wodurch die ältere Bekanntm. v. 6. Mai 1876 mit den Festsetzungen des Bundesrates zur Ausführung des RG. v. 25. Febr. 1876 (RGBl. S. 251) außer Kraft gesetzt ist. Vgl. Bekanntm. v. 26. Juli 1899 (RGBl. S. 288).

2. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Febr. 1899, betr. die Einführung von Bestimmungen über die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei der Beförderung von lebendem Geflügel auf Eisenbahnen (RGBl. S. 11).

3. RG. v. 23. Juni 1880, betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen (RGBl. S. 153),¹⁾ abgeändert durch RG. v. 1. Mai 1894, betr. Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen (RGBl. S. 405). Der neu festgestellte Text ist mit der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Mai 1894, betr. die Redaktion des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen v. 23. Juni 1880 (RGBl. 1894 S. 409) im RGBl. S. 410 ff. abgedruckt.

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Juni 1895 mit der Instr. zur Ausführung der §§ 19—29 des G. v. 23. Juli 1880,

betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen (RGBl. S. 357 ff.) nebst Berichtigung (RGBl. 1897 S. 590) u. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Juli 1897, betr. die Aufhebung des § 80 a der Instr. zur Ausführung des Reichsviehseuchengesetzes v. 27. Juni 1895 (RGBl. S. 590). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. April

¹⁾ Vgl. a) Preuß. G. v. 12. März 1881, betr. die Ausführung des RG. über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen (Pr. GS. S. 128), b) G. v. 27. März 1881 für Elsaß-Lothringen zur Ausführung des RG., betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 67).

1894, betr. die Anzeigepflicht für die Schweineseuche, die Schweinepest und den Rotlauf der Schweine (RWB. S. 333). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Juli 1894, betr. die Anzeigepflicht für die Schweinepest (RWB. S. 510). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. Sept. 1894, betr. die Anzeigepflicht für die Schweineseuche, die Schweinepest und den Rotlauf der Schweine (RWB. S. 523; desgl. v. 6. Mai 1895 (RWB. S. 227), v. 29. Mai S. 240), v. 12. Juni (S. 260), v. 26. Juni (S. 352), v. 16. Juli (S. 420), v. 8. Sept. (S. 442), v. 23. Okt. (S. 447), v. 12. Nov. (S. 453), v. 25. u. 27. Nov. (S. 457), v. 10. Dez. (S. 460), v. 28. Dez. (S. 464), v. 4. März 1896 (S. 58), v. 26. Aug. (S. 699), v. 2. Okt. (S. 705), v. 29. Okt. (S. 709) und 8. Sept. 1898 (S. 1093). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Nov. 1896, betr. die Anzeigepflicht für die Gehirn-, Rückenmarksentzündung der Pferde (RWB. S. 713). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Sept. 1897, betr. die Anzeigepflicht für die Geflügelcholera (RWB. S. 729); desgl. v. 2. Okt. (S. 755), v. 15. Okt. (S. 773), v. 11. Jan. 1898 (S. 2), v. 13. April (S. 164), v. 16. Juni (S. 911), v. 3. Aug. (S. 1021), v. 5. Aug. (S. 1023), v. 13. Aug. (S. 1025), v. 17. Aug. (S. 1027), v. 20. Aug. (S. 1029), v. 27. Aug. (S. 1033), v. 6. Sept. (S. 1037), v. 22. Sept. (S. 1041), v. 17. Okt. (S. 1043), v. 14. Dez. (S. 1312), v. 21. Dez. (S. 1315), v. 28. März 1899, (S. 217), v. 27. April 1901 (S. 123), v. 12. Juni (S. 210) und v. 17. Mai 1903 (S. 224). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 3. Sept. 1898, betr. die Anzeigepflicht für die als Influenza der Pferde bezeichneten Krankheiten (RWB. S. 1036). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Mai 1903, betr. die Anzeigepflicht für die Hühnerpest (RWB. S. 223). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Juli 1895, betr. die Bestimmungen über die veterinärpolizeiliche Behandlung der aus dem Auslande auf dem Seewege zur Einfuhr gelangenden Wiederkäufer und Schweine (RWB. S. 316).

4. RG. v. 3. Juni 1900, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau (RGV. S. 547).

Dazu: B. v. 30. Juni 1900, 16. Febr. u. 7. Juli 1902 über die Inkrafttretung des G., betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau v. 3. Juni 1900 (RGV. 1900 S. 775 u. 1902 S. 47 u. 241).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Febr. 1902, betr. gesundheitsschädliche und täuschende Zusätze zu Fleisch und dessen Zubereitungen (RGV. S. 48).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Juli 1902, betr. das Gesetz über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau v. 3. Juni 1900 (RGV. S. 242).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Mai 1902, betr. die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschau-gesetzes v. 3. Juni 1900 (Beilage zu Nr. 22 des RGV. 1902).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Mai 1902, betr. die Einlaß- und Untersuchungsstellen für das in das Zollinland eingehende Fleisch (Beilage zu Nr. 22 des RGV. 1902).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Juli 1902, betr. die Gebührenordnung für die Untersuchung des in das Zollinland eingeführten Fleisches (RGV. S. 238).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Febr. 1903, betr. Fleischbeschau-Zollordnung (RGV. S. 32).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Febr. 1903, betr. die Kennzeichnung des untersuchten ausländischen Fleisches (RGV. S. 46).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. März 1903, betr. die Abänderung der Ausführungsbestimmungen A, C und D zu dem Schlachtvieh- und Fleischbeschau-gesetze (RGV. S. 116).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. März 1903, betr. Ergänzung der Prüfungsvorschriften für die Trichinen-schau (RGV. S. 118).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. März u. 24. Juni 1903 betr. die Abänderung bezw. Ergänzung des Verzeichnisses der Einlaß- und Untersuchungsstellen für das in das Zollinland eingehende Fleisch (RGBl. S. 118 u. S. 203).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. März u. 24. Juni 1903 betr. die Stempelzeichen nachträglich zugelassener Untersuchungsstellen für ausländisches Fleisch (RGBl. S. 120 u. S. 203).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Aug. u. 25. Sept. 1903, betr. die Denaturierung nicht zum Genuß für Menschen bestimmten Fleisches (RGBl. S. 626 u. S. 646).

5. Reichs-Impfgesetz v. 8. April 1874 (RGBl. S. 31.)¹⁾

6. RG. v. 14. Mai 1879, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen (RGBl. S. 145). RG. v. 29. Juni 1887, betr. die Abänderung des G. über den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen v. 14. Mai 1879 (RGBl. 1887 S. 276).¹⁾

Dazu: a) B. v. 24. Febr. 1882 über das gewerbsmäßige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum (RGBl. S. 40), nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. April und 21. Juli 1882 (RGBl. S. 196 und 344), v. 19. Sept. 1884 (RGBl. S. 250) und v. 27. Okt. 1888 (RGBl. S. 931). Vgl. auch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Jan. 1883 (RGBl. S. 1).

b) B. v. 1. Febr. 1891, betr. das Verbot von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen (RGBl. S. 11).

c) B. v. 1. Mai 1882, betr. die Verwendung giftiger Farben (RGBl. S. 55) und B. v. 5. März 1883, betr. die Außerkraftsetzung der §§ 2 und 3 der B. v. 1. Mai 1882 (RGBl. 1883 S. 3).

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 24. Juli 1893 (RGBl. S. 236).

RG. v. 5. Juli 1887, betr. die Verwendung gesundheitschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen (RGBl. S. 277).¹⁾

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. April 1888, betr. die Untersuchung von Farben, Gespinnstien und Geweben auf Arsen und Zinn (RGBl. S. 131).

d) RG. v. 25. Juni 1887, betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen (RGBl. S. 273)¹⁾ und RG. v. 22. März 1888, betr. die Abänderung des G. über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen v. 25. Juni 1887 (RGBl. 1888 S. 114).

e) RG. v. 20. April 1892, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken (RGBl. S. 597.) Außer Kraft getreten: vgl. § 22 des RG. v. 24. Mai 1901, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken (RGBl. S. 175).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 29. April 1892, betr. die Ausführung des G. über den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Gegenständen (RGBl. S. 600).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Juni 1896, betr. die Anweisung zur chemischen Untersuchung des Weines (Anhang zu Nr. 27 des RGBl. für 1896).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Juli 1901, betr. Bestimmungen zur Ausführung des G. über den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken (RGBl. S. 257).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Juli 1901, betr. Vorschriften für die chemische Untersuchung des Weines (RGBl. S. 234).

f) RG. v. 6. Juli 1898, betr. den Verkehr mit künstlichen Süßstoffen (RGBl. S. 919). Außer Kraft getreten:

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 24. Juli 1893 (RGBl. S. 236).

vgl. § 13 des Süßstoffgesetzes v. 7. Juli 1901 (RGBl. S. 253).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. März 1903, betr. Ausführungsbestimmungen zum Süßstoffgesetz v. 7. Juli 1902 (RGBl. S. 103).

7. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Juni 1872 und v. 4. Juli 1873, betr. die Einführung der Pharmacopoea Germanica an Stelle der in den einzelnen Bundesstaaten geltenden Pharmakopäen (RGBl. 1872 S. 172 und 1873 S. 200).

Vgl. RGBl. 1873 S. 213.

In Elßaß-Lothringen ist die Pharmacopoea Germanica eingeführt durch B. v. 5. Juli 1872 (GBl. f. Elß.-Lothr. S. 471).

Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Juli, 9. Sept. und 7. Nov. 1882 (RGBl. S. 333, 389 und 425).

Seit dem 1. Jan. 1883 ist die Pharm. Germ. ersetzt durch die Pharm. Germ. ed. altera. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juni 1890, wonach laut Beschluß des Bundesrats v. 12. Juni 1890 das Arzneibuch für das D. Reich. 4. Ausgabe (Pharmac. Germ. ed. tertia) v. 1. Jan. 1891 ab an Stelle der Pharm. Germ. ed. altera treten soll (RGBl. 1890 S. 282).

8. Vgl. Zuz. III. B. 1 und 2 zum Art. 4 Nr. 1 der Reichsverf.

9. Vgl. unten sub 9 der „Polizeilichen Gesetze“ S. 355.

16) die Bestimmungen über die Presse und das Vereinswesen.¹⁾

¹⁾ Die Bestimmung der Nr. 16 fehlt in der Verf. des Nordb. Bundes und findet sich zuerst in der mit den Großherzogtümern Baden und Hessen vereinbarten Verf. des D. Bundes v. 15. Nov. 1870 (BGBl. S. 629).

Vgl. § 17 des Wahl-G. v. 31. Mai 1869 für den Reichstag (BGBl. S. 145),

1. RG. über die Presse v. 7. Mai 1874¹⁾ (RGB. S. 65). Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. Reichs, 2. Aufl., Bd I § 17 S. 166 ff.

Gemäß § 1 des G. v. 8. Aug. 1898 über die Presse für Elsaß-Lothringen (GB. f. El.-Lothr. S. 73) kommen die Bestimmungen des RG. über die Presse v. 7. Mai 1874 mit Ausnahme der §§ 14, 23 bis 29 und 31, sowie die Bestimmungen der Gewerbe-D. für das D. Reich über die Preßgewerbe in Elsaß-Lothringen als landesrechtliche Vorschriften in Anwendung.

2. a) RG. v. 21. Okt. 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (RGB. S. 351).

b) RG. v. 31. Mai 1880, betr. die authentische Erklärung und die Gültigkeitsdauer des G. gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie v. 21. Okt. 1878 (RGB. 1880 S. 117).

c) RG. v. 28. Mai 1884, betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des G. gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie v. 21. Okt. 1878 (RGB. 1884 S. 53).

d) RG. v. 20. April 1886, betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des G. gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie v. 21. Okt. 1878 (RGB. 1886 S. 77).

e) RG. v. 18. März 1888, betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des G. gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie v. 21. Okt. 1878 (bis zum 30. Sept. 1890) (RGB. 1888 S. 109).

f) RG. v. 12. März 1884, betr. die Stimmzettel für öffentliche Wahlen (RGB. 1884 S. 17).

g) RG. betr. das Vereinswesen (RGB. S. 699).

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RGB. S. 21).

Artikel 5.

Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrath und den Reichstag. Die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetze erforderlich und ausreichend.¹⁾

Bei Gesetzesvorschlägen über das Militairwesen, die Kriegsmarine und die im Artikel 35. bezeichneten Abgaben giebt, wenn im Bundesrathe eine Meinungsverschiedenheit stattfindet, die Stimme des Präsidiums den Ausschlag, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht.²⁾

III. Bundesrath.³⁾

Artikel 6.

Der Bundesrath besteht aus den Vertretern der Mitglieder des Bundes, unter welchen die Stimmführung sich in der Weise vertheilt, daß Preußen mit den ehemaligen Stimmen von

¹⁾ In Betreff der Verfassungsänderungen vgl. Art. 78 der Reichsverf.

²⁾ Vgl. Art. 37 der Reichsverf. — Die Worte „und die im Art. 35 bezeichneten Abgaben“ fehlten in der Verf. des Nordb. Bundes und finden sich zuerst in der mit den Großherzogthümern Baden und Hessen vereinbarten Verf. des D. Bundes v. 15. Nov. 1870 Art. 5 (BGB. S. 629).

³⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsr. des D. Reichs, 2. Aufl., Bd. I. §§ 21—24 S. 194 ff.

Hannover, Kurhessen, Holstein, Nassau

und Frankfurt	17	Stimmen
führt, Bayern	6	"
Sachsen	4	"
Württemberg	4	"
Baden	3	"
Hessen	3	"
Mecklenburg-Schwerin	2	"
Sachsen-Weimar	1	"
Mecklenburg-Strelitz	1	"
Oldenburg	1	"
Braunschweig	2	"
Sachsen-Meiningen	1	"
Sachsen-Altenburg	1	"
Sachsen-Koburg-Gotha	1	"
Anhalt	1	"
Schwarzburg-Rudolstadt	1	"
Schwarzburg-Sondershausen	1	"
Waldeck	1	"
Reuß älterer Linie	1	"
Reuß jüngerer Linie	1	"
Schaumburg-Lippe	1	"
Lippe	1	"
Lübeck	1	"
Bremen	1	"
Hamburg	1	"

zusammen 58 Stimmen.

Jedes Mitglied des Bundes kann so viel Bevollmächtigte zum Bundesrathe ernennen, wie es

Stimmen hat, doch kann die Gesamtheit der zuständigen Stimmen nur einheitlich abgegeben werden.

Artikel 7.

Der Bundesrath beschließt:

- 1) über die dem Reichstage zu machenden Vorschläge und die von demselben gefaßten Beschlüsse;
- 2) über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas Anderes bestimmt ist;¹⁾
- 3) über Mängel, welche bei der Ausführung der Reichsgesetze oder der vorstehend erwähnten Vorschriften oder Einrichtungen hervortreten.²⁾

Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und das Präsidium ist verpflichtet, dieselben der Berathung zu übergeben.

Die Beschlußfassung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen in den Artikeln 5. 37. und 78., mit einfacher Mehrheit. Nicht vertretene oder nicht instruirte Stimmen werden nicht gezählt. Bei Stimmengleichheit giebt die Präsidialstimme den Ausschlag.

Bei der Beschlußfassung über eine Angelegenheit, welche nach den Bestimmungen dieser Verfassung

¹⁾ Bgl. Art. 50, 53 und 63 der Reichsverf.

²⁾ Bgl. Art. 36 Abs. 3 der Reichsverf.

nicht dem ganzen Reiche gemeinschaftlich ist, werden die Stimmen nur derjenigen Bundesstaaten gezählt, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist.

Artikel 8.

Der Bundesrath bildet aus seiner Mitte dauernde Ausschüsse

- 1) für das Landheer und die Festungen;
- 2) für das Seewesen;
- 3) für Zoll- und Steuerwesen;
- 4) für Handel und Verkehr;
- 5) für Eisenbahnen, Post und Telegraphen;
- 6) für Justizwesen;
- 7) für Rechnungswesen.

In jedem dieser Ausschüsse werden außer dem Präsidium mindestens vier Bundesstaaten vertreten sein, und führt innerhalb derselben jeder Staat nur Eine Stimme. In dem Ausschuß für das Landheer und die Festungen hat Bayern einen ständigen Sitz, die übrigen Mitglieder desselben, sowie die Mitglieder des Ausschusses für das Seewesen werden vom Kaiser ernannt; die Mitglieder der anderen Ausschüsse werden von dem Bundesrathe gewählt. Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse ist für jede Session des Bundesrathes resp. mit jedem Jahre zu erneuern, wobei die ausscheidenden Mitglieder wieder wählbar sind.

Außerdem wird im Bundesrathe aus den Bevollmächtigten der Königreiche Bayern, Sachsen und

Württemberg und zwei, vom Bundesrathe alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten ein Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet, in welchem Bayern den Vorsitz führt.

Den Ausschüssen werden die zu ihren Arbeiten nöthigen Beamten zur Verfügung gestellt.

Artikel 9.

Jedes Mitglied des Bundesrathes hat das Recht, im Reichstage zu erscheinen und muß daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrathes nicht adoptirt worden sind. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrathes und des Reichstages sein.

Artikel 10.

Dem Kaiser liegt es ob, den Mitgliedern des Bundesrathes den üblichen diplomatischen Schutz zu gewähren.

IV. Präsidium.¹⁾

Artikel 11.

Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. Reichs, 2. Aufl., Bd. I. §§ 25—27 S. 223 ff. — Über die Stellvertretung des Kaisers Wilhelm I. in den Regierungsgeschäften durch den Kronprinzen (nachherigen Kaiser Friedrich III.) vgl.

Kaiser¹⁾ führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

1. Allerb. Erl. v. 3. Aug. 1871, betr. die Bezeichnung der Behörden und Beamten des Deutschen Reichs, sowie die Feststellung des Kaiserl. Wappens und der Kaiserl. Standarte (RGV. S. 318), nebst Berichtigung (ebendas. S. 458).

Allerb. Erl. v. 16. März 1872, betr. den Gebrauch des Kaiserl. Adlers zur Bezeichnung von Waren oder Etiketten (RGV. S. 90), nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. April 1872, betr. die Ausführung dieses Erlasses (RGV. S. 93).

Kaiserl. B. v. 8. Nov. 1892 über die Führung der Reichsflagge (RGV. S. 1050), dazu

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. Jan. 1893, betr. die Reichsdienstflagge (RGV. S. 9) und Allerb. Erl. v. 13. Aug. 1893, betr. Dienstflaggen in den Schutzgebieten (RGV. S. 273).

2. Über die Vertretung der Reichsgesandten durch die Königl. Bayerischen Gesandten in Verhinderungs-

den Kaiserl. Erl. v. 4. Juni 1878 (RGV. S. 101), ferner durch den Prinzen Wilhelm von Preußen (jetzigen Kaiser Wilhelm II.) den Kaiserl. Erl. v. 17. Nov. 1887 (RGV. S. 69) und über die Beteiligung des Kronprinzen Wilhelm (jetzigen Kaiser Wilhelm II.) an den Regierungsgeschäften den Erl. des Kaisers Friedrich v. 21. März 1888 (RGV. S. 81).

¹⁾ Vgl. das RG. v. 23. Dez. 1888, betr. die Vorarbeiten für das National-Denkmal Kaiser Wilhelms I. (RGV. S. 219),

fällen und die von letzteren zu leistende Beihilfe vgl. Schlußprotokoll zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. des D. Bundes unter VII. und VIII (BGB. S. 23).¹⁾

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrathes erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.²⁾

Insoweit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4. in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrathes und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erforderlich.

Über die Zuziehung von Vertretern der einzelnen Bundesstaaten beim Abschluß von Post- und Telegraphenverträgen mit außerdeutschen Staaten, und über das Recht der einzelnen Bundesstaaten zum Abschluß von Verträgen mit anderen Staaten über das Post- und Telegraphenwesen, sofern sie lediglich den Grenzverkehr betreffen, vgl. Schlußp. zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. des D. Bundes (BGB. 1871 S. 23) unter XI.³⁾

¹⁾ Vgl. unten Anlage VII.

²⁾ Diese Bestimmung des Art. 11 war in der Verf. des Nordd. Bundes nicht enthalten, sondern findet sich zuerst in der mit den Großherzogthümern Baden und Hessen vereinbarten Verf. des D. Bundes v. 15. Nov. 1870 (BGB. S. 632). Über das Recht des Kaisers zur Anordnung der Kriegsbereitschaft vgl. Art. 63 Abs. 4 der Reichsverf.

³⁾ Vgl. unten Anlage VII.

Artikel 12.

Dem Kaiser steht es zu, den Bundesrath und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen.

Artikel 13.

Die Berufung des Bundesrathes und des Reichstages findet alljährlich statt und kann der Bundesrath zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrath berufen werden.

Artikel 14.

Die Berufung des Bundesrathes muß erfolgen, sobald sie von einem Drittel der Stimmenzahl verlangt wird.

Artikel 15.

Der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist¹⁾.

Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrathes vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.

Über das Recht der Bayerischen Regierung, durch ihren Vertreter im Falle der Verhinderung Preußens den Vorsitz im Bundesrate zu führen, vgl. Schlußprot. zu

¹⁾ Vgl. Allerh. Erl. v. 14. Juli 1867, betr. die Ernennung des Präsidenten des Staatsministeriums und Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Grafen von Bismarck-Schönhausen zum Bundeskanzler des Nordb. Bundes (BGB. S. 23).

dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. des D. Bundes (RGBl. 1871 S. 23) unter IX.¹⁾

Artikel 16.

Die erforderlichen Vorlagen werden nach Maßgabe der Beschlüsse des Bundesrathes im Namen des Kaisers an den Reichstag gebracht, wo sie durch Mitglieder des Bundesrathes oder durch besondere von letzterem zu ernennende Kommissarien vertreten werden.

Artikel 17.

Dem Kaiser steht die Ausfertigung und Verkündigung²⁾ der Reichsgesetze und die Ueberwachung der Ausführung derselben zu.³⁾ Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reichs erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

RG. v. 17. März 1878, betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers (RGBl. S. 7).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen zc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1. Die zur Gültigkeit der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers erforderliche Gegenzeichnung des

¹⁾ Vgl. unten Anlage VII.

²⁾ Vgl. unten Anm. 3 zum Art. 2 der Reichsverf.

³⁾ Vgl. Art. 36 Abs. 2, Art. 50 u. 56 Abs. 1, Art. 63 der Reichsverf.

Reichskanzlers, sowie die sonstigen demselben durch die Verfassung und die Gesetze des Reichs übertragenen Obliegenheiten können nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen durch Stellvertreter wahrgenommen werden, welche der Kaiser auf Antrag des Reichskanzlers in Fällen der Behinderung desselben ernennt.

§. 2. Es kann ein Stellvertreter allgemein für den gesammten Umfang der Geschäfte und Obliegenheiten des Reichskanzlers ernannt werden. Auch können für diejenigen einzelnen Amtszweige, welche sich in der eigenen und unmittelbaren Verwaltung des Reichs befinden, die Vorstände der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden mit der Stellvertretung desselben im ganzen Umfang oder in einzelnen Theilen ihres Geschäftskreises beauftragt werden.

§. 3. Dem Reichskanzler ist vorbehalten, jede Amtshandlung auch während der Dauer einer Stellvertretung selbst vorzunehmen.

§. 4. Die Bestimmung des Artikel 15 der Reichsverfassung wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 17. März 1878.

(L. S.)

Wilhelm.

Kürst v. Bismarck.

Artikel 18.

Der Kaiser ernennt die Reichsbeamten, läßt dieselben für das Reich vereidigen und verfügt erforderlichen Falles deren Entlassung.¹⁾

¹⁾ Die nach Maßgabe der Verfassung und der Gesetze des D. R. vom Kaiser ernannten Behörden und Beamten sind als Kaiserliche zu bezeichnen. (Allerh. Erl. v. 3. Aug. 1871 Ziffer 1, RGBl. S. 318).

Den zu einem Reichsamte berufenen Beamten eines Bundesstaates stehen, sofern nicht vor ihrem Eintritt in den Reichsdienst im Wege der Reichsgesetzgebung etwas Anderes bestimmt ist, dem Reiche gegenüber diejenigen Rechte zu, welche ihnen in ihrem Heimathlande aus ihrer dienstlichen Stellung zugestanden hatten.

I. Die Reichsbehörden.

Vgl. das Handbuch für das D. R. auf das Jahr 1904.

Der Reichskanzler hat im Namen des Kaisers die Ausführung der Reichsgesetze zu überwachen, die Verwaltung und Beaufsichtigung der Angelegenheiten zu leiten, welche dem Reich durch die Verfassung zugewiesen sind, sowie die Verfügungen und Anordnungen des Kaisers gegenzuzeichnen. Dem Reichskanzler sind die Chefs der einzelnen Reichsämters unterstellt.

Die Reichskanzlei hat als Central-Bureau des Reichskanzlers den amtlichen Verkehr desselben mit den Chefs der einzelnen Ressorts zu vermitteln.

A. Das auswärtige Amt zerfällt in vier Abteilungen, nämlich:

1. Abteilung: a) politische; b) Personalien;
2. Abteilung: handelspolitische;
3. Abteilung: Rechtsabteilung;
4. (nicht nummerierte) Abteilung: Kolonialabteilung.

Dem auswärtigen Amte sind unterstellt: a) die Legationskassen, b) die Prüfungskommission für das diplomatische Examen, c) das archäologische Institut, mit der Centraldirektion in Berlin und den Sekretariaten in Rom und in Athen.¹⁾

¹⁾ Vgl. das von dem Bundesrat (aut Kaiserl. Erl. v. 9. April 1887 genehmigte abgeänderte Statut des

Zum Ressort des auswärtigen Amtes gehören: a) die Gesandtschaften; b) die Konsulate; c) die Schutzgebiete; d) die auswärtigen Gesandtschaften; e) die von Seiten des D. R. anerkannten Konsularbeamten fremder Staaten.

Dem Reichskanzler steht ein durch Allerh. Erl. v. 10. Okt. 1890 (RGBl. S. 179) als sachverständiger Beirat für koloniale Angelegenheiten errichteter Kolonialrat zur Seite. (Vgl. Verf. des Reichskanzlers v. 10. Okt. 1890 zur Ausführung dieses Erl., RGBl. S. 339 u. v. 18. Okt. 1901, RGBl. S. 395.)

B. Das Reichsamt des Innern (früher Reichskanzleramt)¹⁾ steht unter der Leitung des Staatssekretärs des Innern und zerfällt in zwei Abteilungen, nämlich die Centralabteilung und die Abteilung für wirtschaftliche Angelegenheiten. Der letzteren Abteilung liegen insbesondere die legislatorischen Vorarbeiten auf dem wirtschaftlichen Gebiete ob, während der Geschäftskreis der Centralabteilung sich auf alle sonst zur Zuständigkeit des Reichsamtes des Innern gehörigen Angelegenheiten erstreckt.²⁾

Kaiserl. Deutschen archäologischen Instituts im RGBl. S. 172, ergänzt durch Kaiserl. Erl. v. 17. Mai 1893 RGBl. S. 235).

¹⁾ Vgl. a) Allerh. Präsidial-Erl. v. 12. Aug. 1867, betr. die Errichtung des Bundeskanzleramtes (BGBl. S. 29); b) Allerh. Erl. v. 12. Mai 1871, betr. die Abänderung der bisherigen Bezeichnung „Bundeskanzleramt“ in „Reichskanzleramt“ (RGBl. S. 102); c) Allerh. Erl. v. 24. Dez. 1879, betr. die Benennung des Reichskanzleramtes (Reichsamt des Innern) und den Titel des Vorstandes (Staatssekretär des Innern) dieser Behörde (RGBl. S. 321).

²⁾ Vgl. auch das RG. v. 23. Mai 1887, betr. die Errichtung eines Seminars für Orientalische Sprachen (RGBl. S. 193).

Zum Ressort des Reichsamtes des Innern gehören:

1. der Reichskommissar für das Auswanderungswesen;
2. die Reichsschulkommission;
3. die technische Kommission für Seeschifffahrt;
4. die Reichs-Prüfungsinspektoren, nämlich der Reichsinspektor für die Seeschiffer- und Seesteuermannsprüfungen, und die Reichsinspektoren für die Dampfschiff-Maschinistenprüfungen;
5. das Bundesamt für das Heimatswesen;¹⁾
6. die entscheidenden Disziplinarbehörden, nämlich der Disziplinarhof zu Leipzig, und die Disziplinar-kammern;²⁾
7. die Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen, nämlich des Reichsoberseeamts,³⁾ und die Reichskommissare bei den Seeämtern;
8. das statistische Amt, welches die Aufgabe hat, das gemäß des RG. v. 20. Juli 1879 (RGBl. S. 261), sowie das sonst auf Anordnung des Bundesrats oder des Reichskanzlers für die Reichsstatistik zu

¹⁾ Bgl. BG. v. 6. Juni 1870 über den Unterstützungs-mohnstz, §§ 42 ff. (BGBl. S. 368 ff.) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Juni 1873 mit dem Regulativ zur Ordnung des Geschäftsganges bei dem Bundesamte für das Heimatswesen (RGBl. S. 4).

²⁾ Bgl. RG. v. 31. März 1873, betr. die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, §§ 86 ff. (RGBl. S. 77) und Regulativ (des Bundesrats) für die Geschäftsordnung bei den Disziplinargerichten (RGBl. S. 390) und Geschäftsordnung des Bundesrats v. 18. April 1880 für die Disziplinarbehörden (RGBl. S. 203).

³⁾ Bgl. RG. v. 27. Juli 1877, betr. die Untersuchung von Seeunfällen §§ 29 ff. (RGBl. S. 555) und die Geschäftsordnung für das Oberseeamt v. 3. Mai 1878 (RGBl. S. 276) und Nachtrag dazu v. 10. Mai 1879 (RGBl. S. 371).

liefernde Material zu sammeln, zu prüfen und zu bearbeiten und auf Anordnung des Reichskanzlers statistische Nachweisungen aufzustellen oder über statistische Fragen gutachtlich zu berichten;

9. die Normal-Michungskommission, welche alle die technische Seite des Miehungswesens betr. Gegenstände zu regeln, die bezüglich allgemeinen Vorschriften zu erlassen, die Taxen für die von den Miehungsstellen zu erhebenden Gebühren festzusetzen und darüber zu wachen hat, daß das Miehungswesen nach übereinstimmenden Regeln und dem Interesse des Verkehrs entsprechend gehandhabt werde,¹⁾ und deren Zuständigkeit sich auf das gesamte Reich mit Ausschluß von Bayern erstreckt;
10. das Gesundheitsamt, welches dem Reichskanzler in der Ausübung des Aufsichtsrechtes und in der Vorbereitung der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Medizinal- und Veterinär-Polizei des Reichs zu unterstützen, auch die Aufgabe der Herstellung einer Medizinal- und Veterinär-Statistik Deutschlands hat, und mit welchem die ständige Kommission für Bearbeitung der Pharmakopöe verbunden ist;
11. das Patentamt, welches die Aufgabe hat, den Bestimmungen des Patentgesetzes v. 25. Mai 1877 und der B. v. 18. Juni 1877 gemäß, Patente auf neue Erfindungen zu erteilen, und welchem auch die Erklärung der Richtigkeit und die Zurücknahme der Patente zusteht;²⁾

¹⁾ Vgl. die Bekanntm. des Bundeskanzlers v. 16. Febr. 1869, betr. die Errichtung einer Normal-Miehungs-Kommission in Berlin (RGV. S. 46).

²⁾ Vgl. Patentgesetz v. 7. April 1891 §§ 13 ff. (RGV. S. 79), B. v. 11. Juli 1891 zur Ausführung des Patentgesetzes v. 7. April 1891 und des Gesetzes, betr. den Schutz von Gebrauchsmustern v. 1. Juni 1891 (RGV.

12. das Reichsversicherungsamt, welches nach Maßgabe des Unfallversicherungsges. v. 6. Juli 1884 und des Ausdehnungsges. v. 28. Mai 1885, des Ges. v. 5. Mai 1886, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, des Bau-Unfallversicherungsges. v. 11. Juli 1887 und des See-Unfallversicherungsges. v. 13. Juli 1887, die Organisation der Berufsgenossenschaften durchzuführen und die Aufsicht über die letzteren zu handhaben hat, auch nach Maßgabe des Ges., betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung v. 22. Juni 1889 bei der Organisation der Versicherungsanstalten mitzuwirken, die Aufsicht über die letzteren zu führen und die Mitglieder der Vorstände und sonstigen Organe der Versicherungsanstalten zur Befolgung der Anordnungen, sowie der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften anzuhalten hat;¹⁾

§. 349), B. v. 5. Juni 1897 zur Ausführung des Patentgesetzes v. 7. April 1891 (RGBl. S. 473), B. v. 6. Mai 1899 zur Ausführung des Patentgesetzes v. 7. April 1891 (RGBl. S. 283) sowie die B. v. 25. Okt. 1899 (RGBl. S. 661) u. v. 2. Mai 1900 (RGBl. S. 232), endlich RG., betr. die Patentanwälte v. 21. Mai 1901 (RGBl. S. 233).

¹⁾ Vgl. Unfallversicherungsges. v. 6. Juli 1884 §§ 87 bis 91 (RGBl. S. 102), RG. v. 16. Mai 1892, betr. die Abänderung des § 87 des Unfallversicherungsges. v. 6. Juli 1884 (RGBl. 1892 S. 665), B. v. 5. Aug. 1885, betr. die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichsversicherungsamtes (RGBl. S. 255) nebst der (abändernden) B. v. 13. Nov. 1887 (RGBl. S. 523) und B. v. 20. Dez. 1890 (RGBl. S. 209), B. v. 6. Dez. 1899 (RGBl. S. 687) u. B. v. 19. Okt. 1900 (RGBl. S. 983); G. v. 5. Mai 1886, betr. die Unfall- und Krankenver-

13. die physikalisch-technische Reichsanstalt, welcher die experimentelle Förderung der exakten Naturforschung und der Präzisionstechnik obliegt;
14. das Schiffsvermessungsamt, welches die Aufsicht über das Schiffsvermessungswesen des Reichs führt, die Revision sämtlicher Schiffsvermessungen vorzunehmen, die Abstellung der dabei gefundenen Mängel herbeizuführen, die Vermessungsbehörden mit technischen Anweisungen hinsichtlich der Handhabung der Vermessungsvorschriften zu versehen und zu entscheiden hat, in welcher Weise die Vermessung solcher Schiffe zu erfolgen hat, auf deren Konstruktionsart einzelne Vermessungsvorschriften nicht anwendbar sind und als Organe des Amtes auch die Reichsschiffsvermessungs-Inspektoren dienen;
15. die Central-Direktion der Monumenta Germaniae historica, welche auf Grund des vom Bundesrat (im Jahre 1875) bestätigten Statuts die Gesamtausgabe der Quellen der Deutschen Geschichte des Mittelalters leitet;

ficherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen (RWB. S. 132); G. v. 11. Juli 1887, betr. die Versicherung der bei Bauten beschäftigten Personen (RWB. S. 287); G. v. 13. Juli 1887, betr. die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligten Personen (RWB. S. 329); G. v. 22. Juni 1889, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung (RWB. S. 97); Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz §§ 125 ff., Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft §§ 131 ff., Bau-Unfallversicherungsgesetz § 41, See-Unfallversicherungsgesetz §§ 127, 128, Invalidenversicherungsgesetz §§ 108 ff. — Vgl. Zus. IV. zum Art. 4 Ziff. 1 der Reichsverf. ad v. Versicherungswesen.

16. der Reichs-Inspektor für das Seegerichtswesen, welcher die Ausführung der vom Bundesrat festgestellten Grundsätze über die einheitliche Bezeichnung der Fahrwasser und Untiefen in den Deutschen Küstengewässern zu überwachen hat;
17. die Reichskommission zur Entscheidung über Beschwerden gegen die seitens der Landespolizeibehörden ausgesprochenen Verbote von sozialdemokratischen Vereinen, in Gemäßheit der §§ 26, 27 des Ges. v. 21. Okt. 1878 und des Ges. v. 18. März 1888;¹⁾
18. die Kommission für den Bau des Nord-Ostsee-Kanals;
19. die Kommission für die Errichtung des Reichstagsgebäudes, die Reichstags-Bauverwaltung, und die Reichstags-Baulasse;²⁾
20. das Kaiserliche Kanalamt;
21. das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung.³⁾

C. Das Reichs-Marine-Amt.

Durch Kaiserl. Erl. v. 30. März 1889 (RGBl. S. 47) ist das Oberkommando der Marine von der Verwaltung derselben getrennt, und oberste Verwaltungsbehörde der Kaiserl. Marine ist seitdem das Reichs-Marine-Amt, dessen Geschäfte in Dezernaten bearbeitet werden, von denen

¹⁾ Vgl. die Zus. 2 zum Art. 4 Ziff. 16 der Reichsverf., RGBl. v. 21. Okt. 1878 §§ 26, 27 (RGBl. S. 356) und RGBl. v. 31. Mai 1880 (RGBl. S. 117), nebst Geschäfts-Regulativ v. 4. Nov. 1878 für die auf Grund des G. v. 21. Okt. 1878 gebildete Reichs-Kommission (RGBl. S. 661).

²⁾ Vgl. bezüglich der Errichtung eines Reichstagsgebäudes und der Kosten desselben das RGBl. v. 8. Juli 1883, betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1883/84 zu 2 (RGBl. S. 241).

³⁾ Vgl. oben S. 111.

die militärischen in einer Abteilung, die technischen und die der Verwaltung je in einem Departement, die statistischen in einem Statistischen Bureau, die hydrographisch-wissenschaftlichen und kartographischen in einem Hydrographischen Amt zusammengefaßt sind.

Das Ressort des Reichs-Marine-Amtes ¹⁾ umfaßt:

1. die Inspektion des Torpedowesens zu Kiel in allen technischen und Verwaltungs-Angelegenheiten;
2. die Schiffsprüfungs-Kommission zu Kiel;
3. die beiden Marine-Stationen-Intendanturen zu Kiel und Wilhelmshaven;
4. die drei Werften zu Danzig, Kiel und Wilhelmshaven;
5. die vier Artilleriedepots zu Friedrichsort, Wilhelmshaven, Geestemünde und Cuxhaven;
6. die Minendepots zu Friedrichsort, Wilhelmshaven und Geestemünde, letzteres mit einer Filiale in Cuxhaven;
7. das Torpedodepot zu Friedrichsort;
8. die vier Fortifikationen zu Friedrichsort, Wilhelmshaven, Geestemünde und Cuxhaven;
9. die Rassen- und Ökonomien-Verwaltung der Bildungsanstalten;
10. die Vermessungs-Dirigenten;
11. die Artillerie-Prüfungs-Kommission;
12. die Deutsche Seewarte zu Hamburg.

D. Das Reichs-Justizamt (zu Berlin), zu dessen Ressort das Reichsgericht zu Leipzig gehört.²⁾

¹⁾ Auch Centralinstanz für die ostafrikanische Schutztruppe (Kaiserl. B. v. 9. April 1891; Kol.-B. S. 167).

²⁾ a) Vgl. Gerichtsverf.-G. v. 27. Jan. 1877 §§ 125 bis 141 (RGBl. S. 415) und RG. v. 11. April 1877 über den Sitz des Reichsgerichts (RGBl. S. 415).

b) Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. April 1880 mit der Geschäftsordnung des Reichsgerichts (RGBl.

E. Das Reichsschatzamt.

Durch den Allerh. Erl. v. 14. Juli 1879 (RGBl. S. 196) ist bestimmt worden, daß die bisher mit dem Reichskanzleramte verbundene Finanzverwaltung des Reichs fortan von einer besonderen, dem Reichskanzleramte unmittelbar unterstellten Centralbehörde unter der Benennung „Reichsschatzamt“ zu führen. Zum Geschäftskreise derselben, dessen Zuständigkeit im allgemeinen aus seiner Bestimmung als oberste Reichs-Finanzverwaltungsbehörde sich ergibt, gehören insbesondere das Etats-, Klassen- und Rechnungswesen, die Münz-, Reichspapiergeld und Reichsschulden-Angelegenheiten, die Verwaltung des Reichsvermögens, soweit dieselbe nicht von anderen Ressorts geführt wird, und die Bearbeitung der Zoll- und Steuerfachen.

Vom Reichsschatzamte ressortieren: 1. die Reichshauptkasse;¹⁾ 2. die Verwaltung des Reichs-Kriegsschatzes, welche der Reichskanzler unter Kontrolle der Reichs-

(S. 190) nebst dem durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Juni 1886 publizierten die Geschäftsordnung des Reichsgerichts abändernden Beschluß des Bundesrats v. 8. Juli 1886 (RGBl. S. 300).

c) Dienstanzweisung des Reichskanzlers v. 8. Juli 1879, betr. die Einziehung und Verrechnung der für die Geschäfte des Reichsgerichts in Ansatz kommenden Kosten (RGBl. S. 473) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 14. Juli 1887, betr. die Abänderung dieser Dienstanzweisung (RGBl. S. 309).

¹⁾ Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Juni 1871 (RGBl. S. 126) und v. 29. Dez. 1875 (RGBl. S. 821). Die Central-Kassengeschäfte des Reichs werden von der Reichsbank wahrgenommen; eine besondere Geschäftsabteilung bei der Reichsbank-Hauptkasse dient als Central-Kassenstelle des Reichs und führt die Benennung „Reichshauptkasse“.

schuldenkommission führt; 3. die Reichsschuldenverwaltung, welche der Preussischen Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen ist, und deren obere Leitung dem Reichskanzler zusteht, soweit dies mit der der Hauptverwaltung der Staatsschulden beigelegten Unabhängigkeit vereinbar ist; ¹⁾ 4. die Reichsbevollmächtigten und Stationskontrollenreure für die Kontrolle der Zölle und Verbrauchssteuern; 5. die Reichs-Rayonkommission; ²⁾ 6. das Münzmetall-Depot des Reichs, welches die nicht mehr umlaufsfähigen Münzen, sowie die Reservebestände des Reichs an Münzmetallen und an Nickel- und Kupfermünzen verwaltet und dessen Geschäfte von der Königl. Preuss. Münze wahrgenommen werden.

F. Das Reichs-Eisenbahnamt, welches durch das RG. v. 27. Juni 1873 (RGBl. S. 164) eingeführt ist ³⁾ und innerhalb der durch die Verfassung bestimmten Zu-

¹⁾ Vgl. das BG. v. 19. Juni 1868, betr. die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes v. 9. Nov. 1867 aufzunehmenden Bundesanleihe (BGBl. S. 339). Die später (seit dem Jahre 1870) erlassenen Anleihegesetze haben stets vorgeschrieben, daß auch die Verwaltung dieser Anleihen der Reichsschuldenverwaltung unter der Aufsicht der Reichsschuldenkommission zu übertragen. Bezüglich der außerdem derselben überwiesenen Kontrollgeschäfte vgl. v. Rönnes Staatsrecht des D. Reichs, 2. Aufl. Bd. I. § 43 S. 312. Vgl. auch RG. v. 31. Mai 1891, betr. das Reichsschuldbuch (RGBl. S. 321) und bezüglich der Kontrolle durch die Reichsschuldenkommission § 22 a. a. O., sowie Reichsschuldenordnung v. 19. März 1900 (RGBl. S. 129).

²⁾ Vgl. das RG. v. 21. Dez. 1871, betr. die Beschränkungen des Grundeigentums in der Umgebung von Festungen, §§ 11, 14, 23, 30, 31 (RGBl. S. 459).

³⁾ Vgl. dazu die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. März 1876 mit dem Regulativ des Bundesrats zur

ständigkeit des Reichs a) das Aufsichtsrecht über das Eisenbahnwesen wahrzunehmen, b) für die Ausführung der in der Reichsverfassung enthaltenen Bestimmungen, sowie der sonstigen auf das Eisenbahnwesen bezüglichen Gesetze und verfassungsmäßigen Vorschriften Sorge zu tragen, c) auf Abstellung der in Hinsicht auf das Eisenbahnwesen hervortretenden Mängel und Mißstände hinzuwirken hat. Wenn gegen eine von dem Reichs-Eisenbahnamente verfügte Maßregel Gegenvorstellung erhoben wird auf Grund der Behauptung, daß die Maßregel in den Gesetzen und rechtsgültigen Vorschriften nicht begründet sei, so hat das durch Zuziehung von richterlichen Beamten zu verstärkende Reichs-Eisenbahnamt über die Gegenvorstellung selbständig und unter eigener Verantwortlichkeit in Kollegiumsberatung und Beschlußfassung zu befinden. Im übrigen führt das Reichs-Eisenbahnamt seine Geschäfte unter der Verantwortlichkeit und nach den Anweisungen des Reichskanzlers.

G. Der Rechnungshof des Deutschen Reichs.

Die Kontrolle des gesamten Haushalts des Deutschen Reichs und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen wird von der Preuß. Ober-Rechnungskammer unter der Benennung „Rechnungshof des Deutschen Reichs“ geführt.¹⁾ Dem Rechnungshofe ist auch die Revision und Feststellung der Rechnungen des Invalidenfonds übertragen; desgl. unterliegen die Rechnungen der Reichsbank der Revision durch den Rechnungshof.

Ordnung des Geschäftsganges bei dem durch Richter verstärkten Reichseisenbahnamente (REB. S. 197).

¹⁾ Vgl. die Instr. des Reichskanzlers für den Rechnungshof des D. Reichs v. 5. März 1875 (REB. S. 157) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. April 1877, betr. die Abänderung der §§ 4 u. 5 dieser Instr. (REB. S. 182).

Vgl. BG. v. 4. Juli 1868, betr. die Kontrolle des Bundeshaushalts für die Jahre 1867 bis 1869 (BGBl. S. 133), BG. v. 11. März 1870, betr. die Kontrolle des Bundeshaushalts für das Jahr 1870 (BGBl. S. 47), RG. v. 28. Okt. 1871, betr. die Kontrolle des Reichshaushalts für das Jahr 1871 (RGBl. S. 344), desgl. die RG. v. 5. Juli 1872 (RGBl. S. 265), v. 22. Juni 1873 (RGBl. S. 145), v. 11. Febr. 1875 (RGBl. S. 61), v. 14. Febr. 1876 (RGBl. S. 19), v. 22. Mai 1877 (RGBl. S. 469), v. 1. Juni 1878 (RGBl. S. 97), v. 5. Juli 1879 (RGBl. S. 173), v. 30. Mai 1880 (RGBl. S. 119), v. 1. Juni 1881 (RGBl. S. 100), v. 4. Jan. 1882 (RGBl. S. 1), v. 3. März 1883 (RGBl. S. 30), v. 30. April 1884 (RGBl. S. 47), v. 26. Jan. 1885 (RGBl. S. 7), v. 8. Febr. 1886 (RGBl. S. 27), v. 17. Jan. 1887 (RGBl. S. 3), v. 1. Febr. 1888 (RGBl. S. 9), v. 18. Febr. 1889 (RGBl. S. 11), v. 6. Febr. 1890 (RGBl. S. 50), v. 9. Febr. 1891 (RGBl. S. 15), v. 4. Jan. 1892 (RGBl. S. 1) und v. 14. Mai 1894 (RGBl. S. 449).

H. Die Verwaltung des Reichsinvaliden-fonds.

Dieselbe verwaltet den Reichsinvalidenfonds, den Reichs-Festungsbaufonds und den Fonds für die Errichtung des Reichstagsgebäudes.

Vgl. die RG. v. 23. Mai 1873 (RGBl. S. 117), v. 26. Febr. 1876 (RGBl. S. 24), v. 11. Mai 1877 (RGBl. S. 495), v. 30. März 1879 (RGBl. S. 119), v. 22. Mai 1893 (RGBl. S. 171), v. 22. Mai 1895 (RGBl. S. 237) und v. 1. Juli 1899 (RGBl. S. 339) in den Zus. zum Art. 61 der Reichsverf.

J. Das Reichs-Postamt.

Das Post- und Telegraphenwesen des Deutschen Reichs wird durch das dem Reichskanzler unmittelbar unterstellte Reichs-Postamt unter der Leitung des Staatssekretärs des Reichs-Postamts verwaltet. Dem

Reichs-Postämte stehen diejenigen Befugnisse zu, welche die Gesetze den obersten Reichsbehörden beilegen. Dasselbe zerfällt in vier Abteilungen: die erste für die Post, die zweite für die Telegraphen, die dritte für die gemeinschaftlichen Verwaltungsangelegenheiten, ausgenommen das Personalwesen, das Etats-, Rassen- und Rechnungswesen, welche Angelegenheiten der vierten Abteilung zugewiesen sind. Dem Staatssekretär des Reichs-Postamts ist außerdem die Leitung der Reichsdruckerei übertragen. Die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens in den einzelnen Bezirken wird von Reichsbehörden geführt, welche die Amtsbezeichnung „Ober-Postdirektionen“ haben. Den Ober-Postdirektionen sind die Postämter, Telegraphenämter und Postagenturen untergeordnet.

Vgl. a) Allerh. Präsidial-Erl. v. 18. Dez. 1867, betr. die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens des Nordb. Bundes (RWB. S. 328).

b) B. v. 22. Dez. 1875, betr. die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens (RWB. S. 379).

c) Allerh. Erl. v. 23. Febr. 1880, betr. die Benennung der obersten Reichsbehörde für die dem Ressort des Generalpostmeisters zugewiesenen Verwaltungszweige (RWB. S. 25 und RWB. S. 95).

K. Die Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Unter der Leitung des Reichsamts sind die Verwaltung und der Betrieb der dem Deutschen Reich gehörigen Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, sowie die Ausführung der Bauten derjenigen Bahnstrecken, welche in Elsaß-Lothringen auf Kosten des Deutschen Reichs ausgeführt werden, der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen zu Straßburg übertragen. Diese verwaltet außerdem die von dem Deutschen Reich im Großherzogtum Luxemburg und in der Schweiz gepachteten Bahnstrecken.

Vgl. a) Allerh. Erl. v. 9. Dez. 1871, betr. die Einsetzung einer Behörde unter dem Namen „Kaiserl. Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen“ (RGBl. S. 480, GBl. f. Els.-Lothr. 1872 S. 4).

b) Allerh. Erl. v. 27. Mai 1878, betr. die Errichtung des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen (RGBl. 1879 S. 193).

L. Die Reichsbank.

Dieselbe hat die Aufgabe, den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiete zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für die Nutzbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen. Sie hat ihren Hauptstz in Berlin und Zweigniederlassungen in allen bedeutenden Handelsplätzen des Reichs. Sie wird unter der Leitung des Reichskanzlers von dem Reichsbankdirektorium verwaltet. Die dem Reiche zustehende Aufsicht über die Reichsbank wird von einem Bankfuratorium ausgeübt, welches aus dem Reichskanzler als Vorsitzenden und vier Mitgliedern besteht. Eins dieser Mitglieder ernennt der Kaiser, die drei anderen der Bundesrat.

M. Die Reichsschulden-Kommission in Berlin, welche die Aufsicht über die Reichsschuldenverwaltung, die Kontrolle über die Verwaltung des Reichskriegsschatzes, die Kontrolle über die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds einschließlich des Reichsfestungsbaufonds und des Fonds für den Bau des Reichstagsgebäudes, die Kontrolle über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der Banknoten der Reichsbank führt. Sie besteht aus dem Vorsitzenden des Ausschusses für Rechnungswesen und zwei Mitgliedern dieses Ausschusses, ferner aus drei Mitgliedern des Reichstages und dem Präsidenten des Rechnungshofes.

Vgl. das Reichsschatzamt oben unter E.

II. Die Reichsbeamten.¹⁾

1. a) RG. v. 31. März 1873, betr. die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten (RGBl. S. 61).

Dazu: RG. v. 21. April 1886, betr. die Abänderung des Reichsbeamtengef. und des G., betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung v. 20. April 1881 (RGBl. 1886 S. 80), B. v. 20. Juni 1886 wegen Ergänzung der B. v. 23. Dez. 1875, betr. die Pensionen und Rationen der Reichsbankbeamten, und der B. v. 8. Juni 1881, betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbankbeamten (RGBl. 1886 S. 203). RG. v. 25. Mai 1887, betr. die Abänderungen des Reichsbeamtengef. v. 31. März 1873 (RGBl. 1887 S. 194), RG. v. 31. Mai 1887, betr. die Rechtsverhältnisse der Kaiserl. Beamten in den Schutzgebieten (RGBl. S. 211). RG. v. 22. Mai 1893, betr. einige Abänderungen und Ergänzungen . . . des Reichsbeamtengef. v. 31. März 1873 (RGBl. 1893 S. 171).

b) G. v. 23. Dez. 1873, betr. die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer in Elsaß-Lothr.)²⁾ (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 479) nebst Kaiserl. B. v. 22. Febr. 1891 und v. 12. April 1893, betr. die Zuständigkeit der Behörden zur Ausführung des Gef. v. 23. Dez. 1873 über die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer (GBl. f. Elsaß-Lothr. 1892 S. 1 und 1893 S. 45); B. v. 21. Nov. 1887, betr. die landesrechtliche Anwendung des Reichsbeamtengef. in Elsaß-Lothringen (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 85); G. v. 31. Mai 1898 wegen Ergänzung des G., betr. die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer v. 23. Dez. 1873 (GBl. f. Elsaß-Lothr., 1898 S. 51); G. v. 18. Juni

¹⁾ Die Gesetze über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten sind in Helgoland eingeführt durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

²⁾ Durch dieses G. ist das RG. v. 31. März 1873 mit einigen Modifikationen in Elsaß-Lothringen eingeführt worden.

1890, betr. die Rechtsverhältnisse der Professoren an der Kaiser Wilhelms-Universität Straßburg (a. a. O. S. 37), nebst B. v. 3. Aug. 1890, betr. die Zuständigkeit der Behörden bei Handhabung dieses Gesetzes (a. a. O. S. 67). Gef. v. 13. Febr. 1899, betr. die Disziplin der Richter (G.B. f. El.-Lothr. S. 3). B. des Statthalters v. 7. April 1899, betr. die Gerichtsassessoren (G.B. f. El.-Lothr. S. 39). Kaiserl. B. v. 16. Sept. 1899, betr. den Titel des bisher als Staatsanwalt bei dem Oberlandesgericht bezeichneten Beamten (G.B. f. El.-Lothr. S. 113); Kaiserl. B. v. 17. Dez. 1899, betr. die Übertragung der Rechte und Pflichten von Landesbeamten an die Beamten der Landesversicherungsanstalt (G.B. f. El.-Lothr. S. 247); G. v. 6. Juni 1900, betr. Rechtsverhältnisse der Lehrer (G.B. f. El.-Lothr. S. 105).

c) Zum Reichsbeamtengef. v. 31. März 1873.

α) Zum § 3 (betr. die eidliche Verpflichtung der Reichsbeamten).

B. v. 3. Dez. 1867, betr. den Diensteid der unmittelbaren Bundesbeamten (BGB. S. 327).

B. v. 29. Juni 1871, betr. den Diensteid der unmittelbaren Reichsbeamten (RGB. S. 303).

B. v. 6. Dez. 1900, betr. den Diensteid der Senatspräsidenten, Räte und Mitglieder der Militär-anwaltschaft beim Reichs-Militärgerichte (RGB. S. 1035).

Vgl. Art. 50 Abs. 3 und Art. 53 Abs. 1 der Reichsverf. und bezügl. der Reichskonsuln § 4 des G. v. 8. Nov. 1867, betr. die Organisation der Reichskonsulate (BGB. S. 138).

In Betreff der Staatsbeamten in Elsaß-Lothringen vgl. G. v. 20. Sept. 1871, betr. die Vereidigung der Staatsbeamten (G.B. f. El.-Lothr. S. 339).

β) Zu den §§ 7, 8, 31, 69 (Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbeamten).

RG. v. 20. April 1881, betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilver-

waltung (RWB. S. 85), abgeändert durch Art. I und IV des RW. v. 17. Mai 1897 wegen anderweiter Bemessung der Witwen- und Waisengelder (RWB. S. 455).

B. v. 8. Juni 1881, betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbankbeamten (RWB. S. 117).

Dazu: Ausführungserlasse des Reichskanzlers v. 25. und 30. Mai 1881 (RWB. S. 183 und 232) und v. 25. Juni 1881 (RWB. S. 251).

RW. v. 5. März 1888, betr. den Erlaß der Witwen- und Waisengeldbeiträge von Angehörigen der Reichs-Civilverwaltung, des Reichsheeres und der Kaiserl. Marine (RWB. S. 65) und B. v. 18. März 1888, betr. den Erlaß der Witwen- und Waisengeldbeiträge der Reichsbankbeamten (RWB. S. 80).

γ) Zum § 14 (betr. Urlaub und Stellvertretung der Reichsbeamten).

B. v. 2. Nov. 1874 über den Urlaub der Reichsbeamten und deren Stellvertretung (RWB. S. 129).

B. v. 23. April 1879, betr. den Urlaub der gesandtschaftlichen und Konsularbeamten und deren Stellvertretung (RWB. S. 134).

B. v. 17. Aug. 1894 wegen Abänderung der B. v. 23. April 1879, betr. den Urlaub der gesandtschaftlichen und Konsularbeamten und deren Stellvertretung (RWB. S. 518).

δ) Zum § 17 (betr. Titel, Rang und Uniform der Reichsbeamten).

Allerh. Erl. v. 1. April 1871, betr. das Rangverhältnis der Posträte und Ober-Posträte (RWB. S. 103).

Allerh. Erl. v. 22. Febr. 1882, betr. den Rang der Ober-Postdirektoren (RWB. S. 42).

Allerh. Erl. v. 27. Dez. 1871, betr. den Rang der Telegraphen-Direktoren (RWB. S. 7).

Allerh. Erl. v. 17. Juli 1876, betr. die Amtsbezeichnung „Telegraphendirektor“ und „Telegrapheninspektor“ (RWB. S. 186).

B. v. 1. Dez. 1879, betr. die Titel der gerichtlichen Beamten in Elsaß-Lothringen (RWB. f. Elsaß-Lothr. S. 100).

a) Zum § 18 (betr. Tagelöhner und Fuhrkosten, desgl. Umzugskosten der Reichsbeamten).

B. v. 21. Juni 1875, betr. die Tagelöhner, die Fuhrkosten und die Umzugskosten der Reichsbeamten (RWB. S. 249), an deren Stelle die B. v. 25. Juni 1901 (RWB. S. 241) getreten ist. Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Okt. 1903, betr. Ausführungsbestimmungen zu den Verordnungen über die Tagelöhner und Fuhrkosten der Reichsbeamten (RWB. S. 291).

Dazu: Erl. des Reichskanzlers v. 6. Jan. 1876 (RWB. S. 7), v. 13. Febr. 1886 (RWB. S. 35), v. 18. April 1888 (RWB. S. 151), v. 12. Jan. 1892 (RWB. S. 10), v. 14. April 1892 (RWB. S. 177), v. 18. Sept. 1894 (RWB. S. 413) und v. 12. Mai 1898 (RWB. S. 117). Desgl. Beschlüsse des Bundesrats v. 6. März 1876 (RWB. S. 181—183).

B. v. 5. Juli 1875, betr. die Tagelöhner, Fuhr- und Umzugskosten von Beamten der Reichseisenbahnverwaltung und der Postverwaltung (RWB. S. 253). vgl. aber § 9 der B. v. 10. Juli 1901, betr. die Tagelöhner, die Fuhrkosten und die Umzugskosten von Beamten der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen (RWB. S. 271).

B. v. 29. Juni 1877, betr. die Tagelöhner und Fuhrkosten von Beamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (RWB. S. 545).

B. v. 27. Juni 1894, betr. die Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen über die Tagelöhner und Fuhrkosten von Beamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (RWB. S. 491).

B. v. 10. Juli 1901, betr. die Abänderung der Bestimmungen über die Tagelöhner und Fuhrkosten von Beamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung

(RGV. S. 275) u. Bekanntm. v. 3. Jan. 1902 (RGV. S. 106).

B. v. 23. April 1879, betr. die Tagegelber, die Fuhrkosten und die Umzugskosten der gesandtschaftlichen und der Konsularbeamten (RGV. S. 127).

Dazu: B. v. 7. Febr. 1881, wegen Abänderung der B. v. 23. April 1879 (RGV. S. 27) und v. 24. Mai 1881, betr. die Umzugskosten des Personals des Marine-lazareths zu Yokohama bei Verletzungen aus dem Inlande dorthin, beziehungsweise bei Rückversetzungen nach dem Inlande (RGV. S. 101).

B. v. 19. Nov. 1879, betr. die Abänderung beziehungsweise Ergänzung der Bestimmungen über die Tagegelber, Fuhrkosten und Umzugskosten der Reichsbeamten (RGV. S. 313), vgl. § 24 der B. v. 25. Juni 1901 (RGV. S. 241) u. § 9 der B. v. 10. Juli 1901 (RGV. S. 271).

B. v. 10. Juli 1901, betr. die Tagegelber und Fuhrkosten von Beamten im Geschäftsbereiche des Reichsamts des Innern (RGV. S. 269).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 31. März 1902, betr. die Vergütungen für die mittleren und unteren Beamten der Verwaltung des Kaiser-Wilhelm-Kanals bei der Beschäftigung im Boots-, Fahr-, Bagger- und Streckenaufsichtsdienste (RGV. S. 82).

B. v. 20. Mai 1880, betr. nähere Festsetzungen über die Gewährung von Tagegeldern, Fuhrkosten und Umzugskosten an die Beamten der Militär- und Marineverwaltung (RGV. S. 113).

B. v. 16. Febr. 1891, betr. Abänderung der Bestimmungen über Gewährung von Tagegeldern, Fuhr- und Umzugskosten an die Beamten der Militär- und Marineverwaltung (RGV. S. 16).

Dazu: B. v. 27. Juli 1886 (RGV. S. 235).

B. v. 22. Juni 1884, betr. die Vergütung für Dienst-

reisen der Marinebeamten zwischen Kiel und Friedrichsort (RGV. S. 65).

B. v. 24. Febr. 1897, betr. die Tagegelber und Fuhrkosten von Beamten der Verwaltung des Kaiser Wilhelmkanals (RGV. S. 19), aufgehoben durch Art. II der B. v. 10. Juli 1901 (RGV. S. 269).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. April 1897 (RGV. S. 109) und v. 7. Mai 1898 (RGV. S. 247).

B. v. 25. Okt. 1880, betr. die Tagegelber, Fuhrkosten und Umzugskosten der Beamten und Lehrer (in Gf.-Lothr.) (GB. f. Gf.-Lothr. S. 136), nebst dazu erlassenen B. v. 26. Mai 1890 (a. a. O. S. 39), v. 4. Mai 1896 (GB. f. Gf.-Lothr. S. 29), v. 1. Mai 1899 (GB. f. Gf.-Lothr. S. 79) u. v. 8. April 1903 (GB. f. Gf.-Lothr. S. 27).

B. des Reichskanzlers v. 9. April 1881, betr. die Grundsätze bezüglich der Ausführung von Dienstreisen und der Bescheinigung der Reisekostenliquidation innerhalb der Civilverwaltung des Reiches (RGV. S. 136).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Dez. 1895, betr. die Abänderung der für die Civilverwaltung des Reiches festgesetzten Grundsätze über die Ausführung von Dienstreisen v. 9. April 1881 (RGV. S. 504).

Verf. des Staatssekretärs des Reichspostamts v. 21. Dez. 1881, betr. die Berechnung der Reise- und Umzugskosten der Reichsbeamten (Amtsbl. d. Reichspostamts S. 390).

ζ) Zum § 51.

RG. v. 23. Mai 1903, betr. eine Ergänzung des § 51 des Reichsbeamtengesetzes v. 31. März 1873 (RGV. S. 241).

η) Zu den §§ 34, 41 und 48 und zum § 60.

RG. v. 21. April 1886, betr. die Abänderung des Reichsbeamtenges. und des Ges., betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung v. 21. April 1881 (RGV. S. 80).

9) Zu den §§ 87 und 88 (Disziplinarlamnern).

B. v. 11. Juli 1873, betr. die Abgrenzung der Bezirke der Disziplinarlamnern (RWB. S. 293).

B. v. 7. Jan. 1874, betr. die Errichtung einer Disziplinarlamner in Straßburg im Elsaß (RWB. S. 3).

RG. v. 5. Nov. 1874, betr. die Disziplinarlamner für die Beamten der Reichs-Eisenbahnverwaltung, welche im Auslande ihren dienstlichen Wohnsitz haben (RWB. S. 128).

c) Zum § 159 (Ausführungsverordnungen).

B. v. 23. Nov. 1874, betr. die Zuständigkeit der Reichsbehörden zur Ausführung des G. v. 31. März 1873 und die Anstellung der Reichsbeamten (RWB. S. 135).

B. v. 19. Dez. 1875, betr. die Anstellung der Beamten und die Zuständigkeit zur Ausführung des G. v. 31. März 1873 bei der Verwaltung der Reichsbank (RWB. S. 378).

B. v. 7. Aug. 1888 über die Zuständigkeit der Reichsbehörden zur Ausführung des G., betr. die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten (RWB. S. 229).

B. v. 27. Dez. 1899, betr. die Zuständigkeit der Reichsbehörden zur Ausführung des Gesetzes v. 31. März 1873 (RWB. S. 730).

B. v. 14. Mai 1901, betr. die Zuständigkeit der Reichsbehörden zur Ausführung des Gesetzes v. 31. März 1873 (RWB. S. 173).

2. RG. v. 30. Juni 1873, betr. die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Offiziere und Ärzte des Reichsheeres und der Kaiserl. Marine, sowie an die Reichsbeamten (RWB. S. 166), abgeändert durch § 2 des RG. v. 7. Juli 1902, betr. den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte sowie Abänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen (RWB. S. 239).

Dazu:

a) B. v. 30. Juni 1873, betr. die Klassifikation der

Reichsbeamten nach Maßgabe des Tarifs zu dem G. v. 30. Juni 1873 über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen *zc.* (RGBl. S. 169).

b) B. v. 3. Febr. 1874, betr. die Ergänzung der Klassifikationen der Reichsbeamten nach Maßgabe des Tarifs zu dem G. v. 30. Juni 1873 über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen (RGBl. S. 13).

3. BG. v. 2. Juni 1869, betr. die Kautionen der Bundesbeamten¹⁾ (BGBl. S. 161). Auch gültig für Baden und Südhessen, *zuf.* Art. 80 unter I. 14 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGBl. 1870 S. 647), für Württemberg, *zuf.* Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGBl. S. 656) und für Bayern, *zuf.* § 2 unter I. 7 des RG. v. 22. April 1871 (BGBl. S. 88).

Dazu:

a) RG. v. 22. März 1893 wegen Ergänzung des G. v. 2. Juni 1869, betr. die Kautionen der Bundesbeamten (RGBl. S. 131) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. Juni 1893, betr. die Anlegung von Kautionsmassen für den Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (RGBl. S. 197).

b) B. v. 18. April 1883, betr. die Kautionen der Beamten und Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und der Reichsdruckerei (RGBl. S. 35).²⁾

1) Durch RG v. 20. Febr. 1898 (RGBl. S. 29) ist die Verpflichtung der Reichsbeamten zur Kautionsleistung nach Maßgabe des G. v. 2. Juni 1869 aufgehoben. Nur die über die Kautionspflicht der Reichsbankbeamten bestehenden Bestimmungen sind unberührt geblieben. Die Rückgabe der Kautionen wird innerhalb einer zweijährigen Frist nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgen.

2) Durch den Art. 8 dieser B. sind die auf das Kautionswesen der Post- und Telegraphenbeamten bezüglichen Bestimmungen in der B. v. 29. Juni 1869 (BGBl. S. 285), sowie die B. v. 14. Juli 1871 (RGBl.

c) B. v. 1. Dez. 1891 und 28. Nov. 1895, wegen Ergänzung bezw. Abänderung der B. v. 18. April 1883, betr. die Kautionen der Beamten und Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und der Reichsdruckerei (RGBl. 1891 S. 393 u. 1895 S. 459).

d) B. v. 16. Aug. 1876, betr. die Kautionen der bei der Militär- und Marineverwaltung angestellten Beamten (RGBl. S. 179).¹⁾

α) B. v. 4. März 1879 wegen Ergänzung bezw. Abänderung der B. v. 16. Aug. 1876 (RGBl. S. 13), B. v. 30. März 1882 wegen Abänderung der B. v. 16. Aug. 1876 (RGBl. 1882 S. 43), B. v. 4. Juni 1885 wegen Ergänzung und Abänderung der B. v. 16. Aug. 1876 (RGBl. 1885 S. 195), B. v. 26. Mai 1888, wegen Ergänzung der B. v. 16. Aug. 1876, betr. die Kautionen der bei der Militär- und der Marineverwaltung angestellten Beamten (RGBl. 1888 S. 177), B. v. 10. Febr. 1890 (RGBl. S. 51), B. v. 27. Dez. 1890 (RGBl. 1891 S. 7) und B. v. 22. Mai 1891 wegen desselben Gegenstandes (RGBl. S. 294). Ferner: B. v. 14. Mai 1892 wegen Abänderung der B. v. 16. Aug. 1876, 4. März 1879 u. 10. Febr. 1890 (RGBl. 1892

S. 316), v. 12. Juli 1873 (RGBl. S. 298), v. 3. April 1876 (RGBl. S. 161) und v. 6. April 1881 (RGBl. S. 91) aufgehoben. Die B. v. 29. Juni 1869 bleibt also nur noch bezüglich der Kautionen der Aichungsbeamten in Geltung.

¹⁾ Durch den § 9 dieser B. sind frühere Verordnungen: a) B. v. 5. Juli 1871, betr. die Kautionen der bei der Militär- und Marineverwaltung angestellten Beamten (RGBl. S. 308), b) B. v. 14. Dez. 1872, betr. die Aufbringung von Kautionserhöhungen (RGBl. S. 434) und B. v. 14. Jan. 1873, betr. die Beschaffung der Kautionen derjenigen Militärbeamten, welche bei den Feldverwaltungen angestellt werden (RGBl. S. 37), aufgehoben worden.

§. 666), B. v. 9. Dez. 1892 wegen Ergänzung der B. v. 16. Aug. 1876 u. 22. Mai 1891 (RGBl. 1892 S. 1051), B. v. 31. Juli 1894 wegen Ergänzung und B. v. 29. Jan. u. 20. Mai 1896 wegen Abänderung bezw. Ergänzung der B. v. 16. Aug. 1876, betr. die Kautionen der bei der Militär- und der Marineverwaltung angestellten Beamten (RGBl. 1894 S. 517, 1896 S. 5 u. S. 151).

ß) B. v. 10. Mai 1881, betr. die Festsetzung der Kautionen des Lootsenkommandeurs an der Jade und der Sekretariats-Assistenten bei dem Lootsenkommando dortselbst (RGBl. S. 95).

e) B. v. 27. Febr. 1872, betr. die Kautionen der bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen angestellten Beamten (RGBl. S. 59, GBl. f. El.-Lothr. S. 154).

f) B. v. 6. Juli 1874, betr. die Kautionen der bei dem Auswärtigen Amte, bei der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds und im Bureau des Reichstags angestellten Beamten (RGBl. S. 109).

g) B. v. 23. Dez. 1875, betr. die Pensionen und Kautionen der Reichsbankbeamten (RGBl. S. 380), und B. v. 31. März 1880 wegen Ergänzung und Abänderung der B. v. 23. Dez. 1875 (RGBl. 1880 S. 97).

Vgl. RG. v. 21. April 1886 (RGBl. S. 80) und B. v. 20. Juni 1886 (RGBl. S. 203).

h) B. v. 20. Juni 1879 über die Kaution des Kandidaten der Patentamtsklasse (RGBl. S. 160).

i) B. v. 2. Febr. 1881, betr. die Kaution des Kandidaten der Bureauklasse bei dem Reichsamte des Innern (RGBl. S. 3).

k) B. v. 12. März 1887, betr. die Kaution des Kandidaten des Reichskriegsschatzes (RGBl. S. 119).

l) B. v. 16. Juni 1887, betr. die Kaution des Kassierers der Vegetationsklasse (RGBl. S. 250).

m) B. v. 3. Dez. 1888 über die Kaution des Kandi-

danten der Bureaukasse bei der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (RG. B. S. 291).

n) B. v. 5. Dez. 1888, betr. die Kautionen der Beamten der Reichseisenbahnverwaltung (RG. B. S. 293).

o) B. v. 12. Juli 1896 über die Kaution des Rendanten der Bureaukasse beim Reichsversicherungsamt (RG. B. S. 193).

p) B. v. 30. Nov. 1896 über die Kautionen von Beamten beim Kaiserl. Patentamt (RG. B. S. 761).

q) Das G. v. 2. Juni 1869 (mit den zu demselben erlassenen Verordnungen) ist in Elsaß-Lothringen eingeführt durch das G. v. 11. Dez. 1871 (G. B. f. Els.-Lothr. S. 386).

Vgl. inbetreff der Landesbeamten in Elsaß-Lothringen: G. v. 15. Okt. 1873, betr. die Kautionen der Beamten des Staates, der Gemeinden und der öffentlichen Anstalten (G. B. f. Els.-Lothr. S. 273), nebst B. v. 22. Okt. 1873, betr. die Amtskautionen (ebenda. S. 292), B. v. 2. Mai 1877, betr. die Amtskautionen der Übergangssteuererheber, Ortsseinnnehmer, Nebenzollamts- und Steueramtsdiener (G. B. f. Els.-Lothr. S. 26), B. v. 2. Mai 1881 (G. B. f. Els.-Lothr. S. 81), B. v. 26. Mai 1891 (G. B. f. Els.-Lothr. S. 37), B. v. 12. April 1893 (G. B. f. Els.-Lothr. S. 46), betr. die Amtskautionen und G. v. 17. April 1895, betr. die Bestellung der Amtskautionen (G. B. f. Els.-Lothr. S. 49).

4. RG. v. 31. Mai 1881, betr. die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten (RG. B. S. 99).

5. Allerh. Erl. v. 16. Febr. 1903, betr. die Vorschriften über die Dienstwohnungen der Reichsbeamten (RG. B. S. 63).

6. RG. v. 20. Juni 1872, betr. die Verwendung des Überschusses aus der Verwaltung der Französischen Landesposten durch die Deutsche Reichspostverwaltung während des Krieges gegen Frankreich in den Jahren 1870 und 1871 (RG. B. 1872 S. 210), und RG. v. 4. März

1876, betr. die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für die Angehörigen der Deutschen Reichspostverwaltung (RGBl. S. 122). Dazu: Allerh. Erl. v. 29. Aug. 1872, betr. die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für die Angehörigen der Deutschen Reichspostverwaltung, nebst dem Statut (RGBl. S. 373).

III. Zu den einem Beamten zustehenden Rechten im Sinne des Art. 18 Abs. 2 der Reichsverfassung gehören diejenigen Rechte nicht, welche seinen Hinterbliebenen in Beziehung auf Pensionen oder Unterstützungen etwa zustehen.

Vgl. Prot. v. 15. Nov. 1870, betr. die Vereinbarung zwischen dem Nordd. Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes, zu Art. 18 der Reichsverfassung¹⁾ (BGBl. S. 650), desgl. mit Württemberg v. 25. Nov. 1870²⁾ (BGBl. S. 657).

Artikel 19.

Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, können sie dazu im Wege der Exekution angehalten werden. Diese Exekution ist vom Bundesrathe zu beschließen und vom Kaiser zu vollstrecken.³⁾

¹⁾ Vgl. unten Anlage V.

²⁾ Vgl. unten Anlage VI.

³⁾ Der zweite Satz des Art. 19 lautete in der Fassung des Nordd. Bundes BGBl. 1867 S. 8 dahin: Diese Exekution ist a) in Betreff militärischer Leistungen, wenn Gefahr im Verzuge, von dem Bundesfeldherrn anzuordnen und zu vollziehen, b) in allen anderen Fällen aber von dem Bundesrathe zu beschließen und von dem Bundesfeldherrn zu vollstrecken. Die Exekution kann bis zur Sequestration des be-

V. Reichstag.¹⁾

Artikel 20.

Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor.

Bis zu der gesetzlichen Regelung, welche im §. 5. des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869. (Bundesgesetzbl. 1869. S. 145.) vorbehalten ist, werden in Bayern 48, in Württemberg 17, in Baden 14, in Hessen südlich des Main 6, im Elsaß-Lothringen 15 Abgeordnete gewählt, und beträgt demnach die Gesamtzahl der Abgeordneten 397.

1. Bis zu der im Art. 20 der Reichsverfassung vorbehaltenen gesetzlichen Regelung werden in Elsaß-Lothringen 15 Abgeordnete zum Deutschen Reichstage gewählt (RG. v. 25. Juni 1873, betr. die Einführung der Verfassung des Deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen, § 3, RGBl. S. 161, GBl. f. El.-Lothr. S. 131).²⁾

Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt demnach jetzt 397.

2. Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes. B. v. 31. Mai 1869 (BGBl. S. 145).³⁾⁴⁾⁵⁾

treffenden Landes und seiner Regierungsgewalt ausgedehnt werden. In den unter a) bezeichneten Fällen ist dem Bundesrath von Anordnung der Exekution, unter Darlegung der Beweggründe, ungesäumt Kenntniß zu geben.

1) Vgl. v. Rönnes Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. I. §§ 28—40 S. 237 ff.

2) Vgl. zum Art. 1 der Reichsverf. Zus. III oben S. 63.

3) Daß für den Reichstag des Nordd. Bundes erlassene Wahlgesetz v. 31. Mai 1869 ist zuf. der Bestimmung des Art. 80 Biff. I. Nr. 13 der zwischen dem

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen zc. verordnen im Namen des Norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Wähler für den Reichstag des Norddeutschen Bundes ist jeder Norddeutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.

§ 2. Für Personen des Soldatenstandes des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen so lange, als dieselben sich bei der Fahne befinden.¹⁾

Nordb. Bunde und Baden und Hessen vereinbarten Verf. des D. Bundes (RGBl. 1870 S. 647), und zus. des Art. 1 und des Art. 2 Ziff. 6 des Bündnisvertrages mit Württemberg v. 25. Nov. 1870 (RGBl. S. 654), sowie zus. der Bestimmung des Bündnisvertrages mit Bayern v. 23. Nov. 1870 Ziff. III § 8 (RGBl. 1871 S. 21) als Reichsgesetz in Kraft getreten.

¹⁾ In Gemäßheit des § 4 des RG. v. 15. Dez. 1890, betr. die Vereinigung von Helgoland mit dem D. Reiche (RGBl. S. 207) ist das Wahlgesetz für den Deutschen Reichstag auch auf Helgoland in Kraft getreten.

²⁾ Vgl. Wahltechismus für die Wahlen zum Deutschen Reichstage von Th. Prengel im J. Guttentagschen Verlage, Berlin 1893.

¹⁾ Das Reichsmilitärgesetz v. 2. Mai 1874 bestimmt im § 49 Abs. 1 (RGBl. S. 45): „Für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen, mit Ausnahme der Militärbeamten, ruht die Berechtigung zum Wählen sowohl in Betreff der Reichsvertretung, als in Betreff der einzelnen Landesvertretungen. Eine Vereinigung der hiernach wahlberechtigt bleibenden Militärpersonen zu besonderen Militär-Wahlzwecken für die Wahl der auf indirektem Wahlrecht beruhenden Landesvertretungen darf nicht stattfinden.“

§. 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

- 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen;
- 2) Personen, über deren Vermögen Konkurs oder Fallit-Zustand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallit-Verfahrens;
- 3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeinde-Mitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben;
- 4) Personen, denen in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.¹⁾

Ist der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt, oder durch Begnadigung erlassen ist.

§. 4. Wählbar zum Abgeordneten ist im ganzen Bundesgebiete jeder Norddeutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und einem zum Bunde gehörigen Staate seit mindestens einem Jahre angehört hat, sofern er nicht durch die Bestimmungen in dem §. 3. von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen ist.

§. 5. In jedem Bundesstaate wird auf durchschnittlich 100,000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlen zum verfassunggebenden Reichstage zu Grunde gelegen hat, Ein Abgeordneter gewählt. Ein Ueberschuß von mindestens 50,000 Seelen der Gesamtbevölkerung eines Bundesstaates wird vollen 100,000 Seelen gleich

¹⁾ Vgl. §§ 32—47 und 45 des Reichsstrafgesetzb. v. 15. Mai 1871 bezw. 26. Febr. 1876 (RGBl. S. 39).

gerechnet. In einem Bundesstaate, dessen Bevölkerung 100,000 Seelen nicht erreicht, wird Ein Abgeordneter gewählt.

Demnach beträgt die Zahl der Abgeordneten 297 und kommen auf Preußen 235, Sachsen 23, Hessen 3, Mecklenburg-Schwerin 6, Sachsen-Weimar 3, Mecklenburg-Strelitz 1, Oldenburg 3, Braunschweig 3, Sachsen-Meiningen 2, Sachsen-Altenburg 1, Sachsen-Koburg-Gotha 2, Anhalt 2, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Schwarzburg-Sondershausen 1, Waldeck 1, Reuß ältere Linie 1, Reuß jüngere Linie 1, Schaumburg-Lippe 1, Lippe 1, Lauenburg 1, Lübeck 1, Bremen 1, Hamburg 3.

Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten in Folge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt.

§. 6. Jeder Abgeordnete wird in einem besonderen Wahlkreise gewählt.

Jeder Wahlkreis wird zum Zwecke der Stimmabgabe in kleinere Bezirke getheilt, welche möglichst mit den Ortsgemeinden zusammenfallen sollen, sofern nicht bei vollstehenden Ortsgemeinden eine Unterabtheilung erforderlich wird.

Mit Ausschluß der Erklaven müssen die Wahlkreise, sowie die Wahlbezirke räumlich abgegrenzt und thunlichst abgerundet sein.

Ein Bundesgesetz wird die Abgrenzung der Wahlkreise bestimmen. Bis dahin sind die gegenwärtigen Wahlkreise beizubehalten, mit Ausnahme derjenigen, welche zur Zeit nicht örtlich abgegrenzt und zu einem räumlich zusammenhängenden Bezirke abgerundet sind. Diese müssen zum Zwecke der nächsten allgemeinen Wahlen gemäß der Vorschrift des dritten Absatzes gebildet werden.

§. 7. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben, oder, im Falle eine Ge-

meinde in mehrere Wahlbezirke getheilt ist, in einem derselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben.

Jeder darf nur an Einem Orte wählen.

§. 8. In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden.

Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszuliegen, und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einspruchsfrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Bei einzelnen Neuwahlen, welche innerhalb eines Jahres nach der letzten allgemeinen Wahl stattfinden, bedarf es einer neuen Aufstellung und Auslegung der Wahlliste nicht.

§. 9. Die Wahlhandlung, sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

Die Funktion der Vorsteher, Beisitzer und Protokollführer bei der Wahlhandlung in den Wahlbezirken und der Beisitzer bei der Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen ist ein unentgeltliches Ehrenamt und kann nur von Personen ausgeübt werden, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden.

§. 10. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

§. 11. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege derervielfältigung zu versehen.

§. 12. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 13. Ueber die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlzettel entscheidet mit Vorbehalt der Prüfung des Reichstages allein der Vorstand des Wahlbezirkes nach Stimmenmehrheit seiner Mitglieder.

Die ungültigen Stimmzettel sind zum Zwecke der Prüfung durch den Reichstag dem Wahlprotokoll beizufügen. Die gültig befundenen bewahrt der Vorsteher der Wahlhandlung in dem Wahlbezirke so lange versiegelt, bis der Reichstag die Wahl definitiv gültig erklärt hat.

§. 14. Die allgemeinen Wahlen sind im ganzen Bundesgebiete an dem von dem Bundespräsidium bestimmten Tage vorzunehmen.

§. 15. Der Bundesrath ordnet das Wahlverfahren, soweit dasselbe nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, durch ein einheitliches, für das ganze Bundesgebiet gültiges Wahlreglement.¹⁾

¹⁾ Dieses Wahlregl. ist unterm 28. Mai 1870 (BGB. S. 275) ergangen. Vgl. dazu die Berichtigungen in BGB. 1870 S. 488, und die Bekanntm. v. 27. Febr. 1871 mit den Nachträgen zum Wahlregl. v. 28. Mai 1870 (BGB. 1871 S. 35 ff.) und v. 24. Jan. 1872 (RGBl. S. 38), v. 9. Jan. 1890 (RGBl. S. 10) und v. 13. Mai 1893 (RGBl. S. 141), betr. Abänderung in Anlage D des Wahlregl. v. 28. Mai 1870, sowie das RG. v. 20. Juni 1873, betr. die Abänderung der Reichstags-

Dasselbe kann nur unter Zustimmung des Reichstages abgeändert werden.

§. 16. Die Kosten für die Druckformulare zu den Wahlprotokollen und für die Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen werden von den Bundesstaaten, alle übrigen Kosten des Wahlverfahrens werden von den Gemeinden getragen.

§. 17. Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten.

Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben, bleiben unberührt.

§. 18. Das gegenwärtige Gesetz tritt bei der ersten nach dessen Verkündigung stattfindenden Neuwahl des Reichstages in Kraft. Von dem nämlichen Zeitpunkte an verlieren alle bisherigen Wahlgesetze für den Reichstag nebst den dazu erlassenen Ausführungsgesetzen, Verordnungen und Reglements ihre Gültigkeit.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Bundes-Insigel.

Gegeben Schloß Babelsberg, den 31. Mai 1869.

(L. S.)

Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen.

wahlkreise 5 und 6 des Regierungsbezirks Oppeln im Königreiche Preußen (RG. S. 144), das RG. v. 25. Dez. 1876, betr. die Abänderung mehrerer Reichstagswahlkreise in Braunschweig, Hannover, Lauenburg und Westfalen (RG. S. 275) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Mai 1891, betr. die Zuteilung der Insel Helgoland zu dem 5. Wahlkreise der preussischen Provinz Schleswig-Holstein (RG. S. 111), endlich Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. April 1903, betr. Abänderung des Wahlreglements v. 28. Mai 1870 (RG. S. 202).

3. Zuf. § 6 des RG. v. 25. Juni 1873 (RGBl. S. 161, GB. f. El.-Lothr. S. 131) ¹⁾ gilt das Wahl-G. v. 31. Mai 1869 auch für Elsaß-Lothringen.²⁾

Dazu: Bekanntm. des Reichstanzlers v. 1. Dez. 1873, betr. die Feststellung der Wahlkreise in Elsaß-Lothringen für die Wahlen zum Deutschen Reichstage (RGBl. S. 373, GB. f. El.-Lothr. S. 315).

4. Über die Bestrafung der Wahlfälschungen und des Kaufes oder Verkaufes von Wahlstimmen vgl. §§ 108 und 109 des Strafgesetzb. für das D. R. (RGBl. 1876 S. 61).

Artikel 21.

Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag.

Wenn ein Mitglied des Reichstages ein besoldetes Reichsamt oder in einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höherer Gehalt verbunden ist, so verliert es Sitz und Stimme in dem Reichstag und kann seine Stelle in demselben nur durch neue Wahl wieder erlangen.

¹⁾ Vgl. Zuf. III zum Art. 1 der Reichsverf. oben S. 62.

²⁾ Auf Grund des § 6 des RG. v. 25. Juni 1873 und des § 15 des Wahl-G. v. 31. Mai 1869 ist das Wahlregl. v. 28. Mai 1870 auch für Elsaß-Lothringen publiziert (GB. f. El.-Lothr. 1873 S. 316) und durch einen Nachtrag v. 1. Dez. 1873 (RGBl. S. 374, GB. f. El.-Lothr. S. 330) ergänzt worden.

RG. v. 31. März 1873, betr. die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten (RGBl. S. 61) § 14 Abs. 2:

In Krankheitsfällen, sowie in solchen Abwesenheitsfällen, zu denen die Beamten eines Urlaubs nicht bedürfen (Reichsverfassung Art. 21) findet ein Abzug vom Gehalte nicht statt. Die Stellvertretungskosten fallen der Reichskasse zur Last.

Artikel 22.

Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich. Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Vgl. Reichsstrafgesetzb. v. 26. Febr. 1876 § 12 (RGBl. S. 42).

Artikel 23.

Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reichs Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrathe resp. Reichskanzler zu überweisen.

Artikel 24.

Die Legislaturperiode des Reichstages dauert fünf¹⁾ Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesrathes unter Zustimmung des Kaisers erforderlich.

¹⁾ Die Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre beruht auf dem RG. v. 19. März 1888, betr. die Abänderung des Art. 24 der Reichsverfassung (RGBl. S. 110).

Durch das (transitorische) BG. v. 21. Juli 1870 (BGB. S. 498) ist die Legislaturperiode des am 31. Aug. 1867 gewählten Reichstages des Nordb. Bundes für die Dauer des damaligen Krieges mit Frankreich, jedoch nicht über den 31. Dez. 1870 hinaus, verlängert worden.

Artikel 25.

Im Falle der Auflösung des Reichstages müssen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach derselben die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden.

Artikel 26.

Ohne Zustimmung des Reichstages darf die Vertagung desselben die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Artikel 27.

Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäfts-Ordnung¹⁾ und erwählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer.

¹⁾ Vgl. Geschäftsordnung für den Reichstag des Nordb. Bundes v. 12. Juni 1868, mit Abänderungen v. 17. April u. 12. Mai 1869, 12. März 1870, 22. Mai 1872 u. 9. April 1874 (Berlin, bei F. Sittenfeld). Mit den (vorgedachten) Abänderungen abgedruckt in Guttentag's Gesetzgebung des D. Reiches Bd. II S. 332 ff.

Artikel 28.

Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlußfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder erforderlich.

Der Absatz 2 dieses Artikels, welcher lautete: „Bei der Beschlußfassung über eine Angelegenheit, welche nach den Bestimmungen dieser Verfassung nicht dem ganzen Reiche gemeinschaftlich ist, werden die Stimmen nur derjenigen Mitglieder gezählt, die in Bundesstaaten gewählt sind, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist“ ist aufgehoben durch RG. v. 24. Febr. 1873 (RGBl. S. 45).

Artikel 29.

Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Artikel 30.

Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Vgl. Reichsstrafgesetzb. v. 26. Febr. 1876 § 11 (RGBl. S. 41).

Artikel 31.

Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode

wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich.¹⁾

Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Civilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Artikel 32.

Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche²⁾ keine Besoldung oder Entschädigung beziehen.

VI. Zoll- und Handelswesen.³⁾

Artikel 33.

Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Ausgeschlossen bleiben die wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgrenze nicht geeigneten einzelnen Gebietstheile.

¹⁾ Vgl. BG. v. 29. Mai 1868, betr. die Aufhebung der Schuldhast (BGBl. S. 237). Vgl. EPD. v. 30. Jan. 1877 § 785 Nr. 1 (RGBl. S. 228).

²⁾ Vgl. RG. v. 20. Juni 1902, betr. die geschäftliche Behandlung des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes (RGBl. S. 235).

³⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. Reichs, 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 92 S. 184 ff.

Vgl. Art. 6 des Zoll- und Handelsvereinsvertrages v. 8. Juli 1867 (BGB. S. 91) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Nov. 1868 (BGB. S. 518).

Bekanntm. des Reichskanzlers vom 20. Dez. 1881, betr. den Anschluß eines Theils der Unterelbe an das Deutsche Zollgebiet, mit dem Regulativ, betr. die zollamtliche Behandlung der Waren-Ein-, Aus- und Durchfuhr auf dem zum Deutschen Zollgebiete gehörigen Teile der Unterelbe (RGBl. S. 464).

Alle Gegenstände, welche im freien Verkehr eines Bundesstaates befindlich sind, können in jeden anderen Bundesstaat eingeführt und dürfen in letzterem einer Abgabe nur insoweit unterworfen werden, als daselbst gleichartige inländische Erzeugnisse einer inneren Steuer unterliegen.

U. v. 17. Juli 1871, betr. die Einführung des Art. 33 der Reichsverf. in Elsaß-Lothringen (v. 1. Jan. 1872 an) (RGBl. 1871 S. 325, UB. f. El.-Lothr. S. 247).

Dazu: B. v. 19. Aug. 1871 (RGBl. S. 326, UB. f. El.-Lothr. S. 253) und B. v. 30. Aug. 1871 (RGBl. S. 329, UB. f. El.-Lothr. S. 335).

Artikel 34.

Die Hansestädte Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen.

Zollvereins-U. v. 1. Juli 1869, betr. die Sicherung der Zollvereinsgrenze in den vom Zollgebiete ausgeschlossenen Hamburgischen Gebietsteilen (BGB. S. 370).

RG. v. 28. Juni 1879, betr. die Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze in den vom Zollgebiete ausgeschlossenen Bremischen Gebietsteilen (RGV. S. 159).

RG. v. 16. Febr. 1882, betr. die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das Deutsche Zollgebiet (RGV. S. 39).

RG. v. 31. März 1885, betr. den Beitrag des Reichs zu den Kosten des Anschlusses der freien Hansestadt Bremen an das Deutsche Zollgebiet (RGV. S. 79).

Artikel 35.¹⁾

Das Reich ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des im Bundesgebiete gewonnenen Salzes und Tabacks, bereiteten Branntweins und Bieres und aus Rüben oder anderen inländischen Erzeugnissen dargestellten Zuckers und Syrups, über den gegenseitigen Schutz der in den einzelnen Bundesstaaten erhobenen Verbrauchsabgaben gegen Hinterziehungen, sowie über die Maßregeln, welche in den Zollausschüssen zur Sicherung der gemeinsamen Zollgrenze erforderlich sind.

1. Zollwesen:

a) G. v. 18. Mai 1868 wegen Abänderung einzelner Bestimmungen der Zoll-Ordn. und der Zollstrafgesetzgebung (RGV. S. 225), welches durch § 166 des Vereins-Zollgef. v. 1. Juli 1869 aufgehoben ist.

b) Vereins-Zollgef. v. 1. Juli 1869 (RGV. S. 317)²⁾.

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., ebenas. Bd. II. Abt. 1 §§ 75 ff. S. 94 ff.

²⁾ Über die Geltung dieses G. im ganzen Deutschen

Dazu: RG. v. 18. April 1889, betr. die Abänderung des Vereins-Zollges. v. 1. Juli 1869 (RGBl. 1889 S. 53).

o) RG. v. 15. Juli 1879, betr. den Zolltarif des Deutschen Zollgebiets und den Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer (RGBl. S. 207) ¹⁾

Dazu:—

a) RG. v. 6. Juni 1880, betr. die Abänderung des Zolltarifs des Deutschen Zollgebiets (RGBl. S. 120).

β) RG. v. 19. Juni 1881, betr. die Abänderung des Zolltarifs (RGBl. S. 119).

γ) RG. v. 21. Juni 1881, betr. die Abänderung des Zolltarifs (RGBl. S. 121).

δ) RG. v. 23. Juni 1882, betr. die Abänderung des Zolltarifgesetzes v. 15. Juli 1879 (RGBl. S. 59).

ε) RG. v. 22. Mai 1885, betr. die Abänderung des Zolltarifgesetzes v. 15. Juli 1879 (RGBl. S. 93).

Durch § 5 des letztgedachten G. ist der Reichskanzler ermächtigt, den Text des Zolltarifgesetzes v. 15. Juli 1879, wie er sich aus den Änderungen ergibt, welche

Zollvereinsgebiete vgl. Guttentag's Gesetzgebung Bd. I. S. 707 Note 1, und das G. selbst mit den dazu erlassenen Ausführungsverordnungen ebenda. S. 707—766.

¹⁾ a) Die älteren Zolltarifgesetze v. 25. Mai 1868 (RGBl. S. 316), 17. Mai 1870 (RGBl. S. 123) und 7. Juli 1873 (RGBl. S. 241 u. GBl. f. El.-Lothr. S. 191) nebst der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Juli 1873, betr. die neue Redaktion des Zolltarifs (RGBl. S. 244, GBl. f. El.-Lothr. S. 194) sind durch dieses G. erledigt.

b) Das RG. v. 30. Mai 1879, betr. die vorläufige Einführung und Änderungen des Zolltarifs (RGBl. S. 149) und die auf Grund desselben erlassenen Bekanntm. des Reichskanzlers v. 31. Mai 1879 (RGBl. S. 150), v. 5. Juli 1879 (RGBl. S. 161) und v. 7. Juli 1879 (RGBl. S. 163) haben durch die Publikation des RG. v. 15. Juli 1879 ihre Erledigung gefunden.

durch die vorgedachten Gesetze (a—s) festgestellt sind, durch das RG. bekannt zu machen. Auf Grund dieser Ermächtigung ist der Text des Zolltarifgesetzes v. 15. Juli 1879 neu redigiert und durch die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. Mai 1885 (RG. S. 111) veröffentlicht worden.

Dazu: RG. v. 18. April 1886, betr. einen Zus. zum § 5 des Zolltarifgesetzes v. 15. Juli 1879/22. Mai 1885 (RG. S. 123).

ζ) RG. v. 21. Dez. 1887, betr. die Abänderung des Zolltarifs (RG. S. 533).

η) RG. v. 14. April 1894, betr. die Abänderung des Zolltarifgesetzes v. 15. Juli 1879 (RG. S. 335).

θ) RG. v. 18. Mai 1895 (RG. S. 233), betr. die Änderung des Zolltarifgesetzes und des Zolltarifs.

ι) RG. v. 6. März 1899, betr. die Abänderung des Zolltarifs (RG. S. 133).

κ) RG. v. 14. Juni 1900, betr. Abänderung des Zolltarifgesetzes (RG. S. 298).

λ) Zolltarifgesetz v. 25. Dez. 1902 (RG. S. 303), durch welches die vorstehend unter a—κ aufgeführten Gesetze außer Kraft gesetzt werden.

μ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Juli 1888 mit den vom Bundesrate beschlossenen Anweisungen und Regulativen zur Ausführung des Vereinszollgesetzes zc. (RG. S. 484), abgeändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. Febr. 1894 (RG. S. 52).

ν) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juli 1889 mit dem vom Bundesrat beschlossenen Regulativ in betreff der Zollfreiheit von Materialien, welche zum Bau, zur Reparatur oder zur Ausrüstung von Schiffen verwendet werden, einschließlich der gewöhnlichen Schiffszutensilien (RG. S. 431).

ξ) RG. v. 20. Juli 1879, betr. die Statistik des Warenverkehrs des Deutschen Zollgebiets mit dem Auslande (RG. S. 261).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Dez. 1888 mit den vom Bundesrat beschlossenen Ausführungsbestimmungen und Dienstvorschriften zu dem RG. v. 20. Juli 1879 (RGBl. 1888 S. 967), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Juli 1890 mit den vom Bundesrat beschlossenen Abänderungen und Ergänzungen des amtlichen Warenverzeichnisses zum Zolltarif, des statistischen Warenverzeichnisses und des Verzeichnisses der Massengüter, auf welche die Bestimmung im § 11 Absf. 2 Ziff. 3 des G. v. 20. Juli 1879, betr. die Statistik des Warenverkehrs, Anwendung findet (RGBl. 1890 S. 239), Bekanntm. v. 2. Juli 1891 (RGBl. S. 199), Bekanntm. v. 10. Dez. 1891 (RGBl. 1892 S. 2), Bekanntm. v. 28. Jan. 1892 (RGBl. S. 37). Bekanntm. v. 13. Juli 1892 (RGBl. S. 570), v. 28. Febr. 1893 (RGBl. S. 42), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. März 1892 (RGBl. S. 139), Bekanntm. v. 8. März 1895 (RGBl. S. 52), und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 29. Okt. 1896 (RGBl. S. 508), welche die v. 1. Jan. 1897 an gültigen Ausführungsbestimmungen und Dienstvorschriften enthält.

2. Salzsteuer.

BG. v. 12. Okt. 1867, betr. die Erhebung einer Abgabe von Salz (BGBl. S. 41), nebst Übereinkunft der Zollvereinsstaaten v. 8. Mai 1867 wegen Erhebung einer Abgabe von Salz (a. a. O. S. 49 ff.).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Juli 1888 mit den Ausführungsvorschriften des Bundesrats, betr. das G. über die Erhebung einer Abgabe von Salz (RGBl. S. 484 u. 613), Bundesratsbeschluß v. 27. Nov. 1890 (RGBl. S. 387), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. März 1891, betr. die Ergänzung des § 10 der Ausführungsbestimmungen zum Salzsteuergesetz (RGBl. S. 62), endlich Bundesratsbeschlüsse v. 10. Dez. 1891 (RGBl. 1892 S. 2) und v. 13. Juli 1893 (RGBl. S. 235) über denselben Gegenstand.

3. Tabaksteuer.

a) RG. v. 16. Juli 1879, betr. die Besteuerung des Tabaks (RGBl. S. 245).¹⁾

b) RG. v. 26. Juni 1878, betr. Erhebungen über den Tabakbau, die Tabakfabrikation und den Tabakhandel (RGBl. S. 129).

c) RG. v. 5. April 1885, betr. Abänderung der §§ 12, 16 und 19 des G., betr. die Erhebung der Tabaksteuer v. 16. Juli 1879 (RGBl. 1885 S. 83).

4. Branntweinsteuer und Biersteuer.

a) BG. v. 4. Mai 1886, betr. die Erhebung einer Abgabe von der Branntweinbereitung in den Hohenzollernschen Landen (BGBl. S. 151) und RG. v. 15. Nov. 1874, betr. die Abgabe von der Branntweinbereitung in den Hohenzollernschen Landen (RGBl. S. 133).

b) BG. v. 4. Juli 1868 wegen Besteuerung des Braumalzes in verschiedenen zum Nordb. Bunde gehörenden Staaten und Gebietsteilen (BGBl. S. 355).

c) BG. v. 8. Juli 1868, betr. die Besteuerung des Branntweins in verschiedenen zum Nordb. Bunde gehörenden Staaten und Gebietsteilen (BGBl. S. 384).

d) Die beiden vorgedachten Gesetze (zu b und c) sind durch besondere Verordnungen eingeführt worden in Mecklenburg, Lauenburg, Lübeck und Preussischen und Hamburgischen Gebietsteilen (B. v. 29. Juli 1868, BGBl.

¹⁾ a) Durch dieses Gesetz ist das Zollvereinsgesetz v. 26. Mai 1868, betr. die Besteuerung des Tabaks (BGBl. S. 319), aufgehoben worden.

b) Vgl. das G. v. 16. Juli 1879 mit den zu demselben erlassenen Ausführungsvorschriften in Guttentags Gesetzgebung Bd. IV. S. 844—936, desgl. Bekanntm. des Reichsfanzlers v. 30. März 1886 (RGBl. S. 71) und v. 18. Juli 1888 mit dem Nachtrage zu den Ausführungsbestimmungen, betr. das Tabaksteuergesetz v. 16. Juli 1879 (RGBl. 1888 S. 484 und S. 748).

§. 465); in verschiedenen Preussischen und Hamburgischen Gebietsteilen (B. v. 19. Okt. 1868, BGB. S. 513); in der Hamburgischen Vogtei Moorwärder und in einem Teile der Preussischen Insel Wilhelmsburg (B. v. 5. Juni 1869, BGB. S. 241), und in dem dem Zollverein anzuschließenden Gebietsteile der Stadt Altona (B. v. 29. Dez. 1871, BGB. S. 483).

e) RG. v. 16. Nov. 1874, betr. die Besteuerung des Branntweins in Gebietsteilen, welche in die Zollvereinsgrenze eingeschlossen werden (BGB. S. 134).

f) BG. v. 8. Juli 1868, betr. die subsidiarische Haftung des Brauerei-Unternehmers für Zuwiderhandlungen gegen die Brauereisteuergesetze durch Verwalter, Gewerksgehilfen und Hausgenossen (BGB. S. 403), und BG. v. 8. Juli 1868, betr. die subsidiarische Haftung des Brennerei-Unternehmers für Zuwiderhandlungen gegen die Branntweinsteuer-Gesetze durch Verwalter, Gewerksgehilfen und Hausgenossen (a. a. O. S. 404).

g) Vertr. v. 9. April 1868 zwischen dem Nordd. Bund und Hessen, betr. die Besteuerung des Branntweins und Biers in dem nicht zum Nordd. Bunde gehörigen Teile des Großherzogtums Hessen (BGB. S. 466).

h) RG. v. 31. Mai 1872 wegen Erhebung der Brausteuer (BGB. S. 153).

Dazu: RG. v. 23. Dez. 1876, betr. die Abänderung des § 44 des G. wegen Erhebung der Brausteuer v. 31. Mai 1872 (BGB. 1876 S. 237).¹⁾

¹⁾ Dieses Gesetz ist an die Stelle des durch dasselbe aufgehobenen G. v. 26. Dez. 1875 (BGB. S. 377) getreten. — Vgl. dazu die Ausführungsvorschriften zu dem G. wegen Erhebung der Brausteuer v. 31. Mai 1872 (BGB. 1888 S. 677), und Guttentagsche Samml. D. Reichsgesetze Nr. 25: E. Bertho, das Deutsche Reichsgesetz wegen Erhebung der Brausteuer v. 31. Mai 1872 mit den Ausführungsvorschriften. Berlin 1885.

1) RG. v. 19. Juli 1879, betr. die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken (RGBl. S. 259).

Dazu: Regulativ (des Bundesrats) v. 23. Dez. 1879, betr. die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken (RGBl. S. 781 ff.) und Beschluß des Bundesrates v. 7. Juli 1881, betr. die Abänderung dieses Regulativs (RGBl. S. 282).

k) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Juli 1872, betr. die Umrechnung der Übergangsabgaben von Bier, Branntwein und geschrotetem Malz, beziehungsweise der Steuervergütungen bei der Ausfuhr der genannten Erzeugnisse nach Maßgabe der durch die Maß- und Gewicht-Ordnung v. 17. Aug. 1868 eingeführten metrischen Maße (RGBl. 1872 S. 293).

An die Stelle dieser Bekanntm. ist (in Folge der Einführung der Reichsmarkrechnung) die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. Jan. 1877, betr. die Umrechnung der Übergangsabgaben und Ausfuhrvergütungen, welche von Staaten, wo innere Steuern auf die Hervorbringung oder Zubereitung gewisser Erzeugnisse gelegt sind, erhoben beziehungsweise bewilligt werden (RGBl. S. 9), getreten.

Dazu: a. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 3. März 1880, betr. Abänderung der Bayerischen Übergangsabgaben und Rückvergütungssätze für Bier (RGBl. S. 25) und v. 9. Nov. 1880, betr. Abänderung der Übergangsabgaben für Branntwein und Einführung einer Steuer-rückvergütung für solche in Bayern (RGBl. S. 189); ß. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. Mai u. v. 9. Nov. 1880, betr. Abänderung der Sätze der Badischen Übergangsabgaben und die Rückvergütung für Branntwein (RGBl. S. 112 u. 190) und v. 10. Juni 1881, betr. die Übergangsabgabe und Steuerrückvergütung für Bier in Baden (RGBl. S. 116), sowie Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Mai 1883, betr. die Übergangsabgabe und die Steuerrückvergütung für Branntwein in Baden

(*RGBl.* S. 72); γ. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Sept. 1878, betr. die Einführung von Übergangsabgaben und Ausführvergütungen für Bier, Branntwein und geschrotetes Malz in der Bayerischen Pfalz (*RGBl.* S. 347); δ. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. Juli 1881, betr. die Abänderung der Übergangsabgabensätze für Bier, Branntwein und Malz in Württemberg (*RGBl.* S. 232) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Dez. 1883, betr. die Veränderung des Übergangsabgabensatzes für braunes Bier in Württemberg (*RGBl.* S. 341).

l) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Juli 1897, betr. die Übersicht der Übergangsabgaben und Ausführvergütungen, welche im gegenseitigen Verkehr zwischen den zum Zollgebiete gehörigen Staaten, in denen innere Steuern auf die Hervorbringung oder Zubereitung gewisser Erzeugnisse gelegt sind, erhoben bezw. bewilligt werden (*RGBl.* S. 597).

m) *RG.* v. 24. Juni 1887, betr. die Besteuerung des Branntweins (*RGBl.* S. 253).

RG. v. 7. April 1889, betr. die Aufhebung der §§ 4 und 25 des (vorgehachten) *G.* v. 24. Juni 1887 (*RGBl.* 1889 S. 149).

RG. v. 8. Juni 1891, betr. die Abänderung des *G.* über die Besteuerung des Branntweins v. 24. Juni 1887 (*RGBl.* 1891 S. 338).

RG. v. 16. Juni 1895, betr. die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes v. 24. Juni 1887 (*RGBl.* 1895 S. 265).

Der Text des *G.* betr. Besteuerung des Branntweins, v. 24. Juni 1887, wie er sich infolge der hierzu ergangenen abändernden Bestimmungen ergibt, ist mit der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juni 1895 im *RGBl.* S. 276 ff. abgedruckt. Abgeändert durch *RG.* v. 4. April 1898, betr. die anderweite Festsetzung des Gesamtcontingents der Brennereien (*RGBl.* S. 159), vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Juli 1898, betr. das

Inkrafttreten der Artikel I u. II des G. v. 4. April 1898 über die anderweite Feststellung des Gesamtcontingents der Brennereien (RGV. S. 1018) und durch RG. v. 7. Juli 1902, betr. die Abänderung des Branntweinsteuerges. v. 24. Juni 1887 (RGV. S. 243).
16. Juni 1895

Dazu: a) B. v. 9. Sept. 1887, betr. die Besteuerung des Branntweins im Großherzogtum Baden (RGV. S. 485).

ß) B. v. 23. Sept. 1887, betr. die Besteuerung des Branntweins im Königreich Württemberg (RGV. S. 487).

γ) B. v. 25. Sept. 1887, betr. die Besteuerung des Branntweins in den Hohenzollernschen Landen (RGV. S. 489.)

δ) B. v. 27. Sept. 1887, betr. die Besteuerung des Branntweins im Königreich Bayern (RGV. S. 491).

Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Sept. 1887, mit den vorläufigen Bestimmungen des Bundesrats zur Ausführung der Reichsgesetze, betr. die Besteuerung des Branntweins v. 24. Juni 1887 und v. 8. Juli 1868 und betr. die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken v. 19. Juli 1879 (RGV. S. 351), nebst der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 3. Nov. 1887 mit den Beschlüssen des Bundesrats zur Ergänzung der vorgedachten vorläufigen Bestimmungen (RGV. S. 527) und den hierauf bezüglichen Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. und 27. Dez. 1887 (RGV. S. 613 u. 614) und v. 14. März (RGV. 1888 S. 117).

Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. März 1888 (RGV. S. 80) und v. 31. März 1890 (RGV. S. 77), betr. die Ausführung des Branntweinsteuer-G. v. 24. Juni 1887, desgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Juli 1889 und v. 3. Aug. 1889 (RGV. S. 387 u. 451) und v. 27. Dez. 1893 (RGV. S. 360).

Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Juli

1891, betr. Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuer-G. v. 8. Juni 1891 (RWB. S. 198).

Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Juni 1895, enthaltend die Bestimmungen zur Ausführung des G. v. 16. Juni 1895, betr. die Abänderung des Branntweinsteuer-G. v. 24. Juni 1887 (RWB. S. 226).

Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Juli 1900, betr. die Branntweinsteuer-Ausführungsbestimmungen (Beilage zu Nr. 33 des RWB.).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. März 1901, betr. Abänderungen der Branntweinsteuer-Befreiungsordnung (RWB. S. 91).

Bef. des Reichskanzlers v. 18. Sept. 1902 u. 25. Juni 1903, betr. Abänderungen und Ergänzungen der Branntweinsteuer-Ausführungsbestimmungen (RWB. 1902 S. 316 und 1903 S. 208).

Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 14. Juli 1890 mit den vom Bundesrate beschlossenen Vorschriften über die Änderung und Ergänzung des Regulativs für Gewerbsanstalten, in denen unter steuerlicher Kontrolle stehender Branntwein gereinigt werden darf (RWB. S. 250), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. März 1893 nebst Branntwein-Reinigungsordnung (RWB. S. 48) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juli 1895, betr. die Abänderung und Ergänzung der Branntwein-Reinigungsordnung v. 9. März 1893 (RWB. S. 304).

Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juni 1892 nebst Branntwein-Gebührenordnung (RWB. S. 423) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. April 1894, betr. Abänderung der Branntwein-Gebührenordnung (RWB. S. 91).

Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 19. Juni 1888, in Betreff der Ermittlung des Alkoholgehaltes des zur steuerlichen Abfertigung gelangenden Branntweins und in Betreff der Vergütung der Branntweinsteuer bei der Ausfuhr 2c. von Branntwein und der

Vergütung der Gebrauchsabgabe bei der Ausfuhr von Fabrikaten (Reichs-G. S. 455), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. März 1889 (Reichs-G. S. 245) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 19. Dez. 1895 (Reichs-G. S. 507).

Betr. die Denaturierung des Branntweins vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. Dez. 1887 (Reichs-G. S. 570), v. 21. Juni 1888, (Reichs-G. S. 227) und v. 18. Dez. 1889 (Reichs-G. S. 589). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Dez. 1892, betr. Vorschriften für die steuerfreie Verwendung von undenaturiertem Branntwein zu Heil-, wissenschaftlichen und gewerblichen Zwecken (Reichs-G. S. 694). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Febr. 1896, betr. die Bestimmungen über den Handel mit denaturiertem Branntwein (Reichs-G. S. 67).

Über die Statistik der Branntweinbrennereien und der Branntweinbesteuerung vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Febr. 1889 (Reichs-G. S. 209).

Abkommen v. 22. Mai 1896 zwischen dem Deutschen Reich und dem Großherzogtum Luxemburg über den Verkehr mit Branntwein (Reichs-G. S. 676).

5. Zuckersteuer.

a) Zollvereins-G. v. 26. Juni 1869, betr. die Besteuerung des Zuckers (BVG. S. 282).

b) Zollvereins-G. v. 2. Mai 1870 wegen Abänderung der B., die Besteuerung des im Inlande erzeugten Rübenzuckers betr. (BVG. S. 311).

c) RG. v. 7. Juli 1883, betr. die Steuervergütung für Zucker (Reichs-G. S. 157).

d) RG. v. 1. Juni 1886, die Besteuerung des Zuckers betr. (Reichs-G. S. 181).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Juli 1886 mit den vom Bundesrat beschlossenen Ausführungsbestimmungen zu dem (vorgedachten) RG. v. 1. Juni 1886 (Reichs-G. S. 235) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juli 1886, betr. die von dem Bundesrate beschlossenen Bestimmungen über bei der Ausfuhr von kondensierter Milch

zu gewährende Steuervergütung für den in dem Fabrikate enthaltenen inländischen Zucker (RCh. S. 290), desgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. Juli 1887, betr. den Beschluß des Bundesrats inbezug auf die Statistik der Zuckerproduktion und Besteuerung (RCh. S. 182).

e) RCh. v. 9. Juli 1887, betr. die Besteuerung des Zuckers (RCh. S. 308).

Dazu:

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Febr. 1888, betr. den Beschluß des Bundesrats zur Ausführung der §§ 12 u. 13 des RCh. v. 9. Juli 1887 (RCh. 1888 S. 74).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 21. Juni 1888, betr. den Beschluß des Bundesrats zur Ausführung des § 9 des RCh. v. 9. Juli 1887 (RCh. 1888 S. 223).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Juni 1888, betr. den Beschluß des Bundesrats zur Ausführung des RCh. v. 9. Juli 1887 (RCh. 1888 S. 267).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. März 1889, betr. den Beschluß des Bundesrats in Betreff der Ausführungsvorschriften im § 55 zu dem RCh. v. 9. Juli 1887 (RCh. 1889 S. 245).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Juli 1889, v. 25. Juli 1889, v. 21. Nov. 1889, v. 25. Nov. 1889, v. 10. Dez. 1889, v. 21. Dez. 1889 und v. 2. Juli 1891, betr. Abänderungen der Ausführungsbestimmungen zu dem RCh. v. 9. Juli 1887 (RCh. 1889 S. 387, 445, 567, 568, 585 und 601 und 1891 S. 201).

f) RCh. v. 31. Mai 1891, betr. die Besteuerung des Zuckers (RCh. S. 295).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. April 1892, betr. den Beschluß des Bundesrats in Betreff der Ausführungsbestimmungen zu dem Zuckersteuerges. v. 31. Mai 1891, und betr. die Bestimmungen über die Zuckerstatistik (RCh. 1892 S. 185 und 305).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 18. Mai 1893, betr.

Ergänzungen der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuerges. v. 31. Mai 1891 und des Zuckerniederlage-Regulativs (RGBl. 1893 S. 143).

Bundesratsbeschuß v. 26. Jan. 1893 (RGBl. S. 26) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 21. Febr. 1894, betr. Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuerges. v. 31. Mai 1891 (RGBl. 1894 S. 57).

g) RG. v. 9. Juni 1895 (RGBl. S. 255), betr. Abänderung des Zucksteuergesetzes.

h) RG. v. 27. Mai 1896 (RGBl. S. 109), betr. Abänderung des Zucksteuergesetzes.

Der Text des Zucksteuergesetzes, wie er sich infolge der hierzu ergangenen abändernden Bestimmungen ergibt — vgl. jedoch § 16 des Zolltarifgesetzes v. 25. Dez. 1902 (RGBl. S. 303) —, ist mit der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Mai 1896 (RGBl. S. 116), betr. die Redaktion des Zucksteuergesetzes im RGBl. S. 117 ff. abgedruckt.

i) RG. v. 6. Jan. 1903 wegen Abänderung des Zucksteuergesetzes (RGBl. S. 1).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Juni 1903, betr. Zuckersteuer-Ausführungsbestimmungen (RGBl. S. 283).

6. Betr. Elsaß-Lothringen.

a) G. v. 17. Juli 1871, betr. die Einführung der Deutschen Zoll- und Steuergesetzgebung (GBl. f. El.-Lothr. S. 37) und Bekanntm. v. 2. Aug. 1871, betr. die Bestimmung des Tages (7. Aug. 1881), an welchem die Deutsche Zoll- und Steuergesetzgebung in Kraft tritt (a. a. O. S. 243).

b) G. v. 16. Mai 1873, betr. die Besteuerung des Branntweins in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 111, GBl. f. El.-Lothr. S. 67).

c) RG. v. 25. Juni 1873, betr. die Einführung der Verfassung des D. R. in Elsaß-Lothringen, § 4 (betr.

die Besteuerung des inländischen Bieres¹⁾ (RWB. S. 161, GB f. Elz.-Vothr. S. 131).

7. Über das Veto des Kaisers bezüglich der Gesetzesvorschläge über die im Art. 35 der Reichsverf. bezeichneten Abgaben vgl. Art. 5 Abs. 2 der Reichsverf.

In Bayern, Württemberg und Baden bleibt die Besteuerung des inländischen Branntweins und Bieres der Landesgesetzgebung vorbehalten. Die Bundesstaaten werden jedoch ihr Bestreben darauf richten, eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung auch dieser Gegenstände herbeizuführen.

1. Die nach Maßgabe der Zollvereinsverträge zu erhebenden Übergangsabgaben von Branntwein und Bier (Art. 35 und 38 der Verf.) sind ebenso anzusehen, wie die auf die Bereitung dieser Getränke gelegte Abgabe. Prot. v. 15. Nov. 1870, betr. die Vereinbarung zwischen dem Nordb. Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes unter 2³⁾ (BWB. S. 650), Verhandlung v. 25. Nov. 1870, über den Beitritt Württembergs zu der zwischen dem Nordb. Bunde, Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des Deutschen Bundes unter 1 d³⁾ (BWB. S. 657) und Schlußprotokoll zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. des Deutschen Bundes unter X⁴⁾ (BWB. 1871 S. 23).

2. Vgl. Art. 38 Abs. 4 der Reichsverf.

3. Vgl. die Zus. 4 zum Abs. 1 des Art. 35 der Reichsverf.

¹⁾ Vgl. Zus. III. zum Art. 1 der Reichsverf., oben S. 62 und G. v. 22. März 1891, betr. die Übergangsabgabe von Bier (GB. f. Elz.-Vothr. S. 3).

²⁾ Vgl. unten Anlage V.

³⁾ Vgl. unten Anlage VI.

⁴⁾ Vgl. unten Anlage VII.

Artikel 36.

Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern (Art. 35) bleibt jedem Bundesstaate, soweit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebietes überlassen.

Der Kaiser überwacht die Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens durch Reichsbeamte, welche er den Zoll- oder Steuerämtern und den Direktivbehörden der einzelnen Staaten, nach Vernehmung des Ausschusses des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen, beordnet.

Die von diesen Beamten über Mängel bei der Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 35.) gemachten Anzeigen werden dem Bundesrathe zur Beschlußnahme vorgelegt.

Vgl. Art. 7 Abs. 1 Nr. 3 der Reichsverf.

Artikel 37.

Bei der Beschlußnahme über die zur Ausführung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung (Art. 35.) dienenden Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen giebt die Stimme des Präsidiums alsdann, den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechterhaltung der bestehenden Vorschrift oder Einrichtung ausspricht.

Vgl. Art. 5 Abs. 2 der Reichsverf.

Artikel 38.

Der Ertrag der Zölle und der anderen in Artikel 35. bezeichneten Abgaben, letzterer soweit sie

der Reichsgesetzgebung unterliegen, fließt in die Reichskasse.

Dieser Ertrag besteht aus der gesamten von den Zöllen und den übrigen Abgaben auf gekommenen Einnahme nach Abzug:

- 1) der auf Gesetzen oder allgemeinen Verwaltungsvorschriften beruhenden Steuervergütungen und Ermäßigungen,
- 2) der Rückerstattungen für unrichtige Erhebungen,
- 3) der Erhebungs- und Verwaltungskosten, und zwar:
 - a) bei den Zöllen der Kosten, welche an den gegen das Ausland gelegenen Grenzen und in dem Grenzbezirke für den Schutz und die Erhebung der Zölle erforderlich sind,
 - b) bei der Salzsteuer der Kosten, welche zur Besoldung der mit Erhebung und Kontrolle dieser Steuer auf den Salzwerken beauftragten Beamten aufgewendet werden,
 - c) bei der Rübenzuckersteuer und Tabaksteuer der Vergütung, welche nach den jeweiligen Beschlüssen des Bundesrathes den einzelnen Bundesregierungen für die Kosten der Verwaltung dieser Steuern zu gewähren ist,
 - d) bei den übrigen Steuern mit funfzehn Prozent der Gesamteinnahme.

Die außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze liegenden Gebiete tragen zu den Ausgaben des Reichs durch Zahlung eines Uebersums bei.

Bayern, Württemberg und Baden haben an dem in die Reichskasse fließenden Ertrage der Steuern von Branntwein und Bier und an dem diesem Ertrage entsprechenden Theile des vorstehend erwähnten Ubersums keinen Theil.

1. Vgl. Art. 35 Abs. 2 der Reichsverf. und Zus. 1 dazu.

2. An dem in die Reichskasse fließenden Ertrage der Steuer vom Bier und an dem diesem Ertrage entsprechenden Teile des im Art. 38 Abs. 3 erwähnten Ubersums hat Elsaß-Lothringen keinen Teil (RG. v. 25. Juni 1873, betr. die Einführung der Verfassung des D. R. in Elsaß-Lothringen, § 4 Abs. 2,¹⁾ RGBl. S. 161, GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 131).

3. Vgl. § 3 des RG. v. 4. Dez. 1871, betr. die Feststellung des Haushaltsetats des D. R. für das Jahr 1872 (RGBl. 1871 S. 413).

4. Vgl. § 2 des RG. v. 15. Dez. 1890, betr. die Vereinigung von Helgoland mit dem D. R. (RGBl. S. 207).

Artikel 39.

Die von den Erhebungsbehörden der Bundesstaaten nach Ablauf eines jeden Vierteljahres aufzustellenden Quartal-Extrakte und die nach dem Jahres- und Bücherschlusse aufzustellenden Finalabschlüsse über die im Laufe des Vierteljahres beziehungsweise während des Rechnungsjahres fällig gewordenen Einnahmen an Zöllen und nach Artikel 38. zur Reichskasse fließenden Verbrauchsabgaben werden von den Direktivbehörden der Bundesstaaten,

¹⁾ Vgl. Zus. III. zum Art. 1 der Reichsverf., oben S. 62.

nach vorangegangener Prüfung, in Hauptübersichten zusammengestellt, in welchen jede Abgabe gesondert nachzuweisen ist, und es werden diese Uebersichten an den Ausschuß des Bundesrathes für das Rechnungswesen eingesandt.

Der letztere stellt auf Grund dieser Uebersichten von drei zu drei Monaten den von der Kasse jedes Bundesstaates der Reichskasse schuldigen Betrag vorläufig fest und setzt von dieser Feststellung den Bundesrath und die Bundesstaaten in Kenntniß, legt auch alljährlich die schließliche Feststellung jener Beträge mit seinen Bemerkungen dem Bundesrathe vor. Der Bundesrath beschließt über diese Feststellung.

Artikel 40.

Die Bestimmungen in dem Zollvereinigungsvertrage vom 8. Juli 1867. bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Vorschriften dieser Verfassung abgeändert sind und so lange sie nicht auf dem im Artikel 7., beziehungsweise 78. bezeichneten Wege abgeändert werden.

1. Bgl. den Vertr. v. 8. Juli 1867 zwischen dem Nordd. Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins betr., nebst dem dazu gehörigen Schlußprot. v. 8. Juli 1867, im BGB. Nr. 9 S. 81—124, desgl. in Guttentag's Gesetzgebung Bd. I S. 32—61, und über die fortdauernde Geltung dieses Vertrages v. Rönne's Staatsrecht des D. Reichs, 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 92 S. 194 ff. und Delbrück, Der Art. 40 der Reichsverfassung (Berlin 1881).

RG. v. 27. Mai 1885, betr. die Abänderung des Zollvereinigungsvertrages v. 8. Juli 1867 (RGBl. 1885 S. 109).

2. Vgl. RG. v. 25. Juni 1873, betr. die Einführung der Verfassung des Deutschen Reiches in Elsaß-Lothringen, § 5¹⁾ (RGBl. S. 161, GBl. f. El.-Lothr. S. 131).

VII. Eisenbahnwesen.²⁾

1. Vgl. Art. 4 Nr. 8 der Reichsverfassung.

2. G. v. 11. Dez. 1871, betr. die Einführung (v. 1. Jan. 1872 an) des Abschnitt VII. der Reichsverfassung über das Eisenbahnwesen in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 444, GBl. f. El.-Lothr. S. 371).

3. RG. v. 27. Juni 1873, betr. die Errichtung eines Reichs-Eisenbahnnamtes (RGBl. S. 164).

Vgl. Zuf. I. F. zum Art. 18 der Reichsverfassung oben S. 170.

RG. v. 1. Mai 1874, betr. die Erwerbung eines Dienstgebäudes für das Reichseisenbahnamt (RGBl. S. 39).

4. Allerh. Erl. v. 9. Dez. 1871, betr. die Einsetzung einer Behörde unter dem Namen „Kaiserliche Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen“ (RGBl. S. 480, GBl. f. El.-Lothr. 1872 S. 4).

Allerh. Erl. v. 27. Mai 1878, betr. die Errichtung eines Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen (RGBl. 1879 S. 193).

Vgl. Zuf. I. K. zum Art. 18 der Reichsverfassung, oben S. 173.

¹⁾ Vgl. Zuf. III. zum Art. 1 der Reichsverf., oben S. 62.

²⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. Reichs, 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 100 S. 314 ff.; Guttentag'sche Samml. D. Reichsgesetze Nr. 66: Die Eisenbahn-Gesetzgebung von Pietzsch.

5. RG. v. 14. Juni 1871, betr. die Beschaffung von Betriebsmitteln für die Eisenbahnen in Elsaß und Lothringen (RGBl. S. 253).

RG. v. 22. Nov. 1871, v. 15. Juni 1872 und v. 18. Juni 1873, betr. den außerordentlichen Geldbedarf für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen und für die im Großherzogtum Luxemburg belegenen Strecken der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn (RGBl. 1871 S. 396, 1872 S. 209 u. 1873 S. 143).

RG. v. 21. Mai 1877, betr. den Bau einer Eisenbahn von Teterchen bis zur Saarbahn bei Bouß und bei Böllingen (RGBl. S. 513).

RG. v. 8. Mai 1878, betr. den Bau von Eisenbahnen in Lothringen (RGBl. S. 93).

Dazu: Allerh. Erl. v. 14. Juni 1878 (RGBl. S. 125).

RG. v. 9. Juli 1879, betr. den Bau von Eisenbahnen von Teterchen nach Diedenhofen und von Buchweiler nach Schweighausen, sowie den Ausbau des zweiten Geleises zwischen den Bahnhöfen Teterchen und Hargarten-Gall (RGBl. S. 195).

Dazu: Allerh. Erl. v. 13. Okt. 1880 (RGBl. S. 187).

RG. v. 24. Mai 1881, betr. die Aufnahme einer Anleihe für die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 93).

Dazu: Allerh. Erl. v. 12. Dez. 1881 (RGBl. S. 273).

6. RG. v. 15. Juli 1872, betr. die Übernahme der Verwaltung der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn (RGBl. S. 329).

Vgl. Übereinkunft wegen Übernahme der Verwaltung der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn durch die Kaiserl. Deutsche Eisenbahnverwaltung v. 11. Juni 1872 (RGBl. S. 330), Art. 12 des Vertrages v. 11. Nov. 1902 zwischen dem Reiche und Luxemburg über den Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen (RGBl. 1903 S. 183) und Übereinkunft zwischen Deutschland und Belgien, betr. den Betrieb des auf Belgischem Gebiete belegenen Teils

der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn, v. 11. Juli 1872 (RGBl. 1873 S. 339).

7. Über das Verhältnis der Eisenbahnunternehmungen zur Post-Verwaltung vgl. § 4 des RG. v. 28. Okt. 1871, über das Postwesen des Deutschen Reichs (RGBl. S. 347) und RG. v. 20. Dez. 1875, betr. die Abänderung des § 4 des G. v. 28. Okt. 1871 über das Postwesen des Deutschen Reichs (RGBl. 1875 S. 318).

Dazu:

a) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Febr. 1876, mit den Vollzugsbestimmungen zum Eisenbahnpostgesetze v. 20. Dez. 1875 (RGBl. 1876 S. 87) und über die Abänderung dieser Vollzugsbestimmungen der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Mai 1878 (RGBl. S. 261) und v. 24. Dez. 1881 (RGBl. 1882 S. 4).

b) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Mai 1879, mit den Bestimmungen, betr. die Verpflichtungen der Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung zu Leistungen für die Zwecke des Postdienstes (RGBl. S. 380).

8. RG. v. 25. Febr. 1876, betr. die Beseitigung von Ansteckungskstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen (RGBl. S. 163).

Vgl. die Zus. zum Art. 4 Nr. 15 der Reichsverfassung.

9. RG. v. 3. Mai 1886, betr. die Unzulässigkeit der Pfändung von Eisenbahnfahrbetriebmitteln (RGBl. S. 131), nebst Erklärung des Reichskanzlers v. 17. März 1887 (RGBl. S. 153).

10. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Febr. 1887, betr. die technische Einheit im Eisenbahnwesen zc. nebst den hierauf bezüglichen Bekanntm. v. 29. April 1887 (RGBl. S. 111 u. 158 u. RGBl. S. 50 u. 115), 15. Sept. 1890 (RGBl. S. 175 und RGBl. S. 319), 22. Sept. 1891 (RGBl. S. 387 und RGBl. S. 285), 20. Juni 1896 (RGBl. S. 177) u. v. 28. Aug. 1896 (RGBl. S. 702).

11. Internationales Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr nebst dem Prot. v. 14. Okt. 1890 (RGBl.

1892 S. 793 ff. u. S. 918) und der Liste der Eisenbahnstrecken, auf welche dieses Übereinkommen Anwendung findet (RGBl. 1890 S. 835). Die eingetretenen Änderungen dieser Liste sind berücksichtigt in der mittels Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Febr. 1898 veröffentlichten V. Ausgabe dieser Liste (RGBl. S. 7), bezüglich weiterer Ergänzungen und Berichtigungen vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. März 1898, betr. die dem internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigelegte Liste (RGBl. S. 32), v. 15. Juni 1898 (a. a. O. S. 911), v. 23. Aug. (a. a. O. S. 1032) und v. 28. Okt. (a. a. O. S. 1185). Zur Ausführung des internationalen Übereinkommens ist gemäß Art. 57 desselben ein Centralamt errichtet worden. Vgl. Reglement, betr. die Errichtung eines Centralamts (RGBl. 1892 S. 870), Ausführungsbestimmungen (RGBl. 1892 S. 874 ff.),¹⁾ Zusatzvereinbarung zu dem Übereinkommen v. 16. Juli 1895 (RGBl. S. 465), Zusatzerklärung v. 20. Sept. 1893 (RGBl. 1896 S. 707), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. Nov. 1896 (RGBl. S. 711), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. Aug. 1897, betr. den Beitritt Dänemarks zum internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr und die Ergänzung der zugehörigen Liste (RGBl. S. 723) und Bekanntm. v. 15. Mai 1902, betr. ein Sonderabkommen zum internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr für die deutsch-österreichischen Verkehre (RGBl. S. 153).

Artikel 41.

Eisenbahnen, welche im Interesse der Vertheidigung Deutschlands oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für notwendig erachtet werden,

¹⁾ Vgl. hierzu Glod, System. Zusammenstellung 2c. S. 67 Nr. 523 und 524.

können kraft eines Reichsgesetzes auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, unbeschadet der Landeshoheitsrechte, für Rechnung des Reichs angelegt oder an Privatunternehmer zur Ausführung konzessioniert und mit dem Expropriationsrechte ausgestattet werden.

Jede bestehende Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, sich den Anschluß neu angelegter Eisenbahnen auf Kosten der letzteren gefallen zu lassen.

Die gesetzlichen Bestimmungen, welche bestehenden Eisenbahn-Unternehmungen ein Widerspruchsrecht gegen die Anlegung von Parallel- oder Konkurrenzbahnen einräumen, werden, unbeschadet bereits erworbener Rechte, für das ganze Reich hierdurch aufgehoben. Ein solches Widerspruchsrecht kann auch in den künftig zu ertheilenden Konzessionen nicht weiter verliehen werden.

Artikel 42.

Die Bundesregierungen verpflichten sich, die Deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten und zu diesem Behuf auch die neu herzustellenden Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten zu lassen.

Artikel 43.

Es sollen demgemäß in thunlichster Beschleunigung übereinstimmende Betriebseinrichtungen ge-

troffen, insbesondere gleiche Bahnpolizei-Reglements eingeführt werden. Das Reich hat dafür Sorge zu tragen, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bahnen jederzeit in einem die nöthige Sicherheit gewährenden baulichen Zustande erhalten und dieselben mit Betriebsmaterial so ausrüsten, wie das Verkehrsbedürfniß es erheischt.

1. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. Jan. 1875 mit dem vom Bundesrate beschlossenen Bahnpolizeiregl. für die Eisenbahnen Deutschlands (REB. S. 57).¹⁾ Dazu: Berichtigungen im REB. S. 156 u. 357.

Abänderungen und Ergänzungen des Bahnpolizeiregl. v. 4. Jan. 1875.

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Juni 1878 (REB. S. 355) und v. 17. Mai 1881 (REB. S. 172).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. Jan. 1875 mit der vom Bundesrate beschlossenen Signalordnung für die Eisenbahnen Deutschlands (REB. S. 73). Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Juni 1878 und v. 20. Juni 1880, betr. Änderung und Ergänzung der Signalordnung für die Eisenbahnen Deutschlands (REB. 1878 S. 363 und 1880 S. 483).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. April 1875, wonach das Bahnpolizeiregl. und die Signalordnung v. 4. Jan. 1875 auch für Elsaß-Lothringen in Kraft getreten sind (WB. f. El.-Lothr. S. 65).

Kaiserl. B. v. 24. April 1876, betr. die Sicherheits-

¹⁾ Dieses Bahnpolizeiregl. v. 4. Jan. 1875 ist, zufolge der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. Jan. 1875 an die Stelle des Bahnpolizeiregl. für die Eisenbahnen im Nordb. Bunde v. 3. Juni 1870 (WB. S. 461) und des Nachtrags zu demselben v. 29. Dez. 1871 (REB. 1872 S. 34) getreten.

ordnung für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, auf welche das Bahnpolizeiregl. und die Signalordnung für die Eisenbahnen Deutschlands v. 4. Jan. 1875 keine Anwendung finden (GB. f. Elsaß-Lothr. S. 13).

Bekanntm. des Kaiserl. Statthalters in Elsaß-Lothr. v. 18. Febr. 1886, betr. Abänderung und Ergänzung des Textes des Bahnpolizeiregl., der Signalordnung und der Normen für die Konstruktion und Ausführung der Eisenbahnen Deutschlands (GB. f. Elsaß-Lothr. S. 7).

2. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Juni 1878, mit den Bestimmungen über die Befähigung von Bahnpolizeibeamten und Lokomotivführern (RCB. S. 364). Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Mai 1881, betr. Änderung und Ergänzung dieser Bestimmungen (RCB. S. 172).

3. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Juni 1878, mit den (vom Bundesrate beschlossenen) Normen für die Konstruktion und Ausrüstung der Eisenbahnen Deutschlands (RCB. S. 332) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Juni 1878, betr. die Bahnordnung für Deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung (RCB. S. 341) nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 3. Sept. 1890, betr. die Abänderung des § 27 der letztgedachten Bahnordnung (RCB. S. 303).

4. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Juli 1878, betr. die Geltung der vorstehend (zu 1.–3) gedachten Bestimmungen für Elsaß-Lothringen (GB. f. Elsaß-Lothr. S. 47).

5. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Nov. 1885, betr. das Bahnpolizeiregl. für die Eisenbahnen Deutschlands (RCB. S. 289, RCB. S. 541).

6. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Juli 1892, betr. die Betriebsordnung für die Haupt-eisenbahnen Deutschlands (RCB. S. 691)¹⁾ abgeändert durch Be-

¹⁾ Zuf. des § 74 der Betriebsordnung v. 5. Juli 1892 ist dasselbe (mit dem 1. Jan. 1893) an Stelle des bisher

kanntm. des Reichskanzlers v. 24. März 1897, v. 23. Mai 1898 (RWB. 1897 S. 161 und 1898 S. 349) durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Juli 1899, betr. Änderung der Bestimmung im § 14 der Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands (RWB. S. 372) und durch Bekanntm. v. 22. Jan. 1902 (RWB. S. 35).

7. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Juli 1892, betr. die Bestimmungen über die Befähigung von Eisenbahnbetriebsbeamten (RWB. S. 723)¹⁾, abgeändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. Juli 1897, v. 23. Mai 1898 (RWB. 1897 S. 601 und 1898 S. 353) und Bekanntm. v. 15. Mai 1903 (RWB. S. 219).

8. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Juli 1892, betr. die Signalordnung für die Eisenbahnen Deutschlands (RWB. S. 733)²⁾ abgeändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Mai 1898 (RWB. S. 353).

9. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Juli 1892, betr. die Normen für den Bau und die Ausrüstung der Haupteisenbahnen Deutschlands (RWB. S. 747),³⁾ ab-

geltenden Bahnpolizeiregl. v. 30. Nov. 1885 in Kraft getreten und findet Anwendung auf allen dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen Deutschlands mit Ausnahme derjenigen, für welche nach der Entschliebung der zuständigen Landesbehörde mit Zustimmung des Reichseisenbahnamtes die Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands maßgebend ist.

¹⁾ Diese Bestimmungen sind an die Stelle der Bestimmungen über die Befähigung von Bahnpolizeibeamten und Lokomotivführern v. 12. Juni 1878 mit dem 1. Jan. 1893 in Kraft getreten.

²⁾ Diese Signalordnung ist an Stelle der Signalordnung für die Eisenbahnen Deutschlands v. 30. Nov. 1885 (mit dem 1. Jan. 1893) in Kraft getreten.

³⁾ Diese Normen sind an Stelle der Normen für die Konstruktion und Ausrüstung der Eisenbahnen Deutsch-

geändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. März 1897 u. v. 23. Mai 1898 (RGBl. 1897 S. 164 u. 1898 S. 355).

10. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. Juli 1892, betr. die Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands (RGBl. S. 764),¹⁾ abgeändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. März 1897 und v. 23. Mai 1898 (RGBl. 1897 S. 166 u. 1898 S. 355).

Artikel 44.

Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, die für den durchgehenden Verkehr und zur Herstellung ineinander greifender Fahrpläne nöthigen Personenzüge mit entsprechender Fahrgeschwindigkeit, desgleichen die zur Bewältigung des Güterverkehrs nöthigen Güterzüge einzuführen, auch direkte Expeditionen im Personen- und Güterverkehr, unter Gestattung des Ueberganges der Transportmittel von einer Bahn auf die andere, gegen die übliche Vergütung einzurichten.

Artikel 45.

Dem Reiche steht die Kontrolle über das Tarifwesen zu. Dasselbe wird namentlich dahin wirken:

- 1) daß baldigst auf allen Deutschen Eisenbahnen übereinstimmende Betriebsreglements eingeführt werden;

lands v. 30. Nov. 1885 (mit dem 1. Jan. 1893) in Kraft getreten.

¹⁾ Diese Bahnordnung ist an Stelle der Bahnordnung für Deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung v. 12. Juni 1878 (mit dem 1. Jan. 1893) in Kraft getreten.

1. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Mai 1874, betr. das Betriebsregl. für die Eisenbahnen Deutschlands (RGBl. S. 84).

Vgl. das v. Bundesrat beschlossene Betriebsregl. v. 11. Mai 1874 im RGBl. S. 179.¹⁾

Dazu:

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. April 1876 (RGBl. S. 223 u. GBl. f. Elz.-Lothr. S. 8), v. 14. Dez. 1876 (GBl. f. Elz.-Lothr. S. 5), v. 29. Dez. 1876 (RGBl. S. 7), v. 30. April 1878 (RGBl. S. 238), v. 13. Juli 1879 (RGBl. S. 478), v. 1. März 1881 (RGBl. S. 83) und v. 5. Juli 1881 (RGBl. S. 261).

Vgl. auch die Bekanntm. des Reichseisenbahnministers v. 14. Juli 1879 mit dem Beschluß des Bundesrats v. 27. Juni 1879 über die Ausführung des § 50 Nr. 7 des Betriebsregl. v. 11. Mai 1874, betr. Abänderungen des Betriebsregl. für die Eisenbahnen Deutschlands (RGBl. 1879 S. 482).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Mai 1874, betr. die Geltung des Betriebsregl. von 1874 für Elsaß-Lothringen (GBl. f. Elz.-Lothr. S. 17), v. 15. Nov. 1877 und v. 27. Juni 1879, betr. Abänderung des Betriebsregl. für die Eisenbahnen Deutschlands (GBl. f. Elz.-Lothr. 1877 S. 67 u. 1879 S. 79).

1) a) Dieses Betriebsregl. v. 11. Mai 1874 ist, auf der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Mai 1874 an die Stelle des Betriebsregl. für die Eisenbahnen im Nordb. Bunde v. 10. Juni 1870 (RGBl. S. 419) und der Nachträge zu demselben v. 22. Dez. 1871 (RGBl. S. 473, GBl. f. Elz.-Lothr. 1872 S. 5) u. v. 5. Aug. 1872 (RGBl. S. 360, GBl. f. Elz.-Lothr. S. 571) getreten.

b) Das Betriebsregl. v. 11. Mai 1874 ist mit allen zu demselben bis 1884 ergangenen Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen abgedruckt in Guttentags Gesetzgebung Bd. III S. 248 bis 299.

Über weitere Ergänzungen und Abänderungen des Betriebsregl. v. 11. Mai 1874 vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Jan. 1886 (RÜB. S. 23), v. 25. Juni 1886 (a. a. D. S. 301), v. 17. Febr. 1887 (RÜB. S. 50), v. 14. Dez. 1887 (a. a. D. S. 564), v. 3. Mai 1888 (RÜB. S. 162), v. 22. Juli 1888 (a. a. D. S. 481), v. 20. Sept. u. 29. Nov. 1888 (a. a. D. S. 889 u. 952), v. 12. Febr. 1889 (RÜB. S. 204), v. 23. Mai 1889 (a. a. D. S. 307), v. 21. Juni 1889 (a. a. D. S. 366), v. 9. Juli 1889 (a. a. D. S. 404 u. 430), v. 2. April 1890 (RÜB. S. 78), v. 18. Mai 1890 (a. a. D. S. 137), v. 2. Aug. 1890 (a. a. D. S. 290), v. 19. März 1891 (a. a. D. S. 55), v. 22. Juli 1891 (a. a. D. S. 22), v. 20. Jan. 1892 (a. a. D. S. 19), v. 8. April 1892 (a. a. D. S. 171) und v. 2. Juli 1892 (a. a. D. S. 489).

2. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. Nov. 1892, betr. die Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands (RÜB. S. 923).¹⁾

Über Ergänzung und Abänderung der Verkehrsordnung v. 15. Nov. 1892 vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Febr. 1893 (RÜB. S. 9), v. 28. Juli 1893 (RÜB. S. 237), v. 18. März 1894 (RÜB. S. 329), v. 9. Febr. 1895 (a. a. D. S. 101), v. 1. Juli 1895 (a. a. D. S. 354), v. 18. Okt. 1895 (a. a. D. S. 445), v. 9. Febr. 1896 (a. a. D. S. 9), v. 19. Juli 1896 (a. a. D. S. 193), v. 7. Juli 1897 (a. a. D. S. 595), v. 15. Nov. 1897 (a. a. D. S. 779), v. 22. Nov. 1897 (a. a. D. S. 781), v. 19. Juni 1898 (RÜB. S. 913), v. 22. Jan. 1899 (RÜB. S. 3), v. 17. April 1899 (RÜB. S. 265) und v. 8. Juli 1899 (RÜB. S. 370).

¹⁾ Mit dem 1. Jan. 1893 ist diese Verkehrsordnung an Stelle des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands v. 11. Mai 1874 in Kraft getreten (vgl. Anm. 1 S. 229).

3. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. Okt. 1899, betr. die Eisenbahn-Verkehrsordnung (RGBl. S. 557).¹⁾ Dazu: Bekanntm. v. 2. Juli 1900 (RGBl. S. 318), v. 24. Dez. 1900 (RGBl. 1901 S. 1), v. 30. Mai 1901 (RGBl. S. 191), v. 25. Nov. 1901 (RGBl. S. 491), v. 30. Jan. 1902 (RGBl. S. 41), v. 22. März 1902 (RGBl. S. 127), v. 18. Juni 1902 (RGBl. S. 236), v. 23. Nov. 1902 (RGBl. S. 281), v. 7. Dez. 1902 (RGBl. S. 294), v. 2. Febr. 1903 (RGBl. S. 6), 15. März 1903 (RGBl. S. 45), v. 13. Juni 1903 (RGBl. S. 245) und v. 15. Aug. 1903 (RGBl. S. 269).

4. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. Juli 1879 und v. 28. Nov. 1887, betr. die Bestimmungen über die Verladung und Beförderung von lebenden Tieren auf Eisenbahnen (RGBl. 1879 S. 479 und RGBl. 1887 S. 557) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. Juni 1893, betr. die Abänderung dieser Bestimmungen (RGBl. S. 187).

- 2) daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt, insbesondere, daß bei größeren Entfernungen für den Transport von Kohlen, Roark, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen ein dem Bedürfnis der Landwirthschaft und Industrie entsprechender ermäßigter Tarif, und zwar zunächst thunlichst der Einpfennig-Tarif eingeführt werde.

Bezüglich der Württembergischen Eisenbahnen ist in der Verhandl. v. 25. Nov. 1870 über den Beitritt Würt-

¹⁾ Mit dem 1. Jan. 1900 ist die Eisenbahn-Verkehrsordnung an Stelle der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands v. 15. Nov. 1892 getreten.

tembergs zu der zwischen dem Nordb. Bunde, Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des Deutschen Bundes (BGB. S. 657) unter 2. zum Art. 45 der Verf.¹⁾ anerkannt, daß bei ihren Bau-, Betriebs- und Verkehrsverhältnissen nicht alle im Art. 45 aufgeführten Transportgegenstände in allen Gattungen von Verkehren zum Einspennnis befördert werden können.

Artikel 46.

Bei eintretenden Nothständen, insbesondere bei ungewöhnlicher Theuerung der Lebensmittel, sind die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet, für den Transport, namentlich von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, zeitweise einen dem Bedürfnis entsprechenden, von dem Kaiser auf Vorschlag des betreffenden Bundesraths-Ausschusses festzustellenden niedrigen Spezialtarif einzuführen, welcher jedoch nicht unter den niedrigsten auf der betreffenden Bahn für Rohprodukte geltenden Satz herabgehen darf.

Die vorstehend, sowie die in den Artikeln 42. bis 45. getroffenen Bestimmungen sind auf Bayern nicht anwendbar.

Dem Reiche steht jedoch auch Bayern gegenüber das Recht zu, im Wege der Gesetzgebung einheitliche Normen für die Konstruktion und Ausrüstung der für die Landesvertheidigung wichtigen Eisenbahnen aufzustellen.

¹⁾ Vgl. unten Anlage VI.

Artikel 47.

Den Anforderungen der Behörden des Reichs in Betreff der Benutzung der Eisenbahnen zum Zweck der Vertheidigung Deutschlands haben sämtliche Eisenbahnverwaltungen unweigerlich Folge zu leisten. Insbesondere ist das Militär und alles Kriegsmaterial zu gleichen ermäßigten Sätzen zu befördern.

VIII. Post- und Telegraphenwesen.¹⁾

1. B. v. 14. Okt. 1871, betr. die Einführung des Abschn. VIII der Reichsverf. in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 443, GBl. f. Els.-Lothr. S. 347).

2. Über das Verhältnis des Post- und Telegraphenwesens in Hessen zum Bunde vgl. Protokoll v. 15. Nov. 1870, betr. die Vereinbarung zwischen dem Nordd. Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes, unter 4²⁾ (WGB. S. 650), und hinsichtlich Bayerns und Württembergs Art. 52 der Reichsverf. und die Anm. dazu.

3. Vgl. den Weltpostvereinsvertrag v. 1. Juni 1878 (RGBl. 1879 S. 83) und Zusatzabkommen v. 21. März 1885 (RGBl. 1886 S. 82). — Vgl. dazu die Darstellung mit den Ausführungsübereinkünften in Guttentag's Gesetzgebung Bd. IV. S. 681—777 und Bd. V. S. 141—167.

4. Vgl. den Weltpostvertrag v. 4. Juli 1891 und das Schlußprotokoll gleichen Datums (RGBl. 1892 S. 503 und 531, RGBl. 1892 S. 331 und 348).

5. Vgl. den Weltpostvertrag v. 15. Juni 1897 (RGBl. 1898 S. 1079), durch welchen der Weltpostvertrag v. 4. Juli 1891 abgeändert worden ist.

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 99 S. 285 ff.

²⁾ Vgl. unten Anlage V.

Vgl. dazu:

Übereinkommen des Weltpostvereins v. 15. Juni 1897 über den Austausch von Briefen und Kästchen mit Wertangabe (RGBl. 1898 S. 1115).

Übereinkommen v. 15. Juni 1897, betr. den Postanweisungsdienst (RGBl. 1898 S. 1133).

Übereinkunft v. 15. Juni 1897, betr. den Austausch von Postpaketen (RGBl. 1898 S. 1145).

Übereinkommen v. 15. Juni 1897, betr. den Postauftragssdienst (RGBl. 1898 S. 1166).

Übereinkommen v. 15. Juni 1897, betr. den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften (RGBl. 1898 S. 1176).

6. Vgl. den internationalen Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel v. 14. März 1884 (RGBl. 1888 S. 151) und RG. v. 21. Nov. 1887 zur Ausführung des internationalen Vertrages v. 14. März 1884 (RGBl. 1888 S. 169). Dazu Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. Nov. 1888, betr. den Beitritt der Britischen Kolonien und Besitzungen zum Vertrage v. 14. März 1884 (RGBl. 1888 S. 292) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Sept. 1889, betr. den Beitritt von Tunis zum Vertrag v. 14. März 1884 (RGBl. 1889 S. 194).

Artikel 48.

Das Postwesen und das Telegraphenwesen werden für das gesammte Gebiet des Deutschen Reichs als einheitliche Staatsverkehrs-Anstalten eingerichtet und verwaltet.

Die im Artikel 4. vorgesehene Gesetzgebung des Reichs in Post- und Telegraphen-Angelegenheiten erstreckt sich nicht auf diejenigen Gegenstände, deren Regelung nach den in der Norddeutschen Post- und

Telegraphen-Verwaltung maßgebend gewesenem Grundsätzen der reglementarischen Festsetzung oder administrativen Anordnung überlassen ist.

1. Vgl. Art. 4 Nr. 10 der Reichsverf.

2. a) BG. v. 2. Nov. 1867 über das Postwesen des Nordb. Bundes (BGBl. S. 61). Aufgehoben durch:

b) RG. v. 28. Okt. 1871 über das Postwesen des Deutschen Reichs (RGBl. S. 347).

In Elsaß-Lothringen eingeführt durch G. v. 4. Nov. 1871 (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 348).

Dazu: RG. v. 20. Dez. 1875, betr. die Abänderung des § 4 des G. v. 28. Okt. 1871 über das Postwesen des D. R. (RGBl. 1875 S. 318). Vgl. Zus. 7 zum Abschn. VII der Reichsverf.

c) RG. v. 20. Dez. 1899, betr. einige Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen (RGBl. S. 715).

3. a) BG. v. 4. Nov. 1867 über das Posttarwesen im Gebiete des Nordb. Bundes (BGBl. S. 75). Aufgehoben durch:

b) RG. v. 28. Okt. 1871 über das Posttarwesen im Gebiete des D. R. (RGBl. S. 358).

In Elsaß-Lothringen eingeführt durch G. v. 4. Nov. 1871 (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 348).

c) RG. v. 17. Mai 1873, betr. einige Abänderungen des G. über das Posttarwesen im Gebiete des D. R. v. 28. Okt. 1871 (RGBl. 1873 S. 107).

In Elsaß-Lothringen eingeführt durch RG. v. 8. Febr. 1875 Ziffer 5 (RGBl. S. 69, GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 9).

d) RG. v. 3. Nov. 1874, betr. Abänderung des G. über das Posttarwesen (RGBl. S. 127 und 134).

e) RG. v. 20. Dez. 1899, betr. einige Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen (RGBl. S. 715).

f) RG. v. 11. März 1901, betr. Änderung des Gesetzes über das Posttarwesen im Gebiete des Deutschen Reichs v. 28. Okt. 1871 (RGBl. S. 15).

4. BG. v. 5. Juni 1869, betr. die Portofreiheiten im Gebiete des Nordd. Bundes (BGB. S. 141). Auch gültig für Baden auf. Art. 80 unter II. Ziffer 4 der zwischen dem Nordd. Bunde und Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des Deutschen Bundes v. 15. Nov. 1870¹⁾ (BGB. S. 647), für Bayern und Württemberg, auf. des RG. v. 29. Mai 1872 (RGB. S. 167) und für Südhessen, auf. RG. v. 20. Dez. 1875 (RGB. S. 323). In Elsaß-Lothringen eingeführt durch G. v. 1. März 1872 (GB. f. El.-Lothr. S. 150).

5. Bekanntm. des Bundeskanzlers v. 29. Aug. 1870, betr. die portopflichtige Korrespondenz zwischen Behörden verschiedener Bundesstaaten (BGB. S. 514).

Ausgedehnt auf sämtliche Staaten des Deutschen Reichs, auf. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. April 1872 (RGB. S. 108, GB. f. El.-Lothr. S. 168) und v. 8. Juli 1873 (RGB. S. 232), desgl. auf die portopflichtige Korrespondenz zwischen den Behörden des Reichs und Österreich-Ungarns, auf. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 31. Okt. 1873 (RGB. S. 366, GB. f. El.-Lothr. S. 290).

6. BG. v. 16. Mai 1869, betr. die Einführung von Telegraphenfreimarken (BGB. S. 377). Auch gültig für Baden und Südhessen, auf. Art. 80 unter II. der mit Baden und Hessen vereinbarten Verfassung (BGB. 1870 S. 647), und für El.-Lothr. auf. RG. v. 8. Febr. 1875 Ziffer 1 (RGB. S. 69, GB. f. El.-Lothr. S. 9), dagegen nicht eingeführt in Bayern und Württemberg.

Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Juli 1869, betr. die Einführung von Telegraphenfreimarken (Pr. Min.-Bl. für die innere Verwalt. S. 220) und Bekanntm. der Kaiserl. Generaldirektion der Telegraphen v. 10. Okt. 1872 (a. a. O. S. 260) und v. 12. Dez. 1874 (RGB. S. 443).

¹⁾ Vgl. unten Anlage I,

7. B. v. 2. Juni 1877, betr. die gebührenfreie Beförderung von Telegrammen (RGBl. S. 524).

8. RGBl. v. 6. April 1892 über das Telegraphenwesen des D. R. (RGBl. S. 467).

Dazu:

Bekanntm. des Reichspostamts v. 28. Juni 1892, betr. die Bedingungen für die Beteiligung an einer Stadt-Fernsprecheinrichtung (RGBl. S. 508).

9. Telegraphenwege-Gesetz v. 18. Dez. 1899 (RGBl. S. 705).

Dazu:

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. Jan. 1900, betr. Ausführungsbestimmungen zum Telegraphenwege-Gesetz (RGBl. S. 7).

10. Fernsprechgebühren-Ordnung v. 20. Dez. 1899 (RGBl. S. 711).

Vgl. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 31. Jan. 1900, betr. Bestimmungen über Fernsprech-Nebenanschlüsse (RGBl. S. 23) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 26. März 1900, betr. Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechgebühren-Ordnung (RGBl. S. 242) abgeändert durch Bekanntm. v. 28. Juni 1901 (RGBl. S. 235) und Bekanntm. v. 8. Dez. 1902 (RGBl. S. 416) und ergänzt durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Sept. 1902, betr. Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechgebühren-Ordnung (RGBl. S. 366), v. 27. Febr. 1903 (RGBl. S. 86), v. 11. Juli 1903 (RGBl. S. 446) und v. 6. Aug. 1903 (RGBl. S. 634).

Artikel 49.

Die Art. 49—52 sind für Baden erst mit dem 1. Jan. 1872 in Wirksamkeit getreten (Prot. v. 15. Nov. 1870 im Eingange, BGBl. S. 650).

Die Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens sind für das ganze Reich gemeinschaftlich.

Die Ausgaben werden aus den gemeinschaftlichen Einnahmen bestritten. Die Ueberschüsse fließen in die Reichskasse (Abschnitt XII.).

Artikel 50.

Dem Kaiser gehört die obere Leitung der Post- und Telegraphenverwaltung an. Die von ihm bestellten Behörden haben die Pflicht und das Recht, dafür zu sorgen, daß Einheit in der Organisation der Verwaltung und im Betriebe des Dienstes, sowie in der Qualifikation der Beamten hergestellt und erhalten wird.

Dem Kaiser steht der Erlaß der reglementarischen Festsetzungen und allgemeinen administrativen Anordnungen, sowie die ausschließliche Wahrnehmung der Beziehungen zu anderen Post- und Telegraphenverwaltungen zu.

Über die Buziehung von Vertretern einzelner Bundesstaaten bei dem Abschlusse von Post- und Telegraphenverträgen mit außerdeutschen Staaten, sowie über den selbstständigen Abschluß solcher nur den Grenzverkehr betr. Verträge vgl. Schlußprotokoll zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes (BGB. 1871 S. 23) unter XI.¹⁾

Sämmtliche Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung sind verpflichtet, den Kaiserlichen Anordnungen Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Diensteid aufzunehmen.

Vgl. Art. 18 Abs. 1 der Reichsverf.

¹⁾ Vgl. unten Anlage VII.

Die Anstellung der bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie in den verschiedenen Bezirken erforderlichen oberen Beamten (z. B. der Direktoren, Räte, Ober-Inspektoren), ferner die Anstellung der zur Wahrnehmung des Aufsichts- u. s. w. Dienstes in den einzelnen Bezirken als Organe der erwähnten Behörden fungirenden Post- und Telegraphenbeamten (z. B. Inspektoren, Kontrolleure) geht für das ganze Gebiet des Deutschen Reichs vom Kaiser aus, welchem diese Beamten den Diensteid leisten. Den einzelnen Landesregierungen wird von den in Rede stehenden Ernennungen, soweit dieselben ihre Gebiete betreffen, Behufs der landesherrlichen Bestätigung und Publikation rechtzeitig Mittheilung gemacht werden.

Die anderen bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie erforderlichen Beamten, sowie alle für den lokalen und technischen Betrieb bestimmten, mithin bei den eigentlichen Betriebsstellen fungirenden Beamten u. s. w. werden von den betreffenden Landesregierungen angestellt.

Wo eine selbstständige Landespost- resp. Telegraphenverwaltung nicht besteht, entscheiden die Bestimmungen der besonderen Verträge.

1. Auf. §. 50 des RG. v. 28. Okt. 1871 über das Postwesen des Deutschen Reichs (RGBl. S. 359) gebührt das Recht der Erlassung eines Postreglements dem Reichskanzler unter theilweiser Mitwirkung des Bundesrats. Auf Grund dieser Bestimmung ist die Postordnung v. 8. März 1879 (RGBl. S. 185) erlassen. Vgl. dazu: Ab-

änderungen v. 24. Aug. 1879 (RGBl. S. 538), v. 12. März 1883 (RGBl. S. 71), v. 16. Jan. 1886 (RGBl. S. 15), v. 21. März 1886 (RGBl. S. 72), v. 4. Juli 1888 (RGBl. S. 426), v. 13. Dez. 1888 (RGBl. S. 1042), v. 9. Mai 1889 (RGBl. S. 303), v. 30. April 1890 (RGBl. S. 115), v. 23. Mai 1890 (RGBl. S. 144), v. 16. Juni 1890 (RGBl. S. 181)¹⁾, v. 12. Dez. 1890 (RGBl. S. 387) und v. 5. März 1891 (RGBl. S. 52).

An Stelle der Postordnung v. 8. März 1879 ist vom 1. Juli 1892 ab die Postordnung für das Deutsche Reich v. 11. Juni 1892 (RGBl. S. 428, 430) getreten. Vgl. dazu: Abänderungen v. 30. Jan. 1895, 19. März 1896 und 28. Dez. 1899 (RGBl. 1895 S. 29, 1896 S. 123 u. 1899 S. 1).

Vom 1. April 1900 ab gilt die Postordnung v. 20. März 1900 (RGBl. S. 53 ff.) abgeändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. Aug. 1900 (RGBl. S. 495), v. 14. Nov. 1900 (RGBl. S. 599), v. 8. April 1901 (RGBl. S. 107), v. 12. Dez. 1901 (RGBl. S. 429), v. 25. März 1903 (RGBl. S. 152) und v. 25. Juli 1903 (RGBl. S. 478).

2. Telegraphenordnung für das Deutsche Reich v. 13. Aug. 1880 (RGBl. S. 560).²⁾ Abänderung v. 11. Juni 1886 (RGBl. S. 204), v. 13. Dez. 1888 (RGBl. S. 1042) und v. 15. Jan. 1891 (RGBl. S. 13).

An Stelle der Telegraphenordnung v. 13. Aug. 1880 ist vom 1. Juli 1891 ab die Telegraphenordnung für das

¹⁾ Die Postordnung v. 8. März 1879 ist mit den Abänderungen derselben und den Erläuterungen abgedruckt in Guttentags Gesetzgebung Bd. II S. 498—549.

²⁾ Dadurch ist die Telegraphenordnung für das Deutsche Reich v. 21. Juni 1872 (RGBl. S. 213) nebst den zu derselben ergangenen abändernden Vorschriften (RGBl. 1873 S. 150, 1876 S. 101, 1877 S. 432) ersetzt worden.

Deutsche Reich v. 15. Juni 1891 (RWB. S. 162) getreten, an deren Stelle vom 1. Juli 1897 an die Telegraphenordnung v. 9. Juni 1897 (RWB. S. 163), abgeändert durch Bekanntm. v. 18. Aug. 1901 (RWB. S. 313) und v. 22. Dez. 1903 (RWB. S. 730).

3. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Aug. 1903, betr. Rohrpostordnung für Berlin (RWB. S. 598).

4. Regl. v. 7. März 1876 über die Benutzung der innerhalb des Deutschen Reichstelegraphengebietes gelegenen Eisenbahn-Telegraphen zur Beförderung solcher Telegramme, welche nicht den Eisenbahndienst betreffen (RWB. S. 156).

5. Über die Organisation der Behörden und die Rechtsverhältnisse der Beamten des Post- und Telegraphenwesens vgl. Art. 18 der Reichsverf. und die Anm. dazu.

Artikel 51.

Bei Ueberweisung des Ueberschusses der Postverwaltung für allgemeine Reichszwecke (Art. 49.) soll, in Betracht der bisherigen Verschiedenheit der von den Landes-Postverwaltungen der einzelnen Gebiete erzielten Reineinnahmen, zum Zwecke einer entsprechenden Ausgleichung während der unten festgesetzten Uebergangszeit folgendes Verfahren beobachtet werden.

Aus den Postüberschüssen, welche in den einzelnen Postbezirken während der fünf Jahre 1861. bis 1865. aufgetreten sind, wird ein durchschnittlicher Jahresüberschuß berechnet, und der Antheil, welchen jeder einzelne Postbezirk an dem für das gesammte Gebiet des Reichs sich danach herausstellenden Postüberschüsse gehabt hat, nach Prozenten festgestellt.

Nach Maßgabe des auf diese Weise festgestellten Verhältnisses werden den einzelnen Staaten während der auf ihren Eintritt in die Reichs-Postverwaltung folgenden acht Jahre die sich für sie aus den im Reiche aufkommenden Postüberschüssen ergebenden Quoten auf ihre sonstigen Beiträge zu Reichszwecken zu Gute gerechnet.

Nach Ablauf der acht Jahre hört jene Unterscheidung auf, und fließen die Postüberschüsse in ungetheilter Aufrechnung nach dem im Artikel 49. enthaltenen Grundsatz der Reichskasse zu.

Von der während der vorgedachten acht Jahre für die Hansestädte sich herausstellenden Quote des Postüberschusses wird alljährlich vorweg die Hälfte dem Kaiser zur Disposition gestellt zu dem Zwecke, daraus zunächst die Kosten für die Herstellung normaler Posteinrichtungen in den Hansestädten zu bestreiten.

1. Bezüglich Badens vgl. Prot. v. 15. Nov. 1870, betr. die Vereinbarung zwischen dem Nordd. Bunde, Baden und Hessen über Gründung des D. Bundes (BGB. S. 650) unter 5 zu Art. 52 (jetzt Art. 51) der Reichsverf.¹⁾

2. BG. v. 5. Juni 1869, betr. die Portofreiheiten im Gebiete des Nordd. Bundes § 13 (BGB. S. 143): „Die Vorschriften des Artikels 52. (jetzt 51) der Bundesverfassung sind nicht auszudehnen auf denjenigen Teil der Postüberschüsse, welcher durch die in gegenwärtigem Gesetze angeordnete Aufhebung von Portofreiheiten ge-

¹⁾ Vgl. unten Anlage V.

wonnen wird. — Die näheren Bestimmungen über die Berechnung und Verwendung dieses bis Ende Dezember 1875. auszunehmenden Theils bleiben der Verständigung im Bundesrate unter Zustimmung des Reichstages vorbehalten.“

Vgl. Bzl. 4 zum Art. 48 der Reichsverf.

Artikel 52.

Die Bestimmungen in den vorstehenden Artikeln 48. bis 51. finden auf Bayern und Württemberg keine Anwendung. An ihrer Stelle gelten für beide Bundesstaaten folgende Bestimmungen.

In Betreff Württembergs vgl. auch die Verhandl. dd. Berlin d. 25. Nov. 1870 über den Beitritt Württembergs zu der zwischen dem Nordd. Bunde, Baden und Hessen vereinbarten Verf. des D. Bundes (RGBl. S. 657) unter 3¹⁾ und in Betreff Bayerns und Württembergs die Bestimmungen des RG. v. 28. Okt. 1871 über das Postwesen des D. Reichs §§ 4 und 50 (RGBl. S. 347), desgl. Art. 12 und 13 des G. v. 20. Dez. 1875, betr. die Abänderung des § 4 des G. v. 28. Okt. 1871 über das Postwesen (RGBl. 1875 S. 318), und des § 13 des RG. v. 28. Okt. 1871 über das Posttaxwesen im Gebiete des D. Reichs (RGBl. S. 362).

Dem Reiche ausschließlich steht die Gesetzgebung über die Vorrechte der Post und Telegraphie, über die rechtlichen Verhältnisse beider Anstalten zum Publikum, über die Portofreiheiten und das Posttaxwesen, jedoch ausschließlich der reglementarischen und Tarif-Bestimmungen für den internen Verkehr innerhalb Bayerns, beziehungsweise Württembergs,

¹⁾ Vgl. unten Anlage VI.

sowie, unter gleicher Beschränkung, die Feststellung der Gebühren für die telegraphische Korrespondenz zu.

Ebenso steht dem Reiche die Regelung des Post- und Telegraphenverkehrs mit dem Auslande zu, ausgenommen den eigenen unmittelbaren Verkehr Bayerns, beziehungsweise Württembergs mit seinen dem Reiche nicht angehörenden Nachbarstaaten, wegen dessen Regelung es bei der Bestimmung im Artikel 49. des Postvertrages vom 23. November 1867. bewendet.

Postvertrag v. 23. Nov. 1867 zwischen dem Nordd. Bunde, Bayern, Württemberg und Baden (BGB. 1868 S. 41 ff.) Art. 49.¹⁾

Artikel 49.

Die Behandlung der Sendungen im Verkehr mit auswärtigen Postgebieten richtet sich nach den Postverträgen mit den betreffenden fremden Regierungen, beziehungsweise nach den Uebereinkünften mit auswärtigen Transport-Unternehmungen.

Bei dem Abschlusse von Postverträgen mit fremden Regierungen wird, wenn zwei oder mehrere der Theilnehmer des gegenwärtigen Vertrages mit einem und demselben ausländischen Staate in unmittelbarem Postverkehr stehen oder in solchen eintreten wollen, diejenige Postverwaltung, welche den Abschluß eines neuen Vertrages beabsichtigt, den anderen beim direkten Postverkehr mit dem betreffenden Lande betheiligten Postverwaltungen von ihrer Absicht Kenntniß geben zum Zwecke der Herbeiführung einer Verständigung über das in dem Verhältnisse zu dem fremden Lande einzuhaltenende übereinstimmende

¹⁾ Vgl. v. Könnes Staatsrecht des D. Reichs, 2. Aufl., Bd. II Abt. 1 § 99 S. 292 ff.

Verfahren und der Geltendmachung der bezüglich des Deutschen Postwesens bestehenden gemeinsamen Interessen.

Insoweit als eine solche Verständigung stattgefunden hat, werden die dabei theilgenommenen Postverwaltungen sich bemühen, den Abschluß der neuen Verträge in Gemeinschaft zu bewirken, wobei eine Bevollmächtigung eines der kontrahirenden Theile durch den anderen nicht ausgeschlossen ist.

In allen Fällen wird durch die Verträge dahin Vorseorge getroffen werden, daß die Erleichterungen, welche dem Postverkehr des betreffenden Auslandes mit dem Gebiet der vertragsschließenden Deutschen Verwaltung zu Theil werden, in gleicher Weise und unter denselben Bedingungen auch auf den durch diese Verwaltung stückweise vermittelten Korrespondenzverkehr anderer Deutscher Postgebiete mit dem betreffenden Auslande zur Anwendung gelangen.

Die Annahme der in den Verträgen mit dem Auslande vereinbarten Bestimmungen soll für alle Theilnehmer des gegenwärtigen Vertrages obligatorisch sein, sobald bei den Festsetzungen über den Portobezug nicht unter das interne Deutsche Porto herunter gegangen ist. Hat in besonderen Fällen ein niedrigeres Porto vereinbart werden müssen, so bleibt die Theilnahme an den Bestimmungen des bezüglichen Vertrages dem Ermessen der einzelnen Postverwaltungen anheimgestellt.

An den zur Reichskasse fließenden Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens haben Bayern und Württemberg keinen Theil.

IX. Marine und Schifffahrt.

RG. v. 16. März 1886, betr. die Herstellung des Nord-Ostseekanals (RGBl. S. 58).

B. v. 17. Juli 1886, betr. die Errichtung einer besonderen Kommission für die Herstellung des Nord-Ostseekanals (RGBl. S. 233).

Allerh. Erl. v. 4. Juni 1894, betr. Abgabentarife für die Kanalstrecken Holfenau-Rendsburg und die Benutzung der Hafenanlagen zu Holfenau (RGBl. S. 464).

Allerh. Erl. v. 4. Juni 1895 (RGBl. S. 241), betr. den Abgabentarif für den Nord-Ostseekanal.

RG. v. 27. Mai 1896, betr. den Abgabentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal (RGBl. S. 150).

Allerh. Erl. v. 4. Aug. 1896, betr. Genehmigung eines revidierten Abgabentarifs für den Kaiser Wilhelm-Kanal (RGBl. S. 681).

RG. v. 30. Juni 1899, betr. die Gebühren für die Benutzung des Kaiser Wilhelm-Kanals (RGBl. S. 315).

RG. v. 20. Mai 1902, betr. den Gebührentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal (RGBl. S. 167).

Allerh. Erl. v. 15. Juni 1895 (RGBl. S. 349) betr. die Einrichtung und den Geschäftsgang des Kaiserlichen Kanalamts.

Betr.-D. für den Kaiser Wilhelm-Kanal v. 29. Juli 1901 (Beilage zu Nr. 41 RGBl.).

Artikel 53.¹⁾

Die Kriegsmarine des Reichs ist eine einheitliche unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammensetzung derselben liegt dem Kaiser ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernannt, und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind.

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. Reichs, 2. Aufl., Bd. II. Abth. 1 § 112 S. 160 ff. und Zorn's Staatsrecht des D. Reichs, 2. Aufl., Bd. I. § 7 S. 210 und § 9 S. 272.

Der Kieler Hafen und der Jadehafen sind Reichskriegshäfen.

RG. v. 19. Juni 1883, betr. die Reichskriegshäfen und die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1883/84 (RGBl. 1883 S. 105).¹⁾

Der zur Gründung und Erhaltung der Kriegsflotte und der damit zusammenhängenden Anstalten erforderliche Aufwand wird aus der Reichskasse bestritten.

Die gesammte seemannische Bevölkerung des Reichs, einschließlich des Maschinenpersonals und der Schiffshandwerker, ist vom Dienste im Landheere befreit, dagegen zum Dienste in der Kaiserlichen Marine verpflichtet.²⁾

2. Bgl. Art. 4 Nr. 14 der Reichsverf.

3. Bgl. Art. 57 und 59 der Reichsverf. und die Zus. dazu.

4. Organisation der Verwaltungs- und Kommando-Behörden der Kaiserl. Marine.

Allerh. Erl. v. 15. Juni 1871, betr. die Geschäftsführung der oberen Marinebehörde nebst Regulativ (RGBl. S. 272).

¹⁾ Bgl. § 5 des RG. v. 15. Dez. 1890, betr. die Vereinigung von Helgoland mit dem D. Reich (RGBl. S. 207).

²⁾ Bgl. RG. v. 26. Mai 1893, betr. die Ersatzverteilung (RGBl. S. 185), auf dem auch die jetzige Fassung des Art. 53 beruht. Derselbe hatte ursprünglich noch folgenden (5.) Absatz: Die Verteilung des Ersatzbedarfes findet nach Maßgabe der vorhandenen seemannischen Bevölkerung statt, und die hiernach von jedem Staate gestellte Quote kommt auf die Gestellung zum Landheere in Abrechnung.

Allerh. Erl. v. 1. Jan. 1872, betr. die oberste Marinebehörde (RGBl. S. 5).

Allerh. Erl. v. 30. März 1889, betr. die Trennung des Oberkommandos der Marine von der Verwaltung derselben (RGBl. S. 47).

Allerh. Erl. v. 18. Juni 1872, betr. die Veränderung der Organisation der Marine-Intendantur (RGBl. S. 361).

5. Allerh. Erl. v. 23. Mai 1876, betr. das oberste Militärgericht für Marinesachen (RGBl. S. 165).

6. BG. v. 9. Nov. 1867, betr. den außerordentlichen Geldbedarf des Nordd. Bundes zum Zwecke der Erweiterung der Bundeskriegsmarine und der Herstellung der Küstenverteidigung (BGBl. S. 157) und die RG. v. 20. Mai 1869 (RGBl. S. 137) und v. 6. April 1870 (BGBl. S. 65) wegen Abänderung dieses Gesetzes, ferner: RG. v. 27. Jan. 1875 (RGBl. S. 18), v. 29. April 1878 (RGBl. S. 87), v. 30. März 1879 (RGBl. S. 121), v. 26. März 1880 (RGBl. S. 95) und v. 28. März 1881 (RGBl. S. 68), betr. Aufnahmen von Anleihen für Zwecke der Verwaltung der Marine. Vgl. Zus. 1 zu c zum Art. 73 der Reichsverf.

Vgl. Art. VI. des RG. v. 8. Juli 1872, betr. die Französische Kriegskostenentschädigung (RGBl. S. 289), und § 1 des RG. v. 8. Juli 1873, betr. den nach dem G. v. 8. Juli 1872 einstweilen reservierten Teil der Französischen Kriegskostenentschädigung (RGBl. 1873 S. 217).

7. RG. v. 10. April 1898, betr. die deutsche Flotte (RGBl. S. 165), aufgehoben durch RG. v. 14. Juni 1900, betr. die deutsche Flotte (RGBl. S. 255).

Artikel 54.¹⁾

Die Rauffahrteischiffe aller Bundesstaaten bilden eine einheitliche Handelsmarine.

¹⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 93 S. 206 ff.

Das Reich hat das Verfahren zur Ermittlung der Ladungsfähigkeit der Seeschiffe zu bestimmen, die Ausstellung der Meßbriefe, sowie der Schiffs-certificate zu regeln und die Bedingungen festzustellen, von welchen die Erlaubniß zur Führung eines Seeschiffes abhängig ist.

1. Vgl. Art. 4 Nr. 7 und Nr. 9 der Reichsverf.

2. a) BG. v. 25. Okt. 1867, betr. die Nationalität der Rauffahrteischiffe und ihre Befugniß zur Führung der Bundesflagge ¹⁾ (BGBl. S. 35). Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 unter I. 2 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGBl. S. 51), für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGBl. S. 657) und für Bayern, zuf. § 2 unter I. 2 des RG. v. 22. April 1871 (BGBl. S. 87).

RG. v. 23. Dez. 1888, betr. Abänderungen des G. v. 25. Okt. 1867 über die Nationalität der Rauffahrteischiffe und ihre Befugniß zur Führung der Bundesflagge (RGBl. S. 300).

b) RG. v. 28. Juni 1873, betr. die Registrierung und die Bezeichnung der Rauffahrteischiffe (RGBl. S. 184).¹⁾

c) Behufs Ausführung der zu a und b gedachten Gesetze hat der Bundesrat die vom Reichskanzler publizierten Vorschriften über die Registrierung und die Bezeichnung der Rauffahrteischiffe v. 13. Nov. 1873 erlassen (RGBl. S. 367), abgeändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Sept. 1892, betr. die Bezeichnung der Rauffahrteischiffe (RGBl. S. 787).

d) Bekanntm. des Reichskanzlers, mit der (auf Grund des Art. 54 der Reichsverf. vom Bundesrat erlassenen) Schiffsvermessungs-D. v. 5. Juli 1872 (RGBl. S. 270),

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

an deren Stelle laut Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. Juni 1888 die neue vom Bundesrat beschlossene Schiffsvermessungs-D. (RGBl. S. 190) getreten ist. Abgeändert laut Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. März 1895 (RGBl. S. 153), betr. die (vom Bundesrat beschlossene) Abänderung der Schiffsvermessungs-D. v. 20. Juni 1888. Der neu festgestellte Text der Schiffsvermessungs-D. mit der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. März 1895 (RGBl. S. 160) ist im RGBl. S. 161 ff. abgedruckt; vgl. aber Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Mai 1899, betr. die Abänderung der Schiffsvermessungs-D. v. 1. März 1895 (RGBl. S. 310).

Dazu:

α) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. März 1895 mit den vom Bundesrat erlassenen Vorschriften, betr. die Vermessung der Schiffe für die Fahrt durch den Suezkanal (RGBl. S. 96).

β) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 19. Juli 1890, betr. die ohne vorgängige Neuvermessung erfolgende Erteilung wiederholter Ausfertigung von Meßbriefen für Seeschiffe zu erhebenden Gebühren (RGBl. S. 281).

γ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Febr. 1889, betr. die zu den Schiffscertifikaten zur Anwendung zu bringenden Formulare (RGBl. S. 227), geändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Nov. 1891 (RGBl. S. 320).

δ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Juli 1898, betr. Schiffsvermessung in Ostasien (RGBl. S. 1017).

3. Über die Feststellung der Bedingungen, von welchen die Erlaubnis zur Führung eines Seeschiffes abhängig ist, vgl. § 31 der Gewerbe-D. nebst den Zus. dazu (zum Art. 4 zu III. B. 6) oben S. 93.

4. Seemanns-D. v. 27. Dez. 1872 (RGBl. S. 409) außer Kraft getreten. Vgl. § 137 der seit 1. April 1903 gültigen Seemanns-D. v. 2. Juni 1902 (RGBl. S. 175), abgeändert durch RG. v. 23. März 1903 (RGBl. S. 57).

Dazu:

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. März 1903, betr. das Strafverfahren vor den Seemannsämtern (RWB. S. 42).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juni 1903, betr. die Besetzung der Kauffahrteischiffe mit Kapitänen und Schiffsoffizieren (RWB. S. 247).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juni 1903, betr. die Dreiteilung des Wachdienstes auf Kauffahrteischiffen (RWB. S. 251).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juni 1903, betr. die Nichtanwendung von Bestimmungen der Seemanns-O. auf kleinere Fahrzeuge (RWB. S. 252).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Mai 1903, betr. das Strafverfahren vor den Kaiserlichen Konsulaten als Seemannsämtern (RWB. S. 604).

5. RG. v. 27. Dez. 1872, betr. die Verpflichtung Deutscher Kauffahrteischiffe zur Mitnahme hilfsbedürftiger Seeleute (RWB. S. 432) außer Kraft getreten. Vgl. § 9 des seit 1. April 1903 gültigen RG. v. 2. Juni 1902, betr. die Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute (RWB. S. 212).

6. Strandungs-O. v. 17. Mai 1874 (RWB. S. 73).¹⁾

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. Nov. 1875 mit der Instr. des Bundesrats zur Strandungs-O. (RWB. S. 750).

RG. v. 30. Dez. 1901 zur Abänderung der Strandungs-O. (RWB. 1902 S. 1).

7. RG. v. 9. Jan. 1875, betr. die Deutsche Seewarte (RWB. S. 11).

Dazu: B. v. 26. Dez. 1875, betr. den Geschäftsbetrieb, die Einrichtung und die Verwaltung der Deutschen See-

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 20. Juli 1895 (RWB. S. 421).

warte (RG. S. 385), abgeändert durch B. v. 4. Febr. 1895 (RG. S. 151).

8. RG. v. 27. Juli 1877, betr. die Untersuchung von Seeunfällen (RG. S. 549).¹⁾

Dazu:

a) RG. v. 11. Juni 1878 über die Anwendung der Bestimmungen dieses Ges. auf Maschinisten der Seedampfschiffe (RG. S. 109).

β) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Nov. 1877, betr. die Mitwirkung von Konsulaten bei der Ausführung des G. 27. Juli 1877 (RG. S. 634).

9. RG. v. 2. Juni 1902, betr. die Stellenvermittlung für Schiffsteute (RG. S. 215).

In den Seehäfen und auf allen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen der einzelnen Bundesstaaten werden die Rauffahrteischiffe sämtlicher Bundesstaaten gleichmäßig zugelassen und behandelt. Die Abgaben, welche in den Seehäfen von den Seeschiffen oder deren Ladungen für die Benutzung der Schifffahrtsanstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung dieser Anstalten erforderlichen Kosten nicht übersteigen.

RG. v. 22. Mai 1881, betr. die Küstenfrachtfahrt (RG. S. 97).²⁾

Dazu:

a) B. v. 29. Dez. 1881, betr. die Berechtigung fremder Flaggen zur Ausübung der Deutschen Küstenfrachtfahrt (RG. S. 275).

b) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 29. Dez. 1881, betr. die durch das G. v. 22. Mai 1881 über die Küsten-

^{1) 2)} Vgl. die Anmerkung auf Seite 247.

frachtfahrt nicht berührten vertragsmäßigen Bestimmungen (RWB. S. 276).

c) B. v. 1. Juni 1886, betr. die Berechtigung der Niederländischen Flagge zur Ausübung der Deutschen Küstenfrachtfahrt (RWB. S. 129).

Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben, sowie die Abgaben für die Befahrung solcher künstlichen Wasserstraßen, welche Staatseigenthum sind, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Auf die Flößerei finden diese Bestimmungen insoweit Anwendung, als dieselbe auf schiffbaren Wasserstraßen betrieben wird.

1. Vgl. Art. 4 Nr. 8 u. 9 der Reichsverf.

2. BG. v. 11. Juni 1870 wegen Aufhebung der Elbzölle (RWB. S. 416).

Vgl. Vertrag zwischen dem Nordd. Bunde und Österreich v. 22. Juli 1870, betr. die Aufhebung des Elbzolls (RWB. S. 417).

3. BG. v. 1. Juni 1870 über die Abgaben von der Flößerei (RWB. S. 312), nebst den B. v. 1. Juni 1870 (a. a. O. S. 314), v. 19. Febr. 1871 (RWB. S. 31) und v. 13. Febr. 1874 (RWB. S. 14) zur Ausführung dieses Gesetzes. Auch gültig für Baden und Südhessen, auf. Art. 80 unter I. 23 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (RWB. 1870 S. 647), für Württemberg auf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (RWB. S. 656) und für Bayern (mit Zusätzen), auf. § 8 des RG. v. 22. April 1871 (RWB. S. 89).

4. Bgl. G. v. 29. Jan. 1873, betr. die Aufhebung der Binnenschiffahrtsabgaben in Elsaß-Lothringen (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 59) und G. v. 26. Mai 1892, betr. die Verbesserung der Kanäle sowie die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf denselben (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 49).

5. RG. v. 5. April 1886, betr. die Erhebung einer Schiffahrtsabgabe auf der Unterweser (RGBl. S. 67).

Auf fremde Schiffe oder deren Ladungen andere oder höhere Abgaben zu legen, als von den Schiffen der Bundesstaaten oder deren Ladungen zu entrichten sind, steht keinem Einzelstaate, sondern nur dem Reiche zu.

Artikel 55.

Die Flagge der Kriegs- und Handelsmarine ist schwarz-weiß-roth.

B. v. 25. Okt. 1867, betr. die Bundesflagge für Rauffahrteischiffe (RGBl. S. 39) und Allerh. D. v. 4. Juli 1867 über die Flagge der Kriegsmarine (Girth's Annal. des Nordb. Bundes, Bd. I S. 1042).

Allerh. genehmigtes Flaggen- und Salut-Regl. v. 24. Dez. 1867 (Berlin, bei J. Sittenfeld, 1868).

RG. v. 22. Juni 1899, betr. das Flaggenrecht der Rauffahrteischiffe (RGBl. S. 319), abgeändert durch RG. v. 22. Mai 1901 zur Abänderung des Gesetzes, betr. das Flaggenrecht der Rauffahrteischiffe (RGBl. S. 184).

Dazu:

B. v. 1. März 1900, betr. das Flaggenrecht deutscher Binnenschiffe, die ausschließlich auf ausländischen Gewässern verkehren (RGBl. S. 41) nebst Bekanntm. v. 11. April 1900 (RGBl. S. 270), B. v. 21. Aug. 1900, betr. Zeigen der Nationalflagge durch Rauffahrteischiffe (RGBl. S. 807), B. v. 5. Juli 1903, betr. die Erstreckung der für Rauffahrteischiffe geltenden Vorschriften auf die

Gouvernementsfahrzeuge der Schutzgebiete (RGV. S. 257), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Nov. 1899, betr. Ausführungsbestimmungen zum § 25 des Flaggen-Gesetzes v. 22. Juni 1899 (RGV. S. 380) und B. v. 21. Aug. 1900, betr. Zeigen der Nationalflagge durch Rauffahrteischiffe (RGV. S. 516).

Allerh. Erl. v. 2. März 1886, betr. die Führung der Kriegsflagge auf den Privatfahrzeugen der Deutschen Fürsten (RGV. S. 59).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. April 1893, betr. die durch Allerh. Erl. v. 27. März 1893 genehmigten Bestimmungen über die Führung der deutschen Kriegsflagge und der Reichsdienstflagge der Marine (RGV. S. 112). Durch diese Bestimmungen sind alle entgegenstehenden älteren Verfügungen und Vorschriften über die Führung der Kriegsflagge aufgehoben.

Vgl. Allerh. Erl. v. 21. Aug. 1893 (RGV. S. 275 und RGV. S. 359).

Allerh. Erl. v. 1. Juli 1896, betr. Abzeichen auf der Handelsflagge für die als Offiziere des Beurlaubtenstandes zc. der Marine angehörigen Schiffsführer (RGV. S. 181 u. RGV. S. 461), ergänzt durch Allerh. Erl. v. 7. Febr. 1903, betr. die Führung des Eisernen Kreuzes auf der Handelsflagge (RGV. S. 199).

X. Konsulatwesen.¹⁾

Artikel 56.

Das gesammte Konsulatwesen des Deutschen Reichs steht unter der Aufsicht des Kaisers, welcher

¹⁾ Vgl. v. Könné's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II Abt. 1 § 94 S. 224 ff. Guttentag'sche Samml. D. Reichsgesetze Nr. 21: Born, Die Konsulargesetzgebung.

die Konsuln, nach **Vernehmung** des Ausschusses des Bundesrathes für Handel und Verkehr, anstellt.

In dem Amtsbezirk der deutschen Konsuln dürfen neue Landeskonsulate nicht errichtet werden. Die Deutschen Konsuln üben für die in ihrem Bezirk nicht vertretenen Bundesstaaten die Funktionen eines Landeskonsuls aus. Die sämtlichen bestehenden Landeskonsulate werden aufgehoben, sobald die Organisation der Deutschen Konsulate dergestalt vollendet ist, daß die Vertretung der Einzelinteressen aller Bundesstaaten als durch die Deutschen Konsulate gesichert von dem Bundesrathe anerkannt wird.

1. Vgl. Art. 4 Nr. 7 der Reichsverf.

2. Über das Recht der einzelnen Bundesstaaten, auswärtige Konsuln bei sich zu empfangen und für ihr Gebiet mit dem Exequatur zu versehen, vgl. Schlußprotokoll zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. des D. Bundes (BGB. 1871 S. 25) unter XII.¹⁾

3. BG. v. 8. Nov. 1867, betr. die Organisation der Bundeskonsulate sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsuln (BGB. S. 137). Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 unter I. 4 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGB. 1870 S. 647), für Württemberg zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGB. S. 656) und für Bayern (mit einem Zusatz),²⁾ zuf. § 3 des RG. v. 22. April 1871 (BGB. S. 88).

¹⁾ Vgl. unten Anlage VII.

²⁾ Dieser Zusatz ist durch den § 48 des RG. v. 10. Juli 1879 (RG. S. 205) aufgehoben.

Dazu: RG. v. 1. April 1888, betr. die Zurückbeförderung der Hinterbliebenen im Auslande angestellter Reichsbeamten und Personen des Soldatenstandes (RGBl. S. 131) [zur Ausdehnung der Bestimmung des § 8 des Konsulats-Gesetzes].

Bgl. BG. v. 4. Mai 1870, betr. die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes von Bundesangehörigen im Auslande (BGBl. S. 599). Bgl. dazu unten Anlage XI. unter I. 7.

4. RG. v. 25. März 1880, betr. die Schiffsmeldungen bei den Konsulaten des Deutschen Reichs (RGBl. S. 181).

Dazu: B. v. 28. Juli 1880, betr. die Schiffsmeldungen bei den Konsulaten des D. Reichs (RGBl. S. 183) und B. des Reichskanzlers v. 15. Nov. 1880, betr. die Ausführung des G. v. 25. März 1880 und der B. v. 28. Juli 1880 (RGBl. S. 804).

5. a) RG. v. 10. Juli 1879, über die Konsulargerichtbarkeit (RGBl. S. 197). Dazu: Instr. des Reichskanzlers v. 10. Sept. 1879 zur Ausführung des G. v. 10. Juli 1879 (RGBl. S. 575) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Nov. 1891 (RGBl. S. 319).

Dazu:

B. v. 18. Nov. 1887, betr. die Rechtsverhältnisse in dem Schutzgebiete der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (RGBl. S. 527), B. v. 21. Dez. 1887, betr. die Rechtsverhältnisse in den südwestafrikanischen Schutzgebieten (RGBl. S. 535 [Ausdehnung des RG. v. 10. Juli 1879 auf die gedachten Schutzgebiete]).

RG. v. 7. April 1900 über die Konsulargerichtbarkeit (RGBl. S. 213).

B. v. 25. Okt. 1900 zur Einführung des Gesetzes über die Konsulargerichtbarkeit (RGBl. S. 999).

Dazu:

B. v. 25. Okt. 1900, betr. die Rechte an Grundstücken und die Anlegung von Grundbüchern in den Deutschen Niederlassungen in Tientsin und Hankau (RGBl. S. 1000).

B. v. 21. Nov. 1902, betr. die Rechte an Grundstücken in den Deutschen Schutzgebieten (RGBl. S. 283), B. v. 14. Febr. 1903 (RGBl. S. 27), v. 27. Okt. 1900 (RGBl. S. 574), v. 27. Okt. 1900 (RGBl. S. 576) und Dienstanweisung des Reichskanzlers v. 27. Okt. 1900 zur Ausführung des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkheit (RGBl. S. 577).

b) RG. v. 30. März 1874, betr. die Einschränkung der Gerichtsbarkheit der D. Konsuln in Egypten (RGBl. S. 23), und RG. v. 5. Juni 1880, betr. die Konsulargerichtsbarkheit in Egypten (RGBl. S. 145).

Dazu:

a) B. v. 23. Dez. 1875, betr. die Einschränkung der Gerichtsbarkheit der D. Konsuln in Egypten (RGBl. S. 381).

ß) B. v. 23. Dez. 1880, betr. die Konsulargerichtsbarkheit in Egypten (RGBl. S. 192).

γ) B. v. 15. Febr. 1897, betr. die Gerichtsbarkheit der D. Konsuln in Egypten (RGBl. S. 17).

δ) B. v. 6. Jan. 1901, betr. die Gerichtsbarkheit der D. Konsuln in Egypten (RGBl. S. 3).

e) RG. v. 7. Juni 1880, betr. die Konsulargerichtsbarkheit in Bosnien und der Herzegowina (RGBl. S. 146). Dazu: B. v. 23. Dez. 1880, betr. die Konsulargerichtsbarkheit in Bosnien und der Herzegowina (RGBl. S. 191).

d) RG. v. 27. Juli 1883, betr. die Konsulargerichtsbarkheit in Tunis (RGBl. S. 263). Dazu: B. v. 21. Jan. 1884, betr. die Konsulargerichtsbarkheit in der Regentschaft Tunis (RGBl. S. 9).

e) RG. v. 6. Juli 1890, betr. die Konsulargerichtsbarkheit in Samoa und die Übernahme einer Bürgschaft seitens des Reichs für die durch Einrichtung einer anderweiten Rechtspflege dortselbst erwachsenden anteilmäßigen Kosten (RGBl. S. 139). Dazu: B. v. 29. Okt. 1890, betr. die Konsulargerichtsbarkheit in Samoa (RGBl. S. 189).

6. a) RG. v. 1. Juli 1872, betr. die Gebühren und Kosten bei den Konsulaten des D. Reichs (RGBl. S. 245).

b) RG. v. 5. Juni 1895 (RGBl. S. 417) wegen Abänderung des Gesetzes v. 1. Juli 1872, betr. die Gebühren und Kosten bei den Konsulaten des D. Reichs.

c) B. v. 23. April 1879, betr. die Tagegelber, die Fuhrkosten und die Umzugskosten der gesandtschaftlichen und Konsularbeamten (RGBl. S. 127).

7. a) Allgem. Dienstinstr. für die Konsuln des D. Reichs v. 6. Juni 1871. (In Hirths Annalen des D. Reichs Bd. 4 [1871] S. 607.) Nachtrag dazu v. 22. Febr. 1873 (in Hänel und Vesse, Gesetzgebung des D. Reichs über Konsularwesen S. 44—89).

b) B. v. 23. April 1879, betr. den Urlaub der gesandtschaftlichen und Konsularbeamten und deren Stellvertretung (RGBl. S. 134), abgeändert durch B. v. 17. Aug. 1893 wegen Abänderung der B. v. 23. April 1879, betr. den Urlaub der gesandtschaftlichen und Konsularbeamten und deren Stellvertretung (RGBl. 1894 S. 518).

XI. Reichskriegswesen.¹⁾

1. Vgl. Art. 4 Nr. 14 der Reichsverf.

2. G. v. 23. Jan. 1872, betr. die Einführung von Bestimmungen über das Reichskriegswesen in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 31, GBl. f. El.-Lothr. S. 83).

[Zus. § 1 dieses G. sind die Art. 57, 58, 59, 61, 63, 64 u. 65 der Reichsverf. in Elsaß-Lothringen in Kraft gesetzt worden.]

Artikel 57.

Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen.

¹⁾ Vgl. v. Rönnes Staatsrecht des D. R., 2. Aufl. Bd. II Abt. 2 §§ 107—120 S. 111 ff.

1. BG. v. 9. Nov. 1867, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste (BGB. S. 131). Auch gültig für Baden und Hessen, zuf. Art. 80 unter I. 5 der mit diesen Staaten vereinbarten Verf. (BGB. 1870 S. 647), für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGB. S. 556), für Bayern (mit Vorbehalten), zuf. RG. v. 24. Nov. 1871 (RGB. S. 398), und für Elsaß-Lothringen, zuf. § 2 des G. v. 23. Jan. 1872 (RGB. S. 31, GB. f. El.-Lothr. S. 83).

2. Vgl. Art. 53 Abs. 4 der Reichsverf.

3. RG. v. 8. Febr. 1890, betr. die Wehrpflicht der Geistlichen (Römisch-kathol. Konfession). (RGB. S. 23.)

4. Vgl. § 3 des RG. v. 15. Dez. 1890, betr. die Vereinigung von Helgoland mit dem D. Reich (RGB. S. 207).

Artikel 58.

Die Kosten und Lasten des gesamten Kriegswesens des Reichs sind von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig zu tragen, so daß weder Bevorzugungen, noch Prägravationen einzelner Staaten oder Klassen grundsätzlich zulässig sind. Wo die gleiche Verteilung der Lasten sich in natura nicht herstellen läßt, ohne die öffentliche Wohlfahrt zu schädigen, ist die Ausgleichung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit im Wege der Gesetzgebung festzustellen.

RG. v. 11. Nov. 1871, betr. die Bildung eines Reichskriegsschatzes (RGB. S. 403).

Dazu: B. v. 22. Jan. 1874, betr. die Verwaltung des Reichskriegsschatzes (RGB. S. 9). Abgeändert durch B. v. 31. März 1897 (RGB. S. 169).

Artikel 59.

Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten zwanzigsten bis zum beginnenden achtundzwanzigsten Lebensjahre, dem stehenden Heere — und zwar die ersten drei Jahre bei den Fahnen, die letzten vier Jahre in der Reserve —, die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das neun- unddreißigste Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an. In denjenigen Bundesstaaten, in denen bisher eine längere als zwölfjährige Gesamtdienstzeit gesetzlich war, findet die allmähliche Herabsetzung der Verpflichtung nur in dem Maße statt, als dies die Rücksicht auf die Kriegsbereitschaft des Reichsheeres zuläßt.

In Bezug auf die Auswanderung der Reservisten sollen lediglich diejenigen Bestimmungen maßgebend sein, welche für die Auswanderung der Landwehrmänner gelten.¹⁾

¹⁾ Der erste Satz dieses Artikels lautete ursprünglich:

Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre, dem stehenden Heere — und zwar die ersten drei Jahre bei den Fahnen, die letzten vier Jahre in der Reserve — und die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr an.

Die Änderung beruht auf RG. v. 11. Febr. 1888, betr. Änderungen der Wehrpflicht [Art. I.] (RGBl., S. 11).

1. RG. v. 3. Aug. 1893, betr. die Friedenspräsenzstärke des Deutschen Heeres (RGBl. S. 233).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Art. I. (vgl. Art. 60 der Reichsverf. Zusp. 6).

Artikel II.

Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 treten bezüglich der Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft:

§. 1. Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet.

Im Falle nothwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die nach der Bestimmung des ersten Absatzes zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Eine solche Zurückbehaltung zählt für eine Uebung, in sinngemäßer Anwendung des letzten Absatzes des §. 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867 (Bundes-Gesetzbl. 1867 S. 131).

§. 2. Mannschaften, welche nach einer zweijährigen aktiven Dienstzeit entlassen worden sind (§. 1), kann im ersten Jahre nach ihrer Entlassung die Erlaubniß zur Auswanderung auch in der Zeit, in welcher sie zum aktiven Dienst nicht einberufen sind, verweigert werden.

Die Bestimmung des §. 60 Ziffer 3 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. 1874 S. 45) findet auf die nach zweijähriger aktiver Dienstzeit entlassenen Mannschaften keine Anwendung. Auch bedürfen diese Mannschaften keiner militärischen Genehmigung zum Wechsel des Aufenthalts.

§. 3. Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie, welche im stehenden Heere drei Jahre aktiv gedient haben, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre.

§. 4. Alle diesem Artikel entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die bezüglichlichen Festsetzungen des §. 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867, und des §. 2 des Artikels II des Gesetzes, betreffend Änderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888 (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 11) treten außer Kraft.

Artikel III.

Die Bestimmungen des Artikels II §. 1, erster Absatz, finden für diejenigen Mannschaften, welche nach zweijährigem aktiven Dienst hiernach zur Entlassung zu kommen hätten, im ersten Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes keine Anwendung; jedoch zählt eine solche Zurückbehaltung für eine Übung, desgleichen eine etwaige Einberufung während des angeführten Zeitraumes.

.....
Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben an Bord M. D. „Hohenzollern“

Comeß, den 3. August 1893.

(L. S.)

Wilhelm.

Graf von Caprivi.

2. Vgl. BG. v. 9. Nov. 1867, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste (BGBl. S. 131) § 15, BG. v. 1. Juni 1870 über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit (BGBl. S. 355) §§ 15 und 17, und Strafgesetzbuch für das D. R. (RGBl. 1876 S. 40) §§ 140 und 360 Nr. 3.

Artikel 60.

Die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres wird bis zum 31. Dezember 1871. auf Ein Prozent der Bevölkerung von 1867. normirt, und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt.

RG. v. 9. Dez. 1871, betr. die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres und die Ausgaben für die Verwaltung desselben für die Jahre 1872, 1873 und 1874 (RGBl. 1871 S. 411).

Reichs-Militär-gesetz v. 2. Mai 1874 § 1 [Verlängerung der Friedens-Präsenzstärke des Heeres für die Zeit vom 1. Jan. 1875 bis zum 31. Dez. 1881] (RGBl. 1874 S. 45).

RG. v. 6. Mai 1880, betr. Ergänzungen und Änderungen des Reichs-Militär-ges. v. 2. Mai 1874 Art. I § 1 (RGBl. 1880 S. 103) [Feststellung der Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1881 bis zum 31. März 1888 auf 427 274 Mann, wobei die Einjährig-Freiwilligen nicht in Anrechnung kommen.]

RG. v. 11. März 1887, betr. die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres (RGBl. S. 117). [Feststellung der Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1894 auf 468 409 Mann, wobei die Einjährig-Freiwilligen nicht in Anrechnung kommen.]

RG. v. 15. Juli 1890, betr. die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres (RGBl. S. 140). [Feststellung der Friedens-Präsenzstärke des Heeres für die Zeit vom 1. Okt. 1890 bis zum 31. März 1894 auf 486 983 Mann,

wobei die Einjährig-Freiwilligen nicht in Anrechnung kommen.]

RG. v. 3. Aug. 1893, betr. die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres (RGBl. S. 233). [Feststellung der Friedens-Präsenzstärke des Heeres für die Zeit vom 1. Okt. 1893 bis zum 31. März 1899 auf 479 229 Mann, wobei die Einjährig-Freiwilligen nicht in Anrechnung kommen].

Durch RG. v. 28. Juni 1896, enthaltend Änderungen des Ges., betr. die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres v. 3. Aug. 1893 (RGBl. 1896 S. 179) ist bestimmt, daß vom 1. April 1897 ab die Infanterie in 624 Bataillonen, die Kavallerie in 465 Eskadrons, die Feldartillerie in 494 Batterien, die Fußartillerie in 37 Bataillonen, die Pioniere in 23 Bataillonen, die Eisenbahntruppen in 7 Bataillonen und der Train in 21 Bataillonen formiert werden, und durch RG. v. 25. März 1899, betr. die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres (RGBl. S. 213) wird die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres für die Zeit vom 1. Okt. 1899 bis 31. März 1904 auf 495 500 Mann festgesetzt excl. Einj.-Freiwillige. Am Schluß des Rechnungsjahres 1902 bestehen bei der Infanterie 625 Bataillone, bei der Kavallerie 482 Eskadrons incl. Melbereiter, bei der Feldartillerie 574 Batterien, bei der Fußartillerie 38 Bataillone, bei den Pionieren 26 Bataillone, bei den Verkehrstruppen 11 und beim Train 23 Bataillone.

Artikel 61.

Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Reiche die gesammte Preussische Militairgesetzgebung ungesäumt einzuführen, sowohl die Gesetze selbst, als die zu ihrer Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung erlassenen Reglements, Instruktionen und Reskripte, namentlich also das Militair-Straf-

gesetzbuch vom 3. April 1845., die Militair-Strafgerichtsordnung v. 3. April 1845., die Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843., die Bestimmungen über Aushebung, Dienstzeit, Servis- und Verpflegungswesen, Einquartierung, Ersatz von Flurbeschädigungen, Mobilmachung u. s. w. für Krieg und Frieden. Die Militair-Kirchenordnung ist jedoch ausgeschlossen.

Nach gleichmäßiger Durchführung der Kriegsorganisation des Deutschen Heeres wird ein umfassendes Reichs-Militairgesetz dem Reichstage und dem Bundesrath zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

1. Auf Grund des Art. 61 Abs. 1 der Reichsverfassung sind folgende Verordn. des Präsidiums des Nordd. Bundes ergangen:

a) B. v. 7. Nov. 1867, betr. die Einführung Preuß. Militärgesetze im ganzen Bundesgebiete (BGB. S. 125).¹⁾

¹⁾ Die durch diese B. im ganzen Nordd. Bundesgebiete eingeführten Preuß. Militärgesetze sind demnächst zum größten Theile durch Reichsgesetze ersetzt worden. Das darunter auch begriffene G. v. 27. Febr. 1850, betr. die Unterstützung der bedürftigen Familien zum Dienste einberufener Reserve- und Landwehrmannschaften (Pr. GS. 1850 S. 70), ist, zuf. des BG. v. 8. April 1868 (BGB. S. 38), auch auf die bedürftigen Familien der zum Dienste einberufenen Ersatzmannschaften für anwendbar erklärt und hat zuf. des RG. v. 22. Nov. 1871 (RGW. S. 399) auch für Baden Geltung erlangt. Vgl. dazu RG. v. 4. Dez. 1871, betr. den Ersatz der den bedürftigen Familien zum Dienste einberufener Reservisten und Land-

b) B. v. 29. Dez. 1867, betr. die Einführung des Preuß. Militärstrafrechts im ganzen Bundesgebiete (RG. B. S. 185), welcher für das Gebiet des Nordd. Bundes erlassenen B. eine Zusammenstellung der das geltende Preuß. Militärstrafrecht enthaltenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse beigelegt ist.

Zuf. B. v. 24. Nov. 1871 sind die Bestimmungen der B. v. 29. Dez. 1867 auch für Baden in Kraft gesetzt worden (RG. B. 1871 S. 401).

Vgl. G. v. 6. Dez. 1873, betr. die Einführung der Preuß. Militärstrafgerichts-D. in Elsaß-Lothringen (G. B. f. El.-Lothr. S. 331).

c) RG. v. 3. Mai 1890, betr. die Abänderung der Militärstrafgerichts-D. (RG. B. S. 63). [Nichtunterwerfung der verabschiedeten Offiziere unter die Militärgerichtsbarkeit.]

d) B. v. 22. Dez. 1868, betr. die Einführung der in Preußen geltenden Vorschriften über die Heranziehung der Militärpersonen zu Kommunalauflagen im ganzen Bundesgebiete (RG. B. S. 571). Dazu: RG. v. 28. März 1886, betr. die Heranziehung von Militärpersonen zu den Gemeindeabgaben (RG. B. S. 65).

wehrmannschaften gewährten oder noch zu gewährenden gesetzlichen Unterstützungen (RG. B. S. 407) und RG. v. 28. Febr. 1888, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften (RG. B. S. 59), RG. v. 10. Mai 1892, betr. die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften (RG. B. S. 661), nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 2. Juni 1892, 12. Dez. 1898 und 15. Nov. 1902, betr. die Ausführungsvorschriften zu dem G. v. 10. Mai 1892 über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften (RG. B. 1892 S. 668, 1898 S. 1305 und 1902 S. 278).

2. Bundes- und Reichsgesetze in Betreff des Militärwesens.

a) α) BG. v. 9. Nov. 1867, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste (BGBl. S. 131), zum Reichsgesetze erklärt.

Vgl. Zusp. 1 zum Art. 57 der Reichsverfassung.

β) Reichs-Militärgef. v. 2. Mai 1874 (RGBl. S. 75), RG. v. 6. Mai 1880, betr. Ergänzungen und Abänderungen des Reichs-Militärgef. v. 2. Mai 1874 (RGBl. 1888 S. 103), RG. v. 11. März 1887, betr. die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres §§ 2 u. 3 (RGBl. S. 117), RG. v. 11. Febr. 1888 Art. II., betr. Änderungen der Wehrpflicht (RGBl. S. 11), RG. v. 27. Jan. 1890, betr. Änderung des Reichs-Militärgef. v. 2. Mai 1874 (RGBl. 1890 S. 7), RG. v. 25. März 1899, betr. Änderungen des Reichs-Militärgef. v. 2. Mai 1874 (RGBl. S. 215), Allerh. Erl. v. 8. Mai 1888, betr. Bestimmungen zur Ausführung des § 66 des Reichs-Militärgef. v. 2. Mai 1874 u. v. 6. Mai 1880 rücksichtlich der Reichsbeamten (RGBl. S. 169) und Art. II. § 2 des RG. v. 26. Mai 1893, betr. die Ersatzerteilung (RGBl. S. 185). [Durch ist § 9 des Reichs-Militärgef. außer Kraft gesetzt.]

γ) RG. v. 12. Febr. 1875 über den Landsturm (RGBl. S. 63). Aufgehoben durch Art. II. § 35 des RG. v. 11. Febr. 1888, betr. Änderungen der Wehrpflicht (RGBl. S. 21), dessen Abschn. 4 an die Stelle der Bestimmungen des RG. v. 12. Febr. 1875 über den Landsturm getreten ist.

δ) RG. v. 15. Febr. 1875, betr. die Ausübung der militärischen Kontrolle über die Personen des Beurlaubtenstandes, die Übungen derselben, sowie die gegen sie zulässigen Disziplinarstrafmittel (RGBl. S. 65).

ε) Allerh. Erl. v. 28. Sept. 1875 mit der Deutschen Wehr-D. und der Heer-D. (RGBl. Nr. 41, S. 534 ff.) und Allerh. Erl. v. 26. Aug. 1880 mit Ergänz. und Änderungen der Heer-D. (Pr. Min.-Bl. d. i. V. 1881 S. 120 ff.).

An die Stelle der Deutschen Wehr-D. v. 28. Sept. 1875 ist, unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen, namentlich der Deutschen Wehr-D. v. 28. Sept. 1875 und der vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu dem G., betr. Änderungen der Wehrpflicht v. 11. Febr. 1888 (RWB. S. 37), die mittels Allerh. Erl. v. 22. Nov. 1888 genehmigte Deutsche Wehr-D. getreten. Dazu: Allerh. Erl. v. 14. März 1890 mit Abänderungen und Ergänzungen der Deutschen Wehr-D. (RWB. S. 63) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. März 1890 mit den Berichtigungen des Textes der Wehr-D. v. 22. Nov. 1888 (RWB. 1890 S. 69), Allerh. Erl. v. 3. Juni und v. 20. Nov. 1893 mit Änderungen der Deutschen Wehr-D. v. 22. Nov. 1888 (RWB. 1893 S. 157 u. 318), Allerh. Erl. v. 22. Mai 1899, betr. Änderungen der Deutschen Wehr-D. (RWB. S. 165), Allerh. Erl. v. 18. Febr. 1901, betr. Änderungen der Deutschen Wehr-D. (RWB. S. 41). Der Text der Wehr-D. ist laut Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Juni 1901 in der Beilage zu Nr. 32 des Centralbl. für das D. Reich veröffentlicht worden.

b) RG. v. 30. Juni 1873, betr. die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen an Offiziere und Ärzte des Reichsheeres und der Kaiserl. Marine, sowie an die Reichsbeamten (RWB. S. 166), abgeändert durch § 2 des RG. v. 7. Juli 1902 (RWB. S. 239).

Vgl. Zuz. II. 2 zum Art. 18 der Reichsverf. unten S. 181.

c) a) RG. v. 27. Juni 1871, betr. die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen des Reichsheeres und der Kaiserl. Marine, sowie die Bewilligung für die Hinterbliebenen solcher Personen (RWB. S. 275).

RG. v. 4. April 1874, betr. einige Abänderungen und Ergänzungen des G. v. 27. Juni 1871 über die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen etc. (RWB. 1874 S. 25),

Diese beiden Gesetze gelten auch für Elsaß-Lothringen auf. RG. v. 8. Febr. 1875 (RGBl. S. 69, GBl. f. El.-Lothr. S. 9).

Vgl. dazu die Ausführungsbestimmungen des Preuß. Kriegs- und Marine-Min. v. 18. Aug. 1871 (Pr. Armeeverordn.-Bl. S. 227) und des Bundesrats v. 22. Febr. 1875 (RGBl. S. 142 und Pr. Armeeverordn.-Bl. S. 63).

RG. v. 30. März 1880, betr. eine Ergänzung des G. v. 27. Juni 1871 über die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen etc. (RGBl. 1880 S. 99).

RG. v. 21. April 1886, betr. die Abänderung des Militärpensionsgesetzes v. 27. Juni 1871 (RGBl. 1886 S. 78).

RG. v. 24. März 1887, betr. einige auf die Marine bezügliche Abänderungen und Ergänzungen des G. v. 27. Juni 1871 über die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen etc. (RGBl. 1887 S. 149).

RG. v. 17. Juni 1887, betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen von Angehörigen des Reichsheeres und der Kaiserl. Marine (RGBl. S. 237), welches die Verpflichtung der Offiziere, Ärzte im Offizerrang und Beamten des Reichsheeres und der Kaiserl. Marine zur Entrichtung von Witwen- und Waisengeldbeiträgen zur Reichskasse einführt, abgeändert durch Art. II u. IV des RG. v. 17. Mai 1897 wegen anderweiter Bemessung der Witwen- und Waisengelder (RGBl. S. 455). Dazu: Bekanntm. des Reichsfinanzlers v. 12. Sept. 1887 zur Ausführung des § 27 des G. v. 17. Juni 1887 (RGBl. S. 341).

RG. v. 5. März 1888, betr. den Erlaß der Witwen- und Waisengeldbeiträge von Angehörigen der Reichs-Civilverwaltung des Reichsheeres und der Kaiserl. Marine (RGBl. S. 65).

RG. v. 22. Mai 1893, betr. einige Änderungen und Ergänzungen der Militärpensionsgesetze v. 27. Juni 1871 und v. 4. April 1874, sowie des Reichsbeamtengesetzes

v. 31. März 1873 und des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds v. 11. Mai 1877 (RGBl. S. 171).

RG. v. 11. Juni 1895 (RGBl. S. 261), betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Kaiserl. Marine vom Feldwebel abwärts, abgeändert durch Art. III u. IV des RG. v. 17. Mai 1897 wegen anderweiter Bemessung der Witwen- und Waisengelder (RGBl. S. 455).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. Juli 1899, betr. Grundsätze über die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden zc. mit Militär-anwärtern (RGBl. S. 268).

β) RG. v. 23. Mai 1873, betr. die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds (RGBl. S. 117).

Dazu:

αα) RG. v. 23. Febr. 1876, wegen Abänderung des G. v. 23. Mai 1873, betr. die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds (RGBl. 1876 S. 24).

ββ) RG. v. 11. Mai 1877, wegen Abänderung des G. v. 23. Mai 1873, betr. die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds (RGBl. 1877 S. 495).

γγ) RG. v. 30. März 1879, wegen Abänderung der G. v. 23. Febr. 1876 und v. 23. Mai 1873, betr. die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds (RGBl. 1879 S. 119).

δδ) RG. v. 22. Mai 1893, betr. einige Änderungen und Ergänzungen . . . des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds v. 11. Mai 1877 (RGBl. 1893 S. 171).

εε) RG. v. 22. Mai 1895, wegen Abänderung des G. v. 23. Mai 1873, betr. die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds (RGBl. S. 237).

ζζ) RG. v. 1. Juli 1899, wegen Verwendung von Mitteln des Reichsinvalidenfonds (RGBl. S. 339).

ηη) RG. v. 2. Juni 1878, betr. die Gewährung einer Ehrenzulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71 [aus dem Reichsinvalidenfonds] (RGBl. S. 99). — Dazu: Allerh. Erl. v. 19. Nov. 1878, betr.

die Bestimmung derjenigen militärischen Dienstausszeichnungen, welche außer dem Preuß. Militärehrenzeichen zweiter Klasse neben dem Besitze des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse, zum Bezuge der Ehrentulage nach Maßgabe des G. v. 2. Juni 1878 berechtigen (RGV. S. 361).

69) RG. v. 17. Juni 1878, betr. die Übernahme bisher aus Landesfonds gezahlter Pensionen auf das Reich [Zahlung aus dem Reichsinvalidenfonds] (RGV. S. 127).

u) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Juni 1874, betr. die Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds (RGV. S. 104).

7) BG. v. 14. Juni 1868, betr. die Bewilligung von lebenslänglichen Pensionen und Unterstützungen an Offiziere und obere Militärbeamte der vormaligen Schleswig-Holsteinischen Armee, sowie an deren Witwen und Waisen (BGV. S. 335).

BG. v. 3. März 1870, betr. die Bewilligung von lebenslänglichen Pensionen und Unterstützungen an Militärpersonen der Unterlassen der vormaligen Schleswig-Holsteinischen Armee, sowie an deren Witwen und Waisen (BGV. S. 39).

Vgl. dazu die Ausführungsbestimmungen v. 3. Mai 1870 (Preuß. Min.-Bl. d. i. B. S. 219).

Beide Gesetze gelten auch für die Süddeutschen Staaten, zuf. Art. 80 unter I. Ziffer 9 u. 21 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGV. 1870 S. 647), der Art. 1 u. 2 Nr. 6 des Bündnisvertrages mit Württemberg v. 25. Nov. 1870 (a. a. O. S. 656) und des § 2 unter I. Nr. 5 u. 11 des RG. v. 22. April 1871 (BGV. S. 87).

Bezüglich der Übernahme dieser Pensionen und Unterstützungen auf den Reichsinvalidenfonds vgl. das RG. v. 17. Juni 1878 S. 127.

RG. v. 14. Jan. 1894, betr. die Gewährung von Unterstüzungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene (RGBl. S. 107).

Die Bewilligungen nach Maßgabe dieses Gesetzes werden aus dem Invalidenfonds bestritten.

RG. v. 31. Mai 1901, betr. Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen (RGBl. S. 193).

d) Naturalleistungen für die bewaffnete Macht.

a) BG. v. 25. Juni 1868, betr. die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, nebst Regulativ für die Quartierbedürfnisse, Servistarif und Klasseneinteilung der Orte (BGBl. S. 253 ff.).¹⁾

Abänderungen der Klasseneinteilung: Allerh. Erl. v. 26. April 1869 (BGBl. S. 130), und Allerh. Erl. v. 17. März 1870 (BGBl. S. 52).

Dazu: Allerh. Erl. v. 31. Dez. 1868 mit der Instruktion zur Ausführung des Bundesgesetzes wegen der Quartierleistung v. 25. Juni 1868 (BGBl. 1869 S. 1), und Allerh. Erl. v. 3. Sept. 1870, betr. die Abänderung des § 15 der Instruktion (BGBl. S. 514).

RG. v. 22. Nov. 1871, betr. die Einführung des G. des Nordb. Bundes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes v. 25. Juni 1868 in Baden (RGBl. 1871 S. 400).

G. v. 14. Juli 1871 (für Elsaß-Lothringen), betr. die Quartierleistung für die bewaffnete Macht und die Naturalverpflegung der Truppen im Frieden (GBl. f. Els.-Lothr. S. 187.)

RG. v. 9. Febr. 1875, betr. die Einführung des G. des Nordb. Bundes über die Quartierleistung für die be-

¹⁾ In Hessen südlich des Mains ist das BG. v. 25. Juni 1868 auf Grund des Art. 2 Abs. 2 der Militärkonvention zwischen Hessen und Preußen v. 7. April 1867 durch das Hessische Landesgesetz v. 11. Aug. 1869 (Großherzogl. Hessisches Reg.-Bl. S. 617) eingeführt worden.

waffnete Macht während des Friedenszustandes v. 25. Juni 1868 im Königreiche Bayern (RGBl. 1875 S. 48).

RG. v. 9. Febr. 1875, betr. die Einführung des G. über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes v. 25. Juni 1868 in Württemberg (RGBl. 1875 S. 52).

RG. v. 21. Juni 1887, betr. Abänderung bezw. Ergänzung des G., betr. die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes v. 25. Juni 1868, sowie des G. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden v. 13. Febr. 1875 (RGBl. 1887 S. 245.)

Dazu: Allerh. Erl. v. 30. Aug. 1887, betr. die Instruktion zur Ausführung des G. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden v. 13. Febr. 1875 und der dazu ergangenen abändernden Bestimmungen des G. v. 21. Juni 1887 (RGBl. S. 433) und Allerh. Erl. v. 28. Juli 1889, betr. die Abänderung der Instruktion zur Ausführung der G. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden v. 30. Aug. 1887 (RGBl. 1889 S. 175).

RG. v. 3. Aug. 1878, betr. die Revision des Servistarifs und der Klasseneinteilung der Orte (RGBl. S. 243).

B. v. 22. Febr. 1881, betr. die Änderung der Klasseneinteilung einzelner Orte (RGBl. S. 35).

B. v. 9. Mai 1882, betr. die Änderung der Klasseneinteilung einzelner Orte (RGBl. S. 57).

RG. v. 28. Mai 1887, betr. den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte (RGBl. S. 159).

B. v. 29. Juni 1888, betr. eine Abänderung der Klasseneinteilung der Orte (RGBl. S. 209).

B. v. 28. März 1892, betr. die Klasseneinteilung einzelner Orte (RGBl. S. 340).

RG. v. 26. Juli 1897, betr. den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte (RGBl. S. 619), abgeändert durch § 1 des RG. v. 7. Juli 1902 (RGBl. S. 239).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. Juni 1891, betr. Feststellung der Servisklasse eines Gemeindebezirks infolge Einverleibung in eine andere Gemeinde (RWB. S. 149).

B. v. 18. Dez. 1899, betr. die Klasseneinteilung der Orte (RWB. S. 704).

ß) RG. v. 13. Febr. 1875 über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden (RWB. S. 52).

Dazu: Allerh. Erl. v. 2. Sept. 1875 nebst der Instruktion zur Ausführung des G. v. 13. Febr. 1875 über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden (RWB. S. 261) und Allerh. Erl. v. 11. Juli 1878, betr. Abänderungen und Ergänzungen der Instruktion v. 2. Sept. 1875 (RWB. 1878 S. 229), nebst Allerh. Erl. v. 24. Juni 1883, betr. die Zahlungsanweisungen der Vergütungen für die durch die Truppenübungen entstehenden Flurschäden (RWB. S. 264).

RG. v. 21. Juni 1887, betr. Abänderung bezw. Ergänzung des G. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden (RWB. S. 245).

RG. v. 24. Mai 1898, enthaltend Abänderungen des G. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden v. 13. Febr. 1875 und des G. v. 21. Juni 1887 (RWB. S. 357).

Der Text des G. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden v. 13. Febr. 1875, wie er sich aus den Abänderungen ergibt, ist mit der Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. Mai 1898 im RWB. S. 361 ff. abgedruckt.

Dazu: Allerh. Erl. v. 13. Juli 1898, betr. die Verordnung zur Ausführung des G. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden in der Fassung des G. v. 24. Mai 1898 (RWB. S. 921).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. März 1901, betr. Änderung des Militärtarifs für Eisenbahnen (RWB. S. 36).

γ) B. v. 11. Febr. 1888, betr. die Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Frieden [Friedens-Transport-Ordnung] (RGBl. S. 23).

B. v. 29. Juli 1889, betr. Abänderung und Ergänzung des § 35 der Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Frieden (RGBl. S. 172).

B. v. 26. Mai 1890, betr. Ergänzung des § 35 der Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Frieden (RGBl. S. 71).

Vgl. die Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. März 1888 (RGBl. S. 106), v. 10. Aug. 1889 (RGBl. S. 480), v. 3. Juni 1890 (RGBl. S. 147) und v. 2. Nov. 1892 (RGBl. S. 641).

An Stelle der bisherigen Militär-Transport-Ordnungen für Eisenbahnen im Frieden und im Kriege ist die Militär-Transport-Ordnung v. 18. Jan. 1899, abgeändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juli 1899 (RGBl. S. 392), v. 26. Juli 1900 u. 14. Nov. 1900 (RGBl. S. 785 u. 1011), v. 14. Juli 1901 (RGBl. S. 265), v. 31. Okt. 1902 (RGBl. S. 275), v. 3. Dez. 1902 (RGBl. S. 293), v. 2. Jan. 1903 (RGBl. S. 5), v. 12. März 1903 (RGBl. S. 41), v. 20. März 1903 (RGBl. S. 60) und v. 30. März 1903 (RGBl. S. 213) getreten (RGBl. 1899 S. 15).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Juni 1901, betr. Vervollständigung der Militär-Transport-Ordnung und des Militärartaris für Eisenbahnen v. 18. Jan. 1899 (RGBl. S. 207).

δ) RG. über die Kriegseleistungen v. 13. Juni 1873 (RGBl. S. 129). Auch gültig für Elsaß-Lothringen, auf G. v. 6. Okt. 1873 (GBl. f. El.-Lothr. S. 262).

Dazu:

αα) B. v. 1. April 1876, betr. die Ausführung des G. v. 13. Juni 1873 über die Kriegseleistungen (RGBl. 1876 S. 137).

ββ) B. v. 18. April 1882, betr. die Form der Marsch-
routen für Kriegsverhältnisse (RWB. S. 47).

γγ) B. v. 6. Juni 1885 zur Ergänzung der Ausführungs-
bestimmungen zu dem G. v. 13. Juni 1873 über die Kriegs-
leistungen v. 1. April 1876 und 18. April 1882 (RWB.
1885 S. 197).

δδ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Jan. 1887,
betr. den Militärarif für Eisenbahnen (RWB. S. 97 und
RWB. S. 33).

εε) B. v. 26. Jan. 1887, betr. die Militär-Transport-
Ordnung für Eisenbahnen im Kriege [Kriegs-Transport-
Ordnung] (RWB. S. 9); aufgehoben durch die oben
sub γ erwähnte B. v. 18. Jan. 1899 (RWB. S. 15).

ζζ) B. v. 14. April 1888, betr. die Abänderung und
Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zu dem G.
über die Kriegleistungen (RWB. S. 142), B. v. 27. Juni
1890 und Ergänzung der (vorgedachten) B. v. 14. April
1888 (RWB. 1890 S. 75), Bekanntm. des Reichskanzlers
v. 3. Nov. 1893, betr. Abänderung der Ausführungs-
bestimmungen zum Kriegleistungs-Gesetz in Bezug auf
den Fouragesatz für schwere Pferde kaltblütigen Schlages
(RWB. S. 316) und Bekanntm. des Reichskanzlers v.
24. Juli 1894, betr. die auf Grund des Gesetzes über
die Kriegleistungen gebildeten Lieferungsverbände und
die hinsichtlich der Kriegleistungen der Gemeinden zu-
ständigen Behörden (RWB. S. 341).

ηη) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Aug. 1889,
betr. Abänderung und Ergänzung der Anlage XI. zur
Kriegs-Transport-Ordnung (RWB. S. 177).

θθ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. März 1901,
betr. Änderungen des Militärarifs für Eisenbahnen
(RWB. S. 36).

οο) RG. v. 21. Dez. 1871, betr. die Beschränkungen
des Grundeigentums in der Umgebung von Festungen

(RGB. S. 459). Auch gültig für Elsaß-Lothringen, auf. G. v. 21. Febr. 1872 (RGB. S. 56, GB. f. El.-Lothr. S. 133).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers, betr. die Erweiterung von Festungsanlagen v. 26. Febr. 1872 (RGB. S. 56, GB. f. El.-Lothr. S. 147), v. 1. Febr. 1873 (RGB. S. 39), v. 27. März 1873 (RGB. S. 58), v. 7. Juni 1876 (RGB. S. 165), v. 8. Jan. 1882 (RGB. S. 3), v. 4. Dez. 1884 (RGB. S. 253), v. 13. Mai 1887 (RGB. S. 157), v. 16. Aug. 1888 (RGB. S. 232) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Juli 1891, betr. die Neubefestigung von Helgoland (RGB. S. 374).

f) RG. v. 28. Mai 1894, betr. den Schutz der Brieftauben und den Brieffaubenverkehr im Kriege (RGB. S. 463), nebst Ausführungsbestimmungen zu diesem G. v. 8. Nov. 1894 (RGB. S. 457).

g) Militärstrafgesetzbuch für das D. R. v. 20. Juni 1872 (RGB. S. 174) und Einführungs-G. zum Militärstrafgesetzbuche für das D. R. v. 20. Juni 1872 (RGB. S. 173). [Dazu: Druckfehlerberichtigung im RGB. 1873. Beilage zu Stück 15 S. 138.]

Zur Anlage unter B. des Militärstrafgesetzbuches v. 20. Juni 1872: B. v. 13. Aug. 1895, betr. die Klasseneinteilung der Militärbeamten des Reichsheeres und der Marine (RGB. S. 431), aufgehoben durch B. v. 12. Aug. 1901, betr. die Klasseneinteilung der Militärbeamten des Reichsheeres und der Marine (RGB. S. 283).

h) Militärstrafgerichtsordnung v. 1. Dez. 1898 (RGB. S. 1189) und Einführungsgesetz zur Militärstrafgerichtsordnung v. 1. Dez. 1898 (RGB. S. 1289). Dazu: B. v. 28. Dez. 1899, betr. das Inkrafttreten der Militärstrafgerichtsordnung v. 1. Dez. 1898 (RGB. 1900 S. 1) und B. v. 28. Dez. 1899, betr. die Übertragung der Befugnisse des preussischen General-Auditorats auf

das Reichsmilitärgericht¹⁾ (RGW. 1900 S. 2), sowie B. v. 15. Juli 1901, betr. die Inkraftsetzung der Militärstrafgerichtsordnung v. 1. Dez. 1898 für das ostasiatische Expeditionskorps (RGW. S. 779).

l) RG., betr. die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten und die unfreiwillige Versetzung derselben in eine andere Stelle oder in den Ruhestand v. 1. Dez. 1898 (RGW. S. 1297).

k) RG. v. 9. März 1899, betr. die Einrichtung eines besonderen Senats für das bayerische Heer bei dem Reichsmilitärgericht in Berlin (RGW. S. 135).

l) RG. v. 22. Juni 1871, betr. die Verleihung von Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbener Verdienste (RGW. S. 307).

m) Allerh. Erl. v. 20. Mai 1871, betr. die Stiftung einer Kriegsgedenkstätte für die Feldzüge 1870 und 1871 nebst Stiftungsstatut (RGW. S. 111).

Erweiterungen des Stiftungsstatuts: RGW. 1871 S. 113 und 1872 S. 84.

RG. v. 24. Mai 1871, betr. die (Kosten der) Kriegsgedenkstätte für die bewaffnete Macht des Reichs (RGW. S. 103).

n) RG. v. 31. Mai 1877, betr. die Verwendung eines Teils des Reingewinns aus dem von dem großen Generalstabe redigierten Werke „Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71“ (RGW. S. 523) und R. v. 12. Juli 1884, betr. den Reingewinn aus dem von dem großen Generalstabe verfaßten Werke „Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71“ (RGW. S. 119). Dazu: Allerh. Erl. v.

¹⁾ Vgl. Allerh. Erl. v. 30. Jan. 1902, betr. die Geschäftsordnung für das Reichsmilitärgericht (RGW. S. 59) sowie Allerh. Erl. v. 30. Jan. 1902, betr. die Geschäftsordnung für den bei dem Reichsmilitärgerichte bestehenden Disziplinarhof für richterliche Militärjustizbeamte (RGW. S. 63).

21. März 1878, betr. die Generalstabstiftung [mit dem Statut derselben] (RGBl. S. 13) und RG. v. 17. April 1888, betr. den Reingewinn aus kriegsgeschichtlichen Werken des großen Generalstabes (RGBl. S. 141).

Artikel 62.¹⁾

Zur Bestreitung des Aufwandes für das gesammte Deutsche Heer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind bis zum 31. Dezember 1871. dem Kaiser jährlich sovielmals 225 Thaler, in Worten zweihundert fünf und zwanzig Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Artikel 60. beträgt, zur Verfügung zu stellen. Vergl. Abschnitt XII.²⁾

Nach dem 31. Dezember 1871. müssen diese Beiträge von den einzelnen Staaten des Bundes zur Reichskasse fortgezahlt werden. Zur Berechnung derselben wird die im Artikel 60. interimistisch festgestellte Friedens-Präsenzstärke so lange festgehalten, bis sie durch ein Reichsgesetz abgeändert ist.

Die Herausgabung dieser Summe für das gesammte Reichsheer und dessen Einrichtungen wird durch das Etatsgesetz festgestellt.

Bei der Feststellung des Militair-Ausgabe-Etats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich

¹⁾ Vgl. hierzu v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 88 S. 148 ff.

²⁾ Vgl. Art. 70 und Schlußbestimmung zum XII. Abschnitt der Reichsverf.

feststehende Organisation des Reichsheeres zu Grunde gelegt.

1. Hinsichtlich der Zahlungen Badens vgl. Prot. v. 15. Nov. 1870, betr. die Vereinbarung zwischen dem Nordb. Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes (BGB. S. 650) unter 7 (zu Art. 62 der Verf.); ¹⁾ hinsichtlich Württembergs die Verhandlung v. 25. Nov. 1870 über den Beitritt Württembergs zur Verf. des Deutschen Bundes (BGB. S. 657) ²⁾ und Art. 13 der Militärkonvention mit Württemberg v. 21. und 25. Nov. 1870 (BGB. S. 658). ³⁾

Hinsichtlich der Feststellung der von Bayern auf sein Heer zu verwendenden Gesamtsumme vgl. den Bündnisvertrag mit Bayern v. 23. Nov. 1870 (BGB. 1871 S. 9) unter II. ⁴⁾

2. RG. v. 9. Dec. 1871, betr. die Friedens-Präsenzstärke des Deutschen Heeres und die Ausgaben für die Verwaltung desselben für die Jahre 1872, 1873 und 1874 (RGB. S. 411).

RG. v. 14. Juni 1873, betr. außerordentliche Ausgaben für die Jahre 1873 und 1874 zur Verbesserung der Lage der Unteroffiziere (RGB. S. 139).

3. Vgl. Art. 71 Abs. 2 der Reichsverf.

Artikel 63.

Die gesammte Landmacht des Reichs wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht.

¹⁾ Vgl. unten Anlage V.

²⁾ Vgl. unten Anlage VI.

³⁾ Vgl. unten Anlage X.

⁴⁾ Vgl. unten Anlage IX.

Die Regimenter *z.* führen fortlaufende Nummern durch das ganze Deutsche Heer. Für die Bekleidung sind die Grundfarben und der Schnitt der Königlich Preussischen Armee maßgebend. Dem betreffenden Kontingentsherrn bleibt es überlassen, die äußeren Abzeichen (Kofarden *z.*) zu bestimmen.

Der Kaiser hat die Pflicht und das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des Deutschen Heeres alle Truppentheile vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind und daß Einheit in der Organisation und Formation, in Bewaffnung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften, sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt und erhalten wird. Zu diesem Behufe ist der Kaiser berechtigt, sich jederzeit durch Inspektionen von der Verfassung der einzelnen Kontingente zu überzeugen und die Abstellung der dabei vorgefundenen Mängel anzuordnen.

Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand, die Gliederung und Eintheilung der Kontingente des Reichsheeres, sowie die Organisation der Landwehr, und hat das Recht, innerhalb des Bundesgebietes die Garnisonen zu bestimmen, sowie die kriegsbereite Aufstellung eines jeden Theils des Reichsheeres anzuordnen.

Behufs Erhaltung der unentbehrlichen Einheit in der Administration, Verpflegung, Bewaffnung und Ausrüstung aller Truppentheile des Deutschen Heeres sind die bezüglich künftigen ergehenden An-

ordnungen für die Preussische Armee den Kommandeuren der übrigen Kontingente, durch den Artikel 8. Nr. 1. bezeichneten Ausschuss für das Landheer und die Festungen, zur Nachachtung in geeigneter Weise mitzutheilen.

Artikel 64.

Alle Deutsche Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahneneid aufzunehmen.

Der Höchstkommandirende eines Kontingents, sowie alle Offiziere, welche Truppen mehr als eines Kontingents befehligen, und alle Festungskommandanten werden von dem Kaiser ernannt. Die von Demselben ernannten Offiziere leisten Ihm den Fahneneid. Bei Generalen und den Generalstellungen versehenen Offizieren innerhalb des Kontingents ist die Ernennung von der jedesmaligen Zustimmung des Kaisers abhängig zu machen.

Der Kaiser ist berechtigt, Behufs Versetzung mit oder ohne Beförderung für die von Ihm im Reichsdienste, sei es im Preussischen Heere, oder in anderen Kontingenten zu besetzenden Stellen aus den Offizieren aller Kontingente des Reichsheeres zu wählen.

Artikel 65.

Das Recht, Festungen innerhalb des Bundesgebietes anzulegen, steht dem Kaiser zu, welcher die

Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel, soweit das Ordinarium sie nicht gewährt, nach Abschnitt XII. beantragt.

1. RG. v. 30. Mai 1873, betr. die Geldmittel zur Umgestaltung und Ausrüstung von Deutschen Festungen (RGBl. S. 123). [Reichs-Festungs-Baufonds.]

Vgl. RG. v. 8. Juli 1872, betr. die Französische Kriegskostenentschädigung (RGBl. S. 289).

2. Vgl. RG. v. 21. Dez. 1871, betr. die Beschränkungen des Grundeigentums in der Umgebung von Festungen (RGBl. S. 459). Vgl. Zus. 2o zum Art. 61 der Reichsverf. unten S. 275.

Artikel 66.¹⁾

Wo nicht besondere Konventionen ein Anderes bestimmen, ernennen die Bundesfürsten, beziehentlich die Senate die Offiziere ihrer Kontingente, mit der Einschränkung des Artikels 64. Sie sind Chefs aller ihren Gebieten angehörenden Truppentheile und genießen die damit verbundenen Ehren. Sie haben namentlich das Recht der Inspizierung zu jeder Zeit und erhalten, außer den regelmäßigen Rapporten und Meldungen über vorkommende Veränderungen, Behufs der nöthigen landesherrlichen Publikation, rechtzeitige Mittheilung von den die betreffenden Truppentheile berührenden Avancements und Ernennungen.

Auch steht ihnen das Recht zu, zu polizeilichen Zwecken nicht bloß ihre eigenen Truppen zu ver-

¹⁾ Vgl. hierzu v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 2 § 107 S. 126 ff.

wenden, sondern auch alle anderen Truppentheile des Reichsheeres, welche in ihren Ländergebieten dislocirt sind, zu requiriren.

Artikel 67.

Ersparnisse an dem Militair-Stat fallen unter keinen Umständen einer einzelnen Regierung, sondern jederzeit der Reichskasse zu.

Artikel 68.

Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Theil desselben in Kriegszustand erklären. Bis zum Erlaß eines die Voraussetzungen, die Form der Verkündigung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regelnden Reichsgesetzes gelten dafür die Vorschriften des Preussischen Gesetzes vom 4. Juni 1851. (Gesetz-Samml. für 1851. S. 451 ff.).

Vgl. § 4 des Einf.-Ges. v. 31. Mai 1870 zum Straßengesetzbuch für den Nordd. Bund (RGB. S. 195) und für Bayern § 7 des RG. v. 22. April 1871 (RGB. S. 89).

Vgl. Militärstrafgesetzbuch für das D. Reich v. 20. Juni 1872 § 9 (RGB. S. 175).

RG. v. 30. Mai 1892 über die Vorbereitung des Kriegszustandes in Elsaß-Lothringen (RGB. S. 667).

Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt.

Die in diesem Abschnitt enthaltenen Vorschriften kommen in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnißvertrages vom 23. November 1870. (Bundes-

gesetzbl. 1871. S. 9.) unter III. §. 5.,¹⁾ in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militairkonvention vom 21./25. November 1870. (Bundesgesetzbl. 1870. S. 658.)²⁾ zur Anwendung.

XII. Reichsfinanzen.³⁾

Artikel 69.

Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird vor Beginn des Etatsjahres nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt.

RG. v. 29. Febr. 1876, betr. das Etatsjahr für den Reichshaushalt (RGBl. S. 121).

G. v. 18. März 1878, betr. die Verlegung des Etatsjahres für das öffentliche Rechnungswesen in Elsaß-Lothringen (GBl. f. Elß.-Lothr. S. 7).

Artikel 70.

Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Ein-

¹⁾ Vgl. unten Anl. IX.

²⁾ Vgl. unten Anl. X.

³⁾ Vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 §§ 70—91 S. 65 ff.

nahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden

I. Ad v.: Reichsteuern.

1. Wechselstempelsteuer.¹⁾

a) BG. v. 10. Juni 1869, betr. die Wechselstempelsteuer im Nordb. Bunde (BGB. S. 193). Auch gültig für Baden und Südhessen, auf. Art. 80 unter I. ibid. der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGB. 1870 S. 647), für Württemberg auf. Art. 6 Nr. 6 des Vertrages mit Württemberg v. 25. Nov. 1870 (BGB. S. 656), für Bayern, auf. § 4 des RG. v. 22. April 1871 (BGB. S. 88), für die Hohenzollernschen Lande, auf. Art. 80 unter II. der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGB. 1870 S. 647) und laut Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Dez. 1870 (BGB. S. 666) und für Elsaß-Lothringen, auf. G. v. 14. Juli 1871 (G. f. El.-Lothr. S. 175).

Dazu: Bekanntm. des Bundes- bezw. Reichskanzlers v. 13. Dez. 1869 zur Ausführung des G., betr. die Wechselstempelsteuer (BGB. S. 691), v. 23. Juni 1871 (RG. S. 267) und v. 13. Dez. 1874 (RG. S. 148) und für Elsaß-Lothringen Bekanntm. v. 27. Juni 1871 (G. f. El.-Lothr. S. 183).

¹⁾ Vgl. Guttentag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Nr. 5 a: Das Deutsche Reichsgesetz über die Wechselstempelsteuer nebst Ausführungsbestimmungen, den Entscheidungen der höchsten Gerichte u. Verwaltungsbehörden. 7. Aufl., bearb. von P. Loef. Berlin 1902.

Über den Debit der Wechselstempelmarken und gestempelten Blankets zur Entrichtung der Wechselstempelsteuer, sowie das Verfahren bei Erstattung verborbener Stempelmarken und Blankets: Bekanntm. des Bundes- bezw. Reichskanzlers v. 13. Dez. 1869 (RWB. S. 695), v. 21. Febr. 1870 (RWB. S. 36), v. 11. Aug. 1871 (RWB. S. 323), v. 11. Juli 1873 (RWB. S. 295), v. 16. Juli 1881 (RWB. S. 245), v. 22. Nov. 1881 (RWB. S. 271), v. 10. Juli 1882 (RWB. S. 122), v. 9. Juni 1884 (RWB. S. 68), v. 15. März 1886 (RWB. S. 60), v. 28. Okt. 1890 (RWB. S. 343) und v. 21. Sept. 1899 (RWB. S. 553), und für Elsaß-Lothringen: Bekanntm. v. 3. Aug. 1871 (WB. f. El.-Lothr. S. 245) und v. 30. Juli 1873 (a. a. O. S. 184).

b) RW. v. 4. Juni 1870, wegen Abänderung des G. v. 10. Juni 1869, betr. die Wechselstempelsteuer (RWB. 1879 S. 151).

Dazu:

Bekanntm. des Reichskanzlers vom 13. Juni 1879, betr. die Ausgabe neuer Stempelmarken und gestempelter Blankets zur Entrichtung der Wechselstempelsteuer (RWB. S. 153); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. März 1880, betr. den Umtausch und die Einlösung der vor dem 1. Juli 1879 ausgegebenen Stempelmarken und gestempelten Blankets zur Entrichtung der Wechselstempelsteuer (RWB. S. 94); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juli 1881, betr. die Abänderung der Vorschriften über die Verwendung der Wechselstempelmarken (RWB. S. 245); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Nov. 1881, betr. die Ausgabe neuer Stempelmarken zur Entrichtung der Wechselstempelsteuer (RWB. S. 271).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Nov. 1879, betr. die Berechnung der Wechselstempelabgabe von den in außerdeutschen Währungen ausgedrückten Wechselsummen (RWB. S. 663). Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers

v. 1. Febr. 1882 (RGBl. S. 26), v. 6. Febr. 1884 (RGBl. S. 27) und v. 18. Mai 1893 (RGBl. S. 143).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. März 1901, betr. Ausführungsbestimmungen zum Wechselstempelsteuergesetz (RGBl. S. 69).

2. Spielkartenstempelsteuer:

RG. v. 3. Juli 1878, betr. den Spielkartenstempel (RGBl. S. 133).

Zur Ausführung dieses G. ergangene Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Juli 1878 (RGBl. S. 403), v. 2. Nov. 1878 (a. a. D. S. 614), v. 11. Nov. 1878 (a. a. D. S. 623), v. 15. April 1879 (RGBl. S. 286), v. 24. April 1879 (a. a. D. S. 327), v. 2. Mai 1879 (a. a. D. S. 339), v. 15. Juli 1879 (a. a. D. S. 489), v. 7. Aug. 1879 (a. a. D. S. 516) und v. 16. März 1886 (RGBl. S. 59).

Verzeichnis der im Deutschen Reich zur Abstempelung von Spielkarten dauernd befugten Zoll- und Steuerstellen im RGBl. 1880 S. 669.

3. Reichsstempelabgaben.¹⁾

a) RG. v. 1. Juli 1881, betr. die Erhebung von Reichsstempelabgaben (RGBl. S. 185).

Dazu: Ausführungsvorschriften des Bundesrates v. 7. Juli 1881 zu dem G. v. 1. Juli 1881 (RGBl. S. 283) und Bestimmungen des Bundesrates v. 7. Juli 1881 über die Erhebung und Berechnung der nach dem G. v. 1. Juli 1881 zu entrichtenden Reichsstempelabgaben (a. a. D. S. 304).

Verzeichnis derjenigen Steuerstellen, welche zur Erhebung der Reichsstempelabgaben und zur Abstempelung

¹⁾ Vgl. Guttentagsche Samml. D. Reichsgesetze Nr. 18: Reichsstempelgesetz (Börsensteuergesetz) v. 14. Juni 1900 mit den Ausführungsbestimmungen, einem Auszug aus den Gesetzesmaterialien und Entscheidungen der Verwaltungsbehörden und des Reichsgerichts. Textausgabe mit Anm. 8. Aufl., v. P. Voet. Berlin 1901.

von ausländischen Aktien, Noten und Schuldverschreibungen nach Maßgabe der Bestimmungen unter „Ausnahmen“ zu Ziffer 1 und 2 des Tarifs zum G. v. 1. Juli 1881 zuständig sind im RGV. S. 387.

b) RG. v. 29. Mai 1885, betr. Abänderung des G. wegen Erhebung von Reichsstempelabgaben v. 1. Juli 1881 (RGV. 1885 S. 171).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 3. Juni 1885, betr. die Redaktion des G. wegen Erhebung von Reichsstempelabgaben (RGV. S. 179), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 15. Sept. 1885 mit den vom Bundesrate beschlossenen Bestimmungen zur Ausführung des G., betr. die Erhebung von Reichsstempelabgaben (RGV. S. 417); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 29. Dez. 1885, betr. die Erhebung und Verrechnung der Reichsstempelabgaben (RGV. 1886 S. 1); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Febr. 1886, betr. einen Zusatz zu den gedachten Ausführungsvorschriften (RGV. S. 32); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Mai 1886 desgl. (a. a. O. S. 131); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Jan. 1887 wegen Abänderung der gedachten Ausführungsvorschriften (RGV. S. 23); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Juni 1887, betr. die Erhebung und Verrechnung der Reichsstempelabgaben (a. a. O. S. 159); Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. April 1891 (RGV. S. 74) und v. 1. März 1892 (RGV. S. 104). Vgl. die Beschlüsse des Bundesrates v. 17. und 19. Nov. 1886 und 2. Juli 1891 über die Auslegung der Tarifnummern 2, 3 u. 5 des Reichsstempelgesetzes (RGV. 1886 S. 411 und RGV. 1891 S. 209).

c) RG. v. 27. April 1894 wegen Abänderung des Gesetzes, betr. die Erhebung von Reichsstempelabgaben v. 1. Juli 1881
29. Mai 1885 (RGV. 1894 S. 369).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. April 1894, betr. die Redaktion des Reichsstempelgesetzes (RGV.

§. 381) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. April 1894, betr.:

1. Die Ausführungsvorschriften A zum Reichsstempelgesetz v. 27. April 1894,

2. die Bestimmungen B über die Erhebung und Berechnung der nach dem Reichsstempelgesetz zu entrichtenden Abgaben (RGBl. 1894 S. 121), und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 30. Juni 1896, betr. Abänderung der Ausführungsvorschriften zum Reichsstempelgesetz v. 27. April 1894 (RGBl. S. 174).

d) RG. v. 14. Juni 1900, betr. Abänderung des Reichsstempelgesetzes v. 27. April 1894 (RGBl. S. 260).

Dazu Bekanntm. des Reichskanzlers v. 14. Juni 1900, betr. die Fassung des Reichsstempelgesetzes und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 21. Juni 1900, betr. Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz v. 14. Juni 1900 (RGBl. S. 335).

4. Schaumweinsteuer:

Schaumweinsteuergesetz v. 9. Mai 1902 (RGBl. S. 155).

Abkommen v. 10. Mai 1902 zwischen dem Deutschen Reiche und dem Großherzogtum Luxemburg wegen Begründung einer Gemeinschaft der Schaumweinsteuer (RGBl. S. 232), Bekanntm. dazu v. 18. März 1903 (RGBl. S. 56).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Juni 1902, betr. Ausführungsbestimmungen zum Schaumweinsteuergesetz v. 9. Mai 1902 (RGBl. S. 127)

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Febr. 1903, betr. Abänderungen und Ergänzungen der Schaumweinsteuer-Ausführungsbestimmungen (RGBl. S. 52).

Artikel 71.

Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in be-

v. Rönne, Reichsverfassung. 9. Aufl.

19

sonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden.

Während der im Artikel 60. normirten Uebergangszeit ist der nach Titeln geordnete Etat über die Ausgaben für das Heer dem Bundesrathe und dem Reichstage nur zur Kenntnißnahme und zur Erinnerung vorzulegen.

Vgl. die Zus. zum Art. 60 der Reichsverf.

Artikel 72.

Ueber die Verwendung aller Einnahmen des Reichs ist durch den Reichskanzler dem Bundesrathe und dem Reichstage zur Entlastung jährlich Rechnung zu legen.

Über die Kontrolle des Reichshaushalts durch den Rechnungshof des D. Reichs vgl. die in Zus. I. G. zum Art. 18 der Reichsverf. alleg. G. (oben S. 172).

Artikel 73.

In Fällen eines außerordentlichen Bedürfnisses kann im Wege der Reichsgesetzgebung die Aufnahme einer Anleihe, sowie die Uebernahme einer Garantie zu Lasten des Reichs erfolgen.

1. Anleihe-Gesetze.

a) BG. v. 9. Nov. 1867, betr. den außerordentlichen Geldbedarf des Nordd. Bundes zum Zwecke der Erweiterung der Bundeskriegsmarine und der Herstellung der Küstenverteidigung (BGBl. S. 157), nebst den abändernden G. v. 20. Mai 1869 (BGBl. S. 137) und v. 6. April 1870 (BGBl. S. 65).

b) Anleihen aus Anlaß des Krieges mit Frankreich:

BG. v. 21. Juli 1870, betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung (BGB. S. 491), BG. v. 29. Nov. 1870, betr. den ferneren Geldbedarf für die Kriegführung (BGB. S. 619), RG. v. 26. April 1871, betr. die Beschaffung weiterer Geldmittel zur Bestreitung der durch den Krieg veranlaßten außerordentlichen Ausgaben (BGB. S. 91) und RG. v. 28. Okt. 1871, betr. die Zurückzahlung der auf Grund des G. v. 21. Juli 1870 aufgenommenen fünfprozentigen Anleihe (RGB. 1871 S. 343). Vgl. dazu den Schluß-Absatz des Prot. v. 15. Nov. 1870, betr. die Vereinbarung zwischen dem Nordb. Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes (BGB. S. 650) und Schluß-Prot. zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes (BGB. 1871 S. 23 ff.) unter XIII.

c) Reichsanleihen für Zwecke der Marine, des Reichsheeres, der Post- und Telegraphenverwaltung, zur Durchführung der Münzreform, für Zwecke der Reichseisenbahnen, des Anschlusses von Hamburg und Bremen an das Deutsche Zollgebiet, der Vervollständigung des Deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung etc. Vgl. die betreffenden Reichsgesetze im RGB. 1875 S. 18, 1876 S. 1, 1877 S. 1, 494, 500, 513, 531, 1878 S. 87, 105, 125, 1879 S. 121, 152, 1880 S. 95, 187, 1881 S. 68, 92, 273, 1882 S. 38, 68, 1883 S. 29, 148, 337, 1884 S. 21, 213, 1885 S. 74, 79, 87, 1886 S. 52, 287, 309, 1887 S. 148, 204, 250, 251, 1888 S. 55, 67, 107, 298, 1889 S. 37, 45, 193, 1890 S. 49, 59, 130, 177, 1891 S. 13, 14, 50, 336, 1892 S. 305, 309, 368, 471, 501, 1893 S. 122, 141, 226, 1894 S. 305, 341, 1895 S. 207, 1896 S. 86, 668, 1897 S. 587, 1898 S. 137 und 1899 S. 188 u. 345.

2. RG. v. 31. Mai 1891, betr. das Reichsschuldbuch (RGB. S. 321).

Dazu: B. v. 24. Jan. 1892 über die Inkraftsetzung des G., betr. das Reichsschuldbuch (RGB. S. 303), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 27. Jan. 1892 mit den vom Bundesrate genehmigten Ausführungsbestimmungen zu dem G. v. 31. Mai 1891, betr. das Reichsschuldbuch (RGB. S. 25) und Bekanntm. der Reichsschuldenverwaltung v. 7. März 1892, betr. Beginn der Eintragung in das Reichsschuldbuch (RGB. S. 157).

3. RG. v. 16. April 1896, 24. März 1897, 31. März 1898, 25. März 1899 und 30. März 1900 wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung (RGB. 1896 S. 103, 1897 S. 95, 1898 S. 138, 1899 S. 189, 1900 S. 173) und RG. v. 28. März 1903, betr. Verwendung von Mehrerträgen der Reichseinnahmen und Überweisungssteuern zur Schuldentilgung (RGB. S. 109).

4. Reichsschuldenordnung v. 19. März 1900 (RGB. S. 129).

5. BG. v. 11. Juni 1868, betr. die anteilige Übernahme einer Garantie des Nordb. Bundes für eine zur Herstellung der dauernden Fahrbarkeit des Sulinaarmes der Donaumündungen von der Europäischen Donauschiffahrtskommission aufzunehmenden Anleihe (BGBl. 1869 S. 33).

Vgl. den von der Europäischen Donaukommission unterm 19. Nov. 1889 beschlossenen (an die Stelle der älteren Tarife getretenen) Tarif der an der Sulina-mündung zu erhebenden Schiffsabgaben (RGB. 1890 S. 25).

6. BG. v. 31. Mai 1870, betr. die zur Herstellung der St. Gotthard-Eisenbahn von Seiten des Nordb. Bundes zu gewährende Subvention (BGBl. S. 312), aufgehoben durch das (an dessen Stelle getretene) RG. v. 2. Nov. 1871, betr. die St. Gotthard-Eisenbahn (RGB. S. 375).

Bgl. Übereinkunft v. 15. Okt. 1869, Übereinkunft v. 28. Okt. 1871 und Übereinkunft v. 12. März 1878 zwischen Deutschland, Italien und der Schweiz wegen Herstellung und Subventionierung einer Eisenbahn über den St. Gotthard (RGBl. 1871 S. 376, 378 und 1879 S. 270).

7. RG. v. 14. Nov. 1886, betr. die Bürgschaft des Reichs für die Zinsen einer Egyptischen Staatsanleihe (RGBl. S. 301).

Schlußbestimmung zum XII. Abschnitt.

Auf die Ausgaben für das Bayerische Heer finden die Artikel 69. und 71. nur nach Maßgabe der in der Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt erwähnten Bestimmungen des Vertrages vom 23. November 1870.¹⁾ und der Artikel 72. nur insoweit Anwendung, als dem Bundesrath und dem Reichstage die Ueberweisung der für das Bayerische Heer erforderlichen Summe an Bayern nachzuweisen ist.

XIII. Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen.

Artikel 74.²⁾

Jedes Unternehmen gegen die Existenz, die Integrität, die Sicherheit oder die Verfassung des Deutschen Reichs, endlich die Beleidigung des Bundesrathes, des Reichstages, eines Mitgliedes des

¹⁾ Bgl. unten Anlage IX.

²⁾ Bgl. hierzu v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bb. I. § 10 S. 81 ff.

Bundesrathes oder des Reichstages, einer Behörde oder eines öffentlichen Beamten des Reichs, während dieselben in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind oder in Beziehung auf ihren Beruf, durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung, werden in den einzelnen Bundesstaaten beurtheilt und bestraft nach Maßgabe der in den letzteren bestehenden oder künftig in Wirksamkeit tretenden Gesetze, nach welchen eine gleiche gegen den einzelnen Bundesstaat, seine Verfassung, seine Kammern oder Stände, seine Kammer- oder Ständemitglieder, seine Behörden und Beamten begangene Handlung zu richten wäre.

Vgl. § 4 des Einführ.-G. v. 31. Mai 1870 eines Strafgesetzbuchs für den Nordd. Bund (RGG. S. 195) und die §§ 81, 93, 105, 196, 197, 339 des Strafgesetzbuchs für das D. R.

Artikel 75.

Für diejenigen in Artikel 74. bezeichneten Unternehmungen gegen das Deutsche Reich, welche, wenn gegen einen der einzelnen Bundesstaaten gerichtet, als Hochverrath oder Landesverrath zu qualifiziren wären, ist das gemeinschaftliche Ober-Appellationsgericht der drei freien und Hansestädte in Lübeck die zuständige Spruchbehörde in erster und letzter Instanz.

Die näheren Bestimmungen über die Zuständigkeit und das Verfahren des Ober-Appellationsgerichts erfolgen im Wege der Reichsgesetzgebung.

Bis zum Erlasse eines Reichsgesetzes bewendet es bei der seitherigen Zuständigkeit der Gerichte in den einzelnen Bundesstaaten und den auf das Verfahren dieser Gerichte sich beziehenden Bestimmungen.

Vgl. § 136 des Gerichtsverfassungsg. v. 27. Jan. 1877 (RGBl. S. 66).

Artikel 76.¹⁾

Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Theils von dem Bundesrathe erledigt.

Verfassungsstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, hat auf Anrufen eines Theiles der Bundesrath gütlich auszugleichen, oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen.

Vgl. RG. v. 14. März 1881, betr. die Zuständigkeit des Reichsgerichts für Streitfragen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft der freien und Hansestadt Hamburg (RGBl. S. 37).

Artikel 77.²⁾

Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt, und auf gesetzlichen

1) Vgl. hierzu v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. I. § 23 S. 217 ff.

2) Vgl. hierzu v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. I. § 19 S. 184 ff. und § 23 S. 217.

Wegen ausreichende Hülfe nicht erlangt werden kann, so liegt dem Bundesrathe ob, erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des betreffenden Bundesstaates zu beurtheilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen, und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.

XIV. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 78.¹⁾

Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrathe 14 Stimmen gegen sich haben.

Diejenigen Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältniß zur Gesamtheit festgestellt sind, können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden.

1. Vgl. Prot. v. 15. Nov. 1870, betr. die Vereinbarung zwischen dem Nordd. Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes unter 8²⁾ (BGB. S. 650 ff.), und Verhandl. v. 25. Nov. 1870 über den Beitritt Württembergs zu der zwischen dem Nordd. Bunde, Baden und Hessen vereinbarten Verf. des Deutschen Bundes³⁾ (BGB. S. 657).

¹⁾ Vgl. hierzu v. Könnig's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 1 § 65 S. 18 ff.

²⁾ Vgl. unten Anlage V.

³⁾ Vgl. unten Anlage VI.

2. Die Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältnis zur Gesamtheit aufgestellt sind, sind folgende:

a) bezüglich Bayerns: Art. 4 Nr. 1, 8 und 10, Art. 35, Art. 38, Art. 46, Art. 52, Schlußbestimmung zum XI. und XII. Abschnitt;

b) bezüglich Württembergs: Art. 4 Nr. 10, Art. 8, Art. 35, Art. 38, Art. 52, Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt;

c) bezüglich Badens: Art. 35, Art. 38;

d) bezüglich Sachsens: Art. 8;

e) bezüglich Hamburgs und Bremens: Art. 34.



Anlagen.

Anlage I.

Art. 80. der zwischen dem Nordd. Bunde und den Großherzogthümern Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des Deutschen Bundes v. 15. Nov. 1870. (BBB. 1870 S. 647.)

XV. Uebergangsbestimmung.

Artikel 80.

Die nachstehend genannten, im Norddeutschen Bunde ergangenen Gesetze werden zu Gesetzen des Deutschen Bundes erklärt und als solche von den nachstehend genannten Zeitpunkten an in das gesammte Bundesgebiet mit der Wirkung eingeführt, daß, wo in diesen Gesetzen von dem Norddeutschen Bunde, dessen Verfassung, Gebiet, Mitgliedern oder Staaten, Indigenat, verfassungsmäßigen Organen, Angehörigen, Beamten, Flagge u. s. w. die Rede ist, der Deutsche Bund und dessen entsprechende Beziehungen zu verstehen sind, nämlich:

I. vom Tage der Wirksamkeit der gegenwärtigen Verfassung an:

- 1) das G. über das Paßwesen v. 12. Okt. 1867.,
- 2) das G., betr. die Nationalität der Kauffahrteischiffe und ihre Befugniß zur Führung der Bundesflagge, v. 25. Okt. 1867.,
- 3) das G. über die Freizügigkeit v. 1. Nov. 1867.,
- 4) das G., betr. die Organisation der Bundeskonsulate

sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsuln, v. 8. Nov. 1867.,

5) das G., betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste, v. 9. Nov. 1867.,

6) das G., betr. die vertragmäßigen Zinsen, v. 14. Nov. 1867.,

7) das G. über die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung v. 4. Mai 1868.,

8) das G., betr. die Aufhebung der Schuldhast, v. 29. Mai 1868.,

9) das G., betr. die Bewilligung von lebenslänglichen Pensionen und Unterstützungen an Offiziere und obere Militärbeamte der vormaligen Schleswig-Holsteinschen Armee, sowie an deren Wittwen und Waisen v. 14. Juni 1868.,

10) das G., betr. die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften, v. 4. Juli 1868.,

11) die Maas- und Gewichtsordnung für den Nordb. Bund v. 17. Aug. 1868.,

12) das G., Maasregeln gegen die Kinderpest betr., v. 7. April 1869.,

13) das Wahlgesetz für den Reichstag des Nordb. Bundes v. 31. Mai 1869.,

14) das G., betr. die Kautionen der Bundesbeamten, v. 2. Juni 1869.,

15) das G., betr. die Einführung der allgemeinen Wechselordnung der Nürnberger Wechselnovellen und des Allgem. Deutschen Handelsgesetzbuchs als Bundesgesetze, v. 5. Juni 1869.,

16) das G., betr. die Wechselstempelsteuer im Nordb. Bunde, v. 10. Juni 1869.,

17) das G., betr. die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsachen, v. 12. Juni 1869.,

18) das G., betr. die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohes, v. 21. Juni 1869.,

19) das G., betr. die Gewährung der Rechtshilfe, v. 21. Juni 1869.,

20) das G., betr. die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, v. 3. Juli 1869.,

21) das G., betr. die Bewilligung von lebenslänglichen Pensionen und Unterstützungen an Militärpersonen der Unterlassen der vormaligen Schleswig-Holsteinschen Armee, sowie an deren Wittwen und Waisen, v. 3. März 1870.,

22) das G. wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung v. 13. Mai 1870.,

23) das G. über die Abgaben von der Flößerei v. 1. Juni 1870.,

24) das G. über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit v. 1. Juni 1870.,

25) das G., betr. das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken, v. 11. Juni 1870.,

26) das G., betr. die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften, v. 11. Juni 1870.,

27) das G. über die Ausgabe von Papiergeld v. 16. Juni 1870.,

28) das G. über die Befugniß der Bundeskonsuln zu Eheschließungen u. s. w. v. 4. Mai 1870.;

II. vom 1. Jan. 1872. an, jedoch unbeschadet der früheren Geltung im Gebiete des Nordb. Bundes:

1) das G. über die Ausgabe von Banknoten v. 27. März 1870. und

mit Ausschluß von Hessen südlich des Main,

2) das Einführungsgezet zum Strafgesetzbuch für den Nordb. Bund v. 31. Mai 1870.,

3) das Strafgesetzbuch für den Nordb. Bund v. 31. Mai 1870., und

4) die G. über das Postwesen des Nordb. Bundes v. 2. Nov. 1867., über das Posttarwesen im Gebiete

des Nordb. Bundes v. 4. Nov. 1867, betr. die Einführung von Telegraphen-Freimarken v. 16. Mai 1869. und betr. die Portofreiheiten im Gebiete des Nordb. Bundes v. 5. Juni 1869.

In Hessen, südlich des Main, werden als Bundesgesetze eingeführt, und zwar:

vom Tage der Wirksamkeit dieser Verfassung an:
das G., betr. die Schließung und Beschränkung der öffentlichen Spielbanken, v. 1. Juli 1868.,

das G., betr. die Einführung von Telegraphen-Freimarken, v. 16. Mai 1869.,

die Gewerbeordnung für den Nordb. Bund v. 21. Juni 1869.,
das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch für den Nordb. Bund v. 31. Mai 1870. und

das Strafgesetzbuch für den Nordb. Bund v. 31. Mai 1870.;
vom 1. Juli 1871. an:

das G. über den Unterstützungswohnitz v. 6. Juni 1870.

In die Hohenzollernschen Lande wird vom Tage der Wirksamkeit dieser Verfassung an eingeführt das G., betr. die Wechselstempelsteuer im Nordb. Bunde, v. 10. Juni 1869.

Die Erklärung der übrigen im Nordb. Bunde ergangenen Gesetze zu Bundesgesetzen bleibt, soweit diese Gesetze sich auf Angelegenheiten beziehen, welche verfassungsmäßig der Gesetzgebung des Deutschen Bundes unterliegen, der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

Anlage II.

Vertrag mit Bayern, v. 23. Nov. 1870. unter III. §. 8.
(BGB. 1871 §. 21.)

Die unter Ziffer II. §. 26. dieses Vertrages aufgeführte Uebergangsbestimmung des nunmehrigen Art. 79. der Verfassung¹⁾ findet auf Bayern in An-

¹⁾ Dies ist der oben in der Anlage I. mitgeteilte (frühere) Art. 80 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des Deutschen Bundes v. 15. Nov. 1870.

betrachtet der vorgerückten Zeit und der Nothwendigkeit mannigfaltiger Umgestaltung anderer mit dem Gegenstande der Bundesgesetzgebung in Zusammenhang stehender Gesetze und Einrichtungen Anwendung nur in Betreff des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869. (Art. 79. Nr. 13.).

Im Uebrigen bleibt die Erklärung der im Norddeutschen Bunde ergangenen Gesetze zu Bundesgesetzen für das Königreich Bayern, soweit diese Gesetze auf Angelegenheiten sich beziehen, welche verfassungsmäßig der Gesetzgebung des Deutschen Bundes unterliegen, der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

Anlage III.

Vertrag mit Württemberg, v. 25. Nov. 1870.

Art. 2. Nr. 6.

(BGB. 1870 S. 656.)

Artikel 2.

6) Zum Artikel 80. der Verfassung.

Die Einführung der nachstehend genannten Gesetze des Norddeutschen Bundes als Bundesgesetze erfolgt für Württemberg, statt von den im Artikel 80. festgesetzten, von den nachstehend genannten Zeitpunkten an, nämlich:

I. vom 1. Juli 1871. an:

1) des G., betr. die vertragsmäßigen Zinsen, v. 14. Nov. 1867.,

2) des G., betr. die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsachen, v. 12. Juni 1869.;

II. vom 1. Jan. 1872. an:

1) des G., betr. die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohns, v. 21. Juni 1869.,

2) des G. über die Ausgabe von Papiergeld v. 16. Juni 1870.

Die Einführung des Gesetzes, Maßregeln gegen die Kinderpest betreffend, vom 7. April 1869. als Bundesgesetz bleibt für Württemberg der Bundesgesetzgebung vorbehalten.¹⁾ Dasselbe gilt mit der, aus der vorstehenden Bestimmung unter Nr. 4. sich ergebenden Beschränkung von den im Artikel 80. unter II. Nr. 4. genannten, auf das Post- und Telegraphenwesen bezüglichen Gesetzen.

Das Gesetz, betreffend die Schließung und Beschränkung der öffentlichen Spielbanken, vom 1. Juli 1868. wird in Württemberg, vom Tage der Wirksamkeit der Bundesverfassung an, als Bundesgesetz eingeführt.

Anlage IV.

G. v. 22. April 1871. betr. die Einführung Nordd. Bundesgesetze in Bayern.

(BGB. 1871 S. 87.)

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen &c. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§. 1. Die in den nachfolgenden Paragraphen aufgeführten Gesetze des Norddeutschen Bundes werden nach Maßgabe der in diesen Paragraphen enthaltenen näheren Bestimmungen als Reichsgesetze im Königreiche Bayern eingeführt.

§. 2. I. Vom Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes an treten in Kraft:

1) das G. über das Pachtwesen v. 12. Okt. 1867.,

¹⁾ Vgl. Anm. zum Art. 4 Nr. 15 der Reichsverf.

2) das G., betr. die Nationalität der Rauffahrteischiffe und ihre Befugniß zur Führung der Bundesflagge, v. 25. Okt. 1867.,

3) das G. über die Freizügigkeit v. 1. Nov. 1867.,

4) das G., betr. die Aufhebung der Schuldhaf, v. 29. Mai 1868.,

5) das G., betr. die Bewilligung von lebenslänglichen Pensionen und Unterstützungen an Offiziere und obere Militärbeamte der vormaligen Schleswig-Holsteinischen Armee, sowie an deren Wittwen und Waisen, v. 14. Juni 1868.,

6) das G., betr. die Schließung und Beschränkung der öffentlichen Spielbanken, v. 1. Juli 1868.,

7) das G., betr. die Kautionen der Bundesbeamten, v. 2. Juni 1869.,

8) das G., betr. die Einführung der Allgemeinen Deutschen Wechselordnung, der Nürnberger Wechselnovellen und des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches als Bundesgesetze, v. 5. Juni 1869.,

9) das G., betr. die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes, v. 21. Juni 1869.,

10) das G., betr. die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, v. 3. Juli 1869.,

11) das G., betr. die Bewilligung von lebenslänglichen Pensionen und Unterstützungen an Militärpersonen der Unterlassen der vormaligen Schleswig-Holsteinischen Armee, sowie an deren Wittwen und Waisen, v. 3. März 1870.,

12) das G., betr. die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes von Bundesangehörigen im Auslande, v. 4. Mai 1870.;

ferner:

II. am 1. Juli 1871.:

das G. wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung v. 13. Mai 1870.;

III. am 1. Jan. 1872.:

1) das G. über die Ausgabe von Banknoten v. 27. März 1870.,

2) das G. über die Ausgabe von Papiergeld v. 16. Juni 1870.

§. 3. Das Gesetz v. 8. Nov. 1867, betr. die Organisation der Bundeskonsulate, sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsuln, tritt mit dem Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes in Kraft. Der §. 24 erhält jedoch folgenden Zusatz:

Die durch den ersten Absatz begründete Zuständigkeit des Preussischen Obertribunals geht v. 1. Juli 1871. an auf das Bundes-Oberhandelsgericht über. Wird in den an dasselbe gelangenden Sachen eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft erforderlich, so ist zu deren Vertretung von dem Präsidenten des Bundes-Oberhandelsgerichts ein Mitglied des letzteren, ein in Leipzig angestellter Staatsanwalt oder ein dort wohnender Advokat zu ernennen.

§. 4. Das Gesetz, betr. die Wechselstempelsteuer, v. 10. Juni 1869. tritt am 1. Juli 1871. in Kraft.

Der Königlich Bayerischen Staatsregierung bleibt überlassen, diejenigen anderen Behörden zu bezeichnen, welche bei Anwendung der im §. 18. dieses Gesetzes erwähnten Vorschriften an die Stelle der Zollbehörden zu treten haben.

§. 5. Die Wirksamkeit des Gesetzes, betr. die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsachen, v. 12. Juni 1869. beginnt am 1. Juli 1871.

In den nach dem Bayerischen Prozeßrechte zu verhandelnden Sachen treten an Stelle des letzten Satzes des §. 18. dieses Gesetzes folgende Bestimmungen:

Handelt es sich um eine zur Zuständigkeit des Bundes-Oberhandelsgerichts gehörige Nichtigkeitsbeschwerde, so hat der oberste Landesgerichtshof, sobald die vorgeschriebene Hinterlegung der Akten erfolgt ist oder eine

Frist hierfür nicht mehr läuft, nach Vernehmung des Staatsanwalts mittelst eines in geheimer Sitzung zu fassenden Beschlusses die Abgabe der Akten an das Bundes-Oberhandelsgericht zu verfügen.

Den abzugebenden Akten ist in allen Fällen ein schriftliches Requisitionarium des Staatsanwalts beizulegen.

§. 6. Das G. v. 21. Juni 1869., die Gewährung der Rechtshülfe betreffend, wird v. 1. Juli 1871. an mit nachstehendem Zusatz zu §. 39. eingeführt:

Für die Anwendung derjenigen Vorschriften der Bayerischen Civilprozeßordnung, welche den Gerichtsstand oder die Personalhaft betreffen oder überhaupt auf der Annahme beruhen, daß die Rechtsverfolgung im Auslande die Geltendmachung eines Anspruches erschwere, ist gleichfalls das gesammte Gebiet des Deutschen Reichs als Inland zu betrachten.

§. 7. Das Strafgesetzbuch v. 31. Mai 1870. und das Einführungsgesetz zu demselben treten am 1. Jan. 1872. in Geltung.

An Stelle der Vorschriften des §. 4. des gedachten Einführungsgesetzes hat es für Bayern bis auf Weiteres bei den einschlägigen Bestimmungen des Militärstrafrechts, sowie bei den sonstigen gesetzlichen Vorschriften über das Standrecht sein Bewenden.

§. 8. Das G. über die Abgaben von der Flößerei v. 1. Juni 1870. wird mit dem Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes eingeführt.

Die nach §. 2 desselben zu leistende Entschädigung besteht in dem achtzehnfachen Betrage des durchschnittlichen Reinertrages der Abgabe aus den letzten drei Kalenderjahren vor dem Aufhören der Erhebung.

Der Antrag auf Entschädigung ist bei Vermeidung der Präklusion innerhalb sechs Monaten nach dem Tage, mit welchem die Erhebung der Abgabe aufgehört hat, an das Reichskanzleramt zu richten.

§. 9. Das G. über die Erwerbung und den Ver-

lust der Bundes- und Staatsangehörigkeit v. 1. Juni 1870. tritt mit dem Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes in Kraft, jedoch mit Ausnahme der Bestimmungen in §. 1. Absatz 2., §. 8. Absatz 3. und §. 16.

§. 10. Das G. v. 11. Juni 1870, betr. die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften, erlangt vom Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes an mit nachstehenden Vorschriften Geltung:

Die bis zu dem bezeichneten Tage vollzogenen Eintragungen in dem von den Bayerischen Bezirksgerichten geführten besonderen Register für Aktiengesellschaften, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht, gelten als Eintragungen im Handelsregister, und bleiben in Wirksamkeit, auch wenn die Voraussetzungen nicht vorhanden sind, welche nach dem Gesetze v. 11. Juni 1870. für die Errichtung der Gesellschaft erforderlich sein würden.

§. 11. Das G., betr. das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken v. 11. Juni 1870. tritt am 1. Jan. 1872. in Wirksamkeit, unbeschadet der fortbauernben Geltung des Artikels 68. des Bayerischen Gesetzes über den Schutz der Urheberrechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst v. 28. Juni 1865.

§. 12. Die in den §§. 3. 8. und 9. getroffenen Abänderungen der dort bezeichneten Gesetze finden im ganzen Reiche Anwendung, die Bestimmung im letzten Absätze des §. 8. auch in denjenigen Fällen, in welchen vor Erlaß dieses Gesetzes unzulässige Abgaben von der Flößerei durch Kaiserliche Verordnung außer Hebung gesetzt worden sind.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 22. April 1871.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Anlage V.

Protokoll, betr. die Vereinbarung zwischen dem Nordd. Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes und Annahme der Bundesverfassung.

Vom 15. November 1870.

(BGB. 1870 S. 650.)

Verhandelt Versailles, den 15. November 1870.

Nachdem Seine Majestät der König von Preußen, im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein über-
eingekommen sind, über die Gründung eines Deutschen Bundes in Verhandlung zu treten und zu diesem Zwecke bevollmächtigt haben, und zwar: [hier folgen Namen und Titel der Bevollmächtigten] sind diese Bevollmächtigten in Versailles zusammengetreten und haben sich, nach gegenseitiger Vorlegung und Anerkennung ihrer Vollmachten über die anliegende Verfassung des Deutschen Bundes verständigt.

Sie sind ferner darüber einverstanden, daß diese Verfassung, vorbehaltlich der weiter unten zu erwähnenden Maassgaben, mit dem 1. Januar 1871. in Wirksamkeit treten soll, und ertheilen sich deshalb gegenseitig die Zusage, daß sie unverzüglich den gesetzgebenden Faktoren des Norddeutschen Bundes, beziehungsweise Badens und Hessens, zur verfassungsmässigen Zustimmung vorgelegt und, nach Ertheilung dieser Zustimmung, im Laufe des Monats Dezember ratifizirt werden soll. Der Austausch der Ratifikations-Erklärungen soll in Berlin erfolgen.

In Betracht der großen Schwierigkeiten, welche theils die vorgerückte Zeit, theils die Fortdauer des Krieges, theils endlich die in einigen betheiligten Staaten bereits

erfolgte Regulirung des Landesbudgets der Aufstellung eines Etats für die Militärverwaltung des Deutschen Bundes für das Jahr 1871. entgegenstellen, ist man übereingekommen, daß die Gemeinschaft der Ausgaben für das Landheer erst mit dem 1. Januar 1872. beginnen soll. Bis zu diesem Tage wird daher der Ertrag der im Artikel 35. bezeichneten gemeinschaftlichen Abgaben nicht zur Bundeskasse fließen, sondern den Staatskassen Badens und Hessens, letzterer rücksichtlich des auf Südhessen fallenden Antheils, verbleiben und es wird der Beitrag dieser Staaten zu den Bundesaussgaben durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden, wegen deren Feststellung dem im nächsten Jahre zu berufenden Reichstage eine Vorlage gemacht werden wird.

Auch die Bestimmungen in den Artikeln 49.—52. der Bundesverfassung sollen für Baden erst mit dem 1. Januar 1872. in Wirksamkeit treten, damit die für die Ueberleitung der Landesverwaltung der Posten und Telegraphen in die Bundesverwaltung erforderliche Zeit gewonnen werde.

Im Uebrigen wurden noch nachstehende, im Laufe der Verhandlungen abgegebene Erklärungen in gegenwärtiges Protokoll niedergelegt:

Man war darüber einverstanden,

1) zu Artikel 18. der Verfassung, daß zu den, einem Beamten zustehenden Rechten im Sinne des zweiten Absatzes dieses Artikels diejenigen Rechte nicht gehören, welche seinen Hinterbliebenen in Beziehung auf Pensionen oder Unterstützungen etwa zustehen;

2) zu den Artikeln 35. und 38. der Verfassung, daß die nach Maßgabe der Zollvereinsverträge auch ferner zu erhebenden Uebergangsabgaben von Branntwein und Bier ebenso anzusehen sind, wie die auf die Verrettung dieser Getränke gelegten Abgaben;

3) zu Artikel 38. der Verfassung, daß, so lange die jetzige Besteuerung des Bieres in Hessen fort-

besteht, nur der dem Betrage der Norddeutschen Brau-
malzsteuer entsprechende Theil der Hessischen Biersteuer
in die Bundesklasse fließen wird;

4) zum VIII. Abschnitt der Verfassung, daß
die Verträge, durch welche das Verhältniß des Post-
und Telegraphenwesens in Hessen zum Norddeutschen
Bunde jetzt geregelt ist, durch die Bundesverfassung nicht
aufgehoben sind. Insbesondere behält es hinsichtlich der
Zahlung des Kanons und der Chausseegeld-Entschädigung,
sowie der Entschädigung für Wege- und Brückengelder
und sonstige Kommunikationsabgaben, ferner hinsichtlich
der Vergütung für Benutzung der Staats- und Privat-
bahnen, und hinsichtlich der Behandlung des Porto-
freiheitswesens in Südhessen, bis zum Ende des Jahres
1875. sein Bewenden bei dem jetzt bestehenden Zustande.
Für die Zeit vom 1. Januar 1876. ab fällt die Zahlung
des Kanons und der Chausseegeld-Entschädigung weg.
Wie es in Bezug auf die Vergütung für die postalische
Benutzung der Eisenbahnen, sowie in Bezug auf die
Südhessischen Portofreiheiten für die Zeit nach dem
1. Januar 1876. zu halten sei, bleibt späterer Verstan-
digung vorbehalten. Die Entschädigung für Wege- und
Brückengelder und sonstige Kommunikationsabgaben wird
auch nach dem 1. Januar 1876. an die Großherzoglich
Hessische Regierung gezahlt, wogegen diese die Entschädi-
gung der Berechtigten auch für die Zukunft wie bisher
übernimmt;

5) zu Artikel 52. der Verfassung wurde von
den Badischen Bevollmächtigten bemerkt, daß die finan-
ziellen Ergebnisse der Post- und Telegraphenverwaltung
des Bundes, wie sie sich bisher gestaltet hätten und in
dem Bundeshaushalts-Etat für 1871. veranschlagt seien,
ungeachtet der in Artikel 52. getroffenen Bestimmung,
keine Gewähr dafür leisteten, daß der auf Baden fallende
Antheil an den Einnahmen dieser Verwaltungen auch
nur annähernd diejenige Einnahme ergeben werde, welche

eß gegenwärtig aus seiner eigenen Verwaltung zum Betrage von durchschnittlich 130,000 Rthlrn. beziehe. Sie hielten es deshalb für billig, daß Baden durch eine besondere Verabredung vor einem, seinen Haushalt empfindlich berührenden Einnahme-Ausfall gesichert werde.

Wenngleich von anderen Seiten die Besorgniß der Badischen Bevollmächtigten als begründet nicht anerkannt werden konnte, so einigte man sich doch dahin, daß, wenn im Laufe der Uebergangsperiode der nach dem Prozentverhältniß sich ergebende Antheil Badens an den im Bunde aufkommenden Postüberschüssen in einem Jahre die Summe von 100,000 Rthlrn. nicht erreichen sollte, der an dieser Summe fehlende Betrag Baden auf seine Matrikularbeiträge zu Gute gerechnet werden soll. Eine solche Anrechnung wird jedoch nicht stattfinden in einem Jahre, in welches kriegertische Ereignisse fallen, an denen der Bund theilhaftig ist;

6) zu Artikel 56. der Verfassung bemerkten die Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes auf Anfrage der Großherzoglich Badischen Bevollmächtigten, daß das Bundespräsidium schon bisher, nach Vernehmung des zuständigen Ausschusses des Bundesrathes, Bundeskonsulate errichtet habe, wenn eine solche Einrichtung an einem bestimmten Orte durch das Interesse auch nur eines Bundesstaates geboten worden sei. Sie verbanden damit die Zusage, daß in diesem Sinne auch in Zukunft werde verfahren werden;

7) zu Artikel 62. der Verfassung wurde verabredet, daß die Zahlung der nach diesem Artikel von Baden aufzubringenden Beiträge mit dem ersten Tage des Monats beginnen soll, welcher auf die Anordnung zur Rückkehr der Badischen Truppen von dem Kriegszustande auf den Friedensfuß folgt;

8) zu Artikel 78. der Verfassung wurde allseitig als selbstverständlich angesehen, daß diejenigen

Vorschriften der Verfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältniß zur Gesamtheit festgestellt sind, nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden können;

9) zu Artikel 80 der Verfassung war man in Beziehung auf das Gesetz, betr. die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsachen, v. 12. Juni v. J. darüber einig, daß eine entsprechende Vermehrung der Mitglieder dieses Gerichtshofes durch einen Nachtrag zu dessen Stat für 1871. in Vorschlag zu bringen sein werde.

Es wurde ferner allseitig anerkannt, daß zu den im Norddeutschen Bunde ergangenen Gesetzen, deren Erklärung zu Gesetzen des Deutschen Bundes der Bundesgesetzgebung vorbehalten bleibt, das Gesetz vom 21. Juli d. J., betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militair- und Marineverwaltung, nicht gehört, und daß das Gesetz vom 31. Mai d. J., betreffend die St. Gotthard-Eisenbahn,¹⁾ jedenfalls nicht ohne Veränderung seines Inhalts zum Bundesgesetze würde erklärt werden können.

Gegenwärtiges Protokoll ist vorgelesen, genehmigt und von den im Eingange genannten Bevollmächtigten in Einem, in das Archiv des Bundeskanzler-Amtes zu Berlin niederzulegenden Exemplare vollzogen worden.

v. Bismarck.	Solly.	v. Dalwigk.
(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)
v. Griesen.	v. Freydrf.	Hofmann.
(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)
Delbrück.		
(L. S.)		

¹⁾ Dieses G. ist demnächst durch das RG. v. 2. Mai 1871 (RGBl. S. 375) außer Kraft gesetzt worden.

Anlage VI.

Verhandlung dd. Berlin, d. 25. Nov. 1870. über den Beitritt Württembergs zu der zwischen dem Nordd. Bunde, Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des Deutschen Bundes.

(BGB. 1870 S. 657).

Verhandelt Berlin, den 25. November 1870.

Bei Unterzeichnung des am heutigen Tage über den Beitritt Württembergs zu der zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des Deutschen Bundes abgeschlossenen Vertrages haben sich die unterzeichneten Bevollmächtigten über nachstehende Punkte verständigt:

1) die in dem Protokoll d. d. Versailles, den 15. November d. J. zwischen den Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes, Badens und Hessens getroffenen Verabredungen beziehungsweise von den Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes abgegebenen Erklärungen:

- a) über den Beginn der Wirksamkeit der Verfassung,
- b) über den Zeitpunkt für den Beginn der Gemeinschaft der Ausgaben für das Landheer,
- c) zu Artikel 18. der Verfassung,
- d) zu den Artikeln 35. und 38. der Verfassung,
- e) zu Artikel 56. der Verfassung,
- f) zu Artikel 62. der Verfassung,
- g) zu Artikel 78. der Verfassung, und
- h) zu Artikel 80. der Verfassung

finden auch auf Württemberg Anwendung.

2) Zu Artikel 45. der Verfassung wurde anerkannt, daß auf den Württembergischen Eisenbahnen bei ihren Bau-, Betriebs- und Verkehrsverhältnissen nicht alle in diesem Artikel aufgeführten Transportgegenstände in allen Gattungen von Verkehren zum Einpfennig-Satz befördert werden können.

3) Zum Artikel 2. Nr. 4. des Vertrages vom heutigen Tage war man darüber einverstanden, daß die Ausdehnung der im Norddeutschen Bunde über die Vorrechte der Post geltenden Bestimmungen auf den internen Verkehr Württembergs insoweit von der Zustimmung Württembergs abhängen soll, als diese Bestimmungen der Post Vorrechte beilegen, welche derselben nach der gegenwärtigen Gesetzgebung in Württemberg nicht zustehen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

v. Friesen. v. Frendorf. Hofmann. Mittnacht.
Delbrück. Türckheim. v. Sudow.

Anlage VII.

Schlußprotokoll zu dem Vertrage v. 23. Nov. 1870.,
betr. den Beitritt Bayerns zur Verfassung des
Deutschen Bundes.

(BGB. 1871 S. 23.)

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über den Abschluß eines Verfassungsbündnisses zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen Namens des Norddeutschen Bundes und Seiner Majestät dem Könige von Bayern sind die unterzeichneten Bevollmächtigten noch über nachstehende vertragsmäßige Zusagen und Erklärungen übereingekommen:

I. Es wurde auf Anregung der Königlich Bayerischen Bevollmächtigten von Seite des Königlich Preussischen Bevollmächtigten anerkannt, daß, nachdem sich das Gesetzgebungsrecht des Bundes bezüglich der Heimaths- und Niederlassungsverhältnisse auf das Königreich Bayern nicht erstreckt, die Bundes-Legislative auch nicht zuständig sei, das Verheirathungswesen mit verbindlicher Kraft für Bayern zu regeln, und daß also das für den Norddeutschen

Bund erlassene Gesetz vom 4. Mai 1868., die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließungen betreffend, jedenfalls nicht zu denjenigen Gesetzen gehört, deren Wirksamkeit auf Bayern ausgedehnt werden könnte.

II. Von Seite des Königlich Preussischen Bevollmächtigten wurde anerkannt, daß unter der Gesetzgebungsbefugniß des Bundes über Staatsbürgerrecht nur das Recht verstanden werden solle, die Bundes- und Staatsangehörigkeit zu regeln und den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung aller Konfessionen durchzuführen, daß sich im Uebrigen diese Legislative nicht auf die Frage erstrecken solle, unter welchen Voraussetzungen Jemand zur Ausübung politischer Rechte in einem einzelnen Staate befugt sei.

III. Die unterzeichneten Bevollmächtigten kamen dahin überein, daß in Anbetracht der unter Ziffer I. statuirten Ausnahme von der Bundes-Legislative der Gothaer Vertrag vom 15. Juli 1851. wegen gegenseitiger Uebernahme der Ausgewiesenen und Heimathlosen,¹⁾ dann die sogenannte Eisenacher Konvention vom 11. Juli 1853. wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Unterthanen²⁾ für das Verhältniß Bayerns zu dem übrigen Bundesgebiete fortdauernde Geltung haben sollten.

IV. Als verfassungsmäßige Bestimmung wurde in Anbetracht der in Bayern bestehenden besonderen Verhältnisse bezüglich des Immobilien-Versicherungswesens und des engen Zusammenhanges derselben mit dem Hypothekar-Kreditwesen festgestellt, daß, wenn sich die Gesetzgebung des Bundes mit dem Immobilien-Versicherungswesen befassen sollte, die vom Bunde zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen in Bayern nur mit Zustimmung der Bayerischen Regierung Geltung erlangen können.

1) Vgl. in der Pr. GZ. 1851 S. 711.

2) Vgl. ebendasselbst S. 877, 881.

V. Der Königlich Preussische Bevollmächtigte gab die Zusicherung, daß Bayern bei der ferneren Ausarbeitung des Entwurfes eines Allgemeinen Deutschen Civilprozeß-Gesetzbuches entsprechend betheiligt werde.

VI. Als unbestritten wurde von dem Königlich Preussischen Bevollmächtigten gegeben, daß selbst bezüglich der der Bundes-Legislative zugewiesenen Gegenstände die in den einzelnen Staaten geltenden Gesetze und Verordnungen in so lange in Kraft bleiben und auf dem bisherigen Wege der Einzelgesetzgebung abgeändert werden können, bis eine bindende Norm vom Bunde ausgegangen ist.

VII. Der Königlich Preussische Bevollmächtigte gab die Erklärung ab, daß Seine Majestät der König von Preußen kraft der Allerhöchstihnen zustehenden Präsidialrechte, mit Zustimmung Seiner Majestät des Königs von Bayern, den Königlich Bayerischen Gesandten an den Höfen, an welchen solche beglaubigt sind, Vollmacht ertheilen werden, die Bundesgesandten in Verhinderungsfällen zu vertreten.

Indem diese Erklärung von den Königlich Bayerischen Bevollmächtigten acceptirt wurde, fügten diese bei, daß die Bayerischen Gesandten angewiesen sein würden, in allen Fällen, in welchen dies zur Geltendmachung allgemein Deutscher Interessen erforderlich oder von Nutzen sein wird, den Bundesgesandten ihre Beihülfe zu leisten.

VIII. Der Bund übernimmt in Anbetracht der Leistungen der Bayerischen Regierung für den diplomatischen Dienst desselben durch die unter Ziffer VII. erwähnte Bereitstellung ihrer Gesandtschaften und in Erwägung des Umstandes, daß an denjenigen Orten, an welchen Bayern eigene Gesandtschaften unterhalten wird, die Vertretung der Bayerischen Angelegenheiten dem Bundesgesandten nicht obliegt, die Verpflichtung, bei Feststellung der Ausgaben für den diplomatischen Dienst

des Bundes der Bayerischen Regierung eine angemessene Vergütung in Anrechnung zu bringen.

Ueber Festsetzung der Größe dieser Vergütung bleibt weitere Vereinbarung vorbehalten.

IX. Der Königlich Preussische Bevollmächtigte erkannte es als ein Recht der Bayerischen Regierung an, daß ihr Vertreter im Falle der Verhinderung Preußens den Vorsitz im Bundesrathe führe.

X. Zu den Artikeln 35. und 38. der Bundesverfassung war man darüber einverstanden, daß die nach Maßgabe der Zollvereinsverträge auch ferner zu erhebenden Uebergangsabgaben von Branntwein und Bier ebenso anzusehen sind, wie die auf die Vereitung dieser Getränke gelegten Abgaben.

XI. Es wurde allseitig anerkannt, daß bei dem Abschlusse von Post- und Telegraphenverträgen mit außerdeutschen Staaten zur Wahrung der besonderen Bundesinteressen Vertreter der an die betreffenden außerdeutschen Staaten angrenzenden Bundesstaaten zugezogen werden sollen, und daß den einzelnen Bundesstaaten unbenommen ist, mit anderen Staaten Verträge über das Post- und Telegraphenwesen abzuschließen, sofern sie lediglich den Grenzverkehr betreffen.

XII. Zu Artikel 56. der Bundesverfassung wurde allseitig anerkannt, daß den einzelnen Bundesstaaten das Recht zustehen, auswärtige Konsuln bei sich zu empfangen und für ihr Gebiet mit dem Grequatur zu versehen.

Ferner wurde die Zusicherung gegeben, daß Bundeskonsuln an auswärtigen Orten auch dann aufgestellt werden sollen, wenn es nur das Interesse eines einzelnen Bundesstaates als wünschenswerth erscheinen läßt, daß dies geschehe.

XIII. Es wurde ferner allseitig anerkannt, daß zu den im Norddeutschen Bunde ergangenen Gesetzen, deren Erklärung zu Gesetzen des Deutschen Bundes der Bundesgesetzgebung vorbehalten bleibt, das G. vom 21. Juli

d. J., betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung, nicht gehört, und daß das G. vom 31. Mai d. J., betreffend die St. Gotthard-Eisenbahn,¹⁾ jedenfalls nicht ohne Veränderung seines Inhalts zum Bundesgesetze würde erklärt werden können.

XIV. In Erwägung der in Ziffer III. §. 5. enthaltenen Bestimmungen über das Kriegswesen wurde — mit besonderer Beziehung auf die Festungen — noch Nachfolgendes vereinbart:

§. 1. Bayern erhält die Festungen Ingolstadt und Germersheim, sowie die Fortifikation von Neu-Ulm und die im Bayerischen Gebiete auf gemeinsame Kosten etwa künftig angelegt werdenenden Befestigungen in vollkommen verteidigungsfähigem Stande.

§. 2. Solche neu angelegte Befestigungen treten bezüglich ihres immobilien Materials in das ausschließliche Eigenthum Bayerns. Ihr mobiles Material hingegen wird gemeinsames Eigenthum der Staaten des Bundes. In Betreff dieses Materials gilt bis auf Weiteres die Uebereinkunft vom 6. Juli 1869., welche auch hinsichtlich des mobilen Festungsmaterials der vormaligen Deutschen Bundesfestungen Mainz, Rastatt und Ulm in Kraft bleibt.

§. 3. Die Festung Landau wird unmittelbar nach dem gegenwärtigen Kriege als solche aufgehoben.

Die Ausrüstung dieses Platzes, soweit sie gemeinsames Eigenthum, wird nach den der Uebereinkunft vom 6. Juli 1869. zu Grunde liegenden Prinzipien behandelt.

§. 4. Diejenigen Gegenstände des Bayerischen Kriegswesens, Betreffs welcher der Bundesvertrag vom Heutigen oder das vorliegende Protokoll nicht ausdrückliche Bestimmungen enthalten — sohin insbesondere die Bezeichnung der Regimenter etc., die Uniformirung, Gar-

¹⁾ Dieses G. ist demnächst durch das RG. v. 2. Nov. 1871 (RGBl. S. 375) außer Kraft gesetzt worden.

nisonirung, das Personal- und Militair-Bildungswesen u. s. w. — werden durch dieselbe nicht berührt.

Die Bethheiligung Bayerischer Offiziere an den für höhere militairwissenschaftliche oder technische Ausbildung bestehenden Anstalten des Bundes wird spezieller Vereinbarung vorbehalten.

XV. Wenn sich in Folge des mangelhaft dahier vorliegenden Materials ergeben sollte, daß bei Aufführung des nunmehrigen Wortlautes der Bundesverfassung unter Ziffer II. §§. 1. bis 26. ein Irrthum unterlaufen ist, behalten sich die kontrahirenden Theile dessen Berichtigung vor.

XVI. Die Bestimmungen dieses Schlußprotokolls sollen ebenso verbindlich sein, wie der Vertrag vom Heutigen über den Abschluß eines Deutschen Verfassungsbündnisses selbst, und sollen mit diesem gleichzeitig ratifizirt werden.

So geschehen Versailles, den 23. November 1870.

v. Bismarck.
(L. S.)

Bray-Steinburg.
(L. S.)

Frhr. v. Brankh.
(L. S.)

v. Luz.
(L. S.)

Anlage VIII.

Vertrag v. 23. Nov. 1870., betr. den Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes, unter IV.
(BGB. 1871 S. 21.)

Da in Anbetracht der großen Schwierigkeiten, welche theils die vorgerückte Zeit, theils die Fortdauer des Krieges der Aufstellung eines Etats für die Militairverwaltung des Deutschen Bundes für das Jahr 1871. und beziehungsweise der Feststellung der von Bayern auf sein Heer zu verwendenden Gesamtsumme für dieses

Jahr entgegenstellen, die Bestimmungen unter III. §. 5. dieses Vertrages erst mit dem 1. Januar 1872. in Wirksamkeit treten, wird der Ertrag der im Artikel 35. bezeichneten gemeinschaftlichen Abgaben für das Jahr 1871. nicht zur Bundeskasse fließen, sondern der Staatskasse Bayerns verbleiben, dagegen aber der Beitrag Bayerns zu den Bundesausgaben durch Matrifularbeiträge aufgebracht werden.

Anlage IX.

Bündnißvertrag mit Bayern v. 23. Nov. 1870.

(BGB. 1871 C. 9 ff.) unter III. § 5.

Anlangend die Artikel 57. bis 68. von dem Bundeskriegswesen, so findet Artikel 57. Anwendung auf das Königreich Bayern; Artikel 58. ist gleichfalls für das Königreich Bayern gültig. Dieser Artikel erhält jedoch für Bayern folgenden Zusatz:

Der in diesem Artikel bezeichneten Verpflichtung wird von Bayern in der Art entsprochen, daß es die Kosten und Lasten seines Kriegswesens, den Unterhalt der auf seinem Gebiete belegenen festen Plätze und sonstigen Fortifikationen einbegriffen, ausschließlich und allein trägt.

Artikel 59. hat gleichwie der Artikel 60. für Bayern gesetzliche Geltung.

Die Artikel 61. bis 68. finden auf Bayern keine Anwendung. An deren Stelle treten folgende Bestimmungen:

I. Bayern behält zunächst seine Militairgesetzgebung nebst den dazu gehörigen Vollzugs-Instruktionen, Verordnungen, Erläuterungen 2c. bis zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung über die der Bundesgesetzgebung anheimfallenden Materien resp. bis zur freien Verständigung bezüglich der Einführung der bereits vor dem Eintritte Bayerns in den Bund in dieser Hinsicht erlassenen Gesetze und sonstigen Bestimmungen.

II. Bayern verpflichtet sich, für sein Contingent und die zu demselben gehörigen Einrichtungen einen gleichen Geldbetrag zu verwenden, wie nach Verhältniß der Kopfstärke durch den Militair-Stat des Deutschen Bundes für die übrigen Theile des Bundesheeres ausgesetzt wird. Dieser Geldbetrag wird im Bundesbudget für das Königlich Bayerische Contingent in einer Summe ausgeworfen. Seine Berausgabung wird durch Spezial-Stats geregelt, deren Aufstellung Bayern überlassen bleibt. Hierfür werden im Allgemeinen diejenigen Statsansätze nach Verhältniß zur Richtschnur dienen, welche für das übrige Bundesheer in den einzelnen Titeln ausgeworfen sind.

III. Das Bayerische Heer bildet einen in sich geschlossenen Bestandtheil des Deutschen Bundesheeres mit selbständiger Verwaltung unter der Militairhoheit Seiner Majestät des Königs von Bayern; im Kriege — und zwar mit Beginn der Mobilisirung — unter dem Befehle des Bundesfeldherrn. In Bezug auf Organisation, Formation, Ausbildung und Gebühren, dann hinsichtlich der Mobilmachung wird Bayern volle Uebereinstimmung mit den für das Bundesheer bestehenden Normen herstellen. Bezüglich der Bewaffnung und Ausrüstung sowie der Gradabzeichen behält sich die Königlich Bayerische Regierung die Herstellung der vollen Uebereinstimmung mit dem Bundesheere vor. Der Bundesfeldherr hat die Pflicht und das Recht, sich durch Inspektionen von der Uebereinstimmung in Organisation, Formation und Ausbildung, sowie von der Vollzähligkeit und Kriegstüchtigkeit des Bayerischen Contingents Ueberzeugung zu verschaffen und wird sich über die Modalitäten der jeweiligen Vornahme und über das Ergebnis dieser Inspektionen mit Seiner Majestät dem Könige von Bayern ins Vernehmen setzen. Die Anordnung der Kriegsbereitschaft (Mobilisirung) des Bayerischen Contingents oder eines Theils desselben erfolgt

auf Veranlassung des Bundesfeldherrn durch Seine Majestät den König von Bayern. Zur steten gegenseitigen Information in den durch diese Vereinbarung geschaffenen militairischen Beziehungen erhalten die Militair-Bevollmächtigten in Berlin und München über die einschlägigen Anordnungen entsprechende Mitteilung durch die resp. Kriegsministerien.

IV. Im Kriege sind die Bayerischen Truppen verpflichtet, den Befehlen des Bundesfeldherrn unbedingt Folge zu leisten. Diese Verpflichtung wird in den Fahneneid aufgenommen.

V. Die Anlage von neuen Befestigungen auf Bayerischem Gebiete im Interesse der gesamtdeutschen Vertheidigung wird Bayern im Wege jeweiliger spezieller Vereinbarung zugestehen. An den Kosten für den Bau und die Ausrüstung solcher Befestigungsanlagen auf seinem Gebiete theiligt sich Bayern in dem seiner Bevölkerungszahl entsprechenden Verhältnisse gleichmäßig mit den anderen Staaten des Deutschen Bundes; ebenso an den für sonstige Festungsanlagen etwa Seitens des Bundes zu bewilligenden Extraordinarien.¹⁾

VI. Die Voraussetzungen, unter welchen wegen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit das Bundesgebiet oder ein Theil desselben durch den Bundesfeldherrn in Kriegszustand erklärt werden kann, die Form der Verkündung und die Wirkungen einer solchen Erklärung werden durch ein Bundesgesetz geregelt.

VII. Vorstehende Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1872. in Wirksamkeit.

¹⁾ Vgl. hierzu Schluß-Prot. zu dem Vertr. v. 23. Nov. 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verf. des Deutschen Bundes (RGBl. 1871 S. 23 ff.) unter XIV. (Oben Anlage VII.)

Anlage X.

Militär-Konvention zwischen dem Nordd. Bunde und
Württemberg, d. d. Versailles, d. 21.
Berlin, d. 25. Nov. 1870.

(BGB. 1870 S. 658.)

Art. 1. Die Königlich Württembergischen Truppen als Theil des Deutschen Bundesheeres bilden ein in sich geschlossenes Armeekorps nach der anliegenden Formation¹⁾ nebst der entsprechenden Anzahl von Ersatz- und Besatzungstruppen nach Preussischen Normen im Falle der Mobilmachung oder Kriegsbereitschaft.

Art. 2. Die hierdurch bedingte neue Organisation der Königlich Württembergischen Truppen soll in drei Jahren nach erfolgter Anordnung zur Rückkehr von dem gegenwärtigen Kriegszustand auf den Friedensfuß vollendet sein.

Art. 3. Von dieser Rückkehr an bilden, beginnend mit einem noch näher zu bestimmenden Tage, die Königlich Württembergischen Truppen das vierzehnte Deutsche Bundes-Armeekorps mit ihren eigenen Fahnen und Feldzeichen und erhalten die Divisionen, Brigaden, Regimenter und selbstständigen Bataillone des Armeekorps die entsprechende laufende Nummer in dem Deutschen Bundesheere neben der Nummerirung im Königlich Württembergischen Verbande.

Art. 4. Die Unterstellung der Königlich Württembergischen Truppen unter den Oberbefehl Seiner Majestät des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn beginnt ebenfalls an einem noch näher zu bestimmenden Tage und

¹⁾ Vgl. die vereinbarte Friedens- und Kriegs-Formation des Königl. Württembergischen Armeekorps im BGB. 1870 S. 663 ff.

wird in den bisherigen Fahneneid in der Weise aufgenommen, daß es an der betreffenden Stelle heißt:

„daß ich Seiner Majestät dem Könige während meiner Dienstzeit als Soldat treu dienen, dem Bundesfeldherrn und den Kriegsgesetzen Gehorsam leisten und mich stets als tapferer und ehrliebender Soldat verhalten will. So wahr mir Gott helfe.“

Art. 5. Die Ernennung, Beförderung, Versetzung u. s. w. der Offiziere und Beamten des Königlich Württembergischen Armeekorps erfolgt durch Seine Majestät den König von Württemberg, diejenige des Höchstkommandirenden für das Armeekorps nach vorgängiger Zustimmung Seiner Majestät des Königs von Preußen als Bundesfeldherr. Seine Majestät der König von Württemberg genießt als Chef seiner Truppen die Ihm Allerhöchst zustehenden Ehren und Rechte und übt die entsprechenden gerichtsherrlichen Befugnisse sammt dem Bestätigungs- und Begnadigungsrecht bei Erkenntnissen gegen Angehörige des Armeekorps aus, welche über die Befugnisse des Armeekorps-Kommandanten, beziehungsweise des Königlich Württembergischen Kriegsministeriums hinausgehen.

Art. 6. Unbeschadet der dem Bundesfeldherrn gemäß der Bundesverfassung zustehenden Rechte der Disponirung über alle Bundestruppen und ihre Dislocirung soll für die Dauer friedlicher Verhältnisse das Württembergische Armeekorps in seinem Verband und in seiner Gliederung erhalten bleiben und im eigenen Lande dislocirt sein; eine hiervon abweichende Anordnung des Bundesfeldherrn, sowie die Dislocirung anderer Deutscher Truppentheile in das Königreich Württemberg soll in friedlichen Zeiten nur mit Zustimmung Seiner Majestät des Königs von Württemberg erfolgen, sofern es sich nicht um Besetzung Süddeutscher oder Westdeutscher Festungen handelt.

Art. 7. Ueber die Ernennung der Kommandanten für die im Königreiche Württemberg gelegenen festen

Plätze, welche nach Artikel 64. der Bundesverfassung dem Bundesfeldherrn zusteht, sowie über die Demselben gleichermaßen zustehende Berechtigung, neue Befestigungen innerhalb des Königreichs anzulegen, wird sich der Bundesfeldherr eintretenden Falls mit dem Könige von Württemberg vorher in Vernehmen setzen; ebenso wenn der Bundesfeldherr einen von Ihm zu ernennenden Offizier aus dem Königlich Württembergischen Armeekorps wählen will. Um der Beurtheilung dieser Ernennungen eine Grundlage zu gewähren, werden über die Offiziere des Königlich Württembergischen Armeekorps vom Stabsoffizier alljährlich Personal- und Qualifikationsberichte nach Preussischem Schema aufgestellt und Seiner Majestät dem Bundesfeldherrn vorgelegt.

Art. 8. Zur Beförderung der Gleichmäßigkeit in der Ausbildung und dem inneren Dienst der Truppen werden nach gegenseitiger Verabredung einige Königlich Württembergische Offiziere je auf 1—2 Jahre in die Königlich Preussische Armee und Königlich Preussische Offiziere in das Königlich Württembergische Armeekorps kommandirt. Hinsichtlich etwa wünschenswerther Versetzung einzelner Offiziere aus Königlich Württembergischen Diensten in die Königlich Preussische Armee oder umgekehrt haben in jedem Spezialfalle besondere Verabredungen stattzufinden.

Art. 9. Der Bundesfeldherr, welchem nach Artikel 63. das Recht zusteht, sich jederzeit durch Inspektionen von der Verfassung der einzelnen Kontingente zu überzeugen, wird die Königlich Württembergischen Truppen alljährlich mindestens einmal entweder Allerhöchstselbst inspizieren, oder durch zu ernennende Inspektoren, deren Personen vorher Seiner Majestät dem Könige von Württemberg bezeichnet werden sollen, in den Garnisonen oder bei den Uebungen inspizieren lassen. Die in Folge solcher Inspektionen bemerkten sachlichen und persönlichen Mängel wird der Bundesfeldherr dem Könige von Württemberg mittheilen, welcher Seinerseits dieselben abstellen

und von dem Geschehenen alsdann dem Bundesfeldherrn Anzeige machen läßt.

Art. 10. Für die Organisation des Königlich Württembergischen Armeekorps sind — so lange und insoweit nicht auf dem Wege der Bundesgesetzgebung anders bestimmt wird — die derzeitigen Preussischen Normen maßgebend. Es kommen demgemäß in dem Königreiche Württemberg, außer dem Norddeutschen Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 9. November 1867., nebst der dazu gehörigen Militair-Ersatzinstruktion vom 26. März 1868., insbesondere alle Preussischen Exercier- und sonstigen Reglements, Instruktionen und Rejstripte zur Ausführung, namentlich die Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843., die für Krieg und Frieden gegebenen Bestimmungen über Aushebung, Dienstzeit, Servis-, Verpflegungs- und Invalidenwesen, Mobilmachung u. s. w., über den Ersatz des Offizierkorps und über das Militair-Erziehungs- und Bildungswesen. Ausgenommen sind von der Gemeinsamkeit in den Einrichtungen des Königlich-Württembergischen Armeekorps mit denjenigen der Königlich Preussischen Armee: die Militair-Kirchenordnung, das Militair-Strafgesetzbuch und die Militair-Strafgerichtsordnung, sowie die Bestimmungen über Einquartierung und Ersatz von Flurschädigungen, worüber in dem Königreiche Württemberg die derzeit bestehenden Gesetze und Einrichtungen vorerst und bis zur Regelung im Wege der Bundesgesetzgebung in Geltung verbleiben. Die Gradabzeichen, sowie die Benennungen und der Modus der Verwaltung sind in dem Königlich Württembergischen Armeekorps dieselben wie in der Königlich Preussischen Armee. Die Bestimmungen über die Bekleidung für das Königlich Württembergische Armeekorps werden von Seiner Majestät dem Könige von Württemberg gegeben und es soll dabei den Verhältnissen der Bundesarmee die möglichste Rechnung getragen werden.

Art. 11. Im Falle eines Krieges steht von dessen Ausbruch bis zu dessen Beendigung die obere Leitung des Telegraphenwesens, soweit solches für die Kriegszwecke eingerichtet ist, dem Bundesfeldherrn zu. Die Königlich Württembergische Regierung wird bereits während des Friedens die bezüglichen Einrichtungen in Uebereinstimmung mit denjenigen des Norddeutschen Bundes treffen, und insbesondere bei dem Ausbau des Telegraphennetzes darauf Bedacht nehmen, auch eine der Kriegsstärke Ihres Armeekorps entsprechende Feldtelegraphie zu organisieren.

Art. 12. Aus der von Württemberg nach Artikel 62. der Bundesverfassung zur Verfügung zu stellenden Summe bestreitet die Königlich Württembergische Regierung, nach Maßgabe des Bundeshaushalts-Etats, den Aufwand für die Unterhaltung des Königlich Württembergischen Armeekorps, einschließlich Neuanschaffungen, Bauten, Einrichtungen u. s. w. in selbständiger Verwaltung, sowie den Antheil Würtbergs an den Kosten für die gemeinschaftlichen Einrichtungen des Gesamttheeres — Central-Administration, Festungen, Unterhaltung der Militair-Bildungsanstalten, einschließlich der Kriegsschulen und militairärztlichen Bildungs-Anstalten, der Examinations-Kommissionen, der militairwissenschaftlichen und technischen Institute, des Lehrbataillons, der Militair- und Artillerie-Schießschule, der Militair-Reitschule, der Central-Turnanstalt und des großen Generalstabs. Ersparnisse, welche unter voller Erfüllung der Bundespflichten als Ergebnisse der obwaltenden besonderen Verhältnisse möglich werden, verbleiben zur Verfügung Württembergs. Das Königlich Württembergische Armeekorps partizipirt an den gemeinschaftlichen Einrichtungen und wird im großen Generalstabe verhältnißmäßig vertreten sein.

Art. 13. Die Zahlung der von Württemberg nach Artikel 62. der Bundesverfassung aufzubringenden Summe beginnt mit dem ersten Tage des Monats, welcher auf

die Anordnung zur Rückkehr der Königlich Württembergischen Truppen von dem Kriegszustande auf den Friedensfuß folgt. In den Etat und die Abrechnung des Bundesheeres tritt das Königlich Württembergische Armeekorps jedoch erst mit dem 1. Januar 1872. ein. Während der im Artikel 2. verabredeten dreijährigen Uebergangszeit wird für den Etat des Königlich Württembergischen Armeekorps die Rücksicht auf die, in dieser Periode zu vollziehende neue Organisation maßgebend sein und zwar sowohl in Beziehung auf die in Ansatz zu bringenden Beträge, als auch in Beziehung auf die Zulässigkeit der gegenseitigen Uebertragung einzelner Titel und der Uebertragung gleichnamiger Titel aus einem Jahre ins andere.

Art. 14. Verstärkungen der Königlich Württembergischen Truppen durch Einziehung der Beurlaubten, sowie die Kriegsformationen derselben und endlich deren Mobilmachung hängen von den Anordnungen des Bundesfeldherrn ab. Solchen Anordnungen ist allezeit und im ganzen Umfange Folge zu leisten. Die hierdurch erwachsenden Kosten trägt die Bundeskasse, jedoch sind die Königlich Württembergischen Kassen verpflichtet, insoweit ihre vorhandenen Fonds ausreichen, die nothwendigen Gelder vorzuschießen.

Art. 15. Zur Vermittelung der dienstlichen Beziehungen des Königlich Württembergischen Armeekorps zu dem Deutschen Bundesheer findet ein direkter Schriftwechsel zwischen dem Königlich Preussischen und dem Königlich Württembergischen Kriegsministerium statt und erhält letzteres auf diese Weise alle betreffenden zur Zeit gültigen oder später zu erlassenden Reglements, Bestimmungen u. s. w. zur entsprechenden Ausführung. Nebendem wird die Königlich Württembergische Regierung jederzeit in dem Bundesausschuß für das Landheer und die Festungen vertreten sein.

Aufsage XI.

Übersicht der auf Grund des Art. 4 Nr. 13 der Bundes-, beziehungsweise Reichsverfassung er-
gangenen Bundes- und Reichsgesetze.

I. Bürgerliches Recht.¹⁾

1. a) BG. v. 5. Juni 1869, betr. die Einführung der allgem. D. Wechsel=D., der Nürnberger Wechsel-
novellen und des allgem. D. Handels-Gesetzbuches als
Bundesgesetze (BGBl. S. 379).²⁾ Auch gültig für Baden
und Südhessen, zuf. Art. 80 unter I. 15 der mit Baden
und Hessen vereinbarten Verf. (BGBl. 1870 S. 647),
für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v.
25. Nov. 1870 (BGBl. S. 656), und für Bayern, zuf.
§ 2 unter I. 8 des RG. v. 22. April 1871 (BGBl. S. 88).

Auch in Elsaß-Lothringen haben die allgem. D.
Wechsel=D. und das allgem. D. Handels-Gesetzbuch durch
das G. v. 19. Juni 1872, mit besonderen Einführungs-
bestimmungen, in der durch dieses Gesetz angeordneten
Fassung, v. 1. Okt. 1872 an, Gesetzeskraft erlangt (GBl.
f. Elsaß-Lothr. S. 213).

b) Abänderungen und Ergänzungen des allgem. D.
Handels-Gesetzbuches.

a) BG. v. 11. Juni 1870, betr. die Kommandit-
gesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften
(BGBl. S. 375). Auch gültig für Baden und Südhessen,
zuf. Art. 80 unter I. 26 der mit Baden und Hessen ver-
einbarten Verf. (BGBl. 1870 S. 646), für Württemberg,
zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGBl.
S. 656), und für Bayern (mit einem Zusatz), zuf. § 10

¹⁾ Vgl. v. Könnes Staatsrecht des D. R., 2. Aufl.,
Bd. II. Abt. 2 § 105 S. 89 ff.

²⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891
(RGBl. S. 21).

des RG. v. 22. April 1871 (RGBl. S. 90). Bezüglich Elsaß-Lothringens sind die Bestimmungen des G. v. 11. Juli 1870 in das (zu a gedachte) G. v. 19. Juni 1872 und die durch dieses letztere angeordnete Fassung des Handels-Gesetzbuches aufgenommen worden.

β) RG. v. 16. Dez. 1875, betr. die Umwandlung von Aktien in Reichswährung (RGBl. S. 317). [Abänderung des Art. 207 a. Absf. 3 des D. Handels-Gesetzbuches.]

γ) RG. v. 18. Juli 1884, betr. die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften (RGBl. S. 113).

δ) Seemanns-D. v. 27. Dez. 1872 (RGBl. S. 409), welche im § 110 den Tit. 4 des fünften Buches des D. Handels-Gesetzbuches außer Kraft gesetzt hat und an dessen Stelle getreten ist.

ε) Strandungs-D. v. 17. Mai 1874 (RGBl. S. 73), durch welche die Vorschriften des Tit. 9 des fünften Buches des Handels-Gesetzbuches modifiziert worden sind.

ζ) RG. v. 30. März 1888, betr. die Löschung nicht mehr bestehender Firmen und Prokuren im Handelsregister (RGBl. S. 129).

η) RG. v. 15. Juni 1895, betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt (RGBl. S. 301).¹⁾

θ) RG. v. 15. Juni 1895, betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Flößerei (RGBl. S. 341).

ι) Börsengesetz v. 22. Juni 1896 (RGBl. S. 157).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Okt. 1896 betr. die Führung der Börsenregister und die Aufstellung

¹⁾ Vgl. Art. 13 des Einführungsgesetzes zum Handels-gesetzbuch v. 10. Mai 1897 und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. Mai 1898 (RGBl. S. 369), mit welcher der Text verschiedener Reichsgesetze in der v. 1. Jan. 1900 an geltenden Fassung publiziert ist.

der Gesamtlifte (RGBl. S. 492), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Dez. 1896, betr. die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel (RGBl. S. 763), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 28. Juni 1898, betr. die Feststellung des Börsenpreises von Wertpapieren (RGBl. S. 915), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. April 1899, betr. die Untersagung des Börsenterminhandels in Rammzug (RGBl. S. 266). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. Nov. 1900, betr. die Ergänzung der Bestimmungen über die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel (RGBl. S. 1014) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Mai 1902, betr. die Feststellung des Börsenpreises für Zucker (RGBl. S. 166).

x) RG. v. 5. Juli 1896, betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere (RGBl. S. 183).

c) Handels-Gesetzbuch v. 10. Mai 1897 (RGBl. S. 219) nebst Einführungsgesetz hierzu vom gleichen Tage (a. a. O. S. 437).

RG. v. 2. Juni 1902, betr. Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (RGBl. S. 218).

2. RG. v. 8. Juni 1871, betr. die Inhaberpapiere mit Prämien (RGBl. S. 210). Auch gültig für Elsaß-Lothringen, zuf. G. v. 27. Jan. 1872 (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 111).

Dazu:

a) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 19. Juni 1871, betr. die Vorschriften zur Ausführung des RG. v. 8. Juni 1871 über die Inhaberpapiere mit Prämien (RGBl. S. 255), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. Juli 1871, betr. die Ergänzung der unterm 19. Juni 1871 erlassenen Vorschriften (RGBl. S. 304), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. Juli 1871, betr. die zweite Ergänzung der unterm 19. Juni 1871 erlassenen Vorschriften (RGBl. S. 314), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. Dez. 1871, betr. die

Abänderung der unterm 1. Juli 1871 erlassenen ergänzenden Vorschriften (RGV. S. 408).

b) Bekanntn. des Reichskanzlers v. 30. Juni 1872, betr. die Vorschriften zur Ausführung des RG. v. 8. Juni 1871 über die Inhaberpapiere (für Elsaß-Lothringen) (WB. f. Els.-Lothr. 1872 S. 113).

3. RG. v. 7. Juni 1871, betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken zc. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen (RGV. S. 207). Auch gültig für Elsaß-Lothringen, zusf. G. v. 1. Nov. 1872 (WB. f. Els.-Lothr. S. 769).

4. BG. v. 14. Nov. 1867, betr. die vertragsmäßigen Zinsen¹⁾ (WB. S. 159). Auch gültig für Baden und Südhessen, zusf. Art. 80 unter I. 6 der mit diesen Staaten vereinbarten Verfassung (WB. 1870 S. 647), für Württemberg, zusf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (WB. S. 656). Nicht eingeführt in Bayern; das Bayerische G. v. 5. Dez. 1867 hat jedoch ebenfalls das Verbot der Zinsezinsen und einer das Kapital übersteigenden Verzinsung aufgehoben (vgl. v. Rönne's Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II Abt. 2 § 105 S. 97 Note 4).

5. a) BG. v. 4. Juli 1868, betr. die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (WB. S. 415). Auch gültig für Baden und Südhessen zusf. Art. 80 unter I. 10 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (WB. 1870 S. 647) und für Württemberg, zusf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (WB. S. 656).

Dazu: RG. v. 19. Mai 1871, betr. die Deklar. des § 1 des G. v. 4. Juli 1868 (RGV. 1871 S. 101).

Dieses Gesetz nebst der Deklar. v. 19. Mai 1871 ist demnächst auch in Bayern v. 1. Aug. 1873 an eingeführt

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RGV. S. 21).

worden durch das RG. v. 23. Juni 1873 (RGBl. S. 146) und in Elsaß-Lothringen durch das G. v. 12. Juli 1872 v. 1. Okt. 1873 an (GBl. f. Elsaß-Lothr. 1872 S. 511).

b) RG. v. 1. Mai 1889, betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (RGBl. S. 55), abgeändert durch RG. v. 12. August 1896, betr. die Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften v. 1. Mai 1889, sowie den Geschäftsbetrieb von Konsumanstalten (RGBl. S. 695).¹⁾

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Juli 1889 und 1. Juli 1899, betr. die (vom Bundesrat beschlossenen) Bestimmungen über die Führung des Genossenschaftsregisters und die Anmeldungen zu demselben (RGBl. 1889 S. 150 u. 1899 S. 347).

6. RG. v. 20. April 1892, betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (RGBl. S. 477).¹⁾

7. RG. v. 17. Febr. 1875, betr. das Alter der Großjährigkeit (RGBl. S. 71).

8. a) BG. v. 4. Mai 1870, betr. die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes von Bundesangehörigen im Auslande (BGBl. S. 599). Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 unter I. 28 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGBl. S. 647), für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGBl. S. 656), für Bayern, zuf. § 2 unter I. 12 des RG. v. 22. April 1871 (BGBl. S. 87) und für Elsaß-Lothringen, zuf. des Gef. v. 8. Febr. 1875 Ziffer 2 (RGBl. S. 69).

b) RG. v. 6. Febr. 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung (RGBl. S. 23).²⁾³⁾

¹⁾ Vgl. Anm. 1 S. 330.

²⁾ Vgl. G. v. 16. Mai 1892, betr. die Ausführung des RG. v. 6. Febr. 1875 über die Beurkundung des

Dazu:

α) B. v. 4. Nov. 1875, betr. die Beurkundung von Sterbefällen solcher Militärpersonen, welche sich an Bord der in Dienst gestellten Schiffe oder anderen Fahrzeuge der Marine befinden (RGBl. S. 313).

β) B. v. 20. Jan. 1879, betr. die Verrichtungen der Standesbeamten in Bezug auf solche Militärpersonen, welche ihr Standquartier nach eingetretener Mobilmachung verlassen haben (RGBl. S. 5).

γ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Juni 1875 mit der Ausführungs-Verordnung des Bundesrats zu dem RG. v. 6. Februar 1875 (RGBl. S. 386), vgl. sub ε.

δ) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 10. März 1892, betr. Ergänzung der Ausführungs-Verordnung zum Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung v. 6. Febr. 1875 (RGBl. 1892 S. 161), vgl. sub ε.

ε) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 25. März 1899, betr. Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung (RGBl. S. 225). Dieselben treten an die Stelle der Verordnungen v. 22. Juni 1875 u. v. 10. März 1892.

9. RG. v. 21. Juli 1879, betr. die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens (RGBl. S. 277).¹⁾ 2)

Personenstandes und die Eheschließung (GB. f. Gl.-Lothr. 1892 S. 51).

3) Eingeführt in Helgoland durch B. v. 25. Nov. 1899 (RGBl. S. 675).

1) Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

2) Vgl. RG. v. 17. Mai 1898, betr. die Ermächtigung des Reichskanzlers zur Bekanntmachung der Texte

10. RG. v. 4. Nov. 1874, betr. die Aufhebung der Art. 11 und 12 Buch III. Tit. 12 des revid. Sächsischen Rechtes, sowie der Art. 14 u. 16 T. III. Tit. 12 des Rostocker Stadtrechtes (RGZ. S. 128.)

11. RG. v. 16. Mai 1894, betr. die Abzahlungsgeschäfte (RGZ. S. 450).

12. Bürgerliches Gesetzbuch v. 18. Aug. 1896 (RGZ. S. 195) nebst Einführungsgesetz hierzu vom gleichen Tage (a. a. D. S. 604).

Dazu: **a)** Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juni 1898, betr. Ausführungsbestimmungen zu den §§ 980, 981, 983 des BGB. (RGZ. S. 912).

b) B. v. 27. März 1899, betr. die Hauptmängel und Gewährfristen beim Viehhandel (RGZ. S. 219).

c) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. Juli 1901, betr. die Anlegung von Mündelgeld in verbrieften Forderungen gegen eine inländische kommunale Körperschaft zc. (RGZ. S. 263).

d) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. Aug. 1903, betr. die Mündelsicherheit von Schuldverschreibungen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (RGZ. S. 275.)

13. RG. v. 20. Mai 1898, betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen (RGZ. S. 345).

14. Hypothekendarlehen v. 13. Juli 1899 (RGZ. S. 375).

15. RG. v. 4. Dez. 1899, betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen (RGZ. S. 691).

verschiedener Reichsgesetze (RGZ. S. 342) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. Mai 1898, mit welcher die Texte verschiedener Reichsgesetze in der vom 1. Jan. 1900 an geltenden Fassung publiziert werden (a. a. D. S. 369).

II. Strafrecht.¹⁾

1. a) Strafgesetzbuch für den Nordd. Bund v. 31. Mai 1870, nebst Einführungsgesetz dazu v. 31. Mai 1870 (RGBl. S. 195—273).²⁾

Nach Art. 80 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (RGBl. 1870 S. 647) sind diese beiden Gesetze in Baden mit dem 1. Jan. 1872 und in Südhessen am 1. Jan. 1871 in Kraft getreten.

Für Württemberg ist nach dem Vertr. v. 25. Nov. 1870 (RGBl. S. 654 ff.) der vorgedachte Art. 80 bezüglich des B.-Strafgesetzbuchs unverändert, und es ist somit in diesem Staate das Strafgesetzbuch nebst dem Einführungsgesetz am 1. Jan. 1872 in Kraft getreten.

In Bayern ist die Geltung des Strafgesetzbuchs nebst Einführungsgesetz durch § 7 des RG. v. 22. April 1871 (RGBl. S. 89) gleichfalls am 1. Jan. 1872 in Wirksamkeit getreten.

Die erforderlichen redaktionellen Änderungen wurden für das Strafgesetzbuch (nicht für das Einführungsgesetz) von der Reichsgesetzgebung festgesetzt, und ist, zuf. des RG. v. 15. Mai 1871, betr. die Redaktion des Strafgesetzbuchs für den Nordd. Bund, als Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich (RGBl. S. 127), das letztere mit dem 1. Jan. 1872 in Wirksamkeit getreten.

Auch in Elsaß-Lothringen ist das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich durch das G. v. 30. Aug. 1871 v. 1. Okt. 1871 an eingeführt worden (GBl. f. Els.-Lothr. S. 255).

¹⁾ Vgl. v. Könners Staatsrecht des D. R., 2. Aufl., Bd. II. Abt. 2 § 104 S. 84 ff.

²⁾ Das Einführungsgesetz v. 31. Mai 1870 und das Strafgesetzbuch für das D. R. in der durch die Bekanntm. v. 26. Febr. 1876 festgestellten Fassung sind in Helgoland eingeführt durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

Dazu: G. v. 14. Juli 1873, betr. eine Abänderung des Einführungsgesetzes v. 30. Aug. 1871 (G.B. f. Eß.-Lothr. 1873 S. 166) und RG. v. 29. März 1888 über die Auslegung des Art. II des G. v. 30. Aug. 1871, betr. die Einführung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich in Elsaß-Lothringen (RG.B. 1888 S. 127).

b) Ergänzungen und Abänderungen des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich.

α) RG. v. 10. Dez. 1871, betr. die Ergänzung des Strafgesetzbuchs für das D. R. [Einschaltung des § 130 a, betr. strafbare Handlungen der Geistlichen] (RG.B. S. 442). Auch gültig in Elsaß-Lothringen, zuf. G. v. 15. Juli 1872 (G.B. f. Eß.-Lothr. S. 531).

β) RG. v. 26. Febr. 1876, betr. die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs für das D. R. v. 15. Mai 1871 und die Ergänzung desselben (RG.B. 1876 S. 25).

Der Art. V des (zu β gedachten) G. v. 26. Febr. 1876 hat den Reichskanzler ermächtigt, den Text des Strafgesetzbuchs, wie er sich aus den in dem gedachten Gesetze festgestellten Änderungen der Fassung ergibt, durch das RG.B. bekannt zu machen. Dies ist geschehen durch die Bekanntm. v. 26. Febr. 1876, betr. die Redaktion des Strafgesetzbuchs für das D. R. (RG.B. S. 39 ff.).

γ) RG. v. 24. Mai 1880, betr. den Bucher¹⁾ [Einschaltung der §§ 302 a, 302 b, 302 c, 302 d und Ersetzung des § 360 Nr. 12] (RG.B. S. 109).

δ) RG. v. 13. Mai 1891, betr. die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs (RG.B. S. 107).

[§§ 272, 364 ergänzt, §§ 317, 318, 360 Nr. 4 abändert, §§ 318 a u. 367 Nr. 5 a eingeschaltet.]

ε) RG. v. 26. März 1893, betr. die Abänderung

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RG.B. S. 21).

des § 69 des Strafgesetzbuchs für das D. R. (RG. S. 133).

6) RG. v. 19. Juni 1893, betr. Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher (RG. S. 197).

[§§ 302a und d abgeändert, §§ 302e und 367 Nr. 16 eingefügt.]

7) RG. v. 12. März 1894, betr. die Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und die Ergänzung des Strafgesetzbuchs (RG. S. 259).

[§ 361 Nr. 10 eingefügt, § 361 letzter Absatz abgeändert.]

8) RG. v. 27. Dez. 1899, betr. die Abänderung des § 316 des Strafgesetzbuchs (RG. S. 729).

9) RG. v. 25. Juni 1900, betr. Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs (RG. S. 301).

[§§ 180, 181, 184 u. 362 ersetzt, §§ 181a, 184a u. 184b neu eingestellt.]

α) Auf Grund des § 145 des Strafgesetzbuchs für das D. Reich ergangene Kaiserl. Verordnungen.

αα) B. v. 23. Dez. 1871 zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See (RG. S. 475). Aufgehoben und ersetzt durch B. v. 9. Mai 1897 zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See (RG. S. 203).

ββ) B. v. 15. Aug. 1876 über das Verhalten der Schiffer nach einem Zusammenstoß von Schiffen auf See (RG. S. 189).

γγ) B. v. 29. Juli 1889 zur Ergänzung der Verordnungen über das Verhalten der Schiffer nach einem Zusammenstoß von Schiffen auf See v. 15. Aug. 1876 und zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See v. 7. Jan. 1880 (RG. 1889 S. 171).

δδ) Not- und Lootsen-Signalordnung für Schiffe auf See und auf den Küstengewässern v. 14. Aug. 1876 (RG. S. 187), deren §§ 1—3 durch B. v. 9. Mai 1897 (RG. S. 203) aufgehoben sind.

ee) B. v. 10. Mai 1897, betr. die Lichter- und Signalführung der Fischerfahrzeuge und der Lootsendampffahrzeuge (RGBl. S. 215).

cc) B. v. 16. Okt. 1900 über die Abblendung der Seitenlichter und die Einrichtung der Positionslaternen auf Seeschiffen (RGBl. S. 1003).

Dazu:

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Dez. 1900, betr. die Einrichtung der Positionslaternen auf Seeschiffen (RGBl. S. 1036).

nn) B. v. 18. Okt. 1903, betreffend das Ruderkommando (RGBl. S. 282).

2. RG. v. 4. Dez. 1876, betr. die Schonzeit für den Fang von Robben (RGBl. S. 233).

Dazu: B. v. 29. März 1877, betr. die Schonzeit für den Fang von Robben (RGBl. S. 409).

3. RG. v. 30. April 1884 zur Ausführung der internationalen Konvention v. 6. Mai 1882, betr. die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer (RGBl. S. 48).¹⁾

Vgl. den internationalen Vertr. v. 6. Mai 1882, betr. die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer (RGBl. 1884 S. 15) und die Erklärung v. 1. Febr. 1889 zu Art. 8 Abs. 5 dieses Vertr. (RGBl. 1890 S. 5).

4. RG. v. 12. Juli 1887, betr. den Verkehr mit Erzeugnissen für Butter (RGBl. S. 375),²⁾ aufgehoben durch § 21 des RG. v. 15. Juni 1897, betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Erzeugnissen (RGBl. S. 475).

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

²⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 24. Juli 1893 (RGBl. S. 236).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. Juli 1897, betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Erzeugnissen (RGBl. S. 591), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. April 1898, betr. Vorschriften für die chemische Untersuchung von Fetten und Käsen (RGBl. S. 201) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 1. März 1902, betr. den Fett- und Wassergehalt der Butter (RGBl. S. 64).

5. RG. v. 22. März 1888, betr. den Schutz von Vögeln (RGBl. S. 111).

G. v. 2. Juli 1890 zur Ausführung des G. v. 22. März 1888, betr. den Schutz von Vögeln [für Elsaß-Lothringen] (GBl. f. Elsaß-Lothr. 1890 S. 47). Dazu: B. v. 16. Juli 1890 (GBl. f. Elsaß-Lothr. S. 51).

6. RG. v. 4. Mai 1874, betr. die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern (RGBl. S. 43).

7. RG. v. 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (RGBl. S. 61).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 13. März 1885, betr. das G. gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (RGBl. 1885, S. 78, RGBl. 1885 S. 65). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. April 1891, betr. das G. gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (RGBl. S. 105, RGBl. S. 79). Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. Aug. 1896, betr. das G. gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (RGBl. S. 698) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 29. April 1903, betr. das G. gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (RGBl. S. 211).

8. RG. v. 3. Juli 1893 gegen den Verrat militärischer Geheimnisse (RGBl. S. 205).

9. Bezüglich des Militär-Strafrechts vgl. Zusp. 1a und b und Zusp. 2f zum Art. 61 der Reichsverf.

10. RG. zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes v. 27. Mai 1896 (RGBl. S. 145).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 20. Nov. 1900, betr. Bestimmungen für den Kleinhandel mit Garn (RGBl. S. 1014), abgeändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Nov. 1902 — RGBl. S. 278 — und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 4. Dez. 1901, betr. Bestimmungen für den Kleinhandel mit Kerzen (RGBl. S. 494).

11. RG. v. 9. April 1900, betr. die Bestrafung der Entziehung elektrischer Arbeit (RGBl. S. 228).

12. RG. v. 10. Mai 1903, betr. Phosphorzündwaren (RGBl. S. 217).

III. Gerichtsverfassung und gerichtliches Verfahren.

1. BG. v. 12. Juni 1869, betr. die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsachen (BGBl. S. 201). Auch gültig für Baden und Südhessen, zusp. Art. 80 unter I. 17 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGBl. 1870 S. 647), für Württemberg, zusp. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGBl. S. 656), und für Bayern (mit einer Abänderung), zusp. § 5 des RG. v. 22. April 1871 (BGBl. S. 89).¹⁾

Dazu:

a) B. v. 22. Juni 1870, betr. die Ausführung des

¹⁾ Vgl. hierzu Prot. v. 15. Nov. 1870, betr. die Vereinbarung zwischen dem Nordd. Bunde, Baden und Hessen über Gründung des D. Bundes unter 9 zum Art. 80 der Verf. (BGBl. S. 650) oben Anlage V und Verhandlung v. 25. Nov. 1870 über den Beitritt Württembergs (BGBl. S. 657) oben Anlage III.

G. wegen Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsfachen v. 12. Juni 1869 (BGB. 1870 S. 418).

β) RG. v. 29. März 1873, betr. die dem Reichs-Oberhandelsgericht gegen Rechtsanwälte und Advokaten zustehenden Disziplinarbefugnisse (RGBl. S. 60).

γ) RG. v. 14. Juni 1871, betr. die Bestellung des Reichs-Oberhandelsgerichts zum obersten Gerichtshofe für Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 315, BB. f. El.-Lothr. 1871 S. 249).

δ) Erweiterungen der Zuständigkeit des Reichs-Oberhandelsgerichts durch § 2 des BG. v. 1. Juni 1870, betr. die Abgaben von der Flößerei (BGB. S. 312), durch § 32 des BG. v. 11. Juni 1870, betr. das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken (BGB. 1870 S. 346), desgl. § 16 des RG. v. 9. Jan. 1876, betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste (RGBl. 1876 S. 4), sowie durch § 9 des RG. v. 10. Jan. 1876, betr. den Schutz der Photographien gegen unbefugte Nachbildung (RGBl. S. 8), und §§ 14, 15 des RG. v. 11. Jan. 1876, betr. das Urheberrecht an Mustern und Modellen (RGBl. S. 11), ferner durch §§ 32, 37 des Reichs-Patent-G. v. 25. Mai 1877 (RGBl. S. 509), durch § 3 des RG. v. 22. April 1871, betr. die Einführung Nordd. Bundesgesetze in Bayern [dritte Instanz für die Gerichtbarkeit der Reichskonfuln] (BGB. S. 88) und § 10 des RG. v. 7. Juni 1871, betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken zc. herbeigeführten Tödtungen und Körperverletzungen (RGBl. S. 209).

ε) Die zur Zuständigkeit des Reichs-Oberhandelsgerichts gehörigen Sachen sind auf das Reichsgericht übergegangen (Einführungsg.-G. zum Gerichtsverf.-G. v. 27. Jan. 1877 § 14, RGBl. S. 79).

2. BG. v. 29. Mai 1868, betr. die Aufhebung der

Schuldhaft¹⁾ (BGB. §. 237). Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 unter I. 8 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGB. 1870 §. 647), für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGB. §. 656) und für Bayern, zuf. § 2 unter I. Nr. 4 des RG. v. 22. April 1871 (BGB. §. 87).

3. BG. v. 21. Juni 1869, betr. die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes (BGB. §. 242),¹⁾ abgeändert d. RG. v. 29. März 1897 wegen Abänderung des Gesetzes, betr. die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes und der Civilprozeßordnung (RGB. §. 159).²⁾ Auch gültig für Baden und Südhessen, zuf. Art. 80 unter I. 18 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGB. 1870 §. 647), für Württemberg, zuf. Art. 2 unter II. 1 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGB. §. 656) und für Bayern, zuf. § 2 unter I. 9 des G. v. 22. April 1871 (BGB. §. 88).

4. RG. v. 12. Mai 1873, betr. das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldurkunden des Nordd. Bundes und des D. Reiches (RGB. §. 91). Auch gültig für Elsaß-Lothringen, zuf. RG. v. 8. Febr. 1875 Ziff. 4 (RGB. §. 69).

5. a) Gerichtsverf.-G., nebst Einführungs-G. zu demselben v. 27. Jan. 1877 (RGB. §. 41 ff.).¹⁾

Dazu:

α) RG. v. 11. April 1877 über den Sitz des Reichsgerichts (RGB. §. 415).

β) RG. v. 16. Juni 1879, betr. den Übergang von Geschäften auf das Reichsgericht (RGB. §. 157).

γ) B. v. 27. Sept. 1879, betr. die Einrichtung von Hülfssenaten bei dem Reichsgericht (RGB. §. 299).

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RGB. §. 21).

²⁾ Vgl. Anm. 2 §. 334.

δ) B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Preussischer Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 287).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Badischer Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 288).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Hessischer Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 289).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Oldenburgischer Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 290).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Sachsen-Weimar'scher und Sachsen-Meininger'scher Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 291).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Anhaltischer Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 292).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Schwarzburg-Sondershäuser'scher Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 293).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Schwarzburg-Rudolstädter'scher Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 294).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Waldeck'scher Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 295).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Übertragung Schaumburg-Lippescher Rechtsfachen auf das Reichsgericht (RGB. S. 296).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Zuweisung rechtsabhängiger Sachen aus den freien Hansestädten an das Reichsgericht (RGB. S. 297).

B. v. 26. Sept. 1879, betr. die Zuständigkeit des Reichsgerichts in Streitigkeiten über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Bremischen Sachen (RGB. S. 298).

e) RG. v. 17. März 1886, betr. Abänderung des § 137 des Gerichtsverf.-G. (RGBl. S. 61a).¹⁾

c) RG. v. 5. April 1888, betr. die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen (RGBl. S. 133).¹⁾

η) RG. v. 12. Juni 1889, betr. die Geschäftssprache der gerichtlichen Behörden in Elsaß-Lothringen (RGBl. S. 95).

θ) RG. v. 3. Mai 1884, betr. die Prißengerichtsbarkheit (RGBl. S. 49).

B. v. 15. Febr. 1889, betr. die Ausübung der Prißengerichtsbarkheit aus Anlaß der Ostafrikanischen Blockade (RGBl. S. 5).

i) RG. v. 17. Mai 1898, betr. Änderungen des Gerichtsverfassungsgef. und der Strafprozeßordnung (RGBl. S. 252).¹⁾

b) Civilprozeß-D., nebst Einführungs-G. zu derselben v. 30. Jan. 1877 (RGBl. S. 83 ff.).²⁾

Dazu:

α) B. v. 28. Sept. 1879, betr. die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (RGBl. S. 299) und Druckfehlerberichtigung (RGBl. 1880 S. 98), nebst Bekanntm. des Reichskanzlers v. 11. April 1880 (RGBl. S. 102).

RG. v. 15. März 1881, betr. die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (RGBl. S. 38).

RG. v. 24. Juni 1886, betr. die Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (RGBl. S. 207).

RG. v. 30. März 1893, betr. die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (RGBl. S. 139).

¹⁾ Vgl. Anm. 2 S. 334.

²⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

β) RG. v. 30. April 1886, betr. die Ergänzung des § 809 der Civilprozeß-D. (RGBl. S. 130).¹⁾

γ) RG. v. 29. März 1897 wegen Abänderung des Gesetzes, betr. die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohns und der Civilprozeß-D. (RGBl. S. 159).¹⁾

δ) RG. v. 17. Mai 1898, betr. Änderungen der Civilprozeß-D. (RGBl. S. 256) nebst Einführungs-G. hierzu vom gleichen Tage (a. a. D. S. 332).¹⁾

ε) Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. März 1900, betr. die Zuständigkeit für Todeserklärungen (RGBl. S. 128).

ς) Strafprozeß-D., nebst Einführungs-G. zu derselben v. 1. Febr. 1877 (RGBl. S. 253 ff.).²⁾

Dazu: RG. v. 17. Mai 1898, betr. Änderungen des Gerichtsverf.-G. und der Strafprozeß-D. (RGBl. S. 252) und RG. v. 13. Juni 1902, betr. die Abänderung des § 7 Strafprozeß-D. (RGBl. S. 227).

ζ) Konkurs-D., nebst Einführungs-G. zu derselben v. 10. Febr. 1877 (RGBl. S. 351 ff.).²⁾

Dazu: RG. v. 9. Mai 1894, betr. die Abänderung des § 41 der Konkurs-D. (RGBl. S. 439).

RG. v. 17. Mai 1898, betr. Änderungen der Konkurs-D. (RGBl. S. 230) nebst Einführungs-G. hierzu vom gleichen Tage (a. a. D. S. 248).¹⁾

η) Gerichtskosten-G. v. 18. Juni 1878²⁾ ³⁾ (RGBl. S. 141).

¹⁾ Vgl. Anm. 2 S. 334.

²⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

³⁾ Vgl. Anweisung des Bundesrats v. 23. April 1880, betr. den zum Zwecke der Einziehung von Gerichtskosten unter den Bundesstaaten zu leistenden Beistand (RGBl. S. 278). Dazu: Verzeichnis der Behörden (Rassen), an welche das Ersuchen um Einziehung zu richten ist (a. a. D. S. 604). Vgl. auch Bekanntm. v. 11. Dez. 1899 (RGBl. S. 423).

Gebühren-D. für die Gerichtsvollzieher v. 24. Juni 1878 (RGBl. S. 166).¹⁾

Gebühren-D. für Zeugen und Sachverständige v. 30. Juni 1878 (RGBl. S. 173).^{1) 2)}

RG. v. 29. Juni 1881, betr. die Abänderung von Bestimmungen des Gerichtskosten-G. und der Gebühren-D. für Gerichtsvollzieher (RGBl. S. 178).²⁾

B. v. 24. Dez. 1883, betr. die Gebührenfreiheit in dem Verfahren vor dem Reichsgericht (RGBl. 1884 S. 1).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Juli 1879 mit der vom Bundesrate beschlossenen Dienstanweisung, betr. die Einziehung und Berechnung der für die Geschäfte des Reichsgerichts in Ansatz kommenden Kosten (RGBl. S. 473).

f) Rechtsanwalts-D. v. 1. Juli 1878 (RGBl. S. 177).¹⁾

Gebühren-D. für Rechtsanwälte v. 7. Juli 1879 (RGBl. S. 176).^{1) 2)}

g) Ausführungs-Erlaß für Elsaß-Lothringen zu den Reichsjustizgesetzen:

G. für Elsaß-Lothringen v. 4. Nov. 1878, betr. die Ausführung des Gerichtsverf.-G. (GBl. f. Els.-Lothr. S. 65).³⁾

Hierzu: B. v. 28. März 1898 u. 22. Juli 1899, betreffend das Besoldungsdienstalter der unter das Dienstaltersstufensystem fallenden richterlichen und staatsanwaltlichen Beamten (GBl. f. Els.-Lothr. 1898 S. 37 u. 1899 S. 107) und B. v. 7. April 1899, betr. die Gerichtsaffectoren (GBl. f. Els.-Lothr. S. 39).

G. für Elsaß-Lothringen v. 8. Juli 1879, betr. die Ausführung der Civilprozeß-D., der Konkurs-D. und der Strafprozeß-D. (GBl. f. Els.-Lothr. S. 67).³⁾

¹⁾ Eingeführt in Helgoland durch B. v. 22. März 1891 (RGBl. S. 21).

²⁾ Vgl. Anm. 2 S. 334.

³⁾ Siehe aber G. v. 29. Nov. 1899, betr. die Aufhebung von Landesgesetzen (GBl. f. Els.-Lothr. S. 235).

G. für Elsaß-Lothringen v. 31. März 1880, betr. die Vergütung der Reisekosten für die Geschworenen, die Vertrauensmänner und die Schöffen (WB. f. Els.-Lothr. S. 57).

G. für Elsaß-Lothringen v. 3. April 1880, betr. die Ausführung des Gerichtskosten-G. und der Gebühren-D. für Rechtsanwälte, für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige (WB. f. Els.-Lothr. S. 58).¹⁾

G. v. 30. April 1880 über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, einschließlich der Vollziehung des Arrestes und einstweiliger Verfügungen über das Hypotheken-Reinigungsverfahren und über das Verkleinerungsverfahren (WB. f. Els.-Lothr. S. 93).¹⁾

G. v. 30. Juli 1880, betr. die Ernennung der Subalternbeamten bei den Gerichten (WB. f. Els.-Lothr. S. 128).

B. des Reichskanzlers v. 13. Juni 1879 zur Ausführung der Reichsjustizgesetze (WB. f. Els.-Lothr. S. 61).

B. des Kaiserl. Statthalters v. 26. Jan. 1880, betr. Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (WB. f. Els.-Lothr. S. 6).

Kaiserl. B. v. 18. Febr. 1880, betr. die für die Bestimmung des Dienstalters der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Beamten maßgebenden Grundsätze (WB. f. Els.-Lothr. S. 7).

Kaiserl. B. v. 29. April 1880, betr. die Bildung von Senaten bei dem Oberlandesgericht in Colmar (WB. f. Els.-Lothr. S. 121).

B. des Kaiserl. Statthalters v. 19. Jan. 1888 und 10. Aug. 1891, betr. Abänderung des Regulativs v. 27. Jan. 1882 über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst (WB. f. Els.-Lothr. 1888 S. 3 und 1891 S. 99) und B. v. 14. April 1898, betr. die erste juristische Prüfung (WB. f. Els.-Lothr. S. 43).

¹⁾ siehe Anm. 3 S. 347.

Regulativ v. 24. März 1900 über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst (WB. f. Glf.-Vothr. S. 77), abgeändert durch B. des Statthalters v. 19. Juli 1903 (S. 49).

B. des Kaiserl. Statthalters v. 16. Febr. 1892, betr. die Übertragung richterlicher Geschäfte an Referendare (WB. f. Glf.-Vothr. S. 11).

G. v. 21. Juni 1897, betr. die Rechtsverhältnisse der Gerichtsvollzieher und die Errichtung einer Pensionskasse für Gerichtsvollzieher und deren Hinterbliebene (WB. f. Glf.-Vothr. S. 72).

G. v. 17. April 1899, betr. die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Elsaß-Lothringen (WB. f. Glf.-Vothr. S. 43).

G. v. 26. Sept. 1899, betr. Pensionsbestimmungen für Richter (WB. f. Glf.-Vothr. S. 113).

G. v. 6. Nov. 1899, betr. die Ausführung des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (WB. f. Glf.-Vothr. S. 117).

G. v. 6. Nov. 1899, betr. die Ausführung der Grundbuchordnung v. 24. März 1897 (WB. f. Glf.-Vothr. S. 137).

G. v. 1. Nov. 1899, betr. das Hinterlegungsweisen und den Geschäftskreis der Staatsdepotitenverwaltung (WB. f. Glf.-Vothr. S. 143) nebst Kaiserl. B. v. 19. Dez. 1899 (S. 251).

G. v. 13. Nov. 1899, betr. die Ausführung der Zivilprozeßordnung und der Konkursordnung sowie das Rechtsmittel der Kassation (WB. f. Glf.-Vothr. S. 157). Dazu: Bekanntm. v. 6. Febr. 1900 (S. 47).

G. v. 13. Nov. 1899, betr. die Ausführung des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (WB. f. Glf.-Vothr. S. 162).

Kaiserl. B. v. 1. Nov. 1899, betr. die Regelung der Zuständigkeit in den Fällen der §§ 1723, 1745, 1322 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (WB. f. Glf.-Vothr. S. 172).

Gerichtskosten-G. für Elsaß-Lothringen v. 6. Dez. 1899 (WB. f. Els.-Lothr. S. 175), abgeändert durch G. v. 8. Juni 1903 (S. 33).

G. v. 4. Dez. 1899, betr. die Urteilsgebühren (WB. f. Els.-Lothr. S. 222).

G. v. 29. Nov. 1899, betr. den Güterstand der zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehenden Ehen (WB. f. Els.-Lothr. S. 233).

Dazu: Bekanntm. des Statthalters v. 22. Dez. 1899, betr. den Text des Gesetzes über die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Elsaß-Lothringen (WB. für Els.-Lothr. 1900 S. 1).

Kaiserl. B. v. 6. Dez. 1899, betr. die Vereine und Stiftungen (WB. f. Els.-Lothr. S. 245).

Kaiserl. B. v. 11. Dez. 1899, betr. die vom Buchungszwange befreiten Grundstücke (WB. f. Els.-Lothr. S. 247).

Kaiserl. B. v. 18. April 1900, betr. die Anlegung von Grundbüchern (WB. f. Els.-Lothr. S. 91).

G. v. 2. Mai 1900, betr. den Güterstand der vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs geschlossenen Ehen (WB. f. Els.-Lothr. S. 101).

Kaiserl. B. v. 2. Febr. 1903, betr. den Güterstand der vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs geschlossenen Ehen (WB. f. Els.-Lothr. S. 3).

8. BG. v. 21. Juli 1870, betr. die zu Gunsten der Militärpersonen eintretende Einstellung des Civilprozeß-Verfahrens (BGBl. S. 493).

9. RG. v. 24. März 1897 über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (RGBl. S. 97) nebst Einföhrungsgesetz hierzu vom gleichen Tage (a. a. O. S. 135).¹⁾

10. Grundbuchordnung v. 24. März 1897 (RGBl. S. 139).¹⁾

11. RG. v. 17. Mai 1898 über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (RGBl. S. 189).¹⁾

¹⁾ Vgl. Anm. 2 S. 334.

12. RG. v. 28. Mai 1901, betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit und andere Rechtsangelegenheiten in Heer u. Marine (RGBl. S. 185).

Dazu:

B. v. 16. Nov. 1902, betr. die Bestimmung eines Garnisonortes für die Militärpersonen der Ostasiatischen Besatzungs-Brigade für Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit (RGBl. S. 280).

IV. Polizeiliche Gesetze.

1. BG. v. 1. Juli 1868, betr. die Schließung und Beschränkung der öffentlichen Spielbanken (BGBl. S. 367). Auch gültig für Südhessen, zuf. Art. 80 unter 2 der mit Baden und Hessen vereinbarten Verf. (BGBl. 1870 S. 647), für Württemberg, zuf. Art. 2 Nr. 6 des Vertr. v. 25. Nov. 1870 (BGBl. S. 656), und für Bayern, zuf. § 2 unter 1. 6 des RG. v. 22. April 1871 (BGBl. S. 87). Nicht eingeführt in Baden, wo bereits ein gleiches Landesgesetz bestand.

2. a) B. v. 11. Febr. 1873, betr. das Verbot der Einfuhr von Reben zum Verpflanzen (RGBl. S. 43), B. v. 31. Okt. 1879, betr. das Verbot der Einfuhr von Reben und sonstigen Teilen des Weinstocks (RGBl. S. 303) und B. v. 4. Juli 1883, betr. das Verbot der Einfuhr und der Ausfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Wein- und Gartenbaues (RGBl. S. 153).

Dazu: B. v. 16. Juni 1886, betr. die Einfuhr und die Ausfuhr von Gewächsen, sowie von sonstigen Gegenständen des Wein- und Gartenbaues (RGBl. S. 191).

Vgl. die auf Grund der Vorschriften im § 4 Ziffer 1 und im § 5 Ziffer 1 u. 3 der B. v. 4. Juli 1883 erlassenen Bekanntm. des Reichskanzlers v. 12. Juli 1883 (RGBl. S. 242), v. 1. Nov. 1883 (RGBl. S. 335), v. 23. Jan. 1884 (RGBl. S. 10), v. 31. Jan. 1884 (RGBl. S. 11), v. 26. Febr. 1884 (RGBl. S. 15), v. 24. Mai 1884 (RGBl. S. 51), v. 26. Mai 1884 (RGBl. S. 52), v. 4. Juli 1884

(RÜB. S. 64), v. 24. Aug. 1884 (RÜB. S. 191), v. 10. Nov. 1884 (RÜB. S. 219), v. 8. Febr. 1885 (RÜB. S. 19), v. 30. Mai 1886 (RÜB. S. 180), v. 21. Jan. 1887 (RÜB. S. 7), v. 20. Okt. 1887 (RÜB. S. 517), v. 11. Dez. 1887 (RÜB. S. 531), v. 16. Sept. 1888 (RÜB. S. 233), v. 18. Dez. 1888 (RÜB. S. 301), v. 19. April 1889 (RÜB. S. 54), v. 9. Jan. 1891 (RÜB. S. 8), v. 7. Mai 1892 (RÜB. S. 663), v. 14. Jan. 1895 (RÜB. S. 3), v. 12. Juli 1895 (RÜB. S. 419), v. 27. Jan. 1896 (RÜB. S. 7), v. 7. Juli 1899 (RÜB. S. 368), v. 12. April 1900 (RÜB. S. 229) und v. 26. Nov. 1901 (RÜB. S. 492).¹⁾

B. v. 7. April 1887, betr. die Einfuhr bewurzelter Gewächse aus den bei der internationalen Reblauskonvention nicht beteiligten Staaten (RÜB. S. 155). Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 23. Aug. 1887 (RÜB. S. 431).

b) Abgesehen von den zu a erwähnten Einfuhrverboten sind Maßregeln gegen die Reblauskrankheit getroffen durch:

α) das RÜ. v. 6. März 1875, betr. Maßregeln gegen die Reblauskrankheit (RÜB. S. 115);

β) die internationale Übereinkunft v. 17. Sept. 1878, betr. Maßregeln gegen die Reblaus (RÜB. 1880 S. 15),²⁾ welche jedoch ersetzt ist durch:

1) Ähnliche Einfuhrverbote, welche gegen die Reblauskrankheit gerichtet sind, haben erlassen: die Österreichisch-Ungarische Regierung (RÜB. 1874 S. 69), die Ungarische Regierung (RÜB. 1875 S. 90), die Portugiesische Regierung (RÜB. 1878 S. 684), die Ungarische Regierung (RÜB. 1879 S. 648), die Österreichische Regierung (RÜB. 1879 S. 666), die Griechische Regierung (RÜB. 1880 S. 7).

2) Vgl. dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 5. April 1880, betr. den Beitritt Luxemburgs (RÜB. S. 108)

γ) die internationale Reblauskonvention v. 3. Nov. 1881 (RGBl. 1882 S. 125)¹⁾ und Deklaration v. 15. April 1889 (RGBl. S. 203);

δ) das RG. v. 3. Juli 1883, betr. die Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit (RGBl. S. 149).²⁾

3. B. v. 26. Febr. 1875, betr. das Verbot der Einfuhr von Kartoffeln aus Amerika, sowie von Abfällen und Verpackungsmaterial solcher Kartoffeln (RGBl. S. 135).

4. B. v. 5. Febr. 1898, betr. die Einfuhr lebender Pflanzen und frischen Obstes aus Amerika (zur Verhütung der Einschleppung der San José-Schildlaus) (RGBl. S. 5) und B. v. 6. Aug. 1900, betr. Einfuhrbeschränkungen wegen Gefahr der Einschleppung der San José-Schildlaus (RGBl. S. 791).

5. B. v. 6. März 1883, betr. die Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten amerikanischen Ursprungs (RGBl. S. 31), abgeändert durch B. v. 3. Sept. 1891 (RGBl. S. 385). B. v. 29. Nov. 1887, betr. das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten Dänischen, Schwedischen oder Norwegischen Ur-

und v. 31. Mai 1880, betr. den Beitritt Serbiens (RGBl. S. 118).

¹⁾ Vgl. hierzu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 7. Juli 1882, betr. den Beitritt Belgiens (RGBl. S. 138), v. 15. Sept. 1882, betr. den Beitritt Luxemburgs (RGBl. S. 139), v. 2. Jan. 1884, betr. den Beitritt der Niederlande (RGBl. S. 7), v. 24. Okt. 1884, betr. den Beitritt Serbiens (RGBl. S. 215), v. 28. Jan. 1888, betr. den Beitritt Italiens (RGBl. S. 8), v. 6. Juni 1891, betr. den Beitritt Spaniens (RGBl. S. 348) und v. 19. Jan. 1892, betr. den Beitritt Rumäniens (RGBl. S. 239).

²⁾ Vgl. das G. v. 3. Juli 1883 mit den zu demselben erlassenen Ausführungsbestimm. in Guttentags Gesetzgebung Bd. V. S. 475—482).

iprungs (RGV. S. 529).¹⁾ B. v. 14. Juli 1889, betr. das Verbot der Einfuhr von lebenden Schweinen aus Rußland, Österreich-Ungarn und den Hinterländern Österreich-Ungarns (RGV. S. 149) und Viehseuchen-Übereinkommen v. 6. Dez. 1891 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn (RGV. 1892 S. 90).

6. Internationale Übereinkunft v. 15. April 1893, betr. Maßregeln gegen die Cholera (RGV. S. 343), Bekanntm. des Reichskanzlers v. 9. Sept. 1894 über die seitens der Niederlande erfolgte Ratifikation der am 15. April 1893 zu Dresden abgeschlossenen internationalen Übereinkunft, betr. Maßregeln gegen die Cholera (RGV. 1894 S. 519), v. 15. Febr. 1895 (RGV. S. 152) über den Beitritt Serbiens und Vichiensteins zu der am 15. April 1893 zu Dresden abgeschlossenen internationalen Übereinkunft, betr. Maßregeln gegen die Cholera, v. 14. Dez. 1895 (RGV. S. 461) über die Ausdehnung der am 15. April 1893 zu Dresden abgeschlossenen internationalen Übereinkunft, betr. Maßregeln gegen die Cholera, auf die britischen Kolonien Natal, Ceylon, Lagos, St. Helena und Canada und v. 18. Okt. 1897 über den Beitritt Rumäniens zu dieser Übereinkunft (RGV. S. 776).

7. Vgl. die zur Verhütung der Einschleppung der Pest erlassenen B. v. 8. Febr. und 6. Sept. 1897, betr. Beschränkungen der Einfuhr aus Asien (RGV. S. 15 und 725), B. v. 13. Juli 1899, betr. Beschränkungen der Einfuhr aus Egypten (RGV. S. 369), B. v. 22. Aug. 1899, betr. Beschränkungen der Einfuhr aus Portugal (RGV. S. 545). Außer Kraft: vgl. B. v. 15. Juni 1900 (RGV. S. 299). B. v. 18. Dez. 1899, betr. Beschränkungen der Einfuhr wegen Pestgefahr (RGV. S. 703) [Südamerika] und Internationale Sanitäts-Übereinkunft,

¹⁾ Aufgehoben durch B. v. 5. Dez. 1890 (RGV. S. 203).

betr. Maßregeln gegen die Einschleppung und Verbreitung der Pest v. 19. März 1897 (RGBl. 1900 S. 43). Deklar. dazu v. 24. Jan. 1900 (RGBl. S. 821).

8. Internationale Sanitätskonvention v. 3. April 1894. Zusatzerklärung zu dieser Übereinkunft v. 30. Okt. 1897 (RGBl. 1898 S. 973) und Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. April 1899, betr. die Anwendung dieser Konvention auf britische Kolonien (RGBl. S. 266).

9. RG. v. 30. Juni 1900, betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten (RGBl. S. 306).

Dazu:

Bekanntm. v. 4. Juli 1900, betr. die Ein- und Durchfuhrbeschränkungen zur Abwehr von Cholera- und Pestgefahr (RGBl. S. 555).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 6. Okt. 1900, betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten (RGBl. S. 849).

Bekanntm. v. 1. März 1901 betr. Beschränkungen der Ein- und Durchfuhr aus Kapland und Natal (RGBl. S. 11).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 24. Aug. 1901, betr. Beschränkungen der Ein- und Durchfuhr aus der europäischen Türkei einschließlich aller türkischen Häfen des Ägäischen und Schwarzen Meeres (RGBl. S. 281).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Juli 1902, betr. die wechselseitige Benachrichtigung der Militär- und Polizeibehörden über das Auftreten übertragbarer Krankheiten (RGBl. S. 257).

10. Internationaler Vertrag zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See v. 16. Nov. 1887 (RGBl. S. 427).

Dazu; RG. v. 4 März 1894, betr. die Ausführung des internationalen Vertrages v. ^{16. Nov. 1887}_{14. Febr. 1893} zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See (RGBl. 1894 S. 151).

11. RG. v. 19. Mai 1891, betr. die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen (RGBl. S. 109).

Dazu: Bekanntm. des Reichskanzlers v. 22. Juli 1892 und v. 8. Mai 1895, betr. die Ausführung des G. v. 19. Mai 1891 (RGBl. 1892 S. 674 und RGBl. 1895 S. 232). Bekanntm. v. 23. Juli 1893 (RGBl. S. 227), Bekanntm. v. 1. Febr. 1894 u. 26. April 1899, betr. die Anerkennung ausländischer Prüfungszeichen für Handfeuerwaffen im Deutschen Reich (RGBl. 1894 S. 20 und RGBl. 1899 S. 275), Bekanntm. v. 30. Juni 1894 (RGBl. S. 350), endlich B. v. 20. Dez. 1892 über die Inkrustierung des G. v. 19. Mai 1891 (RGBl. 1892 S. 1055).

V. Anhang.

RG. v. 12. März 1893, betr. die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung (RGBl. S. 93), abgeändert durch RG. v. 31. Juli 1895 (RGBl. S. 426).

RG. zum Schutze des Genfer Neutralitätszeichens v. 22. März 1902 (RGBl. S. 125).

Dazu:

Bekanntmachung des Reichskanzlers v. 7. Mai 1903, betr. die Grundsätze für die Erteilung der Erlaubnis zum Gebrauche des Roten Kreuzes (RGBl. S. 215).

Bekanntm. des Reichskanzlers v. 8. Mai 1903, betr. die Stempelung der bei der Verladung des G. zum Schutze des Genfer Neutralitätszeichens v. 22. März 1902 mit dem Roten Kreuze bezeichneten Waren (RGBl. S. 216).

Sachregister.

Die Zahlen bedeuten die Seiten.

A.

Abänderungen der Reichsverfassung, s. Reichsverfassung

Abbildungen, Urheberrecht an 125, 300, 307.

Abgaben von inländ. Erzeugnissen 199, v. d. Flößerei 251, in Seehäfen 250, Beistand bei Einziehung von solchen 141.

Abgabentarife für die Kanalstrecken Holtenau - Rendsburg u. die Benutzung der Hafenanlagen zu Holtenau 244, für den Nord-Ostsee- (Kaiser Wilhelm-) Kanal 244.

Abgeordnete des Reichstags, s. Reichstagsabgeordnete.

Abstimmung, Unverletzlichkeit der Reichstagsabgeordneten wegen solcher 197.

Abzahlungsgeschäfte, RG., betr. dieselben 335.

Adler, Kaiserl. Gebrauch 156.

Afrikanische Schutzgebiete, Rechtsverhältnisse 133.

Aichgebührentage 115.

Aichordnung 115.

Aichungsbeamte, Rationen, 183.

Akkumulatoren, elektrische, Einrichtung und Betrieb v. Anlagen 97.

Aktien, Gesetz, betr. Umwandlung in Reichswährung 330.

Aktien, ausländische; Abstempelung derselben 288.

Aktien-Gesellschaften, Gesetz darüber u. über die Kommanditgesellschaften auf Aktien 306, 307, 329.

Alkali-Chronometer, Einrichtung und Betrieb von Anlagen 97.

- Alters- und Invaliditätsversicherung** 109.
- Amerika, Vereinigte Staaten,** Vertrag betr. die Staatsangehörigkeit 2c. 85; Einfuhr v. Kartoffeln, Obst, Fleischwaren 2c. verboten 353.
- Amortisation,** s. Aufgebot.
- Ämter,** öffentliche Zulassung der Reichsangehörigen 79; Annahme von Mitgliedern des Reichstages 194.
- Amtsstationen** d. Reichsbeamten 182, 185.
- Anleihen** 290, 291.
- Anstേഷungsstoffe** bei Viehzuförderungen, deren Beseitigung 144, 220.
- Anstellung** der Beamten, s. Postbeamte, Reichsbeamte, Telegraphenbeamte.
- Apotheker,** [Prüfung und] Approbation 90, 91, 92.
- Apotheker - Gehilfen,** Prüfung 92.
- Apothekerwaren,** Verkehr mit denselben 88.
- Arbeiter, Krankenversicherung** derselben 101; Unfallversicherung derselben 102 ff.
- Arbeiter,** jugendliche, Beschäftigung solcher 97, 98.
- Arbeiterinnen,** Beschäftigung solcher 97, 98.
- Arbeiterstatistik,** Kommission für dieselbe 95; Regulativ, betr. die Errichtung einer Kommission 95; Beirat 95.
- Arbeitslohn,** Beschlagnahme 299, 302, 304, 343, 346.
- Archäologisches Institut** 161.
- Armee,** s. Reichsarmee, Marine.
- Armenversorgung** 79; s. Unterstützungswohnsitz.
- Artilleriedepots** der Marine 168.
- Arzneibuch,** Einführung 149.
- Arzneimittel,** Verkehr mit denselben 88.
- Arzt,** Prüfung und Approbation 90 ff.
- Ärzte,** deren [Prüfung und] Approbation 90.
- Ärztliche Prüfung** u. Vorprüfung 90, 91, 92; Dispensationen 92.
- Attribute** d. Deutschen Reichs (Kaiserl. Wappen, Standarte, Adler) 156.
- Aufgebot** und Amortisation von Schuldurkunden 343.
- Auflösung** d. Reichstages 195, 196.

Aufsichtsamt für Privatversicherung 111, 167.

Außerungen, Unverletzlichkeit d. Reichstagsabgeordneten wegen solcher 197.

Ausfuhrvergütungen, Übersicht auf deren Bewilligung 206.

Ausgaben des Reichs 284 bis 293; für konsularische Vertretung 131, 254; f. d. Post- u. Telegraphenwesen 236; f. d. Kriegsflotte 245; für das Heer 258, 278, 289; für die diplomatische Vertretung seitens Bayerns 157, 316; für das bayerische Heer 320.

Aushebung der Militärpflichtigen 264.

Ausländer, Naturalisation im Reichsdienste angestellter 83.

Ausländische Prüfungszeichen für Handfeuerwaffen, Anerkennung 356.

Ausland, Schutz Reichsangehöriger gegenüber dem A. 80; Schutz d. deutschen Handels im A. 131.

Ansprägung von Gold- u. Nickelmünzen 117, 118.

Ausschüsse des Bundesrats 154, 155, 214, 217, 230, 254, 281.

Austausch von Briefen und Kästchen mit Wertangabe, Übereinkommen des Weltpostvereins 232.

Austausch von Postpateten Übereinkommen des Weltpostvereins 232.

Außerfurssetzung alter Landes- u. fremder Münzen 118.

Auswärtiges Amt 161; Kautionen d. bei demselben angestellten Beamten 184.

Auswandererschiffe 112.

Auswanderung, Zuständigkeit des Reichs in Bezug darauf 85, 111, 163; RG. über das Auswanderungswesen 112; Auswanderung der Reservisten u. Landwehrmänner 259.

Auswanderungsunternehmer u. Agenten, Best. über den Geschäftsbetrieb 112.

Ausweisung, Verträge zwischen den Bundesstaaten wegen Übernahme d. Auszuweisenden 80.

B.

Baden (Großherzogtum), Besteuerung des Biers und Branntweins in B. der Landesgesetzgebung vorbehalten 213; Abänderung der Übergangsabgaben u. Rückvergütung 206, hat keinen Anteil an dem Ertrage aus diesen Steuern 216; d. demselben gewährte Garantie f. die Einnahme aus den Postüberschüssen 310; Verhältnis des Post- u. Telegraphenwesens 231, 240, 310; Militär-Konvention mit dem Nordb. Bunde 279; Vertrag mit dem Nordb. Bunde über d. gegenseitige militärische Freizügigkeit 80; Aufsicht der B. zustehenden Reservatrechte und Verfassungsbestimmung darüber 298; Veränderung der Landesgrenze bei Konstanx 60.

Bäckereien und Konditoreien, Betrieb 96.

Bahn-Ordnung für die Nebenbahnen 226.

Bahnpolizei-Beamte 224.

Bahnpolizei-Reglement 223, 225.

Baken (Seeschiffsfahrtszeichen) Aufsicht des Reichs 140.

Bank, Preussische, Abtretung an das D. R. 122; Aufruf und Einziehung der Einhundertmarknoten 123.

Bankgesetz v. 14. März 1875 121.

Banknoten, B.: Gesetz über deren Ausgabe 121, 300, 305; Aufruf u. Einziehung diverser Bankn. 122, 123; Kontrolle führt Reichsbank 174.

Bankwesen, allgemeine Bestimmungen 120.

Baunfallversicherungs-gesetz 103.

Banken, Landständische Bank d. tgl. sächs. Markgrautums Oberlaus. 3. Aufruf u. Einziehung der Noten 124.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, Aufruf und Einziehung der Einhundertmarknoten 122.

Bayerische Pfalz, Übergangsabgaben und Ausfuhrvergütungen für Bier, Branntwein und geschrotetes Malz 207.

Bayern (Königreich), Vorbehalt in Betreff der Helmatz- u. Niederlassungs-

verhältnisse 85, 314; nicht eingeführt: Ges. über Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließungen 82, 315, Ges. über den Unterstützungswohnsitz 84, 315; Gültigkeit d. Gothaer u. Eisenacher Konvention 315; Vorbehalt bez. der Gesetzgebung üb. das Immobilien-Verficherungswesen 315; desgl. bez. der Maß- u. Gewichtsordnung 113; desgl. bez. des Eisenbahnwesens 139, 230; Vorbehalt bez. des Post- u. Telegraphenwesens 140, 231, 240—243, 317; hat ständigen Sitz im Ausschuß für Landheer und Festungen 154; führt den Vorsitz im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten 155; Gesandte vertreten die Bundesgesandten in deren Behinderung, Anspruch auf Vergütung 156, 316; Recht auf stellvertretenden Vorsitz im Bundesrat 158, 317; Besteuerung des Branntweins u. Bieres ist der inneren Landesgesetzgebung vorbehalten 213; hat keinen Teil an dem Ertrage aus diesen Steuern 216; Abänderung

der Übergangsabgaben u. Rückvergütungssätze 206; Vorbehalt in Betreff des Reichskriegswes. (Schlußbestimmung zu d. Abschn. XI. und XII.) 283, 293, 318—321; trägt die Kosten und Lasten seines Kriegswesens und den Unterhalt der auf seinem Gebiete belegenen Festungen 320; Vorbehalt bez. des Ausgabe-Etats für das Heer 279, 283, 321; desgl. in Betreff d. Formation, Ausbildung und Militäroberhoheit im Frieden 322; desgl. in Betreff d. Festungen 318, 320; Übersicht der B. zustehenden Reservatrechte und Verfassungsbestimmung darüber 297.

Beamte, s. Reichsbeamte.

Beerbigung Verstorbenen, Eisenacher Konvention 80, 315.

Beglaubigung öffentlicher Urkunden 141.

Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten 345.

Behörden des Deutschen Reiches, Verordnung über deren Bezeichnung 156.

Belagerungszustand, Befugnis des Kaisers 283.

Beleidigungen des Bundesrates, des Reichstages, der Mitglieder desselben, der Reichsbehörden und Beamten 293, 294.

Belgien, Konvention betr. die Zulassung der in den Grenzgemeinden wohnhaften Nebenbuzinalpersonen 2c. 90; Übereinkunft üb. Werke der Literatur u. Kunst 128; betr. den Schutz der gewerblichen Muster u. Modelle 127; bez. d. Betriebs der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn 219; Beitritt z. internationalen Reblauskonvention 353.

Bergwerke, Tötungen u. Verletzungen bei deren Betrieb, RG. über Schadenserfatz dafür 332, 342.

Berichte, wahrheitsgetreuer über Reichstagsverhandlungen 195.

Beschlagnahme des Arbeits- u. Dienstlohnes 299, 302, 304, 343, 346.

Beschlußfähigkeit des Reichstags 197.

Beschränkung des Grundeigentums in der Um-

gebung von Festungen 170, 275, 282.

Beschwerden über verweigerte u. gehemmte Rechtspflege 296.

Besoldungen, Mitglieder des Reichstags dürfen als solche keine B. beziehen 198.

Betriebe, land- u. forstwirtschaftliche, Unfall- u. Krankenversicherung 105—108.

Betriebsbeamte, Unfallversicherung bei Ausführung von Bauarbeiten 104.

Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands 224.

Betriebs-Reglements, Eisenbahn- 226; auf Bayern nicht anwendbar 230.

Betriebsunfälle, Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes in Folge solcher 105.

Beurkundung des Personenstandes 333; von Bundesangehörigen im Auslande 255.

Bevölkerung, seemannische, Verpflichtung zum Kriegsdienste in der Marine 245.

Bevollmächtigte zum Bundesrat 152.

Bezeichnung der Behörden u. Beamten des Deutschen Reichs 161—186.

Bier, Besteuerung desselben 200, 204, 206, 213; Besteuerung ist in Bayern, Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen der Landesgesetzgebung vorbehalten. 63, 213; Abänderung der Übergangsabgaben u. Rückvergütungsätze in Bayern, d. Bayerischen Pfalz, Baden u. Württemberg 206, 207; gedachte Staaten haben keinen Teil an den aus der Biersteuer in die Reichskasse fließenden Einnahmen 63, 216; Festhalten des B. im Umherziehen 95.

Bildende Künste, Gesetz über d. Urheberrecht an Werken der bildenden Künste 126; Führung d. Eintragsrolle 126.

Binnenschifffahrt, RG. betr. die privatrechtlichen Verhältnisse derselben 330.

Bismarck, Fürst von, Ernennung desselben z. Bundes- (Reichs-) Kanzler 158.

Bleierzwerke, Beschäftigung in 98.

Bleisorten u. -produkte, Anlage 97.

Blei- u. zinkhaltige Gegenstände, Verkehr mit denselben 148.

Börsengesetz 330.

Börsenhandel, Zulassung v. Wertpapieren z. demselben 331.

Börsenpreis v. Wertpapieren Feststellung desselben 331.

Börsenregister, Führung desselben 390.

Bosnien und Herzegowina, Konsulargerichtsbarkeit 256; Beglaubigung öffentl. Urkunden s. Österreich: Ungarn.

Brauntwein, Besteuerung desselben 200, 204, 206, 212; Besteuerung in Bayern, Württemberg u. Baden 213; Abänderung der Übergangsabgaben u. Steuerlichvergütung in Bayern, der Bayerischen Pfalz, Baden u. Württemberg 206, 207; vorgedachte Staaten haben keinen Teil an den aus dem Ertrage der Brauntweinsteuer in die Reichskasse fließenden Einnahmen 216; Steuerfreiheit desselben zu Heil-, wissenschaftlichen u. gewerblichen Zwecken 206, 208, 210; Erhebung einer Ab-

- gabe von der Bereitung in den Hohenzollernschen Landen 204; Regulativ für Gewerbsanstalten, in denen B. gereinigt werden darf 209; Alkoholgehalt, Ermittelung desselb. 209; Denaturierung 210; Statistik 210; Branntwein-Reinigungsordn. 209; Branntwein: Gehührenordnung 209.
- Branntweinhandel** unter den Nordseefischern, internationaler Vertrag zur Unterdrückung 355.
- Brasilien**, Übereinkunft wegen gegenseitig. Markenschutzes 130.
- Braunalz**, Besteuerung desselben 205; s. Brausteuern.
- Brausteuern**, Gesetz über Erhebung u. Abänderung 205; ist in Bayern, Württemberg, Baden u. Elsaß-Lothringen der Landesgesetzgebung vorbehalten 63, 213; letztere Staaten haben keinen Anteil an dem Ertrage dies. Steuern 63, 216; Befreiungs-Ordnung 209.
- Bremen** (Freie u. Hansestadt), Stellung als Freihafen 199; Anschluß an das Zollgebiet 200, 291.
- Bremer Bank**, Aufruf und Einziehung v. Einhundertmarknoten 123.
- Brennereiunternehmer**, subsidiarische Haftung 205.
- Breslauer städtische Bank**, Aufruf u. Einziehung der Note 123.
- Briefstauben**, Schutz derselben 276.
- Briefstaubenverkehr** i. Kriege 276.
- Britische Kolonien** (Natal, Ceylon, Lagoa, St. Helena u. Canada) Übereinkunft betr. Maßregeln gegen die Cholera 354.
- Brown-Inseln**, Rechtsverhältnisse in deren Schutzgebiete 135.
- Buchdruckereien**, Einrichtung und Betrieb von solchen u. Schriftgießereien 96.
- Bürgerliche Rechtsfreistigkeiten**, Begründung der Revision in solchen 345.
- Bürgerliches Gesetzbuch** 335.
- Bürgerliches Recht**, Zuständigkeit 142.
- Bulgarien**, Markenschutz daselbst 131.
- Bund**, Deutscher, s. Reich.

Bundesamt für d. Heimatswesen 163.

Bundesangehörigkeit, siehe Reichsangehörigkeit.

Bundesbeamte, f. Reichsbeamte.

Bundesbehörden, f. Reichsbehörden.

Bundesexekution 186.

Bundesfinanzen, f. Reichsfinanzen.

Bundesfürsten, Rechte bez. d. ihrem Lande angehörenden Truppenteile 280, 282.

Bundesgebiet, dessen Umfang 59.

Bundesgesandte, f. Reichsgesandte.

Bundesgesetzblatt, f. Reichsgesetzblatt.

Bundesgesetze, f. Reichsgesetze.

Bundesgesetzgebung, siehe Reichsgesetzgebung.

Bundeshaushalt, f. Reichshaushalt.

Bundesheer, f. Reichsheer.

Bundeskanzler, f. Reichskanzler.

Bundeskanzleramt, f. Reichsamt des Innern.

Bundeskasse, f. Reichshauptkasse.

Bundeskonsuln, f. Reichskonsuln.

Bundeskriegsflotte, siehe Reichskriegsflotte.

Bundeskriegshafen, f. Reichskriegshafen.

Bundeskriegsmarine, siehe Reichskriegsmarine.

Bundeskriegswesen, siehe Reichskriegswesen.

Bundes-Ober-Handelsgericht, f. Reichs-Ober-Handelsgericht.

Bundes-Präsidium, f. Kaiser.

Bundesrat, Teilnahme an der Reichsgesetzgebung 151, 153; Zusammensetzung u. Abstimmung desselben 151 bis 155; Rechte u. Pflichten der Mitglieder 153, 154; Ausschüsse d. Bundesrates 154, 155; Berufung des Bundesrates, Vorsitz u. Leitung 158; Beschließungsrecht bez. d. Ausführung d. Exekution wegen Nichterfüllung d. Bundespflichten 186; bezüglich der Auflösung d. Reichstags 195; bezüglich der Feststellung der von den Kassen der Bundesstaaten aus d. Einnahmen der Zölle an die Reichskasse zu zahlenden

Beträge 217; bezügl. des Zeitpunktes der Aufhebung der Landeskonfulate 254; ihm ist über d. Verwendung aller Einnahmen d. Reiches Rechnung zu legen 290; Erledigung politisch. Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten 295; Zuständigkeit in Betreff Justizverweigerungen 296; Beschlüsse üb. Verfassungsabänderungen 296; Beleidigung des Bundesrates und dessen Mitglieder 293.

Bundesstaaten (Bundesglieder), gemeinsames Indignat aller Angehörigen derselben 79; Rechte d. Bundesglieder in Beziehung auf den Bundesrat 151 bis 155; Erhebung u. Verwaltung der Steuern u. Zölle 200, 214 ff.; Eisenbahnwesen 218 ff.; Post- u. Telegraphenwesen 231 ff.; Marine u. Schifffahrt 243 ff.; Konsularwesen 253 ff.; Kosten u. Lasten des Reichskriegswesens 257 ff.; Streitigkeiten zwisch. verschiedenen Bundesstaaten 295; Verfassungsstreitigkeiten in einem Bundesstaat 295; Beschwerden über Justizverweigerung in einem

Bundesstaat 295; exekutive Maßregeln gegen säumige Bundesglieder 186.

Bundes- u. Staatsangehörigkeit, Erwerb u. Verlust derselben 83, 261, 300, 306.

Bundesverfassung, f. Reichsverfassung.

Bürsten- u. Pinselmacherei-Betrieb 96.

Butter, Verkehr mit Ersatzmitteln derselben 339.

C.

Centralamt des internationalen Eisenbahnfrachtverkehrs 221.

Centralblatt für das Deutsche Reich 78.

Central-Direktion der Monumenta Germaniae historica 166.

Certifikate für die vermessenen Schiffe; deren Ausstellung 247; Gebühren für Ausfertigung 248; Formulare 248.

Chemnitzer Stadtbank, Aufruf und Einziehung der Einhundertmarknoten 123.

Cholera, internation. Ueereinfuhr, betr. Maßregeln 354; Ratifikation seitens der Niederlande 354.

Sichorienfabriken, Beschäftigung in 98.

Cigarren, s. Zigarren.

Civilehe, s. Eheschließung.

Civilprozeßordnung, Deutsche v. 30. Jan. 1877 345.

Civilprozeßverfahren, Einstellung zu Gunsten der Militärpersonen 350.

Cölnische Privatbank, Aufruf u. Einziehung von Einhundertmarknoten 123.

Costa Rica, Warenzeichenschutz 131.

D.

Danziger Privataktienbank, Aufruf u. Einziehung der Einhundertmarknoten 123.

Dänemark, Grenzregulierung 59; Beitritt zur Berner Urheberrechtsübereinkunft 129; Übereinkunft wegen gegenseitig. Markenschutzes 130; Beitritt z. internation. Übereinkomm. üb. d. Eisenbahnfrachtverkehr 221.

Dampfessel, polizeiliche Bestimmungen über deren Anlegung 89.

Darlehnskassen, Gründung öffentlicher 120.

Darlehnskassenscheine, deren Ausgabe 120; deren Einlösung und Präklusion 120.

Darmstadt, Bank für Süddeutschland, Aufruf u. Einziehung der Noten 124.

Depotgesetz 331.

Deutsche, allgemeine Rechte derselben 79, 80; Wehrpflichtigkeit 257.

Deutsches Reich s. Reich.

Deutsch-Ostafrika, Rechtsverhältnis 133, 137, 255; Bergwesen 137.

Deutsch-Ostafritanische Gesellschaft 136; Schuldverschreibungen ders. 335.

Deutsch-Südwestafrika, Rechtsverhältnis 133, 138; Bergwesen 138.

Diäten (Tagegelder), siehe Reichsbeamte.

Dienstleid der Reichsbeamten 176; der Post- und Telegraphenbeamten 236; der Marine-Offiziere, Beamten und Mannschaften 244, vergl. Eideleistung, Fahneneid.

Dienstlohn, B.G. über Beschlagnahme desselben 299, 302, 304, 343, 346.

Dienstreisen, Grundsätze bez. der Ausf. u. der Reisekosten-

- Liquidationen innerhalb der
Civilverwaltung 180.
- Dienstwohnung** der Reichs-
beamten, Besteuerung 185.
- Dienstzeit** im Reichsheere
259 ff.
- Diphtherieserum**, Verkehr mit
demselben 89.
- Disziplinarbefugnisse**, die d.
Reichs-Oberhandelsgericht
gegen Rechtsanwälte zu-
stehenden 342.
- Disziplinarbehörden** 163.
- Disziplinargerichte** 163, Re-
gulativ für die Geschäfts-
ordnung 163.
- Disziplinarakammern**, RG. u.
Verordnungen 181; Ab-
grenzung der Bezirke 181.
- Disziplinarverfahren** gegen
Mitglieder des Reichstages
wegen Abstimmung oder
Äußerungen unzulässig 197.
- Donau**, garantierte Anleihe
für eine zur Herstellung
dauernder Fahrbarkeit des
Sulinaarmes der Donau-
mündungen 292.
- Doppelbesteuerung**, BG. über
deren Beseitigung 82, 300,
304.
- Dotationen**, RG., betr. die
Verleihung von Dotationen
in Anerkennung hervor-
ragender im letzten Kriege
erworbener Verdienste 277.
- Drahtziehereien**, Beschäfti-
gung 98.
- Dramatische Werke**, Urheber-
recht an denselben 125, 126,
300, 307, 342.

G.

- Ägypten**, Konsulargerichts-
barkeit 256; Bürgschaft für
Zinsen der Anleihe 293.
- Eheschließung**, BG. über die
Aufhebung der polizeilichen
Beschränkungen 82, 299;
BG. über die Eheschließung
und die Beurkundung des
Personenstandes von Bun-
desangehörigen i. Auslande
255, 300, 304, 333; Gef.
über die Beurkundung des
Personenstandes und die
Eheschließung 333.
- Ehrengerichte**, Verordnung
über 264.
- Ehrenzulage** an die Inhaber
des Eisernen Kreuzes 269.
- Eich**, s. Mich.
- Eidesleistung** der Reichs-
beamten für das Reich 176;
s. Fahneneid.

- Eigentum**, Beschränkung des Grundeig. in Umgebung von Festungen 170, 275, 282; geistiges, Schutz desselben 125 ff.
- Einberufung** des Bundesrates 158; des Reichstags u. Bundesrates alljährlich 158; des Bundesrates ohne Reichstag, aber nicht des Reichstags ohne Bundesrat 158.
- Einhundertmarknoten**, Aufruf und Einziehung 123.
- Einpfeunig-Tarif** der Eisenbahnen 229.
- Einquartierung** der Militärpersonen, siehe Quartierleistung.
- Eintragsrolle** für Werke der bildenden Künste 126.
- Eisenbahn-Betriebsbeamte**, Bestimmungen über Befähigung 225.
- Eisenbahnbetriebsreglement** 226.
- Eisenbahnen** untergeordneter Bedeutung, Bahnordnung für dieselben 226.
- Eisenbahnfahrbetriebsmittel**, Pfändung unzulässig 220.
- Eisenbahn-Frachtverkehr**, internationales Überein-
- kommen über denselben 220.
- Eisenbahn-Postgesetz**, 220.
- Eisenbahn-Telegraphen**, Benutzung z. Beförderung von Privat-Telegrammen 239.
- Eisenbahnwesen** 218; Zuständigkeit 139; Vorbehalt bezügl. Bayerns 139, 230; Ausschluß im Bundesrat für 154; Anlegung, Benutzung u. Verwaltung der Eisenb. 221 ff.; Betriebs-Ordnung für d. Haupteisenb. Deutschlands 224; Bahnordnung für die Nebeneisenb. 226; Bahnpoliz.-Reglement 223; Bestimmungen, betr. die Eisenb. untergeordneter Bedeutung 224; Betriebs-Reglement für die Eisenb. 226 ff.; Verkehrsordnung 228; Verpflichtung für Zwecke des Postdienstes 220; Konstruktion u. Ausrüstung derselben 224; Transporttarife 229; Militär-Transportordn. 274; Militärtarife 275; siehe Reichseisenbahnen u. Reichseisenbahnamt.
- Eisernes Kreuz**, Ehrenzulage an Inhaber 269.
- Ecuador**, Warenzeichenschutz 131.

Elbe, Anschluß ein. Theils d. Unterelbe an das Zollgebiet 199.

Elbzölle, Aufhebung 251.

Elektrische Arbeit, Entziehung 341.

Elektrische Maßeinheiten, RG. darüber 117.

Elfaß-Lothringen, Vereinigung mit dem D. Reiche, Einführung der RB. 60 ff.; Verwaltung u. Verfassung 60 ff.; Gesetzblatt f. 61; der Kaiser übt d. Staatsgewalt 60; [Bestellung d. R.-Ob.-Handelsgerichts z. obersten Gerichtshofes 342]; Einführung d. Art. 3 der RB. 60; Einführung der Bestimmungen über die Presse 150; Einführung d. Abschnittes VII d. RB. 218; Einführung des Abschnittes VIII der RB. 231: Einsetzung d. Kaiserl. General-Direktion der Eisenbahnen 173, 218; Bau von Eisenbahnen in Lothringen 219; Sicherheits-Ordnung für die Eisenbahnen 224; Beschaffung von Betriebsmitteln f. Eisenbahnen 219; Aufnahme einer Anleihe f. Eisenbahnen 219; die Besteuerung des Bieres ist

bis auf Weiteres d. inneren Gesetzgebung vorbehalten 63, 212; hat keinen Anteil an dem Ertrage aus dieser Steuer 63; Einführung der Art. 57, 58, 59, 61, 63, 64, 65 des Abschn. XI.: Reichskriegswesen 257; Kontrolle des Landes-Haushalts 171; Gerichtliche Beamte, Titel 176, 178; Rechtsverhältnisse der Beamten u. Lehrer 175; der Gerichtsvollzieher 349; Tagelöhner, Fuhr- u. Umzugskosten der Beamten u. Lehrer 180; Rationen der Beamten d. Gemeinden, d. öffentl. Anstalten, der Steuererheber, Ortseinknehmer u. Soldatener 185; d. Eisenbahnbeamten 184; Verlegung des Etatsjahres für das öffentliche Rechnungswesen 284; Ausf. Erl. zu den Reichsjustizgesetzen 347, 348; Vergütung der Reisekosten für Geschworene, Vertrauensmänner u. Schöffen 348; Ausführung d. Gerichtskostengesetzes, Gebührenordnung f. Rechtsanwälte, für Gerichtsvollzieher, für Zeugen u. Sachverständige 348, 350; Zwangsvoll-

fredung in das unbewegliche Vermögen 348, 349; Ernennung der Subalternbeamten bei den Gerichten 348; Hülfssbeamte der Staatsanwaltschaft 348; Bestimmungen des Dienstalters der richterlichen u. staatsanwaltschaftlich. Beamten 348; Bildung von Senaten bei d. Oberlandesgericht in Colmar 348; Regulativ über juristische Prüfung u. Vorbereitung z. höheren Justizdienst 348; Übertragung richterl. Geschäfte a. Referendare 349; Ausführ. z. BGB. 349; zur Grundbuchordn. 349; Pensionsbestimmungen für Richter 349; Aufhebung d. Binnenschiffahrtsabgaben 252; Feststellung der Wahlkreise 194; Approbation d. Apotheker u. Ärzte 90; Verordnung, betr. die Anlage u. den Betrieb von Dampfesseln 90. Nichteingef. sind: BG. über die Aufhebung d. polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung 82; BG., betr. die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher u. staatsbürgerlicher Beziehung 82; Dienstflagge

der Landesbehörden 70; Wappenzeichen f. E.-L. 60; Vorbereitung des Kriegszustandes 67, 283.

Entschädigung d. im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen 335.

Erfindungs - Patente, Zuständigkeit d. Reichs 124; f. Patentamt, Patentgesetz.

Erkenntnisse in Zivilsachen, deren wechselseitige Vollstreckung 140.

Ersatzmannschaften für die Marine 245.

Ersatzmittel f. Butter, Käse, Schmalz, Verkehr mit 339.

Ersatzverteilung, RG. darüber 245, 266.

Erwerb u. Verlust d. Bundes- und Staatsangehörigkeit 83, 261, 307; in Betreff der Militärpflicht und der Auswanderung 261.

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, RG. darüber und die dazu ergangenen Deklarationen 299, 332.

Etat, jährlicher f. Reichshaushalt.

Erektion, siehe Bundeserektion.

Expropriationsgesetz, RG.
170, 276, 281.

Expropriationsrecht, Erzei-
lung für Eisenbahnen 222.

F.

Fabriken, Verpflichtung zum
Schadenersatz wegen Tö-
tungen u. Verletzungen i.
Betriebe 332, 342.

Fabrikzeichen, Bestimmung
in Verträgen mit fremden
Staaten 130, 131.

Fahneneid der Offiziere
(Höchstkommandierend,
Generale, Kommandanten)
u. Soldaten d. Reichsheeres
und der Marine 244, 281.

Fahrwasser, einheitliche Be-
zeichnung 140.

**Farben, giftige, gesundheits-
schädliche**, Verwendung
147, Untersuchung auf Arsen
oder Zinn 102.

Farbenblindheit, Grundsätze
für die Untersuchung der
Seefischer und Seesteuer-
leute auf dieselbe 93.

Faserstoffe, Verarbeitung 99.

Feingehalt der Gold- und
Silberwaren 94, Bestim-
mung der Form des

Stempelzeichens zur An-
gabe desselben 94.

Fernsprecheinrichtung
(Stadt-), Bedingungen f.
die Beteiligung 235; Ge-
bührenordnung 235.

Festungen, Anlegung der-
selben im D. Reich 281;
Ausbruch f. dieselben im
Bundesrat 154; RG. über
die Beschränkungen des
Grundeigentums in der
Umgebung d. Festung 170,
275, 282; Bekanntm. betr.
d. Erweiterung v. Festungs-
anlagen 276; Gesetz über
Umgestaltung und Aus-
rüstung 282; Vorbehalt
Bayerns u. Württembergs
über die Anlegung von
Festungen 318, 320, 324,
und über ständige Sitze
im Ausbruch f. d. Land-
heer und die Festungen
154, 328, Ernennung der
Kommandanten d. Festun-
gen i. Württemberg seitens
des Kaisers 324.

Festungskommandanten,
deren Ernennung 281.

Fette, chemische Untersuchung
derselben 340.

Fischerei, polizeiliche Rege-
lung in der Nordsee 339.

- Fischerfahrzeuge**, Lichter: u. Signalführung derselben 339.
- Flagge**, Schutz der Deutschen F. 131; — d. Kauffahrteischiffe 252; — der Kriegsmarine 252; Flaggen und Salut: Reglement 252; fremde, Berechtigung derselben 3. Küstenfrachtfahrt 250; Befugnis 3. Führung 247, 298.
- Fleisch**, Einführung ins Zollinland 146, 147; Verbot der Einfuhr 353, 354.
- Fleischbeschau** 146.
- Flößerei**, Zuständigkeit bez. d. Flößereibetriebs 140; Flößerei: Abgaben, BG. darüber 251, 300, 306, 342; privatrechtliche Verhältnisse derselben 330.
- Flotte**, RG. betr. d. deutsche 246 (s. Reichskriegsflotte).
- Flurschäden** 264; Vergütung für durch Truppenübungen entstehende 273.
- Flußzölle**, Zuständigkeit 140; f. Elbzölle, Flößerei.
- Forstwirtschaftliche Betriebe**, Unfall: u. Krankenversicherung 105.
- Fortifikationen** der Marine unterstehen dem Ressort d. Reichs-Marine-Amts 168.
- Frankfurter Bank**, Aufruf und Einziehung d. Noten 123.
- Frankreich**, Übereinkunft über Werke der Literatur und Kunst 128.
- Freigesprochene Personen** im Wiederaufnahmeverfahren, Entschädigung 335.
- Freihafen** von Hamburg, Bremen 199.
- Freiwillige Gerichtsbarkeit**, RG. über die Angelegenheiten 350.
- Freizügigkeit**, Aufsicht und Gesetzgebung des Reichs darüber 84, BG. darüber 81, 298, 304, Beschränkungen derselben 81, 82; gegenseitige militärische zwischen d. Nordd. Bunde und Baden 80.
- Fremdenpolizei** 85.
- Friedens-Präsenzstärke** d. D. Heeres 260, 262, 278, 279.
- Friedensschlüsse**, Recht des Kaisers zu solchen 156.
- Fuhrkosten**, f. Tagegelder.

G.

Garantien, Übernahme zu Lasten des Reiches 290.

Garn, Kleinhandel 341.

Garnisonen, Bestimmungsrecht des Kaisers 280.

Gartenbau, Verbot, betr. Einfuhr u. Ausfuhr von Pflanzen, Gewächsen 2c. 351.

Gasmesser, Eichung von 116.

Gast- und Schankwirtschaft, Beschäftigung v. Gehilfen und Lehrlingen 97.

Gebrauchsgegenstände, Verkehr mit denselben 147.

Gebrauchsmuster, Schutz derselben 125, 131.

Gebührenfreiheit bei Beförderung von Telegrammen 235; in dem Verfahren vor dem Reichsgericht 347.

Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher 347.

Gebührenordnung f. Rechtsanwälte 347.

Gebührenordnung f. Zeugen und Sachverständige 347.

Gefangenen-Unfallfürsorgegesetz 108.

Geflügel, Beförderung auf Eisenbahnen 144.

Geflügelcholera 145.

Geheimnisse, militärische, Verrat 340.

Geistiges Eigentum, Schutz desselben 125.

Geistliche, RG., betr. strafbare Handlungen der 337; wegen unbefugter Ausübung von Kirchenämtern 82; Wehrpflicht von G. römisch-katholischer Konfession 258.

Gemeindeverband, Bestimmungen über d. Aufnahme in denselben 79, 80.

Generale, Ernennung 281.

General-Postmeister 173.

Generalstabstiftung 278.

Genossenschaftsregister, Führung 333.

Genußmittel, Verkehr mit denselben 147.

Gerichtliches Verfahren, Zuständigkeit 142.

Gerichtsbarkeit, freiwillige, RG. über Angelegenheiten 352.

Gerichtshof, oberster für Handelsachen, i. Reichsoberhandelsgericht.

Gerichtskosten, Einziehung derselben unter d. Bundesstaaten 346.

Gerichtskostengesetz 346.

Gerichtsverfassungsgesetz 149, 295, 343.

Gerichtsvollzieher, Gebührenordnung 346; Rechtsverhältnisse in Elsaß-Lothringen 349.

Germerstheim (Festung) 318.

Gesandte, s. Reichsgesandte.

Gesandtschaftliche Beamte, Urlaub u. Stellvertretung 177, 257; Tagegelber, Fuhr- und Umzugskosten 179, 257.

Geschäftsordnung d. Reichstages 196.

Gesellschaften m. beschränkter Haftung, RG. darüber 333.

Gesetzblatt f. Elsaß-Lothring. 61, 74.

Geſetze, s. Reichsgesetze.

Gespinnste, Untersuchung auf Arsen oder Zinn 148.

Gesundheitsamt 164.

Getreidemühlen, Betrieb 96.

Getreideprober, Eichung desselben 116, 117.

Gewebe, Untersuchung auf Arsen oder Zinn 148.

Gewerbebetrieb, Zuständigkeit des Reichs in Betreff desselben 85, 86.

Gewerbegerichte 100.

Gewerbeordnung nebst erlassenen Ausführungsbestimmungen 88—101, 301.

Gewerbe = Unfallversicherungsgesetz 103.

Gewichte, Zulassungsfrist für ältere 115; Grenze der zutulbenden Abweichungen von der absoluten Richtigkeit 116; eichamtliche Behandlung vorschriftswidriger 116.

Gewichtsordnung, s. Maß- und Gewichtsordnung.

Gewichtssystem, Ordnung desselben unterliegt d. Aufsichtigung d. Reichs 113.

Giftige Farben, Verwendung derselben 147.

Glashütten, Beschäftigung v. Arbeiterinnen u. jugendlichen Arbeitern 97.

Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung 82, 300, 304, 315.

Goldwaren, Feingehalt derselben 94; Bestimmung der Form des Stempelzeichens

- zur Angabe des Feingehalts 94.
- St. Gotthard = Eisenbahn** 292, 318.
- Grenzgemeinden**, gegenseitige Zulassung der Medizinalpersonen 90; Umtausch fremd. Scheidemünzen 119.
- Griechenland**, gegenseitiger Markenschutz 131.
- Großbritannien**, Übereinkunft, betr. den Schutz an Werken der Literatur und Kunst 128.
- Großjährigkeit**, Gesetz über den Eintritt 333.
- Grundbuchordnung** 350.
- Grundeigentum**, Beschränkungen in der Umgebung der Festungen 170, 275, 282.
- Guatemala**, Warenzeichenschutz 131.
- Gummiwarenfabriken**, Einrichtung und Betrieb 96; Beschäftigung in 98.
- H.**
- Hafen**, f. Reichskriegshafen, Seehafen.
- Hamburg** (freie und Hansestadt), Stellung als Freihafen 190; Anschluß a. d. Zollgebiet 200, 291.
- Hammerwerke**, Beschäftigung in 98.
- Handel**, Zuständigkeit des Reichs in Betreff desselben 112; Schutz des deutschen Handels i. Auslande 131; Ausschuß im Bundesrat f. Handel u. Verkehr 154; allgem. Bestimmungen über das deutsche Handelswesen 198 ff.
- Handelsflagge** 252.
- Handelsgesetzbuch**, eingeführt als BG. und RG. 299, 304, 329, 331.
- Handelsgesetzgebung**, ausschließliche Zuständigkeit d. Reichs 112.
- Handelsmarine** d. Deutschen Reiches 246 ff.
- Handelsrecht**, Zuständigkeit des Reiches 142.
- Handelsregister**, Lösung v. Firmen 330.
- Handelsfachen**, oberster Gerichtshof f. Handelsfachen, f. Reichsoberhandelsgericht.
- Handelswesen** des Deutschen Reiches 198 ff.
- Handfeuerwaffen**, Prüfung der Läufe und Verschlüsse 356; Ausführungsbestimmungen 356.

- Hannoversche Bank**, Aufruf und Einziehung von Einhundertmarknoten 123.
- Haupt Eisenbahnen**, Normen für Bau und Ausrüstung 225.
- Hauptverwaltung d. Reichsschulden** untersteht der Preuß. Hauptverwaltung d. Staatsschulden 170.
- Haushalts-Stat** des Deutschen Reiches, s. Reichshaushalt.
- Gebammenwesen** in Elsaß-Lothringen 92.
- Gefekräume**, Beschäftigung in 98.
- Geringsfischerei**, große, Unfallversicherungspflicht 106.
- Geordnung**, Deutsche 266.
- Geilpersonal**, statistische Aufnahme 92.
- Geimatsverhältnisse**, Zuständigkeit des Reiches bezügl. derselben 84; Bundesamt für 163; Geschäftsgang bei demselben 163.
- Helgoland**, Vereinigung mit dem Reich 19; RG. darüber 75, 216, 245, 258; Einführung von Reichsgesetzen in 75, 76, 101, 113, 120, 125, 140, 141, 142, 147, 150, 175, 188, 247, 249, 329, 332, 334, 336, 337, 339, 343, 345, 346, 347; Neubefestigung von 276; Staatsangehörigkeit 83; Zuteilung Helgolands zu dem fünften Wahlkreis der Provinz Schleswig-Holstein 75, 193.
- Herzegowina**, s. Bosnien u. Österreich-Ungarn.
- Hessen** (Großherzogtum), Verhältnis des Post- u. Telegraphenwesens 231, 240, 310, 311; Postverträge m. d. Nordd. Bunde sind durch die RB. nicht aufgehoben 310.
- Hilfskassen**, RG. über d. eingeschriebenen 100.
- Hinterlegungswesen** i. Elsaß-Lothringen 349.
- Hochseefischerei - Dampfer**, Besatzung, Unfallversicherungspflicht 106.
- Hochseefischerei - Fahrzeuge**, Befähigungszeugnis zur Führung 93.
- Hochverrat** geg. d. Deutsche Reich 294.
- Holland**, s. Niederlande.
- Honigpräparate**, Verordnung über den Verkehr mit denselben 88.

Hufbeschlaggewerbe i. Elsaß-Lothringen 93.

Hühnerpest, Anzeigepflicht 145.

Hypothekendarlehen 335.

I.

Iadehafen als Reichsriegshafen 245.

Japan, Beitritt z. Berner Urheberrechtsübereinkunft 129.

Jesuiten, s. Orden Jesu.

Immobilienversicherungswesen, Vorbehalt Bayerns bez. desselben 101, 315.

Impfzwang (Reichs- = Impfgesetz) 147.

Indigenat, gemeinsames für ganz Deutschland 79—84.

Ingolstadt (Festung) 318.

Inhaberpapiere mit Prämissen, RG. darüber u. Bekanntmachungen zu dessen Ausführung 331.

Influenza der Pferde 145.

Inkrafttreten der Gesetze 77; in den Konsulargerichtsbezirken 78.

Invalidenfonds, s. Reichs-Invalidenfonds.

Invalidenversicherungsgesetz 109.

Italien, Übereinkunft wegen Schutz des geistigen Eigentums u. Werken der Kunst 127; Beitritt z. internationalen Neblauskonvention 353; Übereinkunft über den gegenseitigen Patent-, Muster- u. Markenschutz 130.

Jugendliche Arbeiter, Beschäftigung 97 ff.

Justizangelegenheiten, Ausschuß im Bundesrat 154; Beschwerde über Justizverweigerung 295.

K.

Kaffeebohnen, künstliche, Verbot v. Maschinen z. Herstellung solcher 147.

Käse, Verkehr mit 339; chem. Untersuchung 340.

Kaiser, Präsidium des D. Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher d. Namen Deutscher Kaiser führt 155; Rechte und Pflichten des Kaisers in Bezug auf Krieg und auf das Militär- und Marinewesen 156, 157, 244 ff., 279 ff., 322—328; in Be-

zug auf völkerrechtliche Vertretung d. Reichs 156; in Bezug auf den Bundesrat und dessen Mitglieder 154, 155, 156, 214; in Bezug auf den Reichstag 158, 195; in Betreff der Post- und Telegraphenverwaltung 235, 237; sonstige Rechte des Kaisers 156, 158, 161, 187, 195, 214, 230, 253.

Kaiserlicher Rat in Eliaß-Lothringen 72.

Kaiser - Wilhelm - Kanal, Tagegelber und Fuhrkosten von Beamten der Verwaltung 179, 180; Abgabetarif 244; Betriebsordnung 244.

Kaiser - Wilhelm - Stiftung 186.

Kaiserwürde, Wiederherstellung der deutschen 16.

Kamerun, Rechtsverhältnisse 133, 136.

Kanalamt 167, 244.

Karolinen - Inseln, Rechtsverhältnisse auf 139.

Kartoffeln, Verbot der Einfuhr 353.

Rassen- und Ökonomie-Verwaltung der Marine-Bildungsanstalten 168.

Rauffahrteischiffe (Handelschiffe) aller Bundesstaaten als einheitliche Handelsmarine 246; Besetzung m. Offiziere 249; Wachdienst 249; gleichmäßige Behandlung deutscher Rauffahrteischiffe 250; Flagge derselben 252; RG. über Nationalität u. Registrierung u. Bezeichnung 247, 298, 304; RG. über Verpflichtung zur Mitnahme hilfsbedürftiger Seeleute 249; f. Schiffe.

Rautionen, RG. u. Vorschriften über d. R. 182—185, 299, 304; Anlegung von solchen für den Bereich der Reichs-Post- u. Telegraphenverwaltung 182.

Rerzen, Kleinhandel mit 341.

Riantshou, Rechtsverhältnisse 133, 139; Gerichtsbarkeit 139.

Riel, Rieler Hafen als Reichskriegshafen 245.

Rinderschutzgesetz 101.

Kirchenämter, Verhinderung unbefugter Ausübung 82, 340.

Klasseneinteilung der Orte 181, 272.

Kotereien, Beschäftigung 98.

Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes 161.

Kolonialrat 162.

Kolonisation u. Auswanderung, Aufsicht u. Gesetzgebung des Reiches darüber 85, 111.

Kommanditgesellschaften auf Aktien u. Aktiengesellschaften, BG. 300, 307, 329; RG. darüber 330.

Kommerzbank in Lübeck, Aufruf und Einziehung von Einhundertmarknoten 123.

Konditoreien u. Bäckereien, Betrieb 96.

Konfessionen, Gleichberechtigung in bürgerlicher u. staatsbürgerlicher Beziehung 82, 300, 304, 315

Konkursordnung f. d. Deutsche Reich 346.

Konkursverfahren, Anfechtung v. Rechtshandlungen außerhalb desselben 334.

Konservenfabriken, Beschäftigung in 99.

Konstanz, Vereinbarung mit der Schweiz wegen Regulierung der Grenze 59, 60.

Konsularbeamte, Urlaub u. Stellvertretung 177, 257; Tagelöhner, Fuhr- u. Umzugskosten 179, 257.

Konsulargerichtsbarkeit 78, 255.

Konsulargerichtsbezirke, Bestimmung über d. Inkrafttreten neuer Gesetze in denselben 78.

Konsulatswesen 253 ff.

Konsuln, f. Reichskonsuln.

Konsumanstalten 333.

Kontingentsherren, f. Bundesfürsten.

Kontrolle der Bundes- bzw. Reichsschuldenverwaltung führt die Reichsschuldenkommission 169, 170, 174; des Bundes- bzw. Reichshaushalts-Etats durch den Rechnungshof des Deutschen Reiches 171, 290; militärische über die Personen des Beurlaubtenstandes 266.

Kontrolle der Zölle u. Verbrauchssteuern 176.

Krankenversicherung der Arbeiter 100, 101.

Krankheiten, gemeingefährliche, Bekämpfung 355.

Kreuz, Eisernes, Ehrenzulage an die Inhaber 269.

Kriegsdenkmünze f. d. Feldzüge 1870/71 277.

Kriegsdienst, Verpflichtung zum 80, 257, 299.

Kriegserklärung, Recht des Kaisers bezw. d. Bundesrates 156, 157.

Kriegsflagge, Führung auf Privatfahrzeugen Deutscher Fürsten 253.

Kriegsgeschichtliche Werke des großen Generalstabs, RG. betr. den Reingewinn 277.

Kriegsinvaliden = Unterstützung 271.

Kriegskosten-Entschädigung, französische, Gesetze darüber 246, 282.

Kriegsleistungen, RG. darüber nebst B., betr. die Ausführung 274.

Kriegsmarine, siehe Reichskriegsmarine.

Kriegsmaterial, Beförderung auf Eisenbahnen 231.

Kriegsschatz, s. Reichskriegsschatz.

Kriegswesen, s. Reichskriegswesen.

Kriegszustand, Befugnis des Kaisers zur Erklärung 283, Reservatrecht Bayerns 322.

Küstenfrachtfahrt 250.

Küstengewässer, deutsche, einheitliche Bezeichnung der Untiefen 140.

Küstenverteidigung, Anleihe zur Herstellung 246, 290.

Q.

Labenschlußzeit 99.

Landau (Festung) 318.

Landesmünzen, Außerkurssetzung 119.

Landespost, französ., Überschuß aus der Verwaltung 185.

Landesverrat gegen das Deutsche Reich 294.

Landheer, Ausschuß d. Bundesrats für 154.

Landstraßen, Zuständigkeit 139.

Landsturm, RG. über 266.

Land- u. Forstwirtschaft, Unfallvers. Ges. 103, 105, 106.

Landwehr, Organisation derselben 280; Unterstützung der Familien zum Dienst einberufener Reserve- und Landwehrmannschaft. 264.

Landwehrmänner, Auswanderung 259.

Landenburg (Herzogtum), Vereinigung desselben mit der Preuß. Monarchie 59.

Legationskasse 161; Kautions des Kassierers 184.

Legislaturperiode des Deutschen Reichstages 195.

Legitimationsprüfung der Mitglieder des Reichstags 196.

Leipziger Kassenverein, Aufruf und Einziehung von Einhundertmarknoten 123.

Leuchtfeuer (Seeschifffahrtszeichen), Aufsicht u. Gesetzgebung des Reichs bezüglich derselben 140.

Lichtenstein, Beitritt zur Übereinkunft betr. Maßregeln gegen Cholera 354.

Lichter- u. Signalführung d. Fischerfahrzeuge u. d. Lotsendampffahrzeuge 339.

Liste der Eisenbahnstrecken, auf welche das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr Anwendung findet 221.

Literatur, Urheberrecht an Werken der 126, 300, 307.

Lohnbücher i. d. Kleider- und Wäschekonfektion 96.

Locomotivführer 224.

Lotsendampffahrzeuge, Lichter- und Signalführung derselben 339.

Lotzen = Kommandeur, Kautions desselben 184.

Lotzen-Kommando, Kautions des Sekretariatsassistenten 184.

Lotzen = Signalordnung, f. Signalordnung.

Lothringen, Bau von Eisenbahnen 219.

Lübeck (freie und Hansestadt) [Ober-Appellationsgericht daselbst als Spruchbehörde in Untersuchungen wegen strafbarer Unternehmungen gegen das Deutsche Reich 294], Kommerzbank, Aufruf u. Einziehung d. Einhundertmarknoten 123.

Lübisches Recht, RG. über Aufhebung gewisser Bestimmungen desselben 335.

Lumpen, Verarbeitung 99.

Luxemburg (Großherzog.), Übereinkunft betr. die Zulassung der in den Grenzgemeinden wohnhaften Medizinalpersonen 20; Übereinkunft wegen Bildung eines internationalen Verbandes z. Schutze von Werken der Literatur und

Kunst 129, wegen gegenseitigen Markenschutzes 130; Beitritt zur intern. Reblauskonvent. 352, 353; Verwaltung d. v. Deutschland in Luxemburg gepachteten Eisenbahnstrecken 173; Abkommen über den Verkehr mit Branntwein 210; Begründung einer Gemeinschaft der Schaumweinsteuer 289.

M.

Maß- u. Gewichtsordnung, Zuständigkeit des Reiches bezüglich der Ordnung d. Systems 113, 299; Ausführungsbestimmung. 114, 119.

Maße, Zulassungsfrist für ältere 114; Grenze der zu duldbenden Abweichungen von der absoluten Richtigkeit 116; eichamtliche Behandlung vorschriftswidriger 116.

Magdeburger Privatbank, Aufruf und Einziehung der Noten derselben 123.

Malz, geschrotetes, Übergangsabgabe 206; Ausfuhrvergütungen dafür in

der bayerischen Pfalz und Württemberg 207.

Marianen-Inseln, Rechtsverhältnisse auf 139.

Marine, s. Handelsmarine, Reichskriegsmarine.

Marine und Schifffahrt, Abschnitt IX der AB. 243 bis 253.

Marinebeamte, Vergütung für Dienstreisen, Fuhr- u. Umzugskosten zc. 179; Rationen 183, 184; Ernennung 244.

Marinebehörde, obere, Geschäftsführung bei ders. 245; Trennung des Oberkommandos von der Verwaltung 246.

Marine-Intendantur, Veränderung der Organisation derselben 246.

Marinestations-Intendanturen zu Kiel und Wilhelmshaven 168.

Markenschutz, Gesetz u. Übereinkünfte mit fremden Staaten wegen gegenseitig. Schutzes 127—131.

Marschall-Inseln, Rechtsverhältnisse 133, 135, 136.

Marschrouten, Form d. M. für Kriegsverhältnisse 275.

Maschinenpersonal, Verpflichtung zum Dienste in der Marine 245.

Maschinisten, der Seedampfschiffe 250; Prüfung 94.

Medizinalgewichte, Verordnungen über 115.

Medizinal- und Veterinärpolizei, Zuständigkeit 143; in Ausführung dieser Bestimmung erlassene Gesetze 143—149.

Meiereien (Molkereien) und in Betrieben zur Sterilisierung von Milch, Beschäftigung 99.

Melasseentzuckerungsanstalten 98.

Messbriefe der Seeschiffe, Ausstellung 247; Gebühren für Ausfertigung 248.

Messeinheiten, elektrische 117.

Messgeräte, chem., Eichung derselben 116, 117.

Messwerkzeuge, Grenze der zu duldbenden Abweichungen von der absoluten Richtigkeit 116; eichamtliche Behandlung vorchriftswidriger 116; zur Bestimmung der Dichte von Mineralölen, Eichung derselben 117; zur Bestimmung des Prozentgehaltes

von Zuderlösung, Eichung derselben 117.

Metalle, edle, Feingehalt 94.

Meterkonvention, internationale 113.

Mexico, Beitritt zu der internationalen Meterkonvention 113; Warenzeichenschutz 131.

Militäranwälter 269.

Militärbeamte, Klasseneinteilung derselben 276; RG. über die Bewilligung von Pensionen an Militärbeamte der vorm. Schleswig-Holsteinischen Armee 270, 299, 300, 304; Kautionen 183, 184.

Militärdienst (Marine- und Kriegsdienst, Militärpflicht, Wehrpflicht), Erfüllung der Militärpflicht im Verhältnis z. Heimatlande 80; allgemeine Wehrpflicht 257, 259; der Geistlichen römisch-katholisch. Konfession 258; s. Reichsmilitärgesetz.

Militär-Ersatzordnung, siehe Wehrordnung.

Militärgericht, oberstes, für Marinesachen 246.

Militärgerichtsbarkeit unterstehen verabschiedete Offiziere nicht 265.

Militär-gesetzgebung, Einführung i. d. Schutzgebieten 134; Einführung der preuß. im Deutschen Reich 263 bis 284; Vorbehalt in Betreff ders. seitens Bayerns u. Württembergs 320, 323.

Militär-Justizbeamte, richterliche 277.

Militär-Kirchenordnung, preussische, von der Einführung im Reich ausgeschlossen 264.

Militär-Konventionen, in Betreff Formation des Reichsheeres, der Rechte der Bundesfeldherrn in Bezug auf Besetzung der Stellen der Offiziere und oberen Militärbeamten 281 bis 284, 320—328.

Militär- und Marineverwaltung, RG., betr. den außerordentlichen Geldbedarf 290; Kautionen der bei derselben angestellten Beamten 183, 184; Tagelöhner, Fuhr- u. Umzugskosten an die Beamten 179.

Militärpersonen, deren Beförderung auf den Eisenbahnen 201; RG. über die Pensionierung vrm. Schleswig-Holsteinischer Militärpersonen 270, 299, 300,

304; Verordnung über Heranziehung zu Kommunalauflagen 265; zu Gemeindeabgaben 265; Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen d. Reichsheeres u. der Marine, sowie Bewilligung für Hinterbliebene solcher Personen 267; Beurkundung von Sterbefällen solcher 334; Verrichtungen d. Standesbeamten in Bezug auf dieselben 334; Einstellung des Civilprozeßverfahrens zu Gunsten derselben 350.

Militärstrafgerichtsordnung 276.

Militär-Strafrecht, preussisches, dessen Einführung in das Deutsche Reich 263; in den afrikanischen Schutzgebieten 134; Ausnahme bezüglich Bayerns und Württembergs 283, 320, 326, 341; Militär-Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich 276, 283.

Militär-Tarif für Eisenbahnen 273.

Militär-Transportordnung 274.

Militärverwaltung, Militär-etat des Deutschen Reiches 278, 279, 282; Ausgaben

- der Militärverwaltung 278,
279; Tagelöhner, Fuhr- u.
Umzugskosten der Beamten
179; Kauttionen 183.
- Militärwesen**, Aufsicht und
Gesetzgebung 142.
- Minendepots** der Marine 168.
- Mineralwässer**, Verordnung
über den Verkehr mit künst-
lichen 88.
- Mitglieder** des Deutschen
Reichstags, s. Reichstags-
abgeordnete.
- Mobilmachung** 264.
- Modelle** und Muster, RG.
über das Urheberrecht an
denselben u. Ausführungs-
bestimmungen 126.
- Molkereien**, s. Meiereien.
- Montenegro**, Übereinkunft
über Werke der Literatur
und Kunst 129 u. A.
- Monumenta Germaniae**
historica, Centraldirektion
166.
- Mündelgeld**, Anlegung 335.
- Münzen**, fremde, Verbot des
Umlaufs 119.
- Münzgesetze** des Deutschen
Reiches und Ausführungs-
gesetze 118, 119.
- Münzmetall-Depot** d. Reichs
170.
- Münzreform**, Anleihen zur
Durchführung ders. 291.
- Münzsystem**, Zuständigkeit
bez. der Ordnung 113.
- Musikalische Kompositionen**,
RG. zum Schutze der Ur-
heberrechte an denselben
125, 300, 307.
- Muster** und Modelle, s. Mo-
delle und Muster.
- Musterregister**, Verordnung
über deren Führung 127.
- N.**
- Nahrungsmittel**, Verkehr m.
denselben 147.
- Nationalität** der Kauffahrtei-
schiffe 247, 298, 304.
- Naturalisation** von Auslän-
dern, welche im Reichs-
dienste angestellt sind 83.
- Naturalleistungen** für die be-
waffnete Macht im Frieden
271, 273.
- Nen - Guinea - Kompagnie**,
Rechtsverhältnisse 133,
134.
- Neutralitätszeichen**, Genfer
356.
- Nickelmünze** zu 20 Pfennig,
Ausprägung 118.

Niederländische Flagge, Berechtigung zur Ausübung der Küstenfrachtfahrt 251.

Niederlande, Übereinkunft mit, betr. Zulassung der in Grenzgemeinden wohnhaften Medizinalpersonen 2c. 90; Übereinkunft mit wegen gegenseitigen Marzenschutzes 130; Beitritt zur internationalen Nebelauskonvention 353; Ratifikation d. internationalen Übereinkunft, betr. Maßregeln gegen die Cholera 354.

Niederlassung, Zuständigkeit des Reiches bezüglich der Niederlassungsverhältnisse 84.

Nordamerika, s. Amerika.

Nord-Ostsee-Kanal 243; Kommission für Herstellung 167, 244; Abgabentarif 244.

Nordsee, polizeil. Regelung der Fischerei 339.

Normal = Eichungs-Kommission, deren Errichtung 115, 164; Bekanntmachungen 116.

Norwegen, Übereinkunft über Werke der Literatur und Kunst 129.

Not- und Lotsen = Signal-

Ordnung für Schiffe auf See 338.

Münchener Wechsel = Not-
vellen, Einführung derselben als BG. und RG. 299, 304, 329.

O.

Ober-Appellationsgericht in Lübeck 294.

Ober-Post-Direktionen 173.

Ober-Post-Direktoren, Rang derselben 177.

Ober = Rechnungskammer 171.

Obligationenrecht, Zuständigkeit des Reiches 142.

Obst, Einfuhr aus Amerika 353.

Obstbäume, Feilhalten im Umherziehen 95.

Öffentlichkeit der Verhandlungen d. Reichstags 195; der Gerichtsverhandlungen 345.

Offiziere der Reichsriegsmarine, deren Ernennung und Vereidigung 244; des Reichsheeres, deren Ernennung u. Qualifikation 281, 282, 321, 324; Wohnungsgeldzuschüsse 267;

- Reichsgesetze über deren Pensionierung 267; Zulassung der ehem. Marine-Offiziere als Seeschiffer u. Seesteuerleute 94; verabschiedete unterstehen nicht der Militärgerichtsbarkeit 265.
- Orden Jesu**, RG. und Bekanntmachungen dazu 81.
- Orientalisches Seminar** 162.
- Ostafrika**, Rechtsverhältnisse 133, 137, 255; Postdampfschiffsverbindungen 112; Sklavenhandel 112.
- Ostasien**, Schiffsvermessung in 248; Bestimmung des Garnisonortes der Besatzungs-Brigade 351.
- Österreich-Ungarn**, Grenzregulierung 59; Übereinkunft, betr. die Zulassung der in d. Grenzgemeinden wohnhaften Medizinalpersonen 90; Übereinkunft, betr. d. Schutz der Urheberrechte an Werken der Literatur 20. 129; Übereinkunft wegen gegenseit. Patent-, Muster- u. Markenschutzes 130; Vertrag mit (Bosnien u. Herzegowina), wegen Beglaubigung öffentlicher Urkunden 141, 142; Viehschenenübereinkommen 354.
- B.**
- Balauinsel**, Rechtsverhältnisse 139.
- Papier**, Schutz des zur Anfertigung von Reichsklassenscheinen verwendeten geg. Nachahmung 120.
- Papiergeld**, Zuständigkeit bez. Emission 113; RG. über d. Ausgabe v. Papiergeld 120, 300, 303, 305; f. Reichsklassenscheine.
- Paspflichtigkeit** f. in Berlin ankommende Fremde und aus Rußland kommende Reisende 86.
- Paswesen**, Zuständigkeit d. Reiches 85; BG. über Paswesen 85, 298, 303.
- Patentamt**, Aufgabe 164; Berufsungsverfahren beim Reichsgericht 125; Rautionen d. Beamten 185.
- Patentamtsklasse**, Raution d. Rendanten 184.
- Patentanwalt**, Prüfungsordnung 125.
- Patentgesetz** für d. Deutsche Reich 124.
- Pensionen** u. Unterstützung an Offiziere, obere Militärbeamte u. Unterlassen der vormalig. Schleswig-Hol-

- steinischen Armee, sowie an deren Witwen u. Waisen, BG. 270, 299, 300, 304; Übernahme der aus Landesfonds gezahlten Pensionen an d. Reich 270; s. Pensionierung.
- Pensionierung** der Militärpersonen des Reichsheeres u. der kaiserl. Marine 267; d. Richter in Elf.-Lothr. 349.
- Personenstand**, RG. über die Beurkundung desselben 333.
- Pest**, Beschränkungen der Einfuhr zur Verhütung der Einschleppung 354.
- Petitionen**, Recht d. Reichstags zur Überweisung an Bundesrat bezw. Reichstanzler 195.
- Petroleum**, gewerbmäßiges Verkaufen und Feilhalten 146.
- Pfändung** von Eisenbahnfahrtbetriebmitteln unzulässig 220.
- Pferde**, Anzeigepflicht f. Gehirnz- u. Rückenmarksentzündung 145; Influenza 145.
- Pharmacopoea Germanica**, Einführung 149.
- Pharmazeutische Anstalten** und Personal 92.
- Phosphorzündware** 341.
- Photographien**, Schutz derselben gegen unbefugte Nachbildung 126.
- Physikalisch-technische Reichsanstalt** 115, 166; Kaution d. Rendanten 185.
- Polizei**, Zuständigkeit des Reiches bezügl. d. Fremdenpolizei 86; Maßregeln d. Medizinal- u. Veterinärpolizei 143—149; Gesetze 351 ff.
- Portofreiheiten**, BG. darüber 234; Behandlung portopflichtiger Korrespondenz zw. Behörden der Bundesstaaten 234, 241, 301.
- Positionslaternen** auf Schiffen 339.
- Postanweisungsdienst**, über einkommen 232.
- Postauftragsdienst**, über einkommen 232.
- Postbeamte**, Anstellung, Dienstverhältnis u. Vereidigung 236, 237; Kautionen 182; Stiftung für der. Angehörige 186; Tagelöhner, Fuhr- u. Umzugskosten 178, 180.
- Postbehörden**, deren Amtsbezeichnung 236, 237.

- Postbezug** von Zeitungen u. Zeitschriften, Übereinkomm. 232.
- Postdampfschiffsverbindungen** m. überseeischen Ländern 111, 112.
- Postordnung**, Bestimmungen 237, 238.
- Postpakete**, Übereinkunft 232.
- Posträte** und Oberposträte, Rangverhältnis 177.
- Posttagwesen** 233, 241, 300.
- Postüberschüsse**, Behandlung 236, 239, 284.
- Postverträge** mit außerdeutschen Staaten 236, 242, 317.
- Postwesen**, Zuständigkeit d. Reiches 140, 172, 231 bis 243, 300, 303; Ausschuß des Bundesrats 154; besondere Bestimmungen üb. das Postwesen in Bayern und Württemberg 241 bis 243, 317; RG. darüber 233; Verwendung d. Einnahmen 284; Anleihen 291.
- Prämien**, Inhaberpapiere m. Prämien, f. Inhaberpapiere.
- Präservativs**, Anlage zur Herstellung 96.
- Präsident** u. Vizepräsidenten des Reichstags 198.
- Präsidium** des Deutschen Bundes, f. Kaiser.
- Presse**, Zuständigkeit des Reichs 149; RG. über dieselbe 150; Einführung in El.-Lothringen 150.
- Preussische Bank**, f. Bank.
- Prisengerichtsbarkeit** 345.
- Providence-Inseln**, Rechtsverhältnisse 135.
- Provinzial-Aktienbank** des Großherzogs. Posen, Aufruf u. Einziehung d. 100-, 200- u. 500-Marknoten 123.
- Prozeßverfahren**, Zuständigkeit bez. der Gesetzgebung über das gerichtliche Verfahren 140.
- Prüfungen** der Seeschiffer u. Seesteuerleute, Bekanntm. darüber 93, 248; Vorschriften über die Prüfung d. Ärzte, Bahnärzte, Tierärzte und Apotheker 90 ff.; juristische i. El.-Lothr. 349.
- Prüfungskommission** für das diplomatische Examen 161; für Seeschiffer 2c. 163.
- Publikation** der Gesetze und Verordn. für das Deutsche Reich 77, 78.

Q.

Quartierleistung 264; für d. bewaffnete Macht im Frieden; BG. und RG. darüber, Instruktionen und Bekanntm. dazu 271.

R.

Rat, kaiserlicher in Elsaß-Lothringen 72.

Reben, Verbot der Einfuhr 351.

Reblauskonvention, internationale 352.

Reblauskrankheit, RG. betr. Maßregeln 352.

Rechnungshof für das D. Reich 171, 290.

Rechnungslegung, jährliche, über die Verwendung aller Einnahmen d. Reichs durch den Reichskanzler 290.

Rechnungswesen, Ausschuß des Bundesrats 154, 217.

Rechtsanwälte, Gebührenordnung für dieselben 347.

Rechtsanwaltsordnung 347.

Rechtshandlungen, Anfechtung solcher außerhalb des Konkursverfahrens 334.

Rechtshilfe, wechselseitige 140; RG. über deren Gewährung 140, 300, 306.

Rechtspflege, Beschwerde üb. verweigerte oder gehemmte 296.

Rechtsschutz der Deutschen 79—84.

Rechtsverhältnisse d. Schutzgebiete 132; d. Reichsbeamten 160, 175 ff.; der Post- und Telegraphenbeamten 239.

Rebefreiheit der Mitglieder des Reichstags 197.

Referendare, Übertragung richterlicher Geschäfte in Els.-Lothr. 349.

Registrierwagen, selbsttätige Eichung von solchen 117.

Reglement über die Ausführung der Wahlen z. Reichstag 192.

Reich, Deutsches (Deutscher Bund, Deutschland), Verfassungsurkunde, Einführungsgesetz dazu 20, 21.

Reichsamt d. Innern 78, 162; Tagelöhner, Fuhr- u. Umzugskosten d. Beamten 179; Kaution des Rentanten d. Bureaukasse 184.

Reichsamt für d. Verwaltung der Reichsbahnen 174, 218.

Reichsangehörigkeit, RG. üb. Erwerbung u. Verlust 83, 261, 300, 306.

Reichsanleihen, Aufnahme solcher im Wege d. Reichsgesetzgebung 290; Verzeichnis derselben 290, 291; Verwaltung durch die Pr. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden 170; Kontrolle dieser durch d. Reichsschulden-Kommission 174.

Reichsbank 174; Gesetze und Verordnungen üb. dieselbe 122; deren Anteil an dem steuerfreien ungedeckten Notenumlauf 122; Rechnungen unterliegen der Revision d. Rechnungshofes 171.

Reichsbank-Beamte, Fürsorge für die Witwen und Waisen derselben 124, 176, 177; Pensionen u. Kaution. 177, 182, 184; Anstellung derselben 181.

Reichsbank-Direktorium 174.

Reichsbank-Kuratorium 174.

Reichsbeamte, deren Ernennung, Beerdigung, Entlassung und Rechtsverhältnisse 160, 176; Kautions-

leistung ders. 175, 182 bis 185, 299, 304; Vereidigung 128; Rechtsverhältnisse 176 ff. und Ausführungsverordnungen 181; Anstellung 181; Wohnungsgeldzuschüsse 181, 267; Klassifikation 181; Tagelöhner, Fuhr- u. Umzugskosten 178; Urlaub und Stellvertretung 177; Titel, Rang und Uniform 177; Disziplinarlammern 181; bedürfen keines Urlaubs z. Eintritt in den Reichstag 194; müssen bei Absenzen sich v. Neuem wählen lassen 194; Beleidigung d. Reichsbeamten 294; Stellvertretungskosten in den Reichstag gewählter 195; Fürsorge für die Witwen und Waisen 124, 176, 180; Besteuerung der Dienstwohnungen derselben 185.

Reichsbeamtengesetz 176.

Reichsbehörden, Übersicht u. Ressortverhältnisse derselb. 161 — 175; Beleidigung derselben 294.

Reichsbevollmächtigte f. Bälle und Steuern 170.

Reichsdienstflagge 156, 253.

Reichsdisziplinargerichte 181.

Reichsdruckerei 173; Kautionsleistung f. d. Beamten 182.

Reichs-Eisenbahnamt, Einrichtung u. Geschäftsgang 170, 218; verstärktes 171.

Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen 173, 218, 219; Generaldirektion d. Eisenbahnen daselbst 173, 218; Kautionen der b. denselben angestellten Beamten 184, 185; Tagegelder, Fuhr- u. Umzugskosten d. Beamten 178; Disziplinar-kammer f. die Beamten derselben im Auslande 181; Anleihen 291.

Reichseinnahmen, überschüssige, Verwendung z. Schuldentilgung 292.

Reichserefution, f. Bundeserefution.

Reichs-Festungs-Baufonds, Verwaltung 172, 174, 282.

Reichsfinanzen 284, 293.

Reichsflagge, Führung derselben 156, 253.

Reichsgericht (in Leipzig) 168, 342, 343; Geschäftsordn. desselben 168; Kosten desselben 169, 347; Zuständigkeit desselben b. Streitfragen zwischen dem Senat

und der Bürgerschaft Hamburgs 295; Übergang von Geschäften auf dasselbe 343; Einrichtung v. Hülfssenaten bei denselben 343; Übertragung Preussischer, Badischer, Hessischer, Oldenburgischer, Sachsen-Weimarscher, Sachsen-Meiningenscher, Anhaltischer, Schwarzburger-Sondershausenscher, Schwarzburger-Rudolstädtscher, Waldeckischer, Schaumburg-Lippescher Rechtsachen 344; Zuweisung rechtsanhängiger Sachen aus den 3 freien Hansestädten an dasselbe 344; Zuständigkeit in Bremsischen Rechtsachen 344.

Reichsgesandte, Beglaubigung derselben durch den Kaiser 156; deren Vertretung durch Königl. Bayerische Gesandte 156, 316.

Reichsgesetzblatt, Verkündigung der Reichsgesetze durch dasselbe 77.

Reichsgesetze (Bundesgesetze) gehen den Landesgesetzen vor 77; Entstehung, Ausfertigung, Verkündigung u. Inkrafttreten derselben 77, 79, 151, 153, 159, 197, 214, 215, 294.

Reichsgesetzgebung, Wirkung derselben 77; Gegenstände ders. 77—151; Ausübung durch Bundesrat u. Reichstag 151.

Reichsgesundheitsamt 164.

Reichsgoldmünzen, RG., betr. die Ausprägung derselben 117; Erlass über die einheitl. Benennung derselben 118.

Reichs-Hauptkasse 169 f. Reichskasse.

Reichshaushalt jährlich Feststellung durch Gesetz 284; Grundsätze für Aufstellung desselben 284; Kontrolle desselben 171, 290.

Reichsheer (Deutsches Heer, Landheer, Landmacht, Reichstruppen) steht unter dem Befehl des Kaisers im Kriege und Frieden 279 ff.; das Bayerische steht im Frieden mit selbständiger Verwaltung unter d. Militärhoheit des Königs von Bayern 321; Ausschuss im Bundesrat für das Landheer 154; Verpflichtung z. Dienste im Reichsheere 259 ff.; Organisation u. Einteilung des Reichsheeres 279 ff.; Friedens-Trans-

port-Ordnung für d. Eisenbahnen 274; besondere Bestimmungen über die Bayerischen und Württembergischen Truppen 283, 284, 319—328; Ausgaben für das Bayerische Heer 279, 293, 320; Friedenspräsenzstärke 262, 280; Bestreitung des Aufwandes 278; Verwendung der z. Reetablissement des Heeres bestimmt. Gelder 262, 278; Ehrengerichte 264; Pensionierung u. Versorgung der Militärpersonen des Reichsheeres u. der Marine 267; Wohnungsgelbzuschüsse f. Offiziere und Ärzte des Reichsheeres u. der Marine 181, 267; Anleihen für dasselbe 291.

Reichsinspektor f. Prüfungen d. See-, Schiffer-, Steuer- mann und Dampfschiffsmaschinisten 163; für das Seegerichtswesen 167.

Reichs-Invalidenfonds 171; RG. über dessen Gründung und Verwaltung 172, 174, 269, 270, 271; Geschäftsanweisung 270; Rationen der angestellten Beamten 184.

Reichs-Justizamt 168.

Reichskanzler, Ernennung, Rechte u. Verantwortlichkeit 158, 159, 195, 290; RG. über dessen Stellvertretung 158, 159; Übersicht der unter Leitung bezw. Verantwortlichkeit stehenden Reichsbehörden 161.

Reichskanzler-Amt s. Reichsamt des Innern.

Reichskasse, Einnahmen 214 bis 236, 283, 284—293; Ausgaben derselben 245, 278, 282, 284—293.

Reichskassenscheine, RG. über deren Ausgabe 120; Einziehung der mit dem Datum vom 11./7. 1874 ausgefertigten R. 120; Schutz des zur Anfertigung von R. verwendeten Papiers 120.

Reichskommission, gebildet auf Grund des Sozialistengesetzes 167.

Reichskonsulargerichte 78.

Reichskonsulate (Bundeskonsulate) 131; stehen unter der Aufsicht des Kaisers 253; RG. über deren Organisation 78, 176, 254, 255 ff., 298, 305; Gebühren u. Kosten bei dens. 257; Dienstinstruktion, allgemeine für die Reichs-

konsuln 257; Schiffsmeldungen bei denselben 255; Errichtung, wenn d. Interessen der Bundesstaaten es fordern 254; Einschränkung der Gerichtsbareit d. deutschen Konsuln in Egypten 256.

Reichskriegsflotte, Gründung u. Erhaltung derselben 245.

Reichskriegshafen, Kieler u. der Jadehafen 245.

Reichskriegsmarine (Reichsmarine, Marine) ist Reichsangelegenheit 142; Flagge 252; Organisation u. Dienst in ders. 244, 245; RG., betr. d. Geldbedarf z. Erweiterung ders. 246, 290; Anleihen für dieselbe 291; Bewilligung v. Wohnungsgeldzuschüssen an Offiziere u. Ärzte 181, 267; Pensionierung 267.

Reichskriegs-Schatz, RG. über dessen Bildung und Verwaltung 169, 174, 258; Kaution d. Rendanten 184.

Reichskriegswesen, allgem. Bestimmungen 257—261; besondere Bestimmungen über das Kriegswesen in Bayern und Württemberg 283, 284, 319—328; s. Reichsheer.

Reichsmarineamt 167.

Reichsmilitärgericht 176, 276.

Reichsmilitärgefetz v. 2. Mai 1874 80, 188, 264, 266.

Reichsmünzgefetz 118, 120.

Reichs = Ober = Handelsgericht, Errichtung und Zuständigkeit desselben 299, 302, 305, 312, 341.]

Reichs-Oberseeamt 163; Geschäftsordnung 163.

Reichs-Postamt 172.

Reichs-Prüfungsinspektoren 163.

Reichs - Rayonkommission 170.

Reichs-Schatzamt 169.

Reichsschuldbuch 170; RG. darüber 291; Ausführungsbestimmungen 292; Beginn d. Eintragung 292.

Reichsschulden-Kommission, deren Verpflichtung und Aufgabe 170, 176.

Reichsschuldenordnung 292.

Reichsschulden - Verwaltung 170.

Reichsschuldkommission 163.

Reichsstempelabgaben 287.

Reichssteuern 285.

Reichstag, Wahl, Mitgliederanzahl, Verhandlungen, Legislaturperiode, Rechte u. Pflichten 187—198; Einberufung 158; Geschäfte dess. 151, 157, 195, 196, 197, 290; Beleidigung des R. u. dessen Mitglieder 293; Auflösung dess. 195, 196; Vertagung dess. 196; Rationen der im Bureau dess. angestellten Beamten 184; Geschäftsordnung 196.

Reichstagsabgeordnete sind an Aufträge u. Instruktionen nicht gebunden 197; Verbot d. Beziehens von Besoldung oder Entschädigung 198; können nicht Mitglieder d. Bundesrats sein 155; Verlust des Sitzes im Reichstage wegen Annahme e. besoldeten Amtes oder wegen Eintritts in ein mit höherem Rang od. höherem Gehalt verbundenes Amt 194; Unverletzlichkeit wegen Abstimmung oder wegen getaner Äußerungen 197; Beleidigungen derselben in ihrem Beruf 293; Erfordernis der Genehmigung des Reichstags z. Einleitung einer Untersuchung oder Verhaftung 198; Stellvertretungskosten

- für in den Reichstag gewählte Reichsbeamte 195.
- Reichstagsgebäude**, Errichtung u. Kosten 167; Kommission 167; Verwaltung der Fonds 172, 174.
- Reichstagswahlkreise** 189.
- Reichsverfassung**, Aktenstücke dazu 20, 21; strafbare Unternehmungen gegen dieselbe 293; Veränderungen derselben 296.
- Reichsversicherungsamt** 165; Verfahren u. Geschäftsgang 104, 111, 165; Kautions des Rendanten 185.
- Reichswährung**, Einführung derselben 118.
- Requisitionen**, deren wechselseitige Erledigung 140.
- Reservatrechte** einzelner Bundesstaaten 296; inwiefern deren Abänderung zulässig 296, 312.
- Reserve**, Unterstützung bedürftiger Familien der zum Dienste einberufenen Res. u. Landwehrmannschaften 264.
- Reservisten**, Auswanderung derselben 259.
- Retablissement** des Heeres, Verwendung der dazu bestimmten Gelder 262, 278.
- Revision** in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten 345.
- Rinderpest**, RG. nebst Ausführungsbestimmung. 143, 299, 303.
- Robben**, Schonzeit, Fang 339.
- Rohrpostordnung** 239.
- Rohzuckerfabriken**, Beschäftigung in 98.
- Rohhaarspinnereien**, Betrieb 96.
- Rostoder Bank**, Aufruf und Einziehung d. Einhundertmarknoten derselben 122.
- Rostoder Stadtrecht**, RG. über Aufhebung gewisser Bestimmungen desselb. 335.
- Rotlauf** der Schweine 145.
- Rübenzucker**, Besteuerung desselben 210.
- Rückenmarksentzündung** der Pferde 145.
- Ruberlkommando** 339.
- Rumänien**, Übereinkunft wegen gegenseitigen Markenschutzes 130; Beitritt zur internationalen Rebkonvention 353; zu der Übereinkunft betr. Maßregeln geg. die Cholera 354.

S.

Sachverständige, Gebührenordnung 347.

Sachverständigenvereine für Urheberrecht; deren Zusammensetzung und Geschäftsbetrieb 126, 127.

Salomonsinseln, Rechtsverhältnisse auf 135.

Salut-Reglement 252.

Salz, Besteuerung desselben 200, 203; Übereinkunft d. Zollvereinsstaaten 203.

Samoa, Rechtsverhältnisse, 133, 139; Konsulargerichtsbarkeit 256.

Sandbläserei, Beschäftigung 97.

Sanitätskonvention, internationale 354.

San José-Schildlaus, Verhütung der Einschleppung derselben 353.

Schadenersatz, Verbindlichkeit für d. im Betriebe v. Eisenbahnen, Bergwerk. u. herbeigeführten Tötungen u. Körperverletzungen 332, 342.

Schantgefäße, Raumgehalt derselben 117.

Schaumweinsteuer-Ges. 289.

Scheidemünzen, Umlauf fremder 119.

Schiedsgerichte, Verfahren vor denselben 104, 110.

Schiffe (Seeschiffe), Zollfreiheit für Materialien zum Bau von 202; deren Rationalität 247; Ermittlung ihrer Ladungsfähigkeit, Führung, Abgaben u. 247, 248; Meßbriefe 247; Schiffscertifikate 247; Verordnung wegen Verhütung des Zusammenstoßens d. Schiffe auf See 339; Not- und Vossensignalordnung für Schiffe auf See 338.

Schifffahrt, Schutz unterliegt d. Gesetzgebung u. Aufsicht des Reiches 131; Schifffahrtsbetrieb auf gemeinsamen Wasserstraßen 140; technische Kommissionen 163.

Schifffahrtsabgaben 251; Erhebung von auf der Unterweser 252; an der Sulina- mündung 292; auf Kanälen in Elßaß-Lothringen 252.

Schiffscertifikate, f. Certificate.

Schiffsführung, Nachweis d. Befähigung dazu durch abzulegende Prüfung 248.

Schiffshandwerker, Verpflichtung zum Dienst in der Marine; 245.

Schiffsmeldungen bei den Konsulaten 255.

Schiffsprüfungskommission in Kiel 168.

Schiffsvermessungsamt 166.

Schiffsvermessungsordnung 247.

Schildbrüstenpräparate, Verlehr mit denselben 89.

Schlachtvieh- u. Fleischbeschau 147.

Schleswig-Holsteinische Armee, vormalige, RG. über Pensionen und Unterstützungen an deren Angehörige 270, 299, 300, 304.

Schmalz, Verkehr mit 339.

Schriftgießereien, Einrichtung u. Betrieb von solchen und Buchdruckereien 96.

Schriftwerke, BG. über den Schutz des Urheberrechts an Schriftwerken 125, 300; Bestimmungen über dessen Geltung i. Bayern 126, 307.

Schulbentilgung 292.

Schuldbhaft, Aufhebung 198, 299, 304, 343.

Schulburlunden, des Nordb. Bundes u. des Deutschen Reiches, Aufgebot u. Amortisation verlorener od. verachteter 343.

Schuldschreibungen, ausländ., Abstempelung 288; gemeinsame Rechte d. Besitzer 335.

Schutz deutscher Warenzeichen im Auslande 136; d. geistigen Eigentums 127; der Photographien 129.

Schutzgebiete, Deutsche, Rechtsverhältnisse in denselben 132—139, 255; der Beamten 134, 175; RG. über Einnahmen u. Ausgaben in denselben 134; Verwaltung u. Rechtspflege in den nicht gehörigen Teilen der deutschen Interessensphären in Afrika 134; Dienstflagge in den Schutzgebieten 156, 253.

Schutzgebietsgesetz 132.

Schutztruppe, Kaiserl. 134; in Deutsch-Ostafrika 137; Centralinstanz für dieselbe 168; in Südwestafrika u. in Kamerun 138.

Schweine u. Schweinefleisch, Verbot der Einfuhr 353, 354; veterinärpolizeiliche

- Behandlung der aus dem Auslande eingeführten 146.
- Schweinesenke**, Schweinepest u. Rotlauf, Anzeigepflicht 144, 145.
- Schweiz**, Vereinbarung weg. Regulierung der Grenze bei Konstanz 59, 60; Übereinkunft, betr. Zulassung der in den Grenzgemeinden wohnhaften Medizinalpersonen 90; Übereinkunft wegen Schutz des geistigen Eigentums 127, 128; Übereinkunft über den gegenseitigen Patent-, Muster- u. Markenschutz 130; Verwaltung der von Deutschland gepachteten Eisenbahnstrecken 173.
- Seehäfen**, gleichmäßige Behandlung der Kauffahrteischiffe 250.
- Seeleute**, Unfallversicherung 103, 106; hilfsbedürftige, Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme 249; Stellenvermittlung 250.
- Seemannsämler**, Strafverfahren vor 249.
- Seemannsordnung** 248, 330.
- Seeschiffe**, s. Schiffe.
- Seeschiffer** und Steuerleute, Vorschriften über deren Prüfung 93, 248; Grundsätze für die Untersuchung derselben auf Farbenblindheit 93; Unfallversicherung 103, 106; Verhalten ders. nach einem Zusammenstoß von Schiffen auf See 339; Zulassung ehemaliger Offiziere zc. der Kaiserl. Marine als Seeschiffer und Steuerleute 94.
- Seeschiffahrtszeichen**, Aufsicht u. Gesetzgebung 140.
- Seesteuerleute**, Prüfung 93.
- Seeunfälle**, Behörden zur Untersuchung von 163; RG., betr. die Untersuchung solcher 250.
- Seeunfallversicherungsgesetz** 103, 106.
- Seewarte**, Deutsche 249; deren Geschäftsbetrieb, Einrichtung u. Verwaltung 249; zu Hamburg 168.
- Seewesen**, Ausschuß des Bundesrats 154.
- Segel-Luftfahrzeuge**, Führung derselben 93.
- Serbien**, Beitritt zur Übereinkunft, betr. Maßregeln gegen die Reblaus 352; Beitritt zur Übereinkunft,

- betr. Maßregeln gegen die Cholera 354; Übereinkunft mit demselben wegen gegenseitigen Marken-, Muster- u. Modellschutzes 130.
- Servistklasse** 271, 272.
- Servistarif** 271, 272.
- Servistwesen**, preuß., Einführung 264.
- Signalordnung** für d. Eisenbahnen Deutschlands 223, 225; Not- u. Votzsignalordnung für Schiffe auf See 338.
- Silberwaren**, Feingehalt derselben 94; Bestimmung d. Form des Stempelzeichens zur Angabe d. Feingehalts 94.
- Skavlenhandel** 112.
- Skavlenraub** 112.
- Solbatenstand**, Unfallfürsorgegesetz 105.
- Sonntagsruhe** im Handelsgewerbe 95.
- Sozialdemokratie**, RG. gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen 82, 150; Reichskommission 167; Geschäftsregulativ derselben 119.
- Spanien**, Beitritt zur internationalen Neblaukonvention 353.
- Spielbanken**, öffentl., Schließung u. Beschränkung 292, 301, 303, 304.
- Spiellarten**, Abstempelung derselben 287.
- Spiellartenstempel** 287.
- Spinnereien**, Beschäftigung in 99.
- Sprengstoffe**, verbrecherischer u. gemeingefährlicher Gebrauch solcher 340.
- Staatsangehörigkeit**, RG. über Erwerb u. Verlust der Bundes- u. Staatsangehörigkeit 79, 83, 261, 307; der im Reichsdienste angestellten Ausländer 83.
- Staatsanwaltschaft** in den Schutzgebieten 134.
- Staatsbürgerrecht**, Erwerb und Verlust desselben 79, 82, 85.
- Suspensorien**, Anlage zur Herstellung 96.
- Staatssekretär** des Innern 163; im Reichspostamt 172.
- Stadt-Fernsprecheinrichtung** 235.
- Städtische Bank** zu Breslau, Aufruf und Einziehung der Noten derselben 123.
- Standarte**, Kaiserliche 156.

Standesbeamte, Verrichtungen in Bezug auf Militärpersonen 334.

Stationskontrolleure 170.

Statistik des Warenverkehrs 202; der Branntweinbrennereien und der Branntweinbesteuerung 210; der Zuckerproduktion und Besteuerung 211.

Statistisches Amt 163.

Statthalter in Elsaß-Lothringen 67 ff.

Steinbrüche u. Hauernereien, Einrichtung u. Betrieb 96.

Steinkohlen-Bergwerke, Beschäftigung jugendlicher Arbeiter 98, 99; von Arbeiterinnen auf solchen im Regierungsbezirk Oppereln 98.

Stellenvermittlung f. Schiffleute 250.

Stellvertretung des Reichskanzlers 159; im Vorſitz des Bundesrats 159; der Reichsbeamten 177.

Sterbefälle, Beurkundung bei Militärpersonen an Bord der Schiffe der Marine 334.

Steuern im Deutschen Reich 112, 200, 214, 284.

Steuerverwesen, Ausschuß des Bundesrats für 154.

Stimmzettel für öffentliche Wahlen 150.

Strafgesetzbuch f. d. Deutsche Reich und dessen Ergänzungen 300, 301, 306, 336 ff.; für d. Militär 276, 283, 306.

Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich 346.

Strafrecht, Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung 142.

Strafverfahren, dessen Sistierung gegen Mitglieder des Reichstages 198.

Strandungsordnung 249, 330.

Straßburg, Errichtung einer Disziplinarlammer 181.

Südsee, Rechtsverhältnisse 133.

Südwestafrikanische Schutzgebiete 133, 138, 255.

Süßstoffe, künstliche, Verkehr mit solchen 148.

Suezkanal, Vorschriften über Vermessung der Schiffe für Fahrt durch 248.

Syrup, Besteuerung 200.

T.

Tabak, Besteuerung des 200, 204.

Tabakbau 204.

Tabakfabrikation 204.

Tabakhandel 204.

Tagegelber, Fuhr- u. Umzugskosten der Reichsbeamten 178; der Post, Telegraphen- u. Reichseisenbahnverwaltung 178; der gesandtschaftlichen u. Konsularbeamten 179, 257; des Personals des Marine-lazarets zu Yokohama 179; an die Beamten der Militär- u. Marineverwaltung 179; Beamten u. Lehrer (Elsaß-Lothringen) 180.

Tagelöhne, ortsübliche, gewöhnl. Tagearbeiter 102.

Tagesmarken (Seeschiffsfahrtszeichen), Aufsicht u. Gesetzgebung 140.

Tarifwesen d. Eisenbahnen, Kontrolle des Reiches 226.

Technische Kommission für Seeschiffahrt 163.

Telegramme, gebührenfreie Beförderung 235.

Telegraphenbeamte, deren Anstellung, Dienstverhältniß und Vereidigung 237;

Tagegelber u. Fuhrkosten 178; Kautionen 182.

Telegraphenbehörden, deren Amtsbezeichnung 237.

Telegraphendirektoren, Rang u. Amtsbezeichnung 177.

Telegraphenfreimarken 234, 301.

Telegrapheninspektoren, Amtsbezeichnung 177.

Telegraphentabel, unterseeisches, internationaler Vertrag 232.

Telegraphenordnung 238, 239.

Telegraphenwegegesetz 235.

Telegraphenwesen, Zuständigkeit 140, 172, 232; RG. darüber 235; besondere Bestimmung. bez. Bayerns u. Württembergs 140, 241 ff.; Ausschuß im Bundesrat 154; nähere Anordnungen über das Telegraphenwesen 231; Verwendung d. Einnahme aus demselben 284; Anleihen 291.

Thermometer, Bestimmungen über Prüfung 115.

Thomaschlacke, Anlagen 97.

Tierärzte, deren [Prüfung und] Approbation 91.

Tiere, lebende, Beförderung auf Eisenbahnen 229.

Tierhaare, Verarbeitung 99.

Todeserklärungen, Zuständigkeit 346.

Togo, Rechtsverhältnisse 133; Bergwesen 136.

Tonkunst, Urheberrecht an Werken 126.

Tonnen (Seeschiffahrtszeichen), Aufsicht und Gesetzgebung 140.

Torpedodepot zu Friedrichs-ort 168.

Torpedowesen, Inspektion z. Kiel 168.

Trichinenschan 146.

Tunis, Konsulargerichtsbarkeit 256.

U.

Übergangsabgaben, Übersicht über deren Erhebung 206, 207.

Ulm (Festung) 318.

Umzugskosten der Reichsbeamten 178; der Beamten für Post-, Telegraphen- u. Reichseisenbahnverwaltung 178; der gesandtschaftlichen und konsularbeamten 179, 257.

Unfallversicherungsgesetze 102.

Unteroffiziere, außerordentliche Ausgaben zur Verbesserung d. Lage der 279.

Unterstützung von Hinterbliebenen der Militärpersonen 269; der Familien d. zum Dienst einberufenen Mannschaften 264, 265; d. Offiziere, oberen Militärbeamten u. Unterklassen d. vormaligen Schleswig-Holsteinischen Armee 270, 299, 300, 304; der Invaliden aus den Kriegen vor 1870 u. an deren Hinterbliebene 271.

Unterstützungswohnfiß, BG. u. RG. darüber 84, 301; Abänderung 338; für Bayern nicht gültig 84.

Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikal. Kompositionen u. dramat. Werken u. an Werken der bildenden Künste, BG. u. RG. darüber 125, 126, 300, 307, 342; Übereinkommen mit ausländischen Staaten über den Schutz 126 ff.

Urkunden, Bestimmungen über die Beglaubigung öffentlicher 141; RG. 141;

Vertrag mit Österreich:
Ungarn 141.

Urlaub, Richterforderniß des-
selben für Beamte zum
Eintritt in den Reichstag
194; f. Reichsbeamte.

B.

Venezuela, Übereinkunft mit
demselben wegen gegensei-
tigen Markenschutzes 130.

Veränderungen der RB., f.
Reichsverfassung.

Verband, internat., z. Schutz
d. gewerbli. Eigentums 131.

Verbrauchssteuern, Zustän-
digkeit der Reichsgesetzge-
bung 200; Erhebung und
Verwaltung 214; Verwen-
dung und Einnahme 284.

Vereidigung der Reichsbe-
amten 160, 176.

Vereinigte Staaten v. Ame-
rika, Vertrag betr. Staats-
angehörigkeit 85; Überein-
kommen über den gegen-
seitigen Schutz der Ur-
heberrechte 130.

Vereinösterreicher österreichischen
Gepräges, RG. darüb. 119.

Vereinswesen, Zuständigkeit
des Reichs 149.

Vereins-Zollgesetz 200.

Verfassungsfreigkeiten in
Bundesstaaten, Zuständig-
keit des Bundesrats 295.

Verkaufsstellen, offene, Ein-
richtung v. Sitzgelegenheit
100.

Verkehr, Zuständigkeit bezügl.
Land- und Wasserstraßen,
Eisenbahnen 139, 221, 229,
230; Ausschuß im Bundes-
rat für Handel u. Verkehr
154.

Verkehrsordnung für die
Eisenbahnen Deutschl. 228.

Verlagsrecht, Ges. über 126.

Vermessungs-Dirigenten der
Marine 168.

Vermögensstrafen, Beistand
bei Vollstreckung 141.

Verpflegungswesen d. Heeres
264.

Verrat militärischer Geheim-
nisse 340.

Versicherungsunternehmungen,
private 111.

Versicherungswesen, Zustän-
digkeit des Reichs bezügl.
desselben 85, 101 ff., Vor-
behalt Bayerns in Betreff
desselben 101.

Versorgung u. Pensionierung
der Militärpersonen des

Reichsheeres u. d. Marine
und Ausführungsbestim-
mungen 267.

Vertagung d. Reichstages 196.

Verträge, Recht des Kaisers
zu deren Abschluß im Na-
men des Reiches 156; Zu-
ständigkeit d. Bundesrates
und des Reichstags 157;
Aufrechterhaltung d. B.
über die Übernahme von
Auszuweisenden, die Ver-
pfllegung erkrankter u. die
Beerbigung verstorbenen
Staatsangehöriger 80.

Veterinärpolizei, Zuständig-
keit des Reiches 143 ff.

Viehbeförderungen a. Eisen-
bahnen, Beseitigung von
Anstcdungsstoffen 143, 220.

Vieheinfuhrverbote, Zumi-
derhandlungen 143, 353.

Viehhandel, Gewährsfristen
335.

Viehseuche, Abwehr u. Unter-
drückung 144, 145.

Viehseuchenübereinkommen
mit Osterreich-Ungarn 354.

Vögel, RG., betr. Schutz
derselben 340.

Vollstreckung, wechselseitige v.
Erkenntnissen in Civil-
sachen 140.

W.

Wagen, Eichung 117; Grenze
der zu duldbenden Ab-
weichungen von der abso-
luten Richtigkeit 116; Zu-
lassungsfrist f. ältere 114.

Warenbezeichnungen, Schutz
derselben 127; in aus-
wärtigen Staaten 130.

Warenverkehr, Statistik des-
selben 202.

Wahlen z. Deutschen Reichs-
tage 187, 194, 196.

Wahlfälschungen, deren Be-
strafung 194.

Wahlgesetze und Wahlregle-
ments für den Deutschen
Reichstag 187—194, 299.

Wahlstimmen, Kauf u. Ver-
kauf strafbar 194.

Walzwerke, Beschäftigung in
98.

Wappen, Feststellung des
Kaiserl. und Verordnung,
betr. den Gebrauch des
Kaiserl. Adlers zur Bezeich-
nung von Waren oder
Etiquetten 156.

Wasserstraßen, Zuständigkeit
139; Schifffahrt auf den-
selben 251.

Wasserzölle 140, 251.

Wechselordnung, allgemeine Deutsche, als Bundes- u. Reichsgesetz 299, 304, 329.

Wechselrecht, Zuständigkeit des Reichs 142.

Wechselstempelmarken 286.

Wechselstempelsteuer, B.G. u. R.G. u. Bekanntmachungen zu dessen Ausführungen 285, 299, 305.

Wehrordnung, Deutsche 266.

Wehrpflicht, f. Militärdienst.

Wehrpflichtige, f. Militärpersonen.

Wein, weinhaltige und weinähnliche Getränke, Verkehr damit 148; chemische Untersuchung 148.

Weinbau, Verbot, betr. Einfuhr und Ausfuhr von Pflanzen 2c. 351.

Weinstock, Verbot der Einfuhr 351.

Weltpost(vereins)vertrag 231, 232.

Werfte zu Danzig, Kiel, Wilhelmshaven 168.

Werstätten mit Motorbetrieb, Beschäftigung in der Kleider- und Wäschekonfektion, Ausdehnung von Teilen der Gew.D. auf solche 100.

Wertpapiere im Börsenhandel 331, fremde, Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung 331.

Wefer, Erhebung einer Schiffsabgabe auf der Unterwefer 252.

Wettbewerb, unlauterer, R.G. zur Bekämpfung 341.

Wiederläufer, veterinärpolizeiliche Behandlung d. auf dem Seewege eingeführten ausländischen 146.

Wilhelm (Kaiser) =Stiftung 186.

Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn 219.

Wirtschaftsgenossenschaften f. Erwerbsgenossenschaften.

Witwen und Waisen, Unterstützungen und Pensionen der Reichsbeamten und Militärpersonen 124, 176, 177, 267, 268; Beiträge für 177, 268.

Wohnsitz, Berechtigung zur Begründung in Deutschland 79.

Wohnungsgeldzuschüsse, R.G. über deren Bewilligung 124, 181, 267.

Wucher 337.

Wärste, dänischen, schwedischen, norwegischen Ursprungs, Verbot der Einfuhr 353.

Württemberg (Königreich),
Zusicherung d. Vertretung
im Bundesausschuß für d.
Landheer und d. Festungen
328; sein Bevollmächtigter
ist Mitglied d. Ausschusses
d. auswärtigen Angelegen-
heiten 155; Vorbehalt we-
gen der Bier- u. Brannt-
weinsteuer 213; Abände-
rung der Übergangsabga-
bensätze für Bier, Brannt-
wein u. Malz 207; hat
keinen Teil an dem Er-
trage dieser Steuern 216;
Vorbehalt bez. des Post-
u. Telegraphenwesens 140,
231, 240—243, 314, Vor-
behalt in Betreff des Ein-
pfennig-Tarifs 229, 314;
Bestimmungen über die
Organisation d. Württem-
bergischen Armee-Korps
323—328; Vorbehalt in
Betreff der Quartierlei-
stung und des Ersatzes v.
Flurbeschädigungen 326;
desgleichen in Betreff der
Ersparnisse beim Militär-
Etat 328; Militär-Konven-
tion mit dem Norddeutschen
Bunde 279, 284, 323 bis

328; Vorbehalt in Betreff
der Festungen 324; Schluß-
bestimmung z. XI. Abschnitt
der R. 283; Übersicht der
W. zustehenden Reservat-
rechte u. Verfassungsbe-
stimmung darüber 297.

2.

Yokohama, Umzugskosten d.
Personals des Marine-
lazarets daselbst 179.

3.

Zahnärzte, Prüfung und
Approbation 91.

Zeitbestimmung, Einführung
einer einheitlichen 356.

Zeugen, Gebührenordnung
für dieselben 347.

Ziegeleien, Beschäftigung in
99.

Zigarrenfabriken 97.

Zink- und bleihaltige Gegen-
stände, Verkehr mit 148.

Zinzerwerke, Beschäftigung
in 98.

Zinkhütten, Betrieb 97.

Zinsen, vertragsmäßige, B. G.
darüber 299, 302, 332;
nicht gültig in Bayern 332.

Zoll- und Steuerämter in den Bundesstaaten 214.

Zollangelegenheiten, Zuständigkeit des Reiches 112, 199; Ausschuß des Bundesrates für das Zollwesen 154, 198—218; Bestimmungen über das Zollwesen, s. auch Flußzölle, Steuern, Wasserzölle.

Zollauschlüsse 200.

Zollgebiet, Anschluß eines Teils der Unterelbe 199; Sicherung der Zollvereinsgrenze in den ausgeschlossenen Hamburgischen u. Bremischen Gebietsteilen 199.

Zollgesetzgebung, ausschließlich Zuständigkeit des Reiches 112, 199.

Zollgrenze 198; deren Sicherung 200.

Zoll- und Handelswesen im D. Reich 198—218; siehe Zollangelegenheiten.

Zollvereinsgesetz 200.

Zollvereinstarif 201 ff.

Zollvereinsvertrag v. 8. Juli 1867 198; dessen Bestimmungen bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Verfassungsbestimmungen abgeändert sind 217.

Zollverträge 198 ff., 217.

Zollwesen 198 ff.; Ausschuß im Bundesrat 154.

Zucker, dessen Besteuerung 200, 210 ff.; Steuervergütung 210; Niederlage-Regulativ 212; Statistik 211.

Zuckerraffinerien, Beschäftigung in 98.

Zündhölzer, Anfertigung u. Verzollung 96.

Zusammenstellung ortsüblicher Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter 102.

Zusammenstoßen der Schiffe auf See, Verordnung zur Verhütung 339.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, RG. über dies. 292.

Der Staatshaushalt und **die Finanzen Preussens.**

Unter Benutzung amtlicher Quellen

bearbeitet von

O. Schwarz,	und	Dr. jur. G. Strutz,
Geheimer Ober-Finanzrat u. vortragender Rat im Finanzministerium,		Geheimer Ober-Finanzrat u. vortragender Rat im Finanzministerium.

Band I.

Die Überschussverwaltungen.

Bearbeitet von Dr. jur. G. Strutz.

Band II.

Die Zuschussverwaltungen.

Bearbeitet von O. Schwarz.

Band III.

Dotationen und Allgemeine Finanz- verwaltung etc.

Bearbeitet von O. Schwarz.

= Drei Bände in zehn Abteilungen. =
Jede Abteilung ist einzeln käuflich.

Spezialverzeichnisse über dieselben stehen zu Diensten,

G r u n d r i ß
des
gesamten deutschen Rechts
in Einzelausgaben
von
Dr. jur. Paul Posener.

Preis eines jeden Bandes elegant gebunden und mit
Schreibpapier durchschossen 90 Pf.

- | | |
|--|---|
| 1. Allgemeiner Teil des B.G.B. | 14. Kirchenrecht. |
| 2. Recht der Schuldverhältnisse. | 15. Strafrecht. |
| 3. Sachenrecht. | 16. Strafprozeß. |
| 4. Familienrecht. | 17. Militärrecht. |
| 5. Erbrecht. | 18. Römische Rechtsgeschichte. |
| 6. Handelsrecht. | 19. Deutsche Rechtsgesch. |
| 7. Wechselrecht. Seerecht. | 20. Brandenburg : preussische Rechtsgeschichte. |
| 8. Gerichtsverfassung. | 21. Preussisches Privatrecht. |
| 9. Zivilprozeß. | 22. Landwirtschaftsrecht. |
| 10. Zwangsvollstreckung. Konkurs. Freiwillige Gerichtsbarkeit. | 23. Wasserrecht. |
| 11. Staatsrecht. Verfassungsrecht. | 24. Eisenbahnrecht. |
| 12. Verwaltungsrecht. | 25. Allgemeine Volkswirtschaftslehre. |
| 13. Völkerrecht. Internationales Recht. | 26. Besondere Volkswirtschaftslehre. |
| | 27. Finanzwissenschaft. |

Das
Staatsrecht des Deutschen Reiches.

Von

Dr. Philipp Zorn,

Geh. Justizrat, ord. Professor der Rechte.

Zweite, völlig umgearbeitete Auflage.

- I. Band: Verfassungsrecht. 8°. Preis 8 Mk., geb. 9 Mk.
II. Band: Verwaltungsrecht einschl. des äußeren Staats-,
Militär- u. Seerechts. 8°. Preis 10 Mk., geb. 11 Mk.
-

Die Finanzen des Deutschen Reiches
seit seiner Begründung.

In den Grundzügen dargestellt von

Dr. S. Cohn.

Lex. 8°. Preis 5 Mk., geb. in Leinen 6 Mk.

Verfassung des Deutschen Reichs.

Mit Einleitung und Kommentar

von

Dr. Adolf Arndt.

Zweite, gänzlich umgearbeitete Auflage.

8°. Preis 4 Mk., geb. in ganz Leinen 4 Mk. 50 Pf.

Verzeichnis

der

Guttentag'schen Sammlung Deutscher Reichs- und Preussischer Gesetze

Text-Ausgaben

mit Anmerkungen u. Sachregister



Guttentag'sche Sammlung
Deutscher Reichsgesetze.

Text-Ausgaben mit Anmerkungen. Taschenformat.

1. **Verfassung** des Deutschen Reichs. Gegeben Berlin, den 16. April 1871. Von Dr. **L. von Rönne**. Neunte Auflage von Landrath **Paul von Rönne**. 2 M. 40 Pf.
2. **Strafgesetzbuch** für das Deutsche Reich. Nebst den gebräuchlichsten Reichs-Strafgesetzen: Presse, Entziehung elektrischer Arbeit, Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung, Gewerbeordnung, unlauterer Wettbewerb, Depot- und Börsengesetz, gewerbliche Kinderarbeit u. s. w. Von Dr. **H. Rüdorff**. Einundzwanzigste Auflage von Dr. **H. Appellus**, Kammergerichtsrath. 1 M. 20 Pf.
3. **Militärstrafgerichtsordnung** nebst Einführungsgesetz und Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten und die unfreiwillige Versetzung derselben in eine andere Stelle oder in den Ruhestand. Bearbeitet von Dr. **Paul Herz**, Senatspräsident am Reichsmilitärgericht. Dritte Auflage. 4 M.
Militär-Strafgesetzbuch s. RG. Nr. 67.
4. **Handelsgesetzbuch** vom 10. Mai 1897 unter Aus- schluß des Seerechts. Mit den ergänzenden Vor- schriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und Erläute- rungen herausgegeben von **F. Litthauer**, Justizrath. Zwölfte Auflage. 2 M. 80 Pf.

5. **Allgemeine Deutsche Wechselordnung. Achte Auflage** von Justizrath Dr. **J. Stranz** und Rechtsanwalt Dr. **M. Stranz**, und das Reichsgesetz über die **Wechselstempelsteuer**. Von Regierungsrath **P. Loeck**. Siebente Auflage. 3 M.
6. **Gewerbeordnung** für das Deutsche Reich nebst allen Ausführungsbestimmungen. Ursprünglich herausgegeben von **T. Ph. Berger** und Dr. **L. Wilhelmi**. Sechszehnte Auflage bearbeitet von Oberverwaltungsgerichtsrath **H. Spangenberg**. 3 M.
7. **Die deutsche Post- und Telegraphen-Gesetzgebung.** Nebst dem Weltpostvertrag und dem internationalen Telegraphenvertrag. Von Wirkl. Geh. Rath Dr. **Fischer**. Fünfte Auflage bearbeitet von Geh. Postrath Dr. **M. König**. 3 M.
8. **Die Reichsgesetze über den Unterstützungswohnsitz** in der Fassung der Novelle vom 12. März 1894, **die Freizügigkeit, den Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit**, nebst allen landesgesetzlichen Bestimmungen. Von Geheimrath Dr. **J. Kroch**, Mitglied des Bundesamtes für das Heimathwesen. Fünfte Auflage. 2 M. 70 Pf.
- 9a. **Sammlung Heinerer privatrechtlicher Reichsgesetze.** Von **F. Vierhaus**. Zweite Auflage in Vorbereitung.

9. **Sammlung kleinerer strafrechtlicher Reichsgesetze.** Mit den Entscheidungen des Reichsgerichts bearbeitet von **M. Werner**, Geh. Ober-Regierungsrath. Zweite Auflage. 3 M.

Inhalt: Inhaberpapiere — Presse — Personenstand — Urheberrechtsgesetzgebung — Kinderpest — Nahrungs- und Genußmittel — Sprengstoff — Fehngehalt von Gold- und Silberwaaren — Patentgesetz — Handfeuerwaffen — Gebrauchsmusterschutz — Militärische Geheimnisse — Waarenbezeichnung — unlauterer Wettbewerb — Auswanderung — Margarine — Wein — Sklavenraub — Fleischbeschau — Reichsfeuchengesetz — Süßstoff — Reichsflassenscheine.

10. **Das Reichsbeamtengesetz** vom 31. März 1873 und seine Ergänzungen. Erläutert von **J. Ploper**, Geh. Ober-Regierungsrath. Zweite Auflage. 4 M. 50 Pf.
11. **Civilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz** und den Einführungsgesetzen. Unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen des Reichsgerichts herausgegeben mit Anmerkungen von **R. Sydow**, Unterstaatssekretär und **L. Busch**, Kammergerichtsrath. Neunte Auflage. 80. 5 M.

Dieser Band ist in größerem Format erschienen!

12. **Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz** nebst dem Gesetz, betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen. Von **A. Hellweg**, Reichsgerichtsrath. Zwölfte Auflage. 2 M.
13. **Konkursordnung und Aufsehungsgesetz.** Unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen des Reichsgerichts herausgegeben mit Anmerkungen von **R. Sydow** u. **L. Busch.** Neunte Auflage. 2 M. 25 Pf.

14. **Gerichtsverfassungsgesetz** mit Einführungsgesetz, Nebengesetzen und Ergänzungen. Herausgegeben von **R. Sydow** u. **L. Busch**. Neunte Auflage in Vorbereitung.
15. **Das Deutsche Gerichtskostengesetz** nebst den Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher, Zeugen und Sachverständige. Herausgegeben mit Anmerkungen und Kostentabellen von **R. Sydow** u. **L. Busch**. Siebente Auflage. 1 M. 80 Pf.
16. **Rechtsanwaltsordnung**. Von **R. Sydow**. Vierte Auflage von Dr. **E. Mosler**. 1 M. 20 Pf.
17. **Die Deutsche Gebührenordnung für Rechtsanwälte und das Preussische Gebührengesetz** vom 27. September/6. Oktober 1899. Von **R. Sydow** und **L. Busch**. Siebente Auflage. 1 M. 60 Pf.
18. **Reichsstempelgesetz (Börsensteuergesetz)** v. 14. Juni 1900, mit den Ausführungsbestimmungen, einem Auszug aus den Gesetzes-Materialien und den Entscheidungen der Verwaltungsbehörden und des Reichsgerichts. Achte Auflage von **P. Loeck**, Regierungsrath. 3 M. 30 Pf.
19. **Die Seegesetzgebung**. Nebst den Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts, des Reichsgerichts und der Seeämter. Von Dr. **W. E. Knitschky**. Dritte Auflage bearbeitet von Oberlandesgerichtsrath **Otto Rudorff** in Hamburg. 4 M. 50 Pf.

20. **Krankenversicherungsgesetz.** Von weil. Dr. **E. von Woodtke**, Direktor im Reichsamte des Innern. Zehnte Auflage bearbeitet von Dr. **G. Eucken-Addenhausen**, Geh. Reg.-Rath und vortr. Rat im Reichsamte des Innern. 3 M. 50 Pf.
21. **Die Konsulargesetzgebung.** Von Professor Dr. **Ph. Zorn.** Zweite Auflage. 3 M.
- 22a. **Patentgesetz.** Gesetz, betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern. Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen. Nebst Ausführungsbestimmungen unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und der Praxis des Patentamts. Erläutert von Dr. **R. Stephan**, Geh. Reg.-Rath, Mitglied des Kaiserlichen Patentamts. Sechste Auflage. ca. 2 M.
- 22b. **Gesetz zum Schutz der Waarenbezeichnungen.** Nebst Ausführungsbestimmungen. Von Dr. **R. Stephan**, Geh. Reg.-Rath, Mitglied des Kaiserlichen Patentamts. Vierte Auflage. 1 M.
23. **Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz** und Gesetz, betr. die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 nebst Ausführungsverordnungen. Von Dr. **E. v. Woodtke**, Präsident des Kaiserl. Aufsichtsamts für Privatversicherung. Siebente Auflage. 2 M. 50 Pf.
24. **Aktiengesellschaft und Kommanditgesellschaften auf Aktien.** (Handelsgesetzbuch, II. Buch, Abschnitt 3

- und 4.) Mit Anmerkungen von **H. Keyssner**, Kammergerichtsrath und **Dr. H. Veit Simon**, Rechtsanwalt. Fünfte Auflage. Bearbeitet von **Dr. Hugo Keyssner** und **L. Keyssner.** 2 M. 25 Pf.
25. Reichsgesetz wegen **Erhebung der Braustener** vom 31. Mai 1872 mit Ausführungsvorschriften. Von **E. Bertho**, Regierungsrath. 1885. 1 M. 60 Pf.
26. Die Reichsgesetzgebung über **Münz- und Notenbankwesen**, Papiergeld, Prämienpapiere und Reichsschulden. Von Dr. jur. **R. Koch**, Präsident des Reichsbankdirektoriums. Vierte Auflage. 3 M.
27. Die Gesetzgebung, betr. das **Gesundheitswesen** im Deutschen Reich für Behörden, Aerzte u. Von Dr. jur. **C. Goesch** und Dr. med. **J. Karsten.** 1888. 1 M. 60 Pf.
28. **Bau-Unfallversicherungsgesetz.** Vom 30. Juni 1900. Von **R. Chrzescinski**, kaiserl. Regierungsrath. Dritte Auflage. 2 M.
29. Reichsgesetz, betr. die **Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften.** Von **L. Parisius** und Dr. **H. Crüger.** Zehnte Auflage bearbeitet von Dr. **H. Crüger.** 1 M. 50 Pf.
30. **Invalidenversicherungsgesetz** vom 13. Juli 1899. Von Dr. **E. v. Woodtke**, Präsident des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung. Neunte Auflage. 2 M. 50 Pf.

31. **Gewerbegerichtsgesetz.** Von Stadtrath **L. Mugdan.**
Fünfte Auflage bearbeitet von **W. Cuno**, Erstem
Bürgermeister zu Hagen i. W. 2 M.
32. Reichsgesetz, betr. die **Gesellschaften mit beschränkter
Haftung.** Von **L. Parisius** und **Dr. H. Crüger.**
Siebente Auflage. 1 M. 25 Pf.
33. **Das Vereins- und Versammlungsrecht** in Deutsch-
land. Von **Dr. E. Ball**, Rechtsanwält. 2 M. 25 Pf.
34. Reichsgesetz, betreffend die **Abzahlungsgeschäfte.**
Vom 16. Mai 1894. Von **J. Hoffmann.** Zweite
vermehrte Auflage besorgt von **Dr. E. Wilke**,
Landgerichtsrath. 1 M. 20 Pf.
35. **Die Reichs-Eisenbahngesetzgebung.** Von **W. Coer-
mann**, Kaiserl. Amtsrichter. 1895. 2 M. 25 Pf.
36. **Gesetze, betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der
Binnenschifffahrt und der Flößerei.** Erläutert von
H. Makower. Dritte Auflage bearbeitet von **E.
Löwe**, Landgerichtsrath. 3 M.
37. **Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbe-
werbes.** Vom 27. Mai 1896. Von **Dr. R. Stephan**,
Geß. Regierungsrath. Dritte Auflage. 1 M.
- 38/39. **Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz.**
Nach dem Tode des ursprünglichen Herausgebers
Reichsgerichtsraths a. D. **Dr. A. Achilles** in Ver-
bindung mit Professor **Dr. André**, Landrichter

Ritgen, Sanbdrichter **Strocker**, Ober-Regierungsraih
Dr. Unzner herausgegeben von Geh. Ober-Justizrath
Greiff. Vierte Auflage. 8°. 8 M. 50 Pf.

Dieser Band ist in größerem Format erschienen!

40. Gesetz, betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Werthpapiere (Depotgesetz). Mit Erklärungen. Von **F. Lusensky**, Geh. Regierungsraih. 90 Pf.
41. Börsengesetz. Vom 22. Juni 1896. Nebst Ausführungsbestimmungen. Unter Mitwirkung des Direktors im Reichsamt des Innern **A. Wormuth** bearbeitet von Regierungsraih **H. Brendel**. 1 M. 50 Pf.
42. Grundbuchordnung nebst den preussischen Ausführungsbestimmungen. Mit Einleitung. Von Professor Dr. **O. Fischer**. Dritte Auflage 2 M. 25 Pf.
43. Die Gesetzgebung, betr. die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Reiche und in Preußen. Mit Einleitung, Kosten- und Gebühren tabellen. Von Dr. **J. Kroch**, Kaiserl. Geh. Regierungsraih und Professor Dr. **O. Fischer**. Vierte Auflage. 2 M.
44. Das Reichsgesetz über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 nebst Ausführungsverordnungen und Anlagen. Unter Benutzung amtlicher Quellen. Von Professor Dr. **Felix Stoerk**. 2 M. 25 Pf.

45. Das **Entmündigungsrecht** unter Berücksichtigung der für Preußen geltenden Vorschriften nebst der preussischen Justiz-Ministerial-Verfügung vom 28. November 1899. Text der civil- und prozeßrechtlichen Bestimmungen mit Erläuterungen von Landgerichtsrath Dr. **P. Koll** in Köln. 1 M. 50 Pf.
46. Die Gesetze des Reiches und Preußens über die **freiwillige Gerichtsbarkeit**. Mit Einleitung von **Herm. Jastrow**, Amtsgerichtsrath. Dritte Auflage. 3 M.
47. Das **deutsche Vormundschaftsrecht** und das preuß. Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger nebst den dazu gehörigen preussischen Nebengesetzen. Mit Einleitung und Erläuterungen von **Max Schultzenstein**, Oberverwaltungsgerichtsrath und Amtsgerichtsrath Dr. **Paul Köhne**. Zweite Auflage. 3 M.
48. Gesetze und Verordnungen, betr. den **Drogen-, Gift- und Farbenhandel** außerhalb der Apotheken. Von Dr. **Broh**, Rechtsanwalt. 1 M. 25 Pf.
49. **Deutsche Kolonialgesetzgebung**. Von Professor Dr. **Philipp Zorn**. 4 M. 50 Pf.
50. Der **Biehlauf** (Biehwährschaft) nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche. Mit Erläuterungen von Rechtsanwalt Dr. **H. Stölzle**. Nebst Verordn. betr. die Hauptmängel und Gewährsfristen beim Viehhandel. Von **H. Weiskopf**, Königl. Kreisvthierarzt in Augsburg. Dritte Auflage. 3 M.

51. **Hypothekendarlehensgesetz** vom 13. Juli 1899. Von Dr. H. Göppert, Gerichts-Assessor. 1 M. 80 Pf.
52. Gesetz, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen. Von Dr. Heinrich Göppert, Gerichts-Assessor. 2 M.
53. **Reichspressgesetz** vom 7. Mai 1874 nebst den einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, der Gewerbeordnung u. c. Kommentar von A. Born, Polizeiaffessor. 1 M. 50 Pf.
54. Die Reichsgesetzgebung über den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen. Von Dr. Georg Lohlin, Nahrungsmittelchemiker. 2 M. 25 Pf.
55. Das Recht der Beschlagnahme von Lohn- und Gehaltsforderungen. Auf Grundlage der Reichsgesetze vom 21. Juni 1869 u. 29. März 1897 und der Zivilprozessordnung. Von Rechtsanwalt Georg Meyer. 1 M. 50 Pf.
56. Gesetz, betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Nebst Ausführungsbestimmungen. Von Dr. Bruno Burkhardt, Regierungsrath, Mitglied des Reichs Gesundheitsamts. 1 M. 40 Pf.
57. **See-Unfallversicherungsgesetz**. Von Dr. Max Mittelstein, Oberlandesgerichtsrath in Hamburg. 2 M.

58. **Das Recht der unehelichen Kinder.** Ausgabe aller einschlägigen Bestimmungen des B.G.B. Von **Hermann Jastrow**, Amtsgerichtsrath. 1 M. 80 Pf.
59. **Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung.** Von Dr. **F. Fidler**, Amtsgerichtsrath. 1 M. 80 Pf.
60. **Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst.** Von Gerichtsassessor **Otto Lindemann**. 1 M. 50 Pf.
61. **Gesetz über das Verlagsrecht.** Von Justizrath **Ernst Heinitz**. 1 M. 50 Pf.
62. **Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen.** Von **H. Könige**, Ob.-Landesger.-Rath. 3 M.
63. **Gesetzes-tafel des Deutschen Reichsrechts.** Systematisch geordnete Nachweisung des z. Z. geltenden Reichsrechts. Ergänzungsband zu der Guttenberg'schen Sammlung Deutscher Reichsgesetze. Von **Hugo Bruhns**, Syndikus. 2 M. 50 Pf.
64. **Gesetzesammlung betr. den Handel mit Drogen und Giften.** Reichsgesetzl. Bestimmungen und Anhang mit den landesgesetzl. Verordnungen sämtlicher Bundesstaaten. Von Rechtsanwalt **H. Sonnenfeld**, Syndikus der Berliner Drogisten-Zinnung. 3 M.
65. **Das Weingesez vom 24. Mai 1901.** Mit Ausführungsbestimmungen erläutert von Dr. **Georg Lebbin**, Handels- und Gerichtschemiker zu Berlin. 1 M. 50 Pf.

66. Die **Eisenbahn-Gesetzgebung** des Deutschen Reichs.
Von **W. Plösch**, Geh. exp. Sekretär im Reichs-
Eisenbahn-Amt. 5 M.
67. **Militär-Strafgesetzbuch** für das Deutsche Reich.
Unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Reichs-
Militärgerichts bearbeitet von Dr. **Paul Herz**,
Senats-Präsident am Reichs-Militärgericht und
Kriegsgerichtsrath Dr. **Georg Ernst**. 3 M.
68. Das **Fleischbeschaugesetz**. Vom 3. Juni 1900. Mit
den ergangenen Ausführungsgesetzen und Verord-
nungen im Reiche und in Preußen. Erläutert von
Dr. **Georg Lebbin**, Gerichtschemiker und Rechts-
anwalt Dr. **Georg Baum**. 4 M.
69. Reichsgesetz über die **Naturalleistungen der be-
waffneten Macht im Frieden** nebst den zugehörigen
in Preußen geltenden Bestimmungen. Von Re-
gierungssachverständigen Dr. **Walter v. Hippel**. 1 M. 25 Pf.
70. Das **Reichs-Gaftpflichtgesetz**, betr. die Verbindlich-
keit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von
Eisenbahnen, Bergwerken, Steinbrüchen, Gräbereien
und Fabriken herbeigeführten Tödtungen und Körper-
verletzungen, vom 7. Juni 1871. Von Regierungsrath Dr. **G. Eger**. Preis 3 M.
71. Reichsgesetz, betr. die **Kinderarbeit in gewerblichen
Betrieben**, vom 30. März 1903. Nebst der Preuß.

Guttentag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze.

Ausführ.-Anw. v. 30. Nov. 1903 u. d. Bekanntm. des Reichskanzlers v. 17. Dez. 1903. Text-Ausgabe mit Anmerkungen und Sachregister. Zweite vermehrte Auflage von **H. Spangenberg**, Oberverwaltungsgerichtsrath. 1 M. 60 Pf.

72. **Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft** vom wirkl. Geh. Rat Dr. **E. von Woedtke**, weil. Direktor im Reichsamt des Innern. Nach dessen Tode fortgesetzt und herausgegeben von Dr. **Alfred Radtke**, Geh. Regierungsrat und Senatspräsl. im Reichsamt des Innern. Im Druck.
-

Guttentag'sche Sammlung Preussischer Gesetze.

Text-Ausgaben mit Anmerkungen. Taschenformat.

1. **Die Verfassungs-Urkunde für den Preussischen Staat.** Mit Einleitung, vollständigem Kommentar. Von Prof. Dr. **Adolf Arndt**. Fünfte Auflage. 3 M.
2. **Preussische Beamten-Gesetzgebung.** Enthaltend die wichtigsten Beamten Gesetze in Preußen. Von **C. Pfafferoth**. Dritte Auflage. 1 M. 50 Pf.
3. **Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.** Von Dr. **J. Kroch** und Prof. Dr. **O. Fischer**. Vergriffen. Siehe: Reichsgesetze Nr. 43.

4. **Gebührenordnung für Notare** vom 25. Juni 1895 nebst den einschlägigen Vorschriften des Preussischen Gerichtskostengesetzes. Von **R. Sydow**. Zweite Auflage bearbeitet von Dr. **E. Mosler**, Gerichtsassessor. 1 M. 50 Pf.
5. Gesetz vom 24. April 1854 (betr. die außereheliche Schwängerung). Von Dr. Schulze. 75 Pf.
Seit dem 1. Januar 1900 gültiges Recht siehe: Reichsgesetze Nr. 58.
6. Die Preuss. Ausführungsgesetze und Verordnungen zu den Reichs-Justizgesetzen. Von **R. Sydow**. Dritte vermehrte Auflage. 1895. 2 M. 40 Pf.
Siehe Seite 21, Busch, Ausführungsgesetze.
7. **Allg. Gerichtsordnung** vom 6. Juli 1793 und Preuss. **Kontursordnung** vom 8. Mai 1885. Von **F. Vierhaus**, Geh. Ober-Justizrath. Vergriffen.
8. **Vormundschaftsordnung**. Von **F. Schultzenstein**. Gültiges Recht siehe: Reichsgesetze Nr. 47.
9. Die Preussische Grundbuchgesetzgebung. Von Prof. Dr. **Fischer**. Vergriffen. Siehe: Reichsgesetze Nr. 42.
10. **Einkommensteuergesetz**. Von **A. Fernow**, Geh. Finanzrath. Fünfte Auflage. 2 M. 50 Pf.
11. **Gewerbsteuergesetz**. Von **A. Fernow**, Geh. Finanzrath. Dritte Auflage. 1 M. 25 Pf.

12. **Allgemeines Vergesetz** für die preussischen Staaten und die auf dasselbe bezüglichen Gesetze und Verordnungen. Von **E. Engels**. Dritte Auflage. In Vorbereitung.
13. **Ergänzungssteuergesetz** (Vermögenssteuergesetz). Von **A. Fernow**, Geh. Finanzrath. Dritte vermehrte Auflage. 1 M. 50 Pf.
14. **Kommunalabgabengesetz**. Vom 14. Juli 1893 und Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern. Von **Dr. F. Adickes**, Oberbürgermeister. Dritte Auflage. 1 M. 50 Pf.
15. **Die Preisordnungen** für den Preussischen Staat. Von **O. Kollsch**, Landgerichtsrath. 1894. 4 M.
16. **Concessionirung gewerblicher Anlagen**. Preuss. Ausführungs-Anweisung zu §§. 16 u. ff. der Gewerbe-Ordnung. Von **Dr. W. v. Rüdiger**, Geh. Regierungsrath u. Gewerberath. Zweite Auflage. 2 M.
17. **Preussisches Gerichtskosten-gesetz**. Mit Kostentabellen. Von **Dr. P. Simon**, Landrichter. Vierte Auflage. 2 M. 25 Pf.
18. **Preussisches Stempelsteuergesetz** vom 31. Juli 1895. Mit den gesammten Ausführungsbestimmungen und vollständigen Tabellen. Von **P. Loeck**, Regierungsrath. Fünfte Auflage. 5 M.

Dieser Band ist in größerem Format erschienen.

19. Das **Jagdscheingesez**. Mit ausführlichen Erläuterungen nebst der Ausführungsverfügung. Von **F. Kunze**, Wirklichem Geh. Ober-Regierungsrath. Zweite Auflage. 2 M.
20. Gesetz, betr. die **Erbchaftssteuer**. Unter Berücksichtigung der Novelle vom 31. Juli 1895. Von Regierungsrath **P. Loeck**. 1 M. 80 Pf.
21. Gesetz über die **Handelskammern**. Vom 19. August 1897. Mit Erläuterungen von **F. Lusensky**, Geh. Regierungsrath. 3 M.
22. Gesetz, betr. **Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten**. Mit Ausführungsanweisung. Von **Dr. W. Ledermann**, Magistratsassessor zu Berlin. 1 M. 25 Pf.
23. **Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche**. Von Landrichter **Dr. P. Siméon**. 1 M. 60 Pf.
24. Die **Hinterlegungsordnung** in der Fassung des Ausführungsgesetzes z. B.G.B. v. 20. Sept. 1899 nebst Ausführungsbestimmungen. Von Regierungsassessor **Dr. Georg Bartels**. 1 M. 50 Pf.
25. **Preussische Kommunalbeamten-Gesetzgebung**. Von Magistratsassessor **Dr. Fr. Kromski**, Berlin. 3 M.
26. Die Preussischen Gesetze über das **Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen, ihren Ruhegehalt und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen**,

sowie einer Tabelle zur Berechnung der Ruhegehalts-, Wittwen- und Waisenbezüge. Von Dr. **Ed. Cremer**, Beigeordneter. 2 M. 40 Pf.

27. Gesetz, betreffend die **Waarenhaussteuer**. Von Geh. Ober-Finanzrath Dr. **G. Strutz**. 1 M. 20 Pf.
28. Gesetz über die **Fürsorgeerziehung Minderjähriger**. Nebst Ausführungsanweisungen. Von Landgerichtsrath Dr. **P. F. Aschrott**. 2 M. 80 Pf.
29. Gesetz, betr. die **ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagerrecht und die Kassen der Aerztekammern**. Von Amtsgerichtsrath Dr. **Fidler**. 1 M. 50 Pf.
30. Die das **Preussische Staatsschuldbuch und Reichsschuldbuch** betr. Gesetze nebst Ausführungsbestimmungen. Von Wirkl. Geh. Ober-Finanzrath **J. Mücke**, Mitglied der Staatsschuldenverwaltung. 2 M.
- 31 a. **Die geltenden Preussischen Gefindeordnungen**. Herausgegeben in zwei Bänden von **Stephan Gerhard**, Rechtsanwalt in Berlin.
- Band I:** Gefindeordnung für die altpreussischen Provinzen vom 8. XI. 1810, mit Erläuterungen unter Berücksichtigung der Ergänzungsgesetze und der Rechtsverhältnisse der Gefindevermietther, sowie die Gefindeordnung für Neuborpommern und Rügen und für die Rheinprovinz. 2 M. 50 Pf.
- 31 b. **Band II:** Gefindeordnungen für Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau und den Regierungsbezirk Hohenzollern. 2 M. 50 Pf.

32. **Die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen Preußens vom 30. Mai 1853 nebst ihren gesetzlichen Ergänzungen.** Von **Dr. jur. Walter Ledermann**, Magistrats-Assessor zu Berlin. 6 M.

Dieser Band ist in größerem Format erschienen!

33. **Rentenguts- und Anerbenrechts-Gesetzgebung in Preußen.** Von Landgerichtsrath **M. Peltasohn** und Rechtsanwalt **Bruno Peltasohn**. 3 M.

34. **Sammlung der wichtigsten Preussischen Strafgesetze nebst Anhang: Gesetz betr. polizeiliche Strafverfügungen vom 23. April 1883.** Von **Otto Lindemann**, Amtsrichter. 2 M. 50 Pf.

Inhalt: Mobiliar-Feuerversicherung — Chauffeegeld — Jagdpolizei — Jagdschein — Wild-Schonzeit — Fischerei — Versammlungs- u. Vereinigungsrecht — Belagerungszustand — Gefindebienstpflichten — Mineraliengewinnung und -Aneignung — Schlachthäuser — Dampfesselbetrieb — Wandergewerbebetrieb — Nebelauverbreitung — Forstdiebstahl — Wald- u. Wassergenossenschaften — Feld- u. Forstpolizei — Lotteriespiel — Verkehrsabgaben — Sandestramer.

35. **Geschäftsordnung für Gerichtsvollzieher.** Gerichtsvollzieherordnung und Gebührensätze von Amtsgerichtsekretär a. D. **Emil Exner**. Im Druck.

36. **Die Gesetzgebung über Polizeiverordnungen in Preußen** von **Otto Lindemann**, Amtsrichter in Köslin. Im Druck.

**Guttentag'sche Sammlung von
Text-Ausgaben mit Sachregister ohne Anmerkungen.**
Taschenformat, elegant in Netzen gebunden.

Reichs-Justizgesetze:

**Gerichtsverfassungsgesetz. Civilprozeßordnung.
Konkursordnung. Strafprozeßordnung.**

Zweite Auflage.

In einem Bande gebunden 3 M. 80 Pf.

**Civilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und
Einführungsgesetzen. 2 M.**

Konkursordnung mit Einführungsgesetz. 80 Pf.

**Strafprozeßordnung nebst Einführungsgesetz. 1 M.
20 Pf.**

**Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz.
Sechster Abdruck. 2 M. 50 Pf.**

**Handelsgesetzbuch nebst Einführungsgesetz u. Seerecht.
Siebenter Abdruck. 1 M. 80 Pf.**

**Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Zweite Auf-
lage. 1 M. 20 Pf.**

**Militär-Strafgesetzbuch mit Abdruck der angezogenen
Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuchs. 1 M.**

**Guttenberg'sche Sammlung von Text-Ausgaben mit
Sachregister ohne Anmerkungen.**

Militärstrafgerichtsordnung für das Deutsche Reich,
nebst **Einführungsgesetz** und Gesetz, betr. die Dienst-
vergehen der richterlichen Militärjustizbeamten und
die unfreiwillige Versetzung derselben in eine andere
Stelle oder in den Ruhestand. **Militär-Strafgeset-
buch** mit Abdruck der entsprechenden Bestimmungen des
Reichs-Strafgesetzbuchs. Zweite Auflage. 1 M. 50 Pf.

Reichsstempelgesetz (Börsensteuergesetz). Mit Tabellen
zur Berechnung der Reichsstempelabgaben. 1 M. 50 Pf.

Bürgerliches Gesetzbuch
nebst **Einführungsgesetz**

unter Einfügung der preussischen Ausführungsbestim-
mungen bearbeitet von Dr. **Paul Winter**, Landrichter.
Zweite Ausgabe. 8°. Geb. Preis 3 M.

Handbuch des Testamentsrechts

mit zahlreichen Beispielen und Formularen.

Dargestellt von **Heinrich Polser**, Landgerichtsrat in
Danzig. gr. 8°. Preis 8 M., geb. in ganz Leinen 9 M.

Das Bürgerliche Recht Deutschlands

mit Einschluß des Handelsrechts

historisch und dogmatisch dargestellt von **A. Engelmann**,
Oberlandesgerichtsrat. Zweite durchgearbeitete Auflage.

gr. 8°. Preis 14 M., geb. in Leinen 15 M.

Bürgerliches Rechts-Lexikon

von

E. Christiani, Amtsgerichtsrath.

Zweite vermehrte Auflage.

Ver. 8°. Geb. in ganz Leinen Preis 8 M. 50 Pf.

Wer auf eine Frage aus dem bürgerlichen Recht Antwort sucht, wer im Drange der Geschäfte raschen Aufschluß über irgend eine der zahlreichen Rechtsfragen wünscht, wer sich über irgend ein Rechtsinstitut, insbesondere über ein solches, das selten im praktischen Leben vorkommt, einen rasch orientirenden Überblick verschaffen will — kurz, wer eines jederzeit hülfsbereiten Wegweisers bedarf, der ihm die zeitraubende Mühe abnimmt, erst lange in Bänden und Registern zu suchen, der greife zu **Christiani's Rechts-Lexikon.**

Die Preussischen Ausführungsgesetze

zum Bürgerlichen Gesetzbuche und den anderen Reichs-Justizgesetzen nebst Verordnungen, Ministerialerlassen und Geschäftsordnungen. Von **L. Busch, Kammergerichtsrath.** Zweite Ausgabe. 8°. Geb. Preis 3 M.

Die Preussischen Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuche und Nebengesetze. Text-Ausgabe ohne Anmerkungen. Fünfte Auflage. Taschenformat. 1 M. 80 Pf.

Preußische Bürgerliche Gesetzsammlung.

Sammlung der noch geltenden Landesgesetze privatrechtlichen Inhalts. Herausgegeben von den Gerichtsassessoren
D. Fischer und Dr. F. Schroeder.

8°. 2 Bände Preis geb. in ganz Leinen 20 M.

Erster Band: Das Allgemeine Landrecht mit den
Einführungs-Patenten. Preis 6 M.

Zweiter Band: Gesetze von 1773—1902. Preis 14 M.

Wie leitet man eine Versammlung?

Geschäftlicher Handweiser für Vorsitzende.

Von einem Mitgliede des Deutschen Reichstags und
des Preussischen Abgeordnetenhauses.

kl. 8°. Preis in elegantem Einbände 1 Mark.

Ein nützliches und notwendiges Büchlein.

Arndt, Dr. Adolf, Professor. Verfassung des
Deutschen Reichs. Mit Einleitung und Kom-
mentar. Zweite Auflage. 8°. Geb. 4 M. 50 Pf.

Behrens, Paul, Handbuch für Vereine bei Auf-
stellung, Berathung und Aenderung der Vereins-
Satzungen. 8°. Preis geb. 1 M.

Heyendorff, Dr. A., Dozent der Staatswissenschaften.
System der Reichs-Gewerbordnung. Für
den akademischen und praktischen Gebrauch dargestellt.
8°. Preis 4 M., geb. 4 M. 60 Pf.

Horn, A., Polizei-Assessor in Königsberg i. Pr. Das
preussische Baupolizeirecht nebst den ein-
schlägigen Bestimmungen des Anstiedelungs-, Feld-
und Forstpolizei-, Waldschutz- und Deichgesetzes, so-
wie dem Fluchtlinien-, Rahongesetz und dem Gesetz
über die Zulässigkeit des Rechtsweges gegen polizei-
liche Verfügungen. Kommentar. gr. 8°. Preis 10 M.,
geb. 11 M.

Delius, Dr. jur. G., Landgerichtsrath. Die Haft-
pflicht der Beamten. 8°. Preis geb. 2 M.

Delius, Dr. jur. G., Landgerichtsrath. Die Rechts-
verhältnisse der geschlossenen Gesellschaften
und Vereine nach Preussischem Recht unter be-
sonderer Berücksichtigung der Befugnisse der Polizei-
behörden. 8°. Preis in Leinenband 1 M. 60 Pf.

Das Gesetz betreffend die Anlegung und Verände-
rung von Straßen und Plätzen in Städten
und ländlichen Ortschaften vom 2. Juli 1875. Des
Kommentars von weill. Oberverwaltungsgerichtsrath
A. Friedrichs fünfte völlig neubearbeitete Auflage
bearbeitet von Dr. jur. **Hugo v. Strauß und**
Tornow, Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht.
8°. Geb. Im Druck.

Holtgreven, Dr. A., Präsident des Oberlandesgerichts
in Hamm und Dr. **H. Wolff**, Oberlandesgerichts-
rath. Das Wildschadengesetz vom 11. Juli 1891.
Kommentar. Vierte Auflage. 8°. Geb. 4 M. 50 Pf.

Kauk, Dr. jur. Georg, Ober-Regierungsrath und
H. Appeltus, Landesrath. Preussisches Kom-
munalbeamtenrecht. Darstellung und Erläute-
rung der gesamten, die Rechtsverhältnisse der
Kommunalbeamten regelnden gesetzlichen und sonstigen
Bestimmungen. 8°. Geb. in ganz Leinen. Preis
4 M. 20 Pf.

Könige, S., Oberlandesgerichtsrath. Handelsgesetz-
buch vom 10. Mai 1897 nebst Abdruck des Gesetzes
über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichts-
barkeit und Gerichtsverfassungsgesetz (Titel 7, Kom-
mern für Handelsfachen). 8°. Geb. in ganz Leinen
4 M. 50 Pf.

Außbaum, Dr. A., Die freiwillige Gerichtsbarkeit
im Reiche und in Preußen. Ein Leitfaden. 8°. Geb.
in ganz Leinen 4 M.

Ottermann, Carl, Stadtrath in Dortmund. Das Flucht-
liniengesetz vom 2. Juli 1875. Erläuternde Ab-
handlung. 8°. 1 M. 25 Pf.

Telegraphenwege-Gesetz vom 18. Dezember 1899 nebst
den vom Reichskanzler erlassenen Ausführungsbe-
stimmungen vom 26. Januar 1900 und den Erläute-
rungen und Ausführungsanweisungen des Reichs-
Postamts. Amtliche Ausgabe. 8°. Geb. in ganz
Leinen 1 M.

Wilhelmi, Dr. L., Das Handwerker-Gesetz vom
26. Juli 1897. Mit Einleitung und Bemerkungen
unter besonderer Berücksichtigung der Ausführungs-
Anweisungen der größeren Bundesstaaten. Geb. in
ganz Leinen 6 M.

Schlagwort-Register.

N. = Nummer der Sammlung Deutscher Reichsgesetze.

P. = Nummer der Sammlung Preussischer Gesetze.

S. = Seite.

- Änderung der Gewerbe-**
ordnung S. 20, N. 6.
Abzahlungsgeschäfte N. 34.
Arztelammern P. 29.
Ärztl. Ehrengerichte P. 29.
Aktienrecht N. 24.
Altersversicherungsges. N. 30.
Anerkennungsgesetz P. 33.
Anfechtungsgesetz N. 13.
Ansiedelungsgesetz S. 24.
Anstellung der Kommunal-
beamten P. 22.
Arbeiterschutzgesetz N. 6.
Arbeiterversicherungsgesetze
N. 20, 23, 28, 30, 57.
Arzneimittel N. 6, 64.
Ausführungsgesetze d. B. G. B.
P. 23, S. 21.
Ausführungsgesetze zu den
Reichsjustizgesetzen P. 6,
S. 22.
Auswanderungsgesetz N. 9,
44.
Bauabgesetz N. 26.
Bauschutzgesetz S. 24, 25.
Bauunfallversicherungsgesetz
N. 28.
Baupolizeirecht S. 24.
Beamten-gesetze N. 10, P. 2,
S. 24
Bekämpfung gemeingefähr-
licher Krankheiten N. 56.
Belagerungszustand P. 34.
Berggesetz P. 12.
Beschlagnahme von Lohn- und
Gehaltsforderungen N. 55.
Beurkundung des Personen-
standes N. 59.
Binnenschiffahrtsgesetz N. 36.
Blei- u. zinkhaltige Gegenst.
N. 9.
Börsengesetz N. 41.
Börsensteuergesetz N. 18, S. 21.
Brausteuererhebung N. 25.
Bundes- und Staatsange-
hörigkeit N. 8.
Bürgerliche Gesetzsammlung
für Preußen S. 23.
Bürgerliches Gesetzbuch N.
38/39, S. 20, 21.
Bürgerliches Rechts-Verikon
S. 22.
Bürgerliches Recht S. 21.
Civilprozeßordnung N. 11,
S. 20.
Chausseegeld P. 34.

Dampffesselbetrieb R. 6,
P. 34.

Deichgesetz S. 24

Depotgesetz R. 40.

Dienst Einkommen der Lehrer
und Lehrerinnen P. 26.

Drogenhandel außerhalb der
Apotheken R. 48, 64.

Eheschließungsgesetz R. 59.

Einkommensteuergesetz P. 10.

Eisenbahngesetzgebung R. 66,
35.

Elektrizitäts-Diebstahl R. 2.

Entmündigungsgesetz R. 45.

Entschädigung der im Wieder-
aufnahmeverfahren freige-
sprochenen Personen R. 12.

Entziehung elektr. Arbeit R. 2.

Erbchaftssteuergesetz P. 20.

Ergänzungssteuergesetz P. 13.

Erwerbs- und Wirtschaftss-
genossenschaften R. 29.

Farbenhandel außerhalb der
Apotheken R. 48.

Farbengesetz R. 9, 48.

Feingehalt der Gold- und
Silberwaren R. 9.

Feld- u. Forstpolizeiges. S. 24,
P. 34.

Feuerversicherung P. 34.

Fischereigesetz P. 34.

FleischbeschauGes. R. 9, 54, 68.

Flößereigesetz R. 36.

Fluchtliniengesetz S. 25.

Forstdiebstahl P. 34.

Freiwillige Gerichtsbarkeit
R. 46, S. 25.

Freizügigkeit R. 8.

Fürsorgeerziehung Minder-
jähriger R. 47, P. 28.

Gast- u. Schankwirtschafts-
gehilfen R. 6.

Gebrauchsgegenstände, Gesetz
über den Verkehr damit
R. 9, 54.

Gebrauchsmusterschutzgesetz
R. 9, 22 a.

Gebührengesetz, Preussisches,
für Rechtsanwälte und
Gerichtsvollzieher R. 17.

Gebührenordnung für Ge-
richtsvollzieher R. 15.

Gebührenordnung für Notare
P. 4.

Gebührenordnung für Rechts-
anwälte R. 17.

Gebührenordnung für Zeugen
und Sachverständige R. 15.

Gehaltsforderungen, Be-
schlagnahme von R. 55.

Genehmigung gewerblicher
Anlagen P. 16.

Genossenschaftsgesetz R. 29.

Genußmittel, Verkehr damit
R. 9, 54.

Gerichtsbarkeit, freiwillige
R. 46, S. 25.

- Gerichtskosten-gesetz, Deutschsches R. 15.
 Gerichtskosten-gesetz Preußisches P. 17.
 Gerichtsordnung, Preuß. P. 7.
 Gerichtsverfassungsgesetz R. 14, 12, S. 20.
 Gerichtsvollzieher-Gebührenordnung R. 15.
 Geschäftsordnung für Gerichtsvollzieher P. 35.
 Gesellschaften, geschlossene S. 24.
 Gesellschaften mit beschränkter Haftung R. 32.
 Gesetzbuch, Bürgerliches R. 38/39, S. 20, 22.
 Gesetzes-tafel des Deutschen Reichsrechts R. 63.
 Gesetz-Sammlung, Preuß. S. 23.
 Gesinde-dienstpflichten P. 34.
 Gesinde-ordnungen, Preußische P. 31a, 31b.
 Gesundheitswesen R. 27.
 Gewerbebetrieb im Umherziehen R. 6, P. 34.
 Gewerbe-gerichte R. 31.
 Gewerbe-ordnung R. 6, S. 20, 24.
 Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz R. 23.
 Gewerbe-steuergesetz, Preußisches P. 11.
 Gift-handel außerhalb der Apotheken R. 48, 64.
 Gold- u. Silberwaaren-Feingehalt R. 9.
 Grundbuchordnung R. 42.
 Grundbuchgesetzgebung, Preußische P. 9.
 Haftpflicht d. Beamten S. 24.
 Haftung, Gesellschaften mit beschränkter R. 32.
 Handelsgesetzbuch R. 4, S. 20, 25.
 Handelskammergesetz P. 21.
 Handfeuerwaffen R. 9.
 Handwerker-gesetz S. 23, 25, R. 6.
 Hilfsklassen eingeschr. R. 20.
 Hinterlegungsordnung P. 24.
 Hypothekenbank-gesetz R. 51.
 Jagdpolizei-gesetz P. 34.
 Jagdschein-gesetz P. 19, 34.
 Inhaberpapiere mit Prämien R. 9.
 Invalidenversicherung R. 30.
 Kautschou-Gebiet, militär. Strafrechtspflege im R. 3.
 Kinder, Recht der unehelichen R. 58.
 Kinder, Unterbringung verwahrloster R. 47.
 Kinderarbeit, gewerbliche R. 2, 71.
 Kinderschutz-gesetz R. 71.

Kolonialgesetzgebung R. 49.
 Kommunalabgabengesetz P.
 14.
 Kommunalbeamtengesetz P.
 22.
 Kommunalbeamtenrecht P.
 25, S. 25.
 Konkursordnung R. 13, S. 20.
 Konkursordnung, Preuß. P. 7.
 Konsulargesetzgebung R. 21.
 Krähenbaubewerwaltung P. 34.
 Krankenversicherungsgesetz
 R. 20.
 Kreisordnungen P. 15.

Ladenschluß-Novelle S. 21.
 Landesgesetze, privatrechtliche
 S. 23.
 Landestruer P. 34.
 Landrecht, Preussisches S. 23.
 Lehrergehalts- u. Pensions-
 gesetze P. 26.
 Lohnforderungen, Beschlag-
 nahme von R. 55.
 Lotteriespiel P. 34.

Maß- u. Gewichtsordnung
 R. 9a.
 Mantelgesetz R. 23.
 Margarinegesetz R. 9, 54.
 Markenschutzgesetz R. 22b.
 Medicinalgesetzgebung R. 27.
 Militärische Geheimnisse.
 Verrath R. 9.

Militärstrafgerichtsordnung
 R. 3, S. 21.
 Militärstrafgesetzbuch R. 67,
 S. 20.
 Minderjährige, Fürsorgeer-
 ziehung für R. 47, P. 28.
 Mineraliengewinnung und
 Aneignung P. 34.
 Mobiliar-Feuerversich. P. 34.
 Modellschutzgesetzgeb. R. 9.
 Münzwesen R. 26.
 Musterschutzgesetz R. 9, 22a.

Nahrungsmittelgesetze R. 9,
 54, 65.
 Naturalleistung für die be-
 waffnete Macht R. 69.
 Nebengesetze zum BGB. R.
 4, 11, 12, 13, 14, 29, 32,
 36, 42, 43, 46, S. 20, 22.
 Notare, Gebührenordnung
 für preussische P. 4.
 Notenbankwesen R. 26.

Patentgesetz R. 9, 22a.
 Personenstandsgesetz R. 9, 59.
 Pflichten der Kaufleute bei
 Aufbewahrung fremder
 Werthpapiere R. 40.
 Photographieschutz R. 9.
 Polizeiverordnungen i. Preu-
 ßen P. 36.
 Postgesetze R. 7.
 Preßgesetz R. 9, 53.
 Preussische Verfassung P. 1.

- Privatrechtliche preußische Landesgesetze S. 23.
 Privatrechtliche Reichsgesetze R. 9a.
 Rayongesetz R. 9a, S. 24.
 Reblausgesetz R. 9a, P. 34.
 Rechte der Besitzer v. Schuldverschreibungen R. 52.
 Rechtsanwalts-Gebührenordnung R. 17.
 Rechtsanwaltsordnung R. 16.
 Rechtslexikon S. 22.
 Reichsbeamtengesetz R. 10.
 Reichseisenbahngesetzgebung R. 35, 66.
 Reichsgewerbeordnung R. 6, S. 21, 24.
 Reichsgrundbuchordnung R. 42.
 Reichs-Justizgesetze S. 20, R. 11, 12, 13.
 Reichs-Justizgesetze, Ausführungsges. dazu S. 22.
 Reichsklassenscheine R. 9.
 Reichsmilitärgesetz R. 9a.
 Reichspressgesetz R. 53.
 Reichsschuldbuch P. 30.
 Reichsseuchengesetz R. 9, 56.
 Reichsstempelges. R. 18, S. 21.
 Reichsverfassung R. 1, S. 24.
 Rentengutsgesetze P. 33.
 Rinderpest R. 9.
 Saccharinggesetz R. 9, 54.
 Schlachthäuser P. 34.
 Schlachtviehgesetz R. 9, 54, 68.
 Schonzeit des Wildes P. 34.
 Schuldverschreibungsgesetz R. 52.
 Schutztruppen, militär. Strafverfahren R. 3.
 Schwängerung, außereheliche R. 58, P. 5.
 Seegesetzgebung R. 19.
 See-Unfallversicherungsgesetz R. 57.
 Seuchengesetz R. 56.
 Sklavenhandel R. 9.
 Sozialpolitische Gesetze R. 20, 23, 28, 30, 57.
 Sprengstoffgesetz R. 2, 9.
 Staatsangehörigkeit, Erwerb und Verlust R. 8.
 Staatsschuldbuch P. 30.
 Staatssteuern, Gesetz betr. Aufhebung direkter P. 14.
 Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen P. 32.
 Stempelsteuergesetz f. Preußen P. 18.
 Stempelsteuergesetz für das Reich R. 18, S. 21.
 Steuergesetze R. 5, 18, 25, P. 10, 11, 13, 14, 18, 20, 27, S. 21, 24.
 Strafgesetzbuch R. 2.
 Strafgesetze, preuß. P. 34.
 Strafprozeßordnung R. 12, S. 20.
 Strafrechtliche Reichsgesetze R. 9 b.

Straßen- und Baufluchten-
gesetz S. 24, 25.

Süßstoffe, künstliche R. 9, 54,
64.

Telegraphengesetze R. 7.

Telegraphenwegesgesetz S. 25.

Testamentsrecht S. 20.

Uneheliche Kinder R. 58.

Unfallversicherungsgesetz R.
23, 28, 72, S. 25.

Unlauterer Wettbewerb R. 37.

Unterbringung verwahrloster
Kinder R. 47, P. 28.

Unterstützungswohnitz R. 8.

Urheberrechtsgesetze R. 9, 60,
22 a.

Vereins- und Versamm-
lungsrecht in Deutschland
R. 33, S. 23, 24, P. 34.

Verfälschung von Nahrungs-
mitteln R. 54.

Verfassung des Deutschen
Reichs R. 1, S. 24.

Verfassung des Preussischen
Staats P. 1.

Verkehrsabgaben P. 34.

Verlagsrecht R. 61.

Vermögenssteuergesetz P. 13.

Verrath militärischer Ge-
heimnisse R. 2, 9.

Versicherungsunternehmun-
gen, private R. 62.

Versorgung der Kommunal-
beamten P. 22.

Verwendung gesundheits-
schädlicher Farben R. 54.

Viehkauf (Viehwährungsschaft)
und Viehhandel R. 50.

Viehseuchengesetz R. 9a.

Vormundschaftsordnung,
preussische P. 8.

Vormundschaftsrecht, Deut-
sches R. 47.

Waarenbezeichnungen
R. 9, 22 b.

Waarenhaussteuergesetz P. 27.

Wald- und Wassergenossen-
schaft P. 34.

Waldschutzesgesetz S. 24.

Wandergewerbebetrieb P. 34.

Wechselordnung R. 5.

Wechselstempelsteuergesetz
R. 5.

Weingesez R. 9, 54, 64, 65.

Werthpapiere, Depotgesetz
R. 40.

Wettbewerbes, Bekämpfung
des unlauteren R. 9, 37.

Wildschadengesetz S. 24.

Wild-Schonzeit P. 34.

Wuchergesetz R. 2.

Zwangserziehung R. 47.

Zwangsversteigerung an Im-
mobilien R. 43.

Zwangsvollstreckungsgesetz
R. 43.